



# Landtag von Baden-Württemberg

73. Sitzung

11. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 11. Oktober 1995 · Haus des Landtags

Beginn: 9.59 Uhr

Schluß: 20.48 Uhr

## INHALT

Eröffnung — Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	6031	Abg. Trageiser REP . . . . .	6047, 6058
Umbesetzungen im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung . . . . .	6031	Abg. Bütikofer GRÜNE . . . . .	6048
Antrag auf Dringlicherklärung eines Antrags der Fraktion Die Republikaner — <b>Ablehnung der Diäten- regelung für Bundestagsabgeordnete im Bundesrat</b> — und Aufnahme dieses Antrags in die Tagesordnung . . . . .	6031	Abg. Schöning FDP/DVP . . . . .	6051
Abg. Deuschle REP (zur Geschäfts- ordnung) . . . . .	6031, 6034, 6035	Beschluß . . . . .	6058
Abg. Dr. Döring FDP/DVP (zur Geschäftsord- nung) . . . . .	6032, 6035	2. Aktuelle Debatte — <b>Steuerpolitischer Reformbe-     darf nach dem Urteil des Bundesverfassungsge-     richts zur Vermögen- und Grundsteuer</b> — bean- tragt von der Fraktion der FDP/DVP . . . . .	6059
Abg. Weimer SPD (zur Geschäftsordnung) . . . . .	6033, 6035	Abg. Dr. Döring FDP/DVP . . . . .	6059, 6066
Abg. Kuhn GRÜNE (zur Geschäftsordnung) . . . . .	6033, 6035	Abg. Meyer CDU . . . . .	6060
Abg. Oettinger CDU (zur Geschäftsordnung) . . . . .	6034	Abg. Dr. Puchta SPD . . . . .	6061, 6067
1. a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Lan- desregierung — <b>Gesetz über die Feststellung     eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von     Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre     1995 und 1996</b> — Drucksache 11/6567		Abg. Trageiser REP . . . . .	6062
b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Lan- desregierung — <b>Gesetz zur Änderung des Ge-     setzes über den kommunalen Finanzausgleich</b> — Drucksache 11/6568 . . . . .	6036	Abg. Bütikofer GRÜNE . . . . .	6063, 6066
Minister Mayer-Vorfelder . . . . .	6036, 6054	Staatssekretär Baumhauer . . . . .	6064
Abg. Keitel CDU . . . . .	6043	Abg. Kurz CDU . . . . .	6068
Abg. Kiesecker SPD . . . . .	6045	3. Große Anfrage der Fraktion der CDU mit der Antwort der Landesregierung — <b>Schulsport in     Baden-Württemberg</b> — Drucksachen 11/5193, 11/5502 . . . . .	6068
		Abg. Dr. Repnik CDU . . . . .	6068
		Abg. Helga Ulmer SPD . . . . .	6070
		Abg. König REP . . . . .	6071
		Abg. Jacobi GRÜNE . . . . .	6072
		Abg. Pfister FDP/DVP . . . . .	6074
		Abg. Wieser CDU . . . . .	6076
		Ministerin Dr. Annette Schavan . . . . .	6077

4. Große Anfrage der Fraktion der SPD mit der Antwort der Landesregierung — <b>Belastung der Sozialversicherungssysteme mit versicherungsfremden Leistungen</b> — Drucksachen 11/5259, 11/5718	6079	Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE	6103
Abg. Hund SPD	6079	Abg. Pfister FDP/DVP	6104
Abg. Döpfer CDU	6080	Staatssekretär Köberle	6106
Abg. Rapp REP	6081	Beschluß	6107
Abg. Birgitt Bender GRÜNE	6082	11. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE — <b>Gesetz zur Änderung des Ministergesetzes</b> — Drucksache 11/43	
Abg. Veigel FDP/DVP	6083	Beschlußempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses — Drucksache 11/6200	6108
Ministerin Helga Solinger	6084	Antrag Drucksache 11/6594	
5. Vereidigung eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs	6086	Abg. Bütikofer GRÜNE	6108
6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — <b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung</b> — Drucksache 11/6311	6086	Abg. Dr. Lang CDU	6109
Beschluß	6086	Abg. Bebber SPD	6109
7. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — <b>Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes</b> — Drucksache 11/6312	6086	Abg. Deuschle REP	6110
Minister Birzele	6087	Abg. Dr. Döring FDP/DVP	6111
Abg. Rückert CDU	6088	Staatssekretär Baumhauer	6112
Abg. Göschel SPD	6089	Abg. Deuschle REP (zur Geschäftsordnung)	6114
Abg. König REP	6091	Beschluß	6114
Abg. Hackl GRÜNE	6092	12. Antrag der Fraktion der FDP/DVP — <b>Diätengesetz</b> — Drucksache 11/6507	6031 (abgesetzt)
Abg. Veigel FDP/DVP	6093	13. Aktuelle Debatte — <b>Zwischenbilanz in Baden-Baden — Bilanz in Stuttgart; Umgang mit Kultur und Kulturgütern in Baden-Württemberg</b> — beantragt von der Fraktion der CDU	6114
Beschluß	6094	Abg. Oettinger CDU	6115, 6126
8. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — <b>Drittes Gesetz zur Bereinigung des baden-württembergischen Landesrechts (Drittes Rechtsbereinigungsgesetz — 3. RBERG)</b> — Drucksachen 11/6379, 11/6558	6094	Abg. Nagel SPD	6116
Beschluß	6095	Abg. Dr. Eckert REP	6118
9. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion Die Republikaner — <b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsstellung der Mitglieder der Landesregierung</b> — Drucksache 11/6424	6095	Abg. Jacobi GRÜNE	6120
Abg. Deuschle REP	6095	Abg. Kiesswetter FDP/DVP	6122
Abg. Dr. Lang CDU	6097	Ministerin Brigitte Unger-Soyka	6123, 6130
Abg. Bebber SPD	6098	Abg. Bütikofer GRÜNE	6126
Abg. Bütikofer GRÜNE	6099	Minister Mayer-Vorfelder	6127
Minister Birzele	6099	Staatssekretär Brechtken	6131
Abg. Veigel FDP/DVP	6101	14. Beschlußempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses — Drucksache 11/6369	
Beschluß	6101	zu	
10. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion Die Republikaner — <b>Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes</b> — Drucksache 11/6454	6101	a) dem Antrag der Fraktion GRÜNE — <b>Änderung der Geschäftsordnung des Landtags</b> — Drucksache 11/5559	
Abg. König REP	6101, 6105	b) dem Antrag der Fraktion GRÜNE — <b>Änderung der Geschäftsordnung des Landtags; hier: Gutachterliche Äußerungen des Rechnungshofs</b> — Drucksache 11/5911	6133
Abg. Rebhan CDU	6102	Beschluß	6134
Abg. Zeller SPD	6102	15. Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 24. Juni 1994 — <b>Erfolgreiche Behörden; eine empirische Untersuchung über Erfolgsmerkmale</b> — Drucksachen 11/4257, 11/6175	6134
		Beschluß	6134

16. Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. März 1995 — **Mangelnde Steuergerechtigkeit und Vollzugsdefizite in der baden-württembergischen Finanzverwaltung** — Drucksachen 11/5742, 11/6176 . . . . . 6134  
 Beschluß . . . . . 6134

17. Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 19. Dezember 1994 — **Denkschrift 1992 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von**

**Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1990 (Nr. 11) — Kap. 1419 Universität Hohenheim, Versuchsstationen der Universität Hohenheim** — Drucksachen 11/5196, 11/6177 . . . . . 6134  
 Beschluß . . . . . 6134

Nächste Sitzung . . . . . 6134

Anlage

Vorschlag der Fraktion der CDU — Umbesetzungen im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung . . . 6135



## Protokoll

über die 73. Sitzung vom 11. Oktober 1995

Beginn: 9.59 Uhr

**Präsident Dr. Hopmeier:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 73. Sitzung des 11. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Liane Offermanns erteilt.

Krank gemeldet sind die Herren Abg. Scheffold und Dr. Schlierer.

Eine Liste der Eingänge liegt Ihnen vervielfältigt vor. — Das Haus nimmt davon Kenntnis und stimmt den Überweisungsvorschlägen zu.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Antrag der Landesregierung vom 11. Juli 1995 — Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen — Drucksache 11/6273

Überweisung an den Ständigen Ausschuß

2. Mitteilung des Finanzministeriums vom 17. August 1995 — Beschlüsse des Landtags betr. vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben vom 15. März 1973 (DS 6/1993) und vom 20. Dezember 1973 (DS 6/3910 Ziff. II Nr. 6); Bericht für das 1. Halbjahr 1995 — Drucksache 11/6396

Kenntnisnahme, keine Ausschußüberweisung

3. Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 21. August 1995 — Mittelstandsbericht 1995 — Drucksache 11/6382

Überweisung an den Wirtschaftsausschuß

4. Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 22. September 1995 — Landesentwicklungsbericht 1994 — Drucksache 11/6560

Überweisung an den Wirtschaftsausschuß

5. Mitteilung des Rechnungshofs vom 24. Juli 1995 — Denkschrift 1995 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg mit Bemerkungen zur Landshaushaltsrechnung 1993 — Drucksache 11/6354

Überweisung an den Finanzausschuß

6. Antrag des Rechnungshofs vom 12. September 1995 — Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 1993 durch den Landtag — Drucksache 11/6493

Überweisung an den Finanzausschuß

7. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Juni 1995. Az.: 2 BvL 4/95 — Normenkontrollverfahren betr. § 29 Abs. 2 Satz 1 i. V. m. § 18 Abs. 1 Nr. 1 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg

Überweisung an den Ständigen Ausschuß

\*

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der CDU-Fraktion für Umbesetzungen im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung (Anlage). Darf ich feststellen, daß Sie der vorgeschlagenen Umbesetzung zustimmen? — Das ist der Fall, es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die FDP/DVP-Fraktion hat um Absetzung des Tagesordnungspunktes 12, also des Dringlichkeitsantrags Drucksache 11/6507, gebeten. Die Fraktionen sind bereits gestern davon verständigt worden.

Dazu darf ich noch feststellen, daß der Antrag der Fraktion Die Republikaner, der inhaltlich dasselbe begehrt wie der Antrag der Fraktion der FDP/DVP, aber vier Tage später eingegangen ist, nach der Geschäftsordnung nicht zulässig ist, soweit er seine Dringlicherklärung begehrt.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Aha!)

Nachdem die Landesregierung entschieden hat, sich zu der Diätenregelung im Bundesrat der Stimme zu enthalten, hat die Fraktion der FDP/DVP gestern mitgeteilt, daß sie ihren Antrag nicht mehr als dringlich ansieht und deshalb von der heutigen Tagesordnung abgesetzt haben möchte. Sie hat also ihren Antrag als solchen nicht zurückgezogen, sondern hält nur dessen Dringlichkeit nicht mehr für gegeben. Der Antrag der Fraktion der FDP/DVP sperrt also nach § 57 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung immer noch den Antrag der Fraktion Die Republikaner.

Zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Deuschle das Wort.

**Abg. Deuschle REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beantrage für die Fraktion Die Republikaner, unseren Antrag, die Diätenerhöhung für Bundestagsabge-

(Deuschle)

ordnete bei der Beratung im Bundesrat abzulehnen, auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Landtags zu nehmen. Ich möchte das wie folgt begründen:

Die Fraktion der FDP/DVP hatte am 22. September 1995 einen ähnlichen Antrag, den Antrag Drucksache 11/6507, eingebracht. Nach der Geschäftsordnung des Landtags wurden dadurch sowohl unser Antrag vom 25. September als auch der entsprechende Antrag der Fraktion GRÜNE blockiert. Der FDP/DVP-Antrag hatte das Manko,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: FDP-Anträge haben nie ein Manko!)

daß er als normaler Antrag in den Geschäftsgang gegeben wurde, obwohl bereits am 13. Oktober 1995 die Abstimmung im Bundesrat stattfindet.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Erst aufgrund eines Hinweises aus der Verwaltung wurde dieser Antrag als dringlich qualifiziert. Gestern haben wir von der Verwaltung erfahren, daß die FDP/DVP einen Rückzieher gemacht hat und das Thema „Grundgesetzänderung und Diätenerhöhung“ im Landtag nicht debattieren möchte.

Ich fordere Sie, Herr Döring,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Ja!)

von der FDP/DVP auf, Ihren Antrag, den Sie ja gestern von der Tagesordnung nehmen ließen, auch formal zurückzuziehen, damit die Öffentlichkeit die Möglichkeit bekommt, über die Haltung der Landesregierung zu diesem Thema hier im Landtag ausführlich informiert zu werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Landesregierung soll sich nach unseren Vorstellungen und dem Willen von mehr als 1 000 Bürgern, die uns telefonisch erreicht haben,

(Abg. Wieser CDU: Ausgelutschte Bonbons!)

bei der Abstimmung über die Grundgesetzänderung im Bundesrat nicht nur der Stimme enthalten und sich damit vor einer konsequenten Entscheidung drücken, sondern sie soll klar und deutlich Position beziehen, indem sie dieses Ansinnen der Diätenerhöhung ablehnt.

(Beifall bei den Republikanern)

Bei der Bedeutung dieses Themas für unsere Bevölkerung kann es nicht angehen, daß einerseits die Landesregierung ohne das Votum und die Legitimation durch das Parlament eine Position bezieht, aber andererseits durch Geschäftsordnungstricks seitens der FDP/DVP verhindert wird, daß dieses zuständige Hohe Haus sich mit diesem Thema auseinandersetzt.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Döring.

Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was der Vorredner eben ausgeführt hat, geht in allen Punkten haarscharf an der Sache vorbei und ist grundfalsch.

(Lebhafte Zurufe)

Wir haben uns hier gerade anhören müssen, wir hätten mit irgendwelchen Geschäftsordnungstricks gearbeitet. Dies ist nun wirklich der größte Unsinn in Ihren Ausführungen. Wir haben vielmehr, wie sich das für eine staatstragende Partei und Fraktion gehört, streng entlang der Geschäftsordnung gearbeitet.

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

Der Antrag der FDP/DVP-Fraktion, gegen die bis vor kurzem noch geplante Diätenregelung in Bonn die Stimme zu erheben bzw. dieser Regelung nicht zuzustimmen, bleibt nach wie vor bestehen, aber die Dringlichkeit des Antrags, werter Herr Kollege – und darum geht es hier bei der Geschäftsordnung –, ist aufgrund von zwei Entscheidungen nicht mehr gegeben. Einmal ist die Dringlichkeit aufgrund der Entscheidung der SPD auf Bundesebene nicht mehr gegeben und zum anderen aufgrund der Entscheidung des Landeskabinetts vom vergangenen Montag. Deswegen haben wir gestern in klarer Konsequenz und in Befolgung der Geschäftsordnung, so wie es sich gehört, in der Fraktionssitzung beschlossen, unseren Antrag nicht mehr für dringlich anzusehen, ihn inhaltlich aber sehr wohl aufrechtzuerhalten, was überhaupt keine Frage sein kann. Dazu stehen wir nach wie vor ganz selbstverständlich, und Sie dürfen nicht meinen, Sie könnten hieraus für sich Honig saugen, als ob Sie die einzigen wären, die die sehr verunglückte Diätenregelung in Bonn kritisieren wollten. Nach wie vor stehen wir dieser Diätenregelung nicht nur kritisch, sondern so, wie sie mit Grundgesetzänderung geplant war, in aller Deutlichkeit ablehnend gegenüber. Sie haben das ja gerade selber angesprochen.

Es kommt ein anderer Punkt hinzu. Wer sich hier wieder dermaßen aus dem Fenster hängen will, der sollte vor allen Dingen bezüglich seiner Anzeigen und der Verwendung von Fraktionsgeldern vorsichtiger sein, als Sie es sind.

(Beifall bei der FDP/DVP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Ihre Anzeigen sind nicht in Ordnung, und deswegen haben Sie als letzte einen Grund, sich hier hinzustellen und wieder ein bißchen als Saubermann zu präsentieren.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Das Hinterletzte!)

Es ist unerträglich, es ist durchsichtig, es ist inhaltlich falsch, es ist gegen die Geschäftsordnung, wie Sie auftreten. Deswegen wird auch Ihr Antrag heute nicht für dringlich erklärt werden.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Das ist typisch Republikaner! – Beifall bei der FDP/DVP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN – Abg. Dr. Geisel SPD: Manchmal ist er wirklich gut! – Abg. Kuhn GRÜNE: Er ist in Frühform!)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Weimer.

**Abg. Weimer SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema „Diätenerhöhung über eine Grundgesetzänderung“ ist auch im Bundesrat mausetot, ist vom Tisch, und die FDP/DVP — Herr Döring hat es gerade ausgeführt — hat deshalb die Dringlichkeit ihres diesbezüglichen Antrags verneint; aber ich hätte mich sehr gewundert, wenn die Rechtsaußen hier im Parlament nicht zumindest über eine Geschäftsordnungsdebatte versucht hätten, dieses Thema hochzuziehen und Schmutzkübel über CDU und SPD auszugießen.

(Abg. Deuschle REP: Oh, oh, oh!)

Das Thema ist erledigt. Es hätte auch keines Antrages irgendeiner Oppositionsfraktion bedurft, um die Position von Baden-Württemberg in die Richtung zu bringen, die das Kabinett am Montag beschlossen hat. Der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Dieter Spöri hat schon zu einem Zeitpunkt, meine Damen und Herren, als die Wogen in der Öffentlichkeit noch nicht so hoch gingen, an den Ministerpräsidenten einen Brief geschrieben, in dem ausdrücklich verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Bedenken gegen die geplante Art und Weise einer Diätenreform artikuliert wurden. Das Kabinett hat sich am Montag abend dieser Position angeschlossen und wird sich deshalb im Bundesrat am nächsten Freitag der Stimme enthalten. Wir sind nicht die Kopfnicker der Bonner Parteien,

(Abg. Sieber CDU: Sehr gut!)

und das ist gut so. Ich freue mich auch, daß die CDU-Fraktion diese Position nachvollzieht.

Lassen Sie mich aber noch eine Bemerkung an die Republikaner wegen ihrer Zeitungsanzeigen machen. Es ist ja nicht das erste Mal, daß Sie mit Tausenden von Mark an Steuergeldern

(Abg. Kuhn GRÜNE und Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Hunderttausenden! — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Was glauben Sie, was das kostet! — Gegenruf des Abg. Rapp REP: Millionen! — Abg. Deuschle REP: Milliarden!)

oder gar Hunderttausenden in vielen Zeitungen des Landes Ihre Position zum Ausdruck zu bringen versuchen.

Ich sage es einmal unparlamentarisch: Es ist aus der Sicht des Steuerzahlers eine Sauerei, daß Sie so mit seinem Geld umgehen,

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP/DVP)

und Sie wissen ganz genau, daß der Rechnungshof bei seiner Besprechung mit den Fraktionen dieses Thema auf den Tisch gebracht

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das wird noch peinlich werden!)

und uns gebeten hat, zumindest höchst sensibel mit Zeitungsanzeigenfinanzierungen umzugehen.

Wenn Sie sich daran nicht halten, kann ich nur den Rechnungshof nachdrücklich ermuntern und bitten, Ihrem Geschäfts- und Finanzgebahren bei der nächsten Prüfung der Fraktionen durch den Rechnungshof nachzugehen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sie haben jetzt schon eine blutige Nase; Sie brauchen nicht mehr hinauszugehen, Herr Deuschle!)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

**Abg. Kuhn GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Fraktion schließt sich den Ausführungen von SPD und FDP/DVP an. Man sollte einfach ein nüchternes Verhältnis zu den Anträgen haben, die gestellt worden sind — wir hatten ja einen ähnlichen gestellt —: Die Opposition und auch die Regierungsparteien können sich diesen Schuh anziehen; sie haben einen Erfolg erzielt. Es wird im Bundesrat nicht zugestimmt. Dies wollten wir. Damit ist die Dringlichkeit des Antrags vom Tisch.

Wenn man dies nicht kapiert, meine Damen und Herren von den Republikanern, dann kapiert man im Grunde die Geschäftsordnung des Landtags nicht.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: So ist es!)

Ich will einmal ganz deutlich sagen: Es erstaunt, daß Sie nach drei Jahren dieses einfache Grundprinzip — —

(Abg. Dr. Geisel SPD: Die einen lernen es, die anderen lernen es nicht! — Zuruf des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

— Man sollte ja von der Lernfähigkeit ausgehen, Herr Dr. Döring. Mich erstaunt, daß sie nach drei Jahren noch nicht kapiert haben, was ein Dringlicher Antrag ist.

Wir haben uns bei diesem Thema durchgesetzt. Wenn hier jetzt eine Schaudiskussion veranstaltet wird, wie der bedeutende Kampfredner der Republikaner, „Deuschle“, das Bonner Diätendrama interpretiert, interessiert mich das so wenig wie die Frage, ob in Peking ein Fahrrad umfällt, wenn ich es einmal ganz drastisch formulieren darf.

(Lachen des Abg. Deuschle REP)

Was uns aber interessieren sollte — und das ist nicht in einer dringlichen Debatte zu leisten —, ist die Frage, welche Konsequenzen wir hier für unsere Diätendiskussion, für unsere Strukturreform der Diäten eigentlich ziehen sollten.

(Abg. Deuschle REP: Richtig!)

Dies werden wir in Ruhe klären, ohne Geschrei.

Man kann ja eines sagen: Das baden-württembergische Parlament ist mit der Diätenfrage viel sensibler, viel vermittelbarer umgegangen, als es in Bonn geschehen ist. Diesen Weg sollten wir weitergehen und sollten jetzt nicht den Republikanern, die wieder einmal ein Thema suchen, einen großen Gefallen tun.

Herr Kollege Weimer, ich bin skeptisch, ob die Feststellungen des Rechnungshofs die Fraktion Die Republikaner be-

(Kuhn)

eindrucken werden, weil diese Fraktion eine Rechnungshofprüfung ja nur noch außerparlamentarisch erleben wird.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Döring FDP/DVP — Lachen des Abg. Deuschle REP)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Dann kommt Deuschle! Dann müssen alle noch einmal in Deckung!)

**Abg. Oettinger CDU:** Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen, meine verehrten Kollegen! Wie in einer Sanduhr läuft die Zeit der Rechtsradikalen ab.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP/DVP — Lachen bei den Republikanern)

Nachdem Sie dreieinhalb Jahre durch Sacharbeit handwerklich nichts erreicht, sondern versagt haben, nachdem Ihnen Käs rechtsextrem Beine zu machen versucht, werden Sie jetzt mit dieser Schmierkomödie vorstellig, um Ihre Existenzangst nochmals zu mindern.

In der Sache ist die Geschäftsordnung eindeutig. Die Landesregierung hat am Montag aus eigenem Entschluß festgehalten, daß sie sich im Bundesrat der Stimme enthalten wird. Damit, Kollege Dr. Döring, ist die Dringlichkeit der Beratungen in dieser Woche objektiv nicht mehr gegeben. Dies erkennen alle Betrachter — außer den Abgeordneten auf dieser Bank.

(Abg. Wieser CDU: Die lutschen alte Bonbons!)

Es bleibt etwas Bemerkenswertes, was man hier eindeutig festhalten kann: Sie haben am letzten Freitag — ich vermute, in der Größenordnung von 50 000 DM oder mehr —

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Das langt nicht! — Zuruf von den Republikanern: Weniger!)

große Anzeigen mit dem Bild Ihres Vorsitzenden, der heute durch Abwesenheit glänzt,

(Abg. Deuschle REP: Er ist krank!)

in baden-württembergischen Zeitungen gebracht, obwohl Sie wissen müssen, daß Ihnen der Landtagsbeschluß dieses verbietet.

(Abg. Deuschle REP: Das stimmt doch gar nicht!)

Der Landesrechnungshof hat in einer beratenden Äußerung vom November 1993 zu den Fraktionszuschüssen bezüglich Ausgaben für Druckerzeugnisse folgenden Grundsatz aufgestellt — ich zitiere wörtlich —:

Öffentlichkeitsarbeit einer Fraktion in Form von Zeitungsanzeigen und anderem ist in der Regel nicht zulässig. Dies sind herkömmliche Formen der Parteiwerbung und nicht der Fraktionsdarstellung.

Dem haben wir im Landtag in der 55. Sitzung zugestimmt.

Meine Herren, Ihr Problem ist doch, daß Sie jetzt Geister geweckt haben, die Sie nicht mehr loswerden, und daß Sie einen unseligen Auftrag sehen, der kein Auftrag ist. Sie sollten der Öffentlichkeit erklären, wie Sie mit Steuergeldern diese Anzeigen schalten und damit Steuerverschwendung betreiben, und sollten den Landtag nicht mit nicht mehr dringlichen Anträgen behelligen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP/DVP)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

**Abg. Deuschle REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die lächerliche und durchsichtige Kampagne von FDP/DVP und CDU, der sich leider auch die SPD und die GRÜNEN angeschlossen haben, zeigt, daß wir mit dieser Aktion ins Schwarze getroffen haben und daß dies ein voller Erfolg war.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren von den Altparteien, ich kann Ihnen nur empfehlen, einmal mit den Bürgern selbst Kontakt aufzunehmen, damit Sie wissen, wie es bei den Bürgern draußen aussieht.

(Beifall bei den Republikanern — Zurufe)

Dies kann Ihnen, meines Erachtens, gar nicht schaden. Ich würde Ihnen gern kurz sagen, was wir zu dieser Diätengrapscheraktion in Bonn von den Bürgern gehört haben und wie geladen die Bürger sind. Das ging nach dem Motto: „Alle Politiker sind Ganoven“. Da haben wir gesagt: Das stimmt nicht.

(Abg. Drexler SPD: Bei manchen stimmt es aber, Herr Deuschle!)

— Manche ganz sicher.

Wir haben ganz einfach zur Kenntnis zu nehmen, daß in Zeiten sinkender Realeinkommen, kleinerer Renten und steigender Abgabenbelastungen — —

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Zur Geschäftsordnung und nicht zur Sache, bitte.

(Abg. Weimer SPD: Sie sollen sich zur Geschäftsordnung äußern!)

**Abg. Deuschle REP:** Die vorgeschlagene Diätenerhöhung ist ein Schlag in das Gesicht der Bürger und ein ernsthafter Schaden für unsere Demokratie.

(Beifall bei den Republikanern)

Der Herr Kollege Döring und andere Herren haben sich hier anscheinend als Hellseher versucht. Sie wissen ja gar nicht, wie wir diese Aktion finanziert haben, meine Herren. Vielleicht gibt es hier auch noch Leute, die Idealismus haben und unter Umständen auch einmal etwas spenden. Aber Sie kommen gar nicht dazu, einmal so zu denken, meine Herren.

(Deuschle)

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Drexler SPD: Wie haben Sie es jetzt finanziert? — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: An die Fraktion gespendet? — Weitere Zurufe)

Ich sage Ihnen eines, meine Kolleginnen, meine Kollegen — seien Sie ganz ruhig —: Niemand wird uns daran hindern, die Art und Weise, wie wir die Anliegen der Bürger hier vertreten möchten, selbst auszuwählen. Da werden wir uns natürlich an die Regelungen des Rechnungshofs usw. halten. Das ist ja gar keine Frage. Aber Sie, die Sie vor allem auf eine Medienübermacht setzen können — wir haben ja in den Medien große Probleme, zum Beispiel Gesprächstermine mit Chefredakteuren zu bekommen —, werden nicht verhindern können, daß wir diesen strukturellen Nachteil etwas ausgleichen. Es ist eine große Scheinheiligkeit, wie Sie hier argumentieren.

(Beifall bei den Republikanern)

Sie, meine Damen und Herren von den Altparteien, können uns die Art und Weise, wie wir an den Bürger herantreten — und ich empfehle Ihnen, selbst an den Bürger heranzutreten —, nicht vorschreiben. Das lassen wir uns von Ihnen nicht vorschreiben.

(Beifall bei den Republikanern)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Herr Kollege Deuschle, Ihr Antrag ist nicht zulässig. Wollen Sie trotzdem darüber abstimmen lassen? An sich ist dies ein bißchen bedenklich, aber wenn Sie den Wunsch haben, habe ich nichts dagegen, damit Sie die Mehrheitsmeinung des Hauses feststellen können.

Bitte, Herr Kollege Kuhn.

**Abg. Kuhn GRÜNE:** Wir stimmen doch über unzulässige Anträge nicht ab. Wer sind wir denn?

**Präsident Dr. Hopmeier:** Die Verwaltung war dieser Meinung.

Bitte, Herr Abg. Deuschle.

**Abg. Deuschle REP:** Herr Präsident, wir halten uns streng an die Geschäftsordnung. Ich hatte ja den Kollegen Döring aufgefordert, seinen Antrag zurückzuziehen, um hier eine eigene Debatte zu erreichen. Er ist anscheinend hierzu nicht bereit.

Wenn er nicht bereit ist, müssen wir nach der Geschäftsordnung unseren Antrag natürlich zurückziehen. Das tun wir mit Bedauern, weil wir der Bevölkerung gegenüber erreichen wollten, hier an diesem Ort darüber zu reden. Daß Sie das nicht machen wollen, spricht nicht für, sondern gegen Sie.

(Beifall bei den Republikanern)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Döring.

(Abg. Weimer SPD: Jetzt bitte noch einmal langsam erklären! — Abg. Kuhn GRÜNE: Jetzt mal langsam zum Mitschreiben! Schreiben Sie mit, Herr Deuschle!)

**Abg. Dr. Döring FDP/DVP:** Der erste Punkt, Herr Kollege, ist der: Ich habe den Antrag in der Substanz, was den Inhalt angeht, überhaupt nicht zurückgezogen. Ich hatte das vorhin extra gesagt. Der Antrag bleibt von seiner inhaltlichen Richtung her selbstverständlich bestehen. Aber die Vorgänge der letzten Woche haben eindeutig gezeigt, daß die Dringlichkeit eben nicht mehr gegeben ist.

(Abg. König REP: Sie wissen doch, was Kabinettsbeschlüsse wert sind!)

Die Dringlichkeit ist nicht gegeben. Erster Punkt.

Nächster Punkt: Sie stellen den Antrag, daß die Zustimmung versagt werden soll. Das Land enthält sich im Bundesrat der Stimme, und damit ist die Zustimmung auch nicht gegeben. Ihr Antrag ist sogar schon inhaltlich erledigt.

Ich will aber noch auf etwas eingehen, Herr Präsident. Mir scheinen die Ausführungen des Vorredners im Zusammenhang mit der Finanzierung der unserer Überzeugung nach unzulässigen Anzeigen außerordentlich interessant. Wenn davon gesprochen wird, daß das über Spenden geschieht,

(Abg. König und Abg. Deuschle REP: Könnte sein!)

dann halte ich das noch einmal für einen Untersuchungsgrund, nicht nur deswegen, weil es eindeutig gegen den Beschluß des Landesrechnungshofs und des Landtags von Baden-Württemberg verstößt, wenn Fraktionen dies finanzieren. Fraktionen sind meiner Kenntnis nach auch nicht spendenannahmefähig. Daher wäre das noch einmal ein neuer Punkt, den man untersuchen müßte.

(Abg. Sieber CDU: Ja, Untersuchungsausschuß!)

Ich will aber dazu gar kein Thema mehr anstrengen.

(Abg. Deuschle REP: Kommen Sie zum Thema!)

Sie werden die Gelegenheit dazu haben, dies, was Sie da mit Ihren Anzeigen gemacht haben, auf Heller und Pfennig zurückzuzahlen, und Sie werden die Gelegenheit haben, dies aus Ihren Übergangsgeldern, die Sie nächstes Jahr nach der Wahl erhalten, zu finanzieren.

(Abg. Deuschle REP: Das sagt gerade er! Ohne Beifall! Wo bleibt der Beifall?)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Meine Damen und Herren, damit ist dieser Punkt erledigt.

Der Herr Kollege Weimer möchte noch einmal das Wort haben. Bitte sehr.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Über unzulässige Anträge stimmen wir hier gar nicht ab!)

**Abg. Weimer SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Über den Antrag der Republikaner kann gar nicht abgestimmt werden,

(Abg. Deuschle REP: Der ist doch zurückgezogen!)

und zwar einfach deshalb, weil der Antrag der FDP/DVP-Fraktion in der Substanz, in der Sache aufrechterhalten

(Weimer)

bleibt. Dadurch sind alle anderen Anträge nach unserer Geschäftsordnung blockiert, und deshalb kann über den Antrag der Republikaner nicht abgestimmt werden.

(Abg. Deuschle REP: Das haben wir doch begriffen!)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das ist richtig. Das habe ich auch vorhin eingangs erklärt. Die Republikaner möchten darüber auch nicht abstimmen lassen, so daß dieser Punkt damit erledigt ist.

Ich wurde von der Fraktion Die Republikaner noch gebeten, zu erklären, daß Herr Dr. Schlierer krank gemeldet ist und deswegen heute nicht an der Plenarsitzung teilnehmen kann.

(Abg. Weimer SPD: Der ist aber oft krank!)

Ich habe das auch eingangs vorgetragen.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

a) **Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1995 und 1996 — Drucksache 11/6567**

b) **Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich — Drucksache 11/6568**

Zur Begründung der Gesetzentwürfe erteile ich das Wort dem Herrn Finanzminister.

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem jetzt mit großer Leidenschaft über fremdes Geld gestritten worden ist, wenden wir uns wieder den Bereichen zu,

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wo wir selber keines haben!)

die uns etwas näher liegen, nämlich dem Geld, über das wir hier

(Abg. Pfister FDP/DVP: Nicht verfügen!)

zu befinden haben. Im Mittelpunkt dieses vom Herrn Präsidenten aufgerufenen Tagesordnungspunktes steht mit Sicherheit der Nachtrag 1995/96, der zwei Besonderheiten aufweist.

Die erste Besonderheit ist die, daß dieser Nachtrag so, wie er im Entwurf vorliegt, mit Sicherheit nicht verabschiedet werden wird, nicht verabschiedet werden kann, weil wir in den nächsten Tagen eine Steuerschätzung haben werden, die — man muß dazu kein Prophet sein — mit Sicherheit die Steuereinnahmen weiter nach unten transformiert.

Die zweite Besonderheit ist die, daß das der letzte Nachtrag dieser Regierung sein wird. Mit Sicherheit wird es im Jahr 1996 einen zweiten Nachtrag geben, aber über diesen Nachtrag wird dann eine neue Regierung, wie immer sie aussehen wird, zu befinden haben. Da dies der letzte Nachtrag dieser Regierung ist, erscheint es angezeigt, eine Zwischenbilanz der Koordinierungsbemühungen dieser Regierung und schon der vorhergehenden Regierung, der Regierung Teufel in der Zeit von 1991 bis 1995, zu ziehen.

Ab 1991 war dieses Land vor ungeheure Schwierigkeiten gestellt.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: 1991 war die vorige Legislaturperiode!)

— Das einzige, was ich, was Sie betrifft, vom Jahr 1991 weiß, ist, daß Sie da auch schon da waren, Herr Bütikofer.

Auf jeden Fall haben seit dem Jahr 1991 die Kosten für das untergegangene sozialistische System in der DDR in vollem Umfang durchgeschlagen, und zwar in der Größenordnung von 4,3 Milliarden DM. Wir hatten gleichzeitig in dieser Zeit gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung Steuerminderungen in Höhe von 2,3 Milliarden DM zu verkräften. In der gleichen Zeit wurden diese Summen, die sich ja auf 6,6 Milliarden DM aufsummieren, voll aufgefangen, und die Kreditlinie wurde um 700 Millionen DM abgesenkt, nämlich von 2,8 Milliarden DM auf 2,1 Milliarden DM. Das heißt, man hat 7,3 Milliarden DM aufgefangen.

Wenn man in andere Länder schaut, ist festzustellen, daß in dieser Zeit das Saarland und Bremen den Haushaltsnotstand ausgerufen haben und nur durch eine besondere Hilfe des Bundes überhaupt gerettet werden konnten. In dieser Zeit haben alle Länder außer Baden-Württemberg und Bayern die Kredite nicht abgesenkt, sondern erhöht,

(Abg. Keitel CDU: Und wie! Schwindelerregend!)

zum Beispiel Niedersachsen von 2 Milliarden DM auf 3,4 Milliarden DM und Nordrhein-Westfalen von 4,2 Milliarden DM auf 6,2 Milliarden DM.

Ich könnte diese Zahlen für alle Länder fortsetzen. Die Kredite wurden in dieser Zeit von 20 Milliarden DM auf 26 Milliarden DM erhöht. Nur Bayern und Baden-Württemberg — für mich ist es nicht zufällig, daß dort konservative Ministerpräsidenten in der Verantwortung stehen —

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN — Abg. Bütikofer GRÜNE: Wie findest du das, Uli? — Abg. Dr. Geisel SPD: Was soll denn das? — Zuruf des Abg. Weimer SPD)

— Herr Maurer, Sie können lachen, aber Sie können nicht bestreiten, daß der Ministerpräsident einer konservativen Partei angehört. Das können Sie nicht bestreiten.

In dieser Zeit sind mit Ausnahme von Bayern und Baden-Württemberg überall die Kredite erhöht worden; nur in diesen beiden Ländern sind die Kredite abgesenkt worden.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das stimmt nicht! Die Neuverschuldung wurde abgesenkt! Die Kredite haben zugenommen!)

Diese Haushaltsführung wurde erreicht, indem man jedes Jahr restriktiv an den Haushalt heranging, und man hat sogar erreicht, daß die bewilligten Kredite in den einzelnen Jahren zum Teil in Größenordnungen von bis zu 700 Millionen DM nicht in Anspruch genommen worden sind. Ich halte das deshalb für wichtig, weil nur durch eine solche Politik letztendlich die Zukunft gewonnen werden kann. Ich sage immer wieder in den Diskussionen draußen, gerade wenn ich mit entsprechenden Aussagen konfrontiert werde

(Minister Mayer-Vorfelder)

und es um Schulen, Kindergärten usw. geht und gesagt wird, für unsere Kinder dürfe eigentlich nichts zu teuer sein — man kann auch umgekehrt sagen, gerade dort solle man nicht sparen —: Das ist richtig und falsch. Natürlich müssen wir die Zukunft gewinnen. Aber falsch ist die Aussage, weil die Kinder die Schulden zurückzuzahlen haben werden.

(Beifall bei der CDU)

Bei allem, was wir bei der Kreditaufnahme tun, belasten wir letzten Endes die Zukunft der nächsten Generation.

(Zuruf des Abg. Schöning FDP/DVP)

Wir haben in der genannten Zeit die Struktur des Haushalts erheblich verbessert.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Die Ist-Einnahmen, die bereinigten Einnahmen, und die bereinigten Ausgaben, jeweils von Jahr zu Jahr verglichen, wiesen folgende Steigerungen auf: Ist 1991 zu Ist 1992 bereinigte Einnahmen 4,7 %, bereinigte Ausgaben 2,8 %, 1992 zu 1993 Einnahmen 3,5 %, Ausgaben 2,6 %, 1993 zu 1994 Einnahmen minus 0,1 %, Ausgaben minus 0,7 %.

Meine Damen und Herren, der Finanzplanungsrat hat gesagt, er gebe den Ländern die Marge vor, daß der Zuwachs noch innerhalb von 3 % liegen dürfe. Dazu möchte ich hier nochmals betonen, daß dies vom Land Baden-Württemberg, und zwar als einzigem Land der Bundesrepublik, erreicht worden ist. Das Entscheidende für mich ist, daß es trotz dieser erheblichen Konsolidierungs- und Sparbemühungen keinen Stillstand in der Landespolitik gegeben hat. Wenn man die Schwerpunkte anschaut — bei den Schulen und der vorschulischen Bildung ein Zuwachs in dieser Zeit von über 16 %, bei den Hochschulen in dieser Zeit ein Zuwachs von über 19 %, im Polizeibereich ein Zuwachs von nahezu 20 % und im Wohnungsbau ein Zuwachs von über 60 % —, wird deutlich, daß diese Regierung mit überproportionalen Zuwachsraten Schwerpunkte gesetzt hat, ohne das Ziel der Konsolidierung aus dem Auge zu verlieren.

Ich muß allerdings darauf hinweisen, daß das, was man letzten Endes als Ziel anstreben muß, nämlich die Personalkosten zu senken, nur in beschränktem Umfang erreicht worden ist. Die Koalition hat zwar bei den Personalausgaben Neutralität vereinbart und diese auch eingehalten. Das heißt, für neue Stellen, die zuzugingen, wurden andere Stellen gestrichen,

(Abg. Schöning FDP/DVP: Na ja! — Abg. Bütikofer GRÜNE: Das stimmt auch nicht!)

und der Stellenzugang war ja nicht unerheblich. Es waren 2 500 Stellen im Lehrerbereich, es waren 1 600 Stellen im Bereich der Polizei.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Die sind doch noch gar nicht gestrichen!)

Dementsprechend wurden pro Jahr 750 Stellen gestrichen, das andere durch die globale Minderausgabe ausgeglichen. Aber, meine Damen und Herren, ich sage mit aller Deutlichkeit: Wer die Struktur des Haushalts im Bereich der Per-

sonalkosten verbessern will, der darf sich nicht hinstellen und Tausende von neuen Stellen fordern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Bütikofer GRÜNE)

— Auf der linken Seite herrscht erstaunliche Stille.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wieso? Ich habe geklatscht! Wollen Sie es noch einmal? — Abg. Dr. Geisel SPD: Was sollen wir denn tun? Sollen wir schreien?)

— Sie sind ja nächstes Jahr nicht mehr dabei, Herr Geisel. Da hätten Sie schon einmal klatschen können. Damit hätten Sie die Zukunft eingeläutet.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Ich klatsche, wann ich will!  
— Abg. Kuhn GRÜNE: Klatschen Sie auch, wenn Sie aufhören?)

Wir haben einen Haushalt, bei dem über 58 % der gesamten Steuereinnahmen für das Personal ausgegeben werden. Für mich ist Nordrhein-Westfalen ein großes Beispiel, wo der Personalkostenanteil, also die Personal-Steuerquote, auf 50 % gesenkt wurde. Ich sage immer wieder, daß wir dieses Ziel auch erreichen müssen. Wenn ich aufsummiere, was von der Seite des Koalitionspartners für die nächsten fünf Jahre gefordert wird, nämlich 8 000 Lehrerstellen und 2 000 Polizeistellen, dann sind das zusammen, wenn man nicht in Mengenlehre ausgebildet ist, 10 000 Stellen, und das kostet eine Milliarde DM.

Herr Kollege Maurer, wenn Sie dann noch dazusagen, daß Sie bis zum Jahr 2001 die Nullverschuldung erreichen wollen, dann kann ich spaßeshalber nur sagen: Da hoffen Sie wohl selber nicht darauf, Regierungsverantwortung übernehmen zu müssen, weil Sie die Quadratur des Zirkels nicht werden lösen können.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß auch nicht, wie Sie auf diese Nullverschuldung kommen, die immer ein sehr erstrebenswertes Ziel ist. Aber es kann natürlich nicht so sein, daß man die absteigende Linie in den vier Jahren, die wir beieinander waren, einfach um einen Pinselstrich verlängert und irgendwann im Jahr 2001 bei Null ist. So einfach ist vielleicht Mathematik, nicht aber Politik.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Die Quadratur des Pinsels!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Ziel ist es, mit diesem eingebrachten Nachtragshaushalt auch bei den Unwägbarkeiten, die in den nächsten Tagen berechenbar werden, die Kreditlinie von 2,1 Milliarden DM für 1995 und von 1,7 Milliarden DM für 1996 zu halten, wenn es irgend geht. Herr Kollege Maurer, dies wird die letzte große Bewährungsprobe dieser Koalition sein.

(Abg. Oettinger CDU: So ist es!)

Ich mache kein Hehl daraus, daß sich diese Koalition — das ist bei mir vielleicht ein Stück subjektives Empfinden — weiter auseinandergelebt hat, als dies nach außen dargestellt wird. Manchmal bereitet es mir beinahe körperliche Schmer-

(Minister Mayer-Vorfelder)

zen, mich neben gewisse Finanzausschußvorsitzende zu setzen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Hoppla! — Abg. Maurer SPD: That's life! — Abg. Bütikofer GRÜNE: Das Leben ist eines der härtesten! — Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Dennoch werde ich die Aufgabe, vor die diese Koalition und ich als Finanzminister gestellt sind, in Offenheit und Fairneß erfüllen.

(Zuruf von der SPD: Was Fairneß ist, bestimmen Sie!)

Es wird schwierig werden. Deshalb sage ich: Es wird eine große Bewährungsprobe sein. Es wird schwierig werden, weil sich die Kosten der deutschen Einheit 1995 und 1996 nunmehr auf 4,4 Milliarden DM summieren. Das ist im Etat berücksichtigt. Das sind in zwei Jahren mehr als vorher in vier Jahren. Die Steuerausfälle — die Ausfälle durch das Jahressteuergesetz eingerechnet — werden sich gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung gleichfalls auf über 4 Milliarden DM summieren. Das ist das Doppelte des Betrags, den wir in den vier Jahren zuvor gemeinsam bewältigt haben.

Es geht also darum, in zwei Jahren Mehrausgaben und Mindereinnahmen in einer Größenordnung von 8,5 Milliarden DM aufzufangen. Ich sage dies — wir reden ja seit der deutschen Einheit über Milliardenbeträge wie über 100-DM-Scheine —, damit Sie einmal die Größenordnung verinnerlichen: Das ist die Größenordnung des gesamten Etats von Frau Schavan.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Was? — Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist jetzt aber eine böse Drohung! — Abg. Maurer SPD: Das ist ein interessantes Stichwort gewesen!)

In dieser Dimension werden wir Einsparungen zu machen haben.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Frau Schavan, das ist gegen Sie! Vorsicht!)

Ich habe gesagt, die Mehrausgaben für die deutsche Einheit seien bereits berücksichtigt. Die Steuereinnahmen — ich komme auf das Jahr 1995 —, die wir Ende September feststellen konnten — darüber kann es keine Diskussion geben, weil das die Steuer-Ist-Einnahmen sind —, liegen um 700 Millionen DM unter dem, was veranschlagt ist, auch im Nachtragsetat. Das hängt natürlich mit konjunkturellen Fragen zusammen.

Das hängt damit zusammen, daß die Firmen erhebliche Verlustvorträge gemacht haben und sie jetzt ausgleichen. Deshalb haben sie keine Körperschaftsteuer zu zahlen.

Das hängt damit zusammen, daß alle Firmen weiter Personal abbauen. Schauen Sie in den Wirtschaftsteil der Zeitungen. Es vergeht kein Tag, an dem nicht irgendeine Firma Personal abbaut.

Das hängt schließlich damit zusammen, daß schleichend, aber in einem ständigen Prozeß Arbeitsplätze ins Ausland

verlagert werden. Dies bedeutet gebündelt, daß die Lohnsteuereinnahmen nicht in dem Maß steigen, wie es erwartet worden ist.

Die Steuereinnahmen im September stimmen mich ein kleines Stückchen positiver, weil die Lohnsteuereinnahmen zum ersten Mal etwas gestiegen sind — das hängt natürlich mit den Tarifabschlüssen zusammen —, weil die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer in einem Maß zugenommen haben, wie es in den vorangegangenen Monaten nicht der Fall war, und weil sich der Abschwung bei den Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer erheblich abgebremst hat.

Ob eine Schwalbe einen Sommer macht, kann ich nicht sagen. Wir werden das in den nächsten Tagen von den Steuerschätzern erfahren können.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Steuerscherzern!)

Dennoch bin ich zuversichtlich, daß wir die 700 Millionen DM, wenn es bei dieser Größenordnung bleibt, auffangen können.

Das ist jetzt nicht einfach eine optimistische Erklärung. Sie gründet vielmehr auf Fakten. Sie gründet darauf, daß wir den Haushalt von Beginn dieses Jahres an restriktiv gefahren haben. Das hängt damit zusammen, daß wir bereits im September eine volle Ausgabensperre verfügt haben. Das heißt, daß mit Ausnahme der Mittel, die für die Aktionsfähigkeit der Verwaltung notwendig sind, und mit Ausnahme der Mittel, die aufgrund rechtlicher Verpflichtungen ausgegeben werden müssen, die einzelnen Häuser keine weiteren Verfügungen treffen können.

Der dritte Punkt, weshalb ich zuversichtlich bin, ist der, daß die Zinsentwicklung in diesem Jahr sehr günstig war und wir hierbei Einsparungen zu verzeichnen haben. Das stimmt mich zuversichtlich, weil wir die Gelegenheit haben werden, eine Fülle von Ausgaberesten zu streichen; denn die Ausgabereste sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen.

Deshalb hoffe ich, daß wir dieses Haushaltsdefizit von 700 Millionen DM im Jahr 1995 ausgleichen können. Ob wir einen positiven Rechnungsabschluß haben werden, dahinter mache ich ein Fragezeichen. Ich wäre schon zufrieden, wenn wir keinen negativen Rechnungsabschluß bekämen. Wir sind ja etwas verwöhnt, weil wir in den letzten Jahren dauernd positive Rechnungsabschlüsse in der Größenordnung zwischen 400 und 600 Millionen DM hatten. Hierzu hat zum Teil beigetragen, daß wir Kreditermächtigungen nicht ausgeschöpft hatten, und zum Teil, daß der Länderfinanzausgleich unterhalb des Anschlags blieb, den wir im Etat hatten.

Wenn ich mir den Sachverhalt heute anschau, stelle ich fest: Im Länderfinanzausgleich werden aller Voraussicht nach die 2,7 Milliarden DM, die wir in diesem Jahr zu zahlen haben, in vollem Umfang benötigt werden. Aber dies wissen wir, wie gesagt, abschließend erst am Ende dieses Jahres. Ich bin jedoch zuversichtlich, daß wir plus/minus null herauskommen werden.

Dann kommt das Jahr 1996. Ich habe die Steuerschätzung schon angesprochen. Was herauskommen wird, weiß ich nicht. Es wird aber eine Summe in der Größenordnung zwischen 600 und 800 Millionen DM sein, und zwar 600 bis

(Minister Mayer-Vorfelder)

800 Millionen DM — das sage ich, damit kein Irrtum aufkommt — nach unten und nicht nach oben.

Jetzt muß ich auch noch ein paar Worte zur Konjunktur sagen, denn die Finanzen und die Konjunktur gehören zusammen wie siamesische Zwillinge. Das heißt, auch die Wirtschaftspolitik und die Finanzpolitik sind untrennbar miteinander verbunden.

(Abg. Bütikofer und Abg. Kuhn GRÜNE: Das trennt sich doch gerade!)

Es wurden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Alle Firmen sind bemüht, durch weitere Rationalisierungsmaßnahmen den Kostendruck aufzufangen. Die zusätzlichen Belastungen der Wirtschaft, die konjunkturdämpfend wirken, sind hausgemacht: falsche Tarifverträge zur falschen Zeit mit zu hohen Lohnsteigerungen und mit zuwenig Flexibilisierung der Betriebsabläufe. Ganz wichtig für mich ist, nachdem ich auch pausenlos in diesen Vermittlungsverfahren sitze, daß man für die Unternehmungen kein Signal gesetzt hat, was die Steuerentlastungen anlangt. Man hat das abgekoppelt und hat gesagt: „Im Herbst wollen wir uns wieder zusammensetzen.“ Man hat die Frage, ob die Gewerbesteuer und die Vermögensteuer beseitigt werden, vertagt. Beides sind sehr gefährliche Steuern, da sie nicht vom Ertrag abhängig sind. Ich kann für den Herbst nur Schlimmes ahnen.

Wenn Nordrhein-Westfalen in der rotgrünen Musterkoalition in die Koalitionsvereinbarung hineingeschrieben hat, daß eine Beseitigung der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer nicht in Betracht komme, dann kann ich mir nicht vorstellen, daß der Kollege Schleußer, wenn wir uns wieder treffen, eine andere Auffassung vertreten wird. Wenn der Kollege Spöri hier zwar verkündet, er sei dafür, die Gewerbesteuer zu beseitigen, gleichzeitig aber Frau Simonis, die ja der SPD angehört

(Abg. Weimer SPD: Eine gute Frau!)

— sicher, eine gute Frau —, auf dem Alexanderplatz sagt, die Gewerbesteuer und die Vermögensteuer abzuschaffen würde bedeuten, einer gemästeten Gans noch Fett an den Hintern zu schmieren,

(Lachen bei den GRÜNEN — Abg. Kuhn GRÜNE: Der könnte Ihnen gefallen, der Spruch!)

dann ist das zwar eine flotte Formulierung,

(Abg. Weyrosta SPD: Die könnte von Ihnen sein!)

aber ich muß fragen: Wo bleibt da der wirtschaftliche Sachverstand? Das muß ich dann schon den Kollegen Spöri fragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Oder wenn Frau Matthäus-Maier in „Talk im Turm“ zu mir sagt — —

(Abg. Maurer SPD: Auch eine gute Frau! — Abg. Weimer SPD: Da war was! — Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist auch eine gute Frau! — Weitere Zurufe — Unruhe)

— Jawohl. Ich war mit meiner Leistung zufrieden.

(Abg. Weyrosta SPD: Die hat es Ihnen besorgt! — Vereinzelt Beifall — Weitere Zurufe)

Wenn Frau Matthäus-Maier dort zu mir sagt, wer an die Vermögensteuer herangehe, mache die Reichen noch reicher, dann werden Sie, Herr Kollege Spöri, in Ihrer Partei eine ungeheure Überzeugungsarbeit leisten müssen. Ich bin der festen Überzeugung, daß Sie in Ihrer Partei mit Ihrer Auffassung scheitern werden, weil der wirtschaftliche Sachverstand in dieser Partei nicht gerade übermäßig ist.

(Abg. Weimer SPD: Wahlkampf ab 19.00 Uhr!)

Das wird dann potenziert, wenn auch die Grünen dabei sind. Dann wird es allerdings zappenduster.

(Beifall bei der CDU — Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

— Wenn man grün ruft, werden Sie nervös.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Der Oettinger wird nervös! — Unruhe)

— Ja. — Statt dessen ist die SPD nun auf dem Trip, zusammen mit den Grünen eine Ökosteuer einzuführen.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

— Ja, das wird ja das Thema sein, über das man diskutiert.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das will doch Herr Repnik von der CDU auch!)

— Herr Kuhn, wenn Sie den Stuck

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

— ja, ja — von dem, was Sie unter Ökosteuer verstehen, wegschlagen, dann ist das nichts anderes als eine Stromsteuer.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Unsinn!)

— Nichts anderes als eine Stromsteuer!

Sie wollen in einem Land wie Baden-Württemberg, das heute schon um 40 % höhere Stromkosten als jedes andere Land hat, die Strompreise erhöhen. Das wollen Sie dann auch noch als wirtschaftsfreundlich verkaufen. Also, da fällt selbst der Joschka Fischer vom Hocker.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP — Abg. Kuhn GRÜNE: Der fällt so schnell nicht vom Hocker! — Gegenruf des Abg. Weyrosta SPD: Dem haben sie heute etwas in den Kaffee getan! — Unruhe)

Ich sage es noch einmal: Alle diese Fakten zusammengekommen bis hin zur Technologiesfeindlichkeit sind nicht dazu angetan, hier den Wirtschaftsstandort zu stärken oder der Wirtschaft positiven Schub zu geben. Ich habe vorhin gesagt, daß wir überproportional viele Mittel für Forschung und Lehre ausgeben, daß wir in der Bio- und Genforschung

(Minister Mayer-Vorfelder)

absolute Spitze in der Welt sind, daß aber die Arbeitsplätze in Japan und Amerika geschaffen werden. Wenn hier Mais angepflanzt wird, dann steht Herr Brinkmann an der Spitze derer, die die Maisfelder wieder räumen, indem er die Pflanzen ausreißt. Solche Leute sollen die Zukunft dieses Landes gewinnen! Da muß ich allerdings sagen, daß wir da gewaltig auf dem Holzweg sind.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage das deshalb —

(Abg. Maurer SPD: Ihr Kreisparteitag ist nicht schlecht!)

— Herr Maurer, Sie können über die CDU denken, was Sie wollen:

(Abg. Kuhn GRÜNE: Haben Sie Sorge, daß der Wahlkampf nicht bis zum März geht?)

Die Bevölkerung gibt der CDU in den Fragen der Wirtschaft zu Recht eine höhere Kompetenz als Ihnen, und wenn sie das nicht machen würde, wäre sie auch blind.

(Abg. Weyrosta SPD: Talk im Turm!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Abg. Maurer SPD: Als Kreisparteitagsrede ist es nicht schlecht!)

wir werden Steuermindereinnahmen in der Größenordnung zwischen 600 und 800 Millionen DM haben, wie ich bereits gesagt habe.

(Abg. Weimer SPD: Kommen Sie mal zum Thema zurück!)

Zu den Steuermindereinnahmen aufgrund der konjunkturellen Entwicklung kommen noch die Ausfälle aufgrund des Jahressteuergesetzes hinzu. Man hat einen Familienlastenausgleich gemacht, und man hat das Existenzminimum abgesichert.

(Abg. Kuhn GRÜNE: War ja alles vom Bundesverfassungsgericht vorgegeben!)

— Ja, schauen Sie, es ist ja meistens so, daß Politiker viel von Urteilen reden, aber sie nicht richtig lesen. Das Bundesverfassungsgericht hat nicht vorgeschrieben, wie es genau sein soll.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Nein! Es hat aber eine Veränderung vorgeschrieben!)

Daß dies letztlich im Vermittlungsausschuß mit gewaltigem Draufsatteln ins Ziel gebracht worden ist, wissen Sie genauso gut wie ich, und dies, weil man im Bundestag genauso leicht über Gelder redet, die bei den Ländern ausfallen, wie Sie hier über Gelder reden, die im Bundeshaushalt entweder gestrichen oder draufgesattelt werden. Im Endergebnis bedeutet das für Baden-Württemberg, daß wir zusätzliche Steuerausfälle in der Größenordnung von 804 Millionen DM haben werden.

(Abg. Schöning FDP/DVP: Zumindest die hätten Sie aber im Nachtrag etatisieren können!)

— Herr Schöning, da Sie ein fleißiger Leser meiner Unterlagen sind und, wenn Sie nicht gerade über den Fall Graf nachdenken, auch Zahlen verfolgen, wissen Sie, daß ich in allen Unterlagen und in allen Aussagen im Finanzausschuß einen Mehrposten von 900 Millionen DM genannt habe.

(Abg. Schöning FDP/DVP: Und im Etat stehen 400 Millionen DM!)

Jetzt sind es 800 Millionen DM geworden, also insofern kann niemand überrascht sein.

(Unruhe)

22 Milliarden DM Steuern werden zurückgegeben. Das ist eine ungeheure Zahl, meine Damen und Herren. Die große Steuerreform von 1989 hatte ein Volumen von 40 Milliarden DM, und mit diesen Maßnahmen werden 22 Milliarden DM zurückgegeben. Für mich — da bin ich mit dem Kollegen Spöri einig — kann daraus ein gewisser Konsumschub entstehen. Es geht um kinderreiche Familien und Familien mit geringem Einkommen, von denen wir wissen, daß das Geld, das über Steuerentlastungen zurückgegeben wird, überwiegend in den Konsum geht. Das macht immerhin 1 % des gesamten privaten Verbrauchs aus. Der private Verbrauch liegt bei 2 Billionen DM.

Wir werden mit den Gemeinden einen fairen Ausgleich vornehmen. Wir haben das im FAG — der Entwurf liegt Ihnen vor — vorgeschlagen. Auf Arbeitsebene ist das mit den Kommunen beredet. Diese haben Zustimmung signalisiert. Das heißt, die Kommunen partizipieren in fairer Weise an den 5,5 Umsatzsteuerpunkten, die wir vom Bund bekommen haben. Endbelastung für die Kommunen: immerhin über 500 Millionen DM.

Nun ist die Frage: Wie kann das überhaupt abgedeckt werden? Wir haben in dem Zahlenwerk, das Ihnen schon vorliegt, eine Abdeckung mit dem Überschuß von 1994 in Höhe von 440 Millionen DM vorgesehen. Herr Bütikofer, Sie haben eine große Pressemitteilung herausgegeben und gesagt, das stimme alles nicht.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie haben es seither auch korrigiert! Geben Sie es doch einmal zu!)

— Vielleicht haben Sie die Pressemitteilung nicht gelesen, sondern sie sich nur schreiben lassen. Das ist ja durchaus möglich.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Es gibt so viele parlamentarische Berater. Wir können morgen bei der Einsetzung des Untersuchungsausschusses ja über dieses Thema reden. Wenn ich die Fleißarbeit lese, die zu einer Beschäftigungstherapie der gesamten Steuerverwaltung führen soll, muß ich schon sagen, daß wir mindestens sechs parlamentarische Berater zuviel haben: in jeder Fraktion, die diesen Antrag stellt, jeweils drei, die wochenlang daran gearbeitet haben.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

(Minister Mayer-Vorfelder)

Noch einmal zurück: 440 Millionen DM – das ist der Überschuß von 1994 –

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

werden zur Abdeckung der Steuermindereinnahmen aufgrund des Jahressteuergesetzes verwendet. Bleibt ein Rest von 364 Millionen DM. Das ist der offene Posten.

(Zuruf des Abg. Schöning FDP/DVP)

– Herr Schöning, verschießen Sie nicht Ihr Pulver; Sie müssen nachher ja noch ans Rednerpult. Wer soll denn außer Ihnen von Ihrer Fraktion zu den Finanzen reden? Herr Pfister schaut schon ganz ungläubig und meint, er müsse vielleicht ans Rednerpult, wenn Sie dauernd dort hinten Ihr Pulver verschießen.

Noch einmal: 364 Millionen DM bleiben übrig.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das stimmt nicht!)

– Doch, 364 Millionen DM.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist die offene Unwahrheit! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Gibt es auch verdeckte Unwahrheit? – Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist die offene Unwahrheit! Gucken Sie in Ihren eigenen Haushalt! Sie haben wohl Ihren Haushalt nicht gelesen! – Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt fällt Ihnen nichts mehr ein, Herr Minister!)

– Nein. Je näher das Ende seiner Tage kommt, um so mehr bläst sich Herr Bütikofer hier auf.

(Beifall bei der CDU und den Republikanern)

Das sind 364 Millionen DM. Zu diesen 364 Millionen DM kommen die Steuermindereinnahmen 1996 in der Größenordnung zwischen 600 und 800 Millionen DM. Es werden also zirka 1 Milliarde DM zusätzlich gestrichen werden müssen. Deshalb habe ich vorhin von der Bewährungsprobe dieser Koalition gesprochen. Wir werden nach der Steuerschätzung eine Nachschiebeliste zu erstellen haben, die eine Größenordnung von 1 Milliarde DM einspart. Wenn diese Koalition dies nicht „sattelt“, bleibt im Endergebnis kein anderer Weg, als die Kredite zu erhöhen.

Damit deutlich wird, was mein Weg, mein Wille, mein Wunsch ist: Wir sollten auf der Zielgeraden nicht kurzatmig werden, was die Konsolidierung anlangt.

(Zuruf des Abg. Schöning FDP/DVP)

Deshalb appelliere ich auch an alle meine Kollegen am Kabinettstisch, ob von der CDU oder der SPD,

(Abg. Weimer SPD: Schavan!)

und ich appelliere auch an die Fraktionen, die diese Regierung tragen – zum Teil vielleicht auch noch tragen müssen –, nicht vor der Ziellinie zusammenzubrechen, sondern diese Milliarde aufzubringen, damit man eine makellose Bilanz der Konsolidierung in diesen Jahren vorlegen kann.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bütikofer?

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Nein, der kann doch nachher rausgehen; wir haben doch eine Diskussion.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das ist feige! Feigheit, Herr Minister! Sie wissen, daß Sie falsche Zahlen bringen!)

– Herr Bütikofer, gehen Sie nachher raus. Sie reden doch sowieso!

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das ist unseriös, was Sie hier machen!)

Jetzt will ich reden. Das ist hier keine Debatte, sondern ich bringe jetzt den Haushalt ein.

Ich sage noch einmal: Dieses wird ungeheuer – –

(Abg. Kuhn GRÜNE: Die Rede geht in die Hose!)

– Was Sie schon prophezeit haben, was hier alles in die Hose geht! Herr Bütikofer ist hier aufgetreten wie die größte Cassandra. Wir haben jedes Jahr die vorgegebenen Personalstellen erbracht, was Sie bezweifelt haben. Wir haben jedes Jahr die globale Minderausgabe erbracht, was Sie bezweifelt haben, Herr Bütikofer. Also, wenn jemand durch die Wirklichkeit widerlegt worden ist, dann sind das durch all das, was wir hier gebracht haben, höchstens die Grünen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Kuhn GRÜNE: Sie kommen ganz schwer mit der Wirklichkeit zurecht, Herr Minister!)

Ich sage, eine Milliarde zu realisieren wird schwer werden. Eine Milliarde wird schwer werden, und ich zeige Ihnen in einem einfachen Rechenbeispiel – ich werde nicht all die Zahlen des Nachtragshaushalts jetzt noch herunterbeten; Sie haben sie ja –: Wenn wir im Nachtragsetat 190 Millionen DM Mehrausgaben durch Tarifierhöhungen auffangen müssen, dann verbirgt sich dahinter etwas.

Eine Zunahme des Bruttosozialprodukts um 1 % bringt 300 Millionen DM Steuermehreinnahmen, also bringen 2 % – das ist die derzeitige Wachstumsrate – 600 Millionen DM Mehreinnahmen für das ganze Land. 1 % Tarifierhöhung für den öffentlichen Dienst bedeuten 200 Millionen DM. Das heißt, wenn eine Tarifierhöhung um 3 % stattfindet, dann ist die gesamte Zunahme der Steuer über 2 % Bruttosozialprodukt allein für die Gehälter ververspert. Deshalb werden hinter einer Milliarde natürlich auch Fragen im Bereich der Tarifpolitik und im Bereich der Übernahme tarifpolitischer Ergebnisse auf Beamte stehen.

Ein Wort noch zu dem, was Sie, Herr Bütikofer, und die Fraktion GRÜNE so erheblich bewegt, daß Sie sogar vor den Staatsgerichtshof gegangen sind, nämlich zur Frage der globalen Minderausgaben. Wir haben das, was im Finanzausschuß zugesagt und dann auch beschlossen worden ist, eingehalten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Oje!)

(Minister Mayer-Vorfelder)

Ich habe dort gesagt, daß wir 50 % der globalen Minderausgaben konkretisierten. Wir haben für den Doppelhaushalt 1995/96 einen Betrag von über 700 Millionen DM, nämlich 725 Millionen DM, konkretisiert. Insofern ist der Auftrag erfüllt; insofern halte ich es auch für gerechtfertigt und möglich,

(Zuruf des Abg. Schöning FDP/DVP)

daß wir die globalen Minderausgaben in diesem Nachtrag, den Sie haben,

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Taschenspielertricks!)

für 1995 um 70 Millionen DM und für 1996 um 120 Millionen DM erhöhen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Und dabei wird es nicht bleiben!)

— Sie werden immer eine andere Auffassung haben als ich, was die globale Minderausgabe anlangt,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das wollen wir hoffen!)

und zwar in dem Punkt, daß die globale Minderausgabe eine vom Gesetz vorgesehene Möglichkeit ist, um auf schnellstem Weg gewisse Sparmaßnahmen durchzuführen

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das ist unstrittig!)

und eine Flexibilisierung der Haushalte zu erreichen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Es kommt doch nur auf die Höhe an!)

— Genau so ist es. Sie liefern mir nicht immer, aber manchmal, wenn Sie dazwischenrufen, genau das Stichwort.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Man muß Ihnen auch ein bißchen helfen, damit es vorangeht!)

Wenn Sie die Haushalte der Länder anschauen, dann stoßen Sie darauf, daß die globalen Minderausgaben in den einzelnen Ländern — auch in Ländern, in denen Sie zeitweise mit in der Regierung waren — zwischen 1 und 1,5 oder 1,8 % des Haushaltes schwanken.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Bei Ihnen ist es besser!)

— Ja. Wir haben vor der Konkretisierung 1,8 % gehabt und sind nach der Konkretisierung bei 0,8 %. Insofern glaube ich nicht, daß Sie mit Ihrer Klage Erfolg haben.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Warten wir einmal die Steuerschätzung ab!)

Das Entscheidende ist aber für mich: Wenn Sie in Ihrer Klage vorbringen, dies sei ein Mißbrauch von Gestaltungsmitteln durch die Regierung, dann muß ich Ihnen leider sagen, daß dieser Haushalt nicht von der Regierung, sondern vom Landtag verabschiedet wird und daß der Landtag —

(Abg. Schöning FDP/DVP: Das ist Selbstentmachtung des Parlaments!)

— Das ist so, Herr Schöning.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie sollten einmal eine Klageschrift lesen lernen!)

— Die Mehrheit des Landtags. Wenn Sie dabei auch noch ein Minderheitenrecht geltend machen, dann weiß ich nicht mehr, was Mehrheiten noch zu sagen haben.

(Beifall des Abg. Kurz CDU)

Die Mehrheit dieses Landtags hat das beschlossen, und deshalb sehe ich da nicht die Problemstellung, die die Grünen geltend gemacht haben.

Lassen Sie mich zum Schluß sagen: Wenn wir bereit sind, uns mit Akribie und Leidenschaft den Dingen zuzuwenden, die für die Zukunft des Landes von Bedeutung sind, auf jeden Fall von größerer Bedeutung als die Dinge, die derzeit die Gemüter bewegen, weil zu viele Wochenzeitschriften gelesen werden,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Wochenzeitschriften?)

wenn wir diese Problemstellung richtig erkennen, die Herausforderung verspüren, die darin liegt, dann glaube ich, daß wir das Ziel erreichen können und insbesondere im Jahr 1996 die Kreditlinie nicht höherfahren müssen. Allerdings bedeutet dies für alle, die nun in den Wahlkampf hinausziehen werden, daß sie keine Versprechungen abgeben können, es sei denn, sie wollten lügen. Wenn sie die Realität kennen, ist kein Platz für Versprechungen. Das ist das einzig Positive an dieser Zahlenentwicklung. Derjenige, der hinausgeht und Versprechungen macht, muß wissen, daß er diese Versprechungen wieder zurücknehmen muß, gleichgültig, wer in der Regierungsverantwortung stehen wird.

Ich möchte bei allem heraufziehenden Wahlkampf nochmals sagen — ich sage das ganz bewußt auch zur SPD hin —:

(Abg. Weimer SPD: Jetzt! — Abg. Kuhn GRÜNE: O weh, Deckung!)

Diese Koalition hat in dieser Frage eine sehr solide Arbeit abgeliefert.

(Abg. Weyrosta SPD: Deswegen wundere ich mich über die Polemik!)

Die Finanzpolitik dieses Landes wird bundesweit als gut angesehen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Na ja!)

Sie wird bundesweit als gut angesehen, und sie ist auch bundesweit einmalig, weil diese Strukturdatenveränderung, diese Rückführung der Nettokreditaufnahme trotz erheblicher Mehrausgaben, trotz erheblicher Steuermindereinnahmen von keinem anderen Land der Bundesrepublik — außer Bayern — bewerkstelligt werden konnte.

Deshalb möchte ich nochmals danken, in erster Linie dem Ministerpräsidenten, der diese Aufgabe zu seiner Aufgabe gemacht und der den Finanzminister in all den schwierigen Zeiten und Jahren gestützt, gestärkt und auch verteidigt hat. Ich möchte den beiden Regierungsfractionen danken, die mancher Versuchung widerstehen mußten, um eine solche Konsolidierung zu schaffen. Ich gebe mich der Hoffnung

(Minister Mayer-Vorfelder)

hin, daß wir bei allen Schwierigkeiten, die wir miteinander haben, das noch ins Ziel bringen, was wir uns vorgenommen haben. Das ist meine Bitte.

(Beifall bei der CDU — Abg. Kuhn GRÜNE: Abschiedsrede!)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Aussprache über den Nachtrag und das Änderungsgesetz zum Finanzausgleichsgesetz. Hier hat das Präsidium gestaffelte Redezeiten bei einer Grundredezeit von 10 Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erhält Herr Abg. Keitel das Wort.

**Abg. Keitel CDU:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Nachtrag, den der Herr Finanzminister heute einbringt, wird das letzte Haushaltsgesetz sein, das wir in dieser Wahlperiode beraten und das diese große Koalition verabschieden wird.

Die CDU-Fraktion begrüßt es, daß wir zu diesem späten Zeitpunkt nochmals in Haushaltsberatungen eintreten. Zum einen ist das eine gute Gelegenheit, Bilanz zu ziehen und die finanzpolitischen Leistungen dieser Regierung darzustellen. Zum anderen erörtern wir diesen Nachtrag zu einem Zeitpunkt, Herr Schöning, zu dem sicher eine große finanzpolitische Gestaltungsaufgabe vor uns stehen wird. Die Koalition wird ihre Problemlösungsfähigkeit daran nochmals unter Beweis stellen.

Schon mit der Vorlage dieses Nachtrags hat die Regierung eine respektable Leistung vollbracht. Dieser Regierungsentwurf ist eine hervorragende Grundlage für die weitere Arbeit. Weiterhin rückläufige Steuereinnahmen und zwangsläufige Mehrausgaben mußten verkräftet werden. Der Haushaltsausgleich ist ohne weitere Schuldenaufnahme überzeugend gelungen. Er ist nur durch weitere deutliche finanzielle Einschnitte in wichtigen Haushaltsbereichen erreichbar gewesen.

Die CDU-Fraktion ist sich der Tragweite dieser Einschnitte voll bewußt. Selbstverständlich wissen wir, um ein wichtiges Beispiel zu nennen, um die Bedeutung des Krankenhausbaus und können einschätzen, was es heißt, wenn schon geplante Vorhaben jetzt hinausgeschoben werden müssen. Ein anderes Beispiel ist der Straßenbau. Ich selbst vertrete einen Wahlkreis im ländlichen Raum. Unter dem Zurückfahren des für die Infrastruktur wichtigen Investitionsprogramms leiden wir draußen in der Fläche am meisten.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin bereit, diese Maßnahmen aus meiner gesamtpolitischen Verantwortung heraus vor meinen Wählern zu vertreten.

Von ganz zentraler Bedeutung ist in dem Regierungsentwurf für mich, daß der Rechnungsüberschuß des Haushaltsjahres 1994, erwirtschaftet durch einen äußerst sparsamen Haushaltsvollzug, im Ergebnis vollständig zur Verfügung steht, um im Jahr 1996 Steuerentlastungen, Herr Schöning, aus dem Jahressteuergesetz aufzufangen. Damit haben wir eine Reserve von 440 Millionen DM, . . .

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Herr Abg. Keitel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schöning?

**Abg. Keitel CDU:** . . . mit der ein hohes Maß an Vorsorge getroffen wurde.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht! Das ist unwahr!)

— Sie dürfen doch nachher reden, Herr Bütikofer.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Herr Abg. Keitel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schöning?

**Abg. Keitel CDU:** Bitte, Herr Schöning.

**Präsident Dr. Hopmeier:** Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Schöning FDP/DVP:** Können Sie mir bestätigen, daß im Etat, den der Herr Finanzminister uns vorgelegt hat, der Überschuß des Jahres 1994 in Höhe von 440 Millionen DM mit 204 Millionen DM zur Deckung des Defizits von 1995 und nur in Höhe von 236 Millionen DM zur Deckung von Ausfällen durch das Jahressteuergesetz 1996 vorgesehen ist?

**Abg. Keitel CDU:** Ich sage Ihnen: Wir werden die 440 Millionen DM in das Jahr 1996 durchschieben.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Zwischenfrage! — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bütikofer?

**Abg. Keitel CDU:** Sie dürfen nachher reden, Herr Bütikofer.

Diese Risikovorsorge zum richtigen Zeitpunkt

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

— Sie reden doch nachher zu diesem Tagesordnungspunkt —

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das klären wir doch gleich! — Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

wird uns den Haushaltsausgleich 1996 wesentlich erleichtern.

Mit dieser vorsorgenden Haushaltspolitik stehen wir einmalig unter allen Ländern da. Ich will nicht wiederholen, was der Herr Finanzminister hier dazu gesagt hat.

Wir haben auch allen Grund, dem Herrn Finanzminister dafür Anerkennung auszusprechen, daß es gelungen ist, die globale Minderausgabe in beiden Haushaltsjahren jeweils um die Hälfte zu reduzieren.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht! — Abg. Kuhn GRÜNE: Was haben Sie denn da aufgeschrieben? — Abg. Schöning FDP/DVP: Stimmt doch auch nicht!)

— Das ist richtig. Wir haben sie in diesem Nachtrag um die Hälfte reduziert, Herr Schöning. Dabei geht es gar nicht um die Klage der Grünen, denn verfassungsrechtlich ist die glo-

(Keitel)

bale Minderausgabe in der Form, wie wir sie haben, völlig bedenkenfrei.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ganz sicher!)

Aber politisch ist die Halbierung der globalen Minderausgabe äußerst nützlich. Die bevorstehenden Haushaltsberatungen werden zeigen, daß uns das Geschäft dadurch wesentlich erleichtert wird.

Das Instrument der globalen Minderausgaben hat – das werden auch die Grünen bald einsehen müssen – angesichts der Steuereinnahmen insgesamt sicherlich noch nicht ausgedient.

Aber es ist wichtig, wieder auf eine vernünftige Basis zurückzukehren. Das ist nun zu einem ganz wesentlichen Teil in diesem Nachtrag geschehen. Wir wissen inzwischen, daß der Steuereingang weitere Risiken für diesen Haushalt in sich birgt. Zunächst einmal sollten wir in dieser Frage die Steuerschätzung, die uns Ende nächster Woche vorliegen wird, in aller Ruhe abwarten. Das Bild heute ist noch keineswegs ganz eindeutig. Es ist für uns im Augenblick schwierig, die Auswirkungen der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung und der für 1996 beschlossenen Steuerentlastungen auf die Steuereinnahmen abzuschätzen. In einer solchen Situation verlasse ich mich auf das Urteil unabhängiger Steuersachverständiger. Das ist der auf Bundesebene eingerichtete Arbeitskreis Steuerschätzung. Er wird uns nächste Woche seine Prognose bekanntgeben. Deshalb sollten wir uns im Augenblick endgültiger Urteile enthalten.

Was wir heute haben, sind aber deutliche Warnsignale, und wir nehmen sie ernst. Die Landesregierung hat durch eine Haushaltssperre auch bereits richtig und konsequent darauf reagiert. Damit stellen wir uns darauf ein, daß wir in den Finanzausschußberatungen möglicherweise eine weitere Deckungslücke, Herr Schöning, von mehreren hundert Millionen DM werden ausgleichen müssen.

(Abg. Schöning FDP/DVP: Nicht nur möglicherweise!)

Für die CDU-Fraktion ist in dieser Situation zweierlei klar. Erstens: Auch eine eventuelle, inzwischen dem Grunde nach doch schon einigermaßen sichere neuerliche Deckungslücke muß durch Einsparungen ausgeglichen werden. Eine Erhöhung der Neuverschuldung kommt für uns nicht in Betracht. Es ist ein Markenzeichen der von dieser Koalition getragenen Politik unseres Finanzministers, daß das Land trotz ständig rückläufiger Steuereinnahmen und einer in einzelnen Bereichen durchaus schwierigen Ausgabenentwicklung seine Neuverschuldung stetig zurückgefahren hat. Dies ist der richtige Weg. Die CDU-Fraktion wird ihn vorbehaltlos unterstützen.

Dabei geht es aktuell gar nicht einmal in erster Linie darum, daß höhere Schulden für unseren Haushalt strukturell im Moment nicht zu verkraften wären. Ich will nicht auf das eingehen, was der Herr Finanzminister im Vergleich zu anderen Ländern in der Bundesrepublik Deutschland hier dargelegt hat. Es geht darum, mit einer soliden Finanzpolitik auch eine auf Wachstum angelegte Wirtschaftspolitik zu gestalten. Die Finanzierung des Aufbaus Ost hat den öffentlichen Gesamthaushalt seit 1991 in extremem Maß belastet.

Aber langfristig muß klar sein, daß wir den Kreditmarkt nicht durch einen übermäßigen Kreditbedarf der öffentlichen Hand überbeanspruchen und private Investoren damit aus dem Kreditmarkt hinausdrängen. Eine zurückhaltende Kreditnachfrage des Staates ist ein Schlüssel zu einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik. Nur durch eine Reduzierung der Staatsverschuldung und natürlich durch eine weitere Steuerabsenkung können wir unserer Wirtschaft dauerhaft wieder auf die Beine helfen und unseren Wirtschaftsstandort sichern. Das ist seit langem Credo der CDU. Es ist ein großer Fortschritt, daß sich in der Zwischenzeit in der Politik allgemein dieses Gedankengut ein Stück weit durchgesetzt hat. Ich freue mich vor allem, daß auch unser Koalitionspartner diese Politik mitträgt.

Wir haben stets betont: Mehr Schulden zum Ausgleich des Haushalts oder zur Finanzierung von Steuerentlastungen wollen wir nicht machen. Da fühle ich mich auch ganz persönlich gegenüber meinen Wählern im Wort. Zu dieser Aussage möchte ich stehen, und bei dieser Aussage will ich bleiben, auch wenn es jetzt in den Nachtragsberatungen eng und schwierig werden wird. Sie bedeutet ein Stück allgemeiner Glaubwürdigkeit, aber gerade auch Glaubwürdigkeit dieser Koalition.

Die absolute Höhe der Staatsschuld ist für unsere Bürger inzwischen eine abstrakte, nicht mehr unmittelbar erfahrbare Größe. Aber wenn wir unser Versprechen brechen, wenn wir den Weg des vermeintlich geringsten Widerstandes gehen und die Schulden erhöhen, nimmt dies der Bürger wahr und wird uns das sehr übelnehmen. Die Umstände, unter denen ich mir vorstellen könnte, daß das Kreditlimit des Haushalts erhöht werden müßte, sind aus meiner Sicht noch lange nicht gegeben.

(Zurufe der Abg. Bütikofer und Kuhn GRÜNE)

Das müßten, Herr Kuhn, so außergewöhnliche Umstände sein, daß der Landeshaushalt anders überhaupt nicht mehr auszugleichen und zu vollziehen wäre.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Aber der Herr Teufel denkt darüber nach! Das wissen Sie!)

Ich bin auch froh darüber, daß unser Koalitionspartner diesen Kurs mitträgt. Das hat nicht immer so ausgesehen.

(Abg. Brigitte Wimmer SPD: Da seid ihr eher zum Jagen getragen worden!)

Als im Vorfeld der Nachtragsplanaufstellung den Ressorts vom Finanzministerium die Kürzungsaufgaben bekanntgegeben wurden, hat die Frau Sozialministerin noch öffentlich angekündigt, sie werde diesen Kürzungen im Kabinett nicht zustimmen. Jetzt hat sie zugestimmt. Ich kann das nur begrüßen.

(Zuruf der Ministerin Helga Solinger)

Als im Juli vor dem ersten Kabinettsbeschuß über den Nachtrag darüber diskutiert wurde, ob der gesamte Jahresüberschuß 1994 als Deckungsreserve für die Steuerentlastung aus dem Jahressteuergesetz reserviert oder ein Teil von 70 Millionen DM schon 1995 zur Vermeidung von Einsparungen als Deckungsmittel in den Haushalt eingestellt werden sollte, hat die SPD noch die weiche Linie befürwortet.

*(Keitel)*

tet. Der Vorschlag des Finanzministers, auch die streitigen 70 Millionen DM durch Kürzungen zu erwirtschaften, habe bei der SPD hellste Empörung ausgelöst — so die „Schwäbische Zeitung“ vom 15. Juli 1995. Jetzt haben die SPD-Minister im Kabinett auch diese weitere Kürzung in Höhe von 70 Millionen DM einstimmig mitgetragen. Der Jahresüberschuß 1994 ist damit in vollem Umfang als Risikorücklage gesichert. Auch das begrüße ich ausdrücklich.

Ein Zweites ist mir heute wichtig: Wenn die Zeichen nicht trügen, werden wir nach der neuen Steuerschätzung um weitere Einsparungen nicht herunkommen. Der Druck auf den Haushalt wird sicher weiter wachsen. Wir werden zum Haushaltsausgleich sicherlich nicht allein auf Kürzungen von Landesprogrammen angewiesen sein. Der streng sparsame Haushaltsvollzug 1995, der mit der Haushaltssperre eingeleitet wurde, wird sicher wieder einen Deckungsbeitrag erbringen. Ich halte auch Haushaltsentlastungen in anderen Bereichen für denkbar. Darüber müssen wir in den Finanzausschußberatungen im Detail reden.

Aber heute ist schon ziemlich wahrscheinlich, daß nochmals gewaltige Einsparungen vorgenommen werden müssen. Die CDU-Landtagsfraktion ist sich voll darüber im klaren, wie gravierend diese Einsparungen in den einzelnen Aufgabenbereichen sein werden. Aber sie sind vorübergehender Natur. Die Alternative einer Erhöhung der Neuverschuldung würde unsere Zukunft auf Dauer belasten. Das könnten wir nicht verantworten. Deshalb werden wir die Konsequenzen der notwendigen Sparpolitik aus unserer finanzpolitischen Gesamtverantwortung heraus in Kauf nehmen. Ich hoffe nur, daß auch andere dies tun, die dem Haushalt heute hier im Landtag zustimmen.

Wir werden Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, in den anstehenden Finanzausschußberatungen, wenn es um die Schließung eventueller Deckungslücken gehen wird, beim Wort nehmen. Wer für die nächste Wahlperiode die Nullverschuldung verspricht, gleichzeitig 8 000 neue Lehrerstellen und pro Jahr 400 neue Polizeistellen fordert, muß die vereinbarte Kreditlinie in diesem Haushalt mithalten. In der Koalitionsvereinbarung haben wir finanzpolitische Solidität und Stabilität als oberstes Ziel vereinbart. Wir haben diesen Punkt der Koalitionsvereinbarung buchstabengetreu erfüllt. Dies soll auch für den Rest der Wahlperiode unsere Geschäftsgrundlage sein.

Aus der Sicht der CDU-Fraktion kann uns nichts Besseres passieren, als daß der Erfolg dieser Koalition daran gemessen wird, daß sie ihre finanzpolitischen Vorgaben erfüllt.

*(Beifall bei der CDU)*

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiesecker.

**Abg. Kiesecker SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben bei dieser Nachtragshaushaltsberatung nicht darüber zu befinden, ob es dem Herrn Finanzminister Schmerzen bereitet, mit Sozialdemokraten zu arbeiten, und auch nicht darüber, ob es uns Freude macht, mit ihm zu arbeiten.

*(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)*

Wir haben auch nicht darüber zu beraten, was der Herr Finanzminister während drei Vierteln seines Vortrags hier kreuz und quer gesprochen hat.

*(Zurufe der Abg. Bütikofer und Kuhn GRÜNE)*

Wir reden über einen Nachtragshaushaltsplan für zwei Haushaltsjahre, der von zwei ganz nüchternen Sachverhalten bestimmt und belastet ist, die wir differenziert bewerten. Zum einen sind es die Steuermindereinnahmen, die wir noch im laufenden Jahr in beträchtlicher Größenordnung zu bewältigen haben, und zwar nicht nur gegenüber den Annahmen des Jahres 1994, sondern auch gegenüber denen vom Mai 1995. Daß wir diese Mindereinnahmen zu verkraften haben werden, ist nach den Steuereingängen der ersten drei Quartale dieses Haushaltsjahres deutlich zu sehen. Wir haben dazu soeben auch Zahlen gehört.

Diese Steuermindereinnahmen sind zu beklagen. Wir haben zu registrieren, daß die Wirtschaftskrise eine Finanzkrise nach sich zieht, weil wir eben nicht nur einen Konjunktur-einbruch gehabt haben, sondern weil es auch Struktureinbrüche gab. Sie sind auch die Folge weit zurückreichender Versäumnisse in der Wirtschaft und in der Politik, schon zu Zeiten, als auch Konservative Ministerpräsidenten im Land gewesen sind. Diese Versäumnisse haben nun eine lang anhaltende Wirkung.

Der andere den Nachtrag bestimmende Sachverhalt sind Steuerausfälle des Landes infolge des Steuergesetzes für 1996. Das hat mit Wehklagen nichts zu tun. Das eine sind die Steuerbefreiungen für Einkommen bis zur Deckung des Mindestbedarfs. Es ist eigentlich eine Ohrfeige für die Politik, daß dazu ein Richterspruch nötig war. Wir hätten dies auch ohne Weisung durch ein Gericht politisch so entscheiden können und entscheiden müssen.

*(Beifall bei Abgeordneten der SPD)*

Außerdem gibt es ab 1996 eine spürbare Erhöhung des Kindergeldes zu Lasten der Einkommensteuer. Wir haben dafür im Bundestag gekämpft und begrüßen das Ergebnis als Erfolg unserer Politik.

*(Beifall bei der SPD)*

Beides übrigens, Steuerentlastung und höheres Kindergeld, wird konsumbelebende Effekte haben, weil die Mittel in den Konsum gehen werden.

Mit diesem Nachtragshaushaltsentwurf stellt sich in aller Härte die Frage nach dem Ausgleich für die Mindereinnahmen. Der erste Schritt war eine vorläufige Ausgabenbremse im September. Er war nötig und richtig, wenn dadurch auch manches Vorhaben empfindlich getroffen worden ist.

Im haushaltsrechtlichen Vollzug sind wir nun in einer außergewöhnlichen Lage; davon war schon die Rede. Der Nachtragshaushaltsentwurf, der heute eingebracht worden ist, wird, wie der Minister schon gesagt hat, so nicht beschlossen werden. Er wird gravierende Veränderungen erfahren. Das werden wir bereits in einer Woche sehen, wenn die Steuerschätzung vom Herbst 1995 vorliegen wird. Dies gereicht niemandem zum Vorwurf. Es gab keine andere Möglichkeit, als von den Steuerschätzungen im November 1994 und im Mai 1995 auszugehen, solange andere Zahlen nicht vorla-

(Kiesecker)

gen. Wenn sich aber nun die Zahlen nochmals verschlechtern — und davon gehen wir alle aus, der Finanzminister und wir im Parlament —, dann müssen wir flexibel genug sein, den Haushalt im laufenden Beratungsverfahren, im Finanzausschuß und bei der Verabschiedung im Plenum, den neuen Erkenntnissen anzupassen. Dabei wird sich auch zeigen, daß wir mit dem Überschuß von 1994 anders verfahren werden, als es ursprünglich vorgesehen war. Wir werden ihn wohl voll für 1996 verwenden, womit sich auch gewisse Fragen, die gestellt worden sind, erledigen werden. Mit diesem flexiblen Verfahren wahren wir auch das Haushaltsrecht des Parlaments.

Es ist vorherzusehen, daß wir im Zug dieser Nacharbeit am Nachtragshaushaltsplan wieder eine Erhöhung der globalen Minderausgabe haben werden, bereits im Jahr 1995, vor allem aber 1996. Ich verhehle nicht: Dies tut weh, dies ist haushaltspolitisch sehr bedenklich. Das haben wir immer gesagt und halten auch daran fest. Aber ich meine, dies ist keine haushaltsrechtliche Frage; dies sage ich auch im Blick auf die von den Grünen gegen den Landtag erhobene Klage. Der Landtag ist im Haushaltsbeschluß ja wohl souverän. Er kann, so finde ich, rechtlich auch die globale Minderausgabe beschließen. Ein Minderheitenrecht sehe ich in diesem Bereich überhaupt nicht.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das muß man klären!)

Dies gilt rechtlich um so mehr, als der Haushaltsplan ja nur eine Ausgabenermächtigung, aber keine Ausgabenverpflichtung für die Regierung enthält. Rechtsansprüche werden allein aus dem Haushaltsplan jedenfalls nicht begründet. Ich muß dies so sagen.

Wir werden 1995 die Kröte der erneuten Erhöhung der globalen Minderausgabe schlucken müssen. Im Nachtrag für das laufende Haushaltsjahr, den wir im November 1995 verabschieden werden, gibt es ja wohl keinen anderen Weg mehr.

Für das kommende Jahr wollen wir uns wirklich vornehmen, was der Finanzminister gesagt hat, jedenfalls ab dem zweiten Nachtrag für das Haushaltsjahr 1996 erneut mit der Konkretisierung der Minderausgaben zu beginnen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wieso? Da sind doch wir an der Regierung! Machen wir es gründlich!)

— Einverstanden, völlig einverstanden.

(Vereinzelt Heiterkeit — Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Ich komme dann gern darauf zurück, Herr Kollege Bütikofer.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Er ist dann gar nicht mehr da!)

Aber ich werde Sie vielleicht nicht mehr sehen, ja. Das ist ein Problem. Aber dann können wir miteinander korrespondieren.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

— Ja.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich denke, daß wir uns nichts vormachen sollten.

(Abg. Seimetz CDU: Richtig! — Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der Republikaner)

Das leicht gesagte Wort vom Konkretisieren der Minderausgaben markiert in Wahrheit einen schwierigen Weg für jede Regierung und auch für das Parlament.

(Beifall des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Derjenige, der am lautesten nach der Konkretisierung ruft, darf den Anfang machen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD — Beifall des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Es ist gar keine Frage, daß alle Einsparungen — auch diejenigen, über die wir in den nächsten Wochen diskutieren werden — für alle Betroffenen sehr, sehr schmerzhaft sind.

(Zuruf des Abg. Maurer SPD)

Nun bringt in dieser schwierigen Haushaltssituation eine oder andere höhere Schuldaufnahmen ins Gespräch. Ich will deutlicher werden — Herr Keitel, Sie haben es ja auch angesprochen und nach links geschaut; Sie hätten nach rechts schauen müssen —: Der eine oder andere, der höhere Schuldaufnahmen ins Gespräch gebracht hat, stammt aus Ihren Reihen. Ich habe da zwei Namen gelesen: Teufel und Oettinger — beide, wenn ich recht sehe, CDU.

Ich sage auch wie Sie, Herr Kollege Keitel: Den Weg der Erhöhung der Nettoneuverschuldung darf diese Koalition nicht gehen. Der Schuldenstand und der Schuldendienst des Landes sind ja bei Gott hoch genug. Sie nehmen ohnehin Jahr für Jahr zu, weil wir nur die Zunahme, aber nicht den Schuldenstand abbauen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: So ist es!)

Wir sollten wenigstens an der Devise des Abbaus der Nettoneuverschuldung festhalten. Wir haben insoweit die Staatsfinanzen in vier Haushaltsjahren konsolidiert. Das ist wirklich, wie auch ich finde, ein Gütezeichen der Koalition. Wir sind diesen Weg in allen Haushalts- und Nachtragshaushaltsberatungen seit 1992 gegangen und haben ihn, vielen Schwierigkeiten zum Trotz, durchgehalten. Wir sollten ihn weiterhin durchhalten und nicht aufgeben. Es gilt, den guten Ruf, den wir darin haben, zu wahren.

Ich habe gelesen, daß vom Haushaltsbegleitgesetz, mit dem Rechtsverpflichtungen aufgehoben werden sollen, gesprochen wird.

(Zuruf des Abg. Schöning FDP/DVP)

Ich würde Wert darauf legen, daß dies konkretisiert wird, ehe man darüber überhaupt reden kann. Man muß genauer sagen, was man damit meint.

Andererseits werden auch Mehrausgaben genannt. Auch da meine ich: Schauen wir uns ruhig einmal um, Herr Keitel, woher das kommt. Das kommt bereits von allen Seiten. Es werden Mehrausgaben etwa im Bereich der Lehrerversorgung genannt. Es werden Mehrausgaben im Bereich der

(Kiesecker)

Weiterbildung genannt. Es werden Mehrausgaben wegen Sozialhilfeleistungen für Spätaussiedler genannt; hierbei hat die Regierung noch einen Auftrag aus den Haushaltsberatungen auszuführen.

Über all diese Dinge werden wir wohl auch im Finanzausschuß gemeinsam zu reden haben. Die Sacharbeit, die wir in dieser Wahlperiode zu leisten haben, ist noch nicht zu Ende, weder für die Regierung noch für das Parlament. Nur der Finanzrahmen, in dem wir handeln, ist drückend eng.

Ich gebe dem Herrn Finanzminister recht, wenn er hier oben gesagt hat, daß dieser Nachtragshaushaltsplan vor allem für die Koalition eine große Aufgabe und eine große Herausforderung darstellt. Aber, Herr Finanzminister, Ihre heutige Rede war zur Lösung dieser Aufgabe und Herausforderung keine Hilfe.

(Beifall des Abg. Bütikofer GRÜNE – Abg. Kuhn GRÜNE: Das war eine Abschiedsrede!)

Aber er kann ja wieder besser werden.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Nein, das glaube ich nicht!)

Wir sind zu gemeinsamer Lösung bereit.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Trageiser.

**Abg. Trageiser REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Befürchtungen, die wir Republikaner bei den Beratungen zum Doppelhaushalt 1995/96 geäußert haben, waren mehr als berechtigt. Alle Vorgaben wurden so gut wie nicht erreicht. Der Haushalt wurde nicht wirklich konsolidiert, die staatliche Verwaltung wurde nicht verschlankt, der Arbeitsplatz Baden-Württemberg wurde nicht wettbewerbsfähig und damit die steuerliche Ertragskraft nicht verbessert.

Nur fünf Monate nach der Verabschiedung des Haushalts im Februar dieses Jahres mußten Sie, Herr Finanzminister, bereits im Juli einen Nachtrag einbringen, der Ihre ganze Misere, nämlich eine Deckungslücke von über 500 Millionen DM, aufzeigt. Da hilft Ihnen auch keine Haushaltssperre. Die globalen Minderausgaben sind bis aufs letzte ausgereizt. Es läuft sogar schon ein Verfahren beim Staatsgerichtshof hierüber. Und jetzt versuchen Sie noch ganz schnell, im Vergleich zur Deckungslücke 70 Millionen DM einzusparen. Dabei wissen wir, daß die nächste Steuerschätzung heute in einer Woche zeigen wird, daß die bisher angesetzten konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen sich nochmals kräftig erhöhen werden. Sie haben dies auch selbst eingeräumt, und Sie haben in Ihrer Rede hier vor wenigen Minuten auch selbst klar zugegeben, daß das, was Sie jetzt vorgelegt haben, eigentlich schon wieder falsch ist.

Den Grund dafür, warum dies so ist, haben wir in der Debatte am 30. November 1994 genannt: Ihre viel zu optimistische Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage und die deshalb viel zu hoch angesetzten geschätzten Steuereinnahmen. Es zeigt sich immer mehr, daß diese CDU/SPD-Landesregierung die Dinge nur treiben läßt. Sie reagiert nur, anstatt rechtzeitig vorausschauend zu gestalten.

(Beifall bei den Republikanern)

Die zu diesem frühen Zeitpunkt verhängte Haushaltssperre kann nicht nur als Vorbeugung gegen das Dezemberfieber gedeutet werden. Nein, sie ist vielmehr der Ausdruck Ihrer völligen finanzpolitischen Erschöpfung. Schon das Verfahren, in dem das hier abläuft, ist ein Stück absurdes Theater. Heute, am 11. Oktober, findet die Erste Beratung statt. Wir alle wissen, daß die nächste Steuerschätzung in einer Woche völlig andere Zahlen liefern wird. Am 8. November verabschieden wir dann entweder diesen falschen Nachtragshaushalt oder schon wieder einen geänderten. Dieses Verfahren ist doch mindestens so chaotisch wie die Steuerverhältnisse der Frau Graf.

(Beifall bei den Republikanern)

Daß das Jahressteuergesetz 1996 Mehrbelastungen bringen würde, das war doch bei der Verabschiedung des Haushaltsplans längst bekannt, vor allem wegen der vom Bundesverfassungsgericht festgelegten Freistellung des Existenzminimums. Wenn schon die Landes-CDU den absichtlichen Falschberechnungen des Bundesfinanzministers Waigel glaubte, hätte hier der SPD-Teil dieser Regierung wenigstens einmal zeigen können, daß er auch etwas von Finanzen versteht. Aber das war bei dieser Landes-SPD auch schon zu viel erwartet.

(Beifall bei den Republikanern)

Das Jahressteuergesetz konnte – das wußte jeder, der es wissen wollte, vorher – bei allen Gegenfinanzierungsmaßnahmen nicht einnahmenneutral sein. Daß es besonders mittelstandsfeindlich ist, kommt noch hinzu. Die nunmehrige Deckungslücke von über 900 Millionen DM hätte man deshalb bei der Aufstellung des Haushaltsplans von Anfang an berücksichtigen müssen. Daß dies nicht geschah, zeigt eben wieder einmal, daß diese Koalition nur nach dem Prinzip Hoffnung vor sich hinwurstelt und hofft, es werde schon nicht so schlimm kommen, und erst handelt, wenn es nicht fünf vor, sondern bereits fünf nach zwölf ist.

(Beifall bei den Republikanern)

Was jetzt die konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen anbelangt, so verstecken Sie, Herr Finanzminister, sich hinter den damaligen Steuerschätzungen. Als Finanzsprecher der Republikaner habe ich Sie nicht nur hier im Plenum, sondern auch im Finanzausschuß mehrfach aufgefordert, sich von den offensichtlich falschen Zahlen der Steuerschätzung des Finanzplanungsrats zu lösen und einen realistischen Ansatz zu treffen. Das haben Sie bisher nicht getan.

Ein besonders wichtiger Haushaltsgrundsatz ist der der Genauigkeit. Aber mit der Genauigkeit, Herr Finanzminister – das haben wir in den letzten Wochen gesehen –, nehmen Sie es eben nicht sehr genau.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Ich fordere Sie deshalb auf, endlich mit diesem Budgetgrundsatz der Genauigkeit bei der Aufstellung eines Etats Ernst zu machen, und, Herr Finanzminister, Sie sollten endlich die Fehlleistungen dieser Regierung zur Kenntnis nehmen. Der Arbeitsplatzabbau, die Kapitalabwanderung und die Entindustrialisierung Baden-Württembergs

(Lachen des Abg. Bütikofer GRÜNE)

(Trageiser)

vollziehen sich seit dieser großen Koalition immer rascher. Das hat Herr Spöri selbst gesagt. Der Begriff der Entindustrialisierung stammt vom Wirtschaftsminister der SPD und nicht von mir.

(Beifall bei den Republikanern)

Deshalb fließen die Steuereinnahmen immer langsamer.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Daß Sie überhaupt ein SPD-Wort in den Mund nehmen! — Abg. Walter GRÜNE: Das ist ein Fremdwort!)

Auch was die Mehrausgaben von über 250 Millionen DM angeht, bietet sich das gleiche Bild von Fehleinschätzungen, vor allem bei den Personalausgaben, den Kosten für die Flüchtlinge und beim BAföG.

Was ist in dieser Situation zu tun? Herr Keitel, ich habe mit Freude gehört, daß Sie sagten, eine Erhöhung der Staatsverschuldung komme nicht in Frage. Leider — Herr Kiesecker hat darauf hingewiesen — hat man das aber vom Ministerpräsidenten gerade in den letzten Tagen ganz anders gehört. Eine solche Erhöhung der Staatsverschuldung ist absolut inakzeptabel. Der Schuldenstand in Baden-Württemberg mit insgesamt über 50 Milliarden DM — das sind über 4 400 DM pro Kopf der Bevölkerung — ist schon jetzt viel zu hoch und muß zurückgeführt werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir Republikaner fordern deshalb, Veräußerungsgewinne von Landesbeteiligungen — wenn sich das Land also von Besitztümern trennt — ausschließlich zur Schuldentilgung heranzuziehen und nicht für andere Dinge zu vervespern.

(Beifall bei den Republikanern)

Weitere Steuer- und Abgabenerhöhungen kommen ebenfalls nicht in Frage. Denn sowohl die Bürger als auch die Unternehmen sind mit Steuern und Abgaben schon jetzt heillos überbelastet. Zusätzliche Steuererhöhungen sind das sicherste Mittel, die Steuerflucht, die Flucht in den grauen Markt weiter zu verstärken und damit das Gesamtsteueraufkommen weiter zu vermindern.

(Beifall bei den Republikanern)

Deshalb bleibt nur der Weg echter Ausgabenkürzungen. Neben den von der Landesregierung ins Auge gefaßten Bereichen Straßenbau, Wohnungsbau und ländlicher Raum muß aber auch im Personalbereich und im Zuschußwesen gekürzt werden. Beispielsweise sind bei den Kosten für Asylbewerber und Flüchtlinge sowie bei der Kunstbeschaffungspolitik Einsparungen zwingend nötig.

(Beifall bei den Republikanern und auf der Zuhörertribüne)

Ebenso muß die Sozialbürokratie abgebaut werden — ich wiederhole: die Sozialbürokratie; nicht die sozialen Leistungen —, ohne daß die operativen Hilfsmaßnahmen davon beeinträchtigt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Wir Republikaner werden es so lange wiederholen, bis Sie es endlich durchgeführt haben: Die Verschlingung der Ministerialbürokratie muß endlich angepackt werden, und zwar als erstes durch die Zusammenlegung von Ministerien.

(Beifall bei den Republikanern)

Wer von unseren Bürgern Verständnis für Sparmaßnahmen erwartet, der muß bei sich selbst damit beginnen. Nur so gewinnt er Glaubwürdigkeit. Nur dann, wenn Sie als Regierende mit gutem Beispiel vorangehen, werden die Bürger mitziehen.

Es ist ja nicht so, daß wir nicht recht hätten mit dem, was wir gefordert haben. 1992 habe ich hier die Abschaffung von vier der Ministerien gefordert, und zwar durch Zusammenlegung. Damals hat man uns ausgelacht. Inzwischen haben sowohl der Bund der Steuerzahler als auch der Landesrechnungshof genau die gleichen Zusammenlegungen der Ministerien gefordert

(Abg. Bütikofer und Abg. Kuhn GRÜNE: Stimmt nicht!)

und damit hundertprozentig das nachvollzogen, was wir hier vorgeschlagen haben.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Kuhn GRÜNE: Stimmt nicht, was Sie da sagen!)

— Sie können ja die Broschüre vom Bund der Steuerzahler nachlesen. Wenn Sie, Herr Kuhn, sich ernsthaft für die Steuer- und Finanzpolitik interessieren würden, hätten Sie es längst getan.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Kuhn GRÜNE: Das wird nicht wahrer, was Sie da sagen, weil es halt nicht stimmt!)

Wir Republikaner haben bei den Beratungen des Staatshaushalts in über 120 Änderungsanträgen für konkrete Kürzungen von über 500 Millionen DM gekämpft. Leider haben Sie diese damals alle abgelehnt. Dies zeigt eben, wie uneinsichtig und unfähig Sie sind, vorausschauend zu handeln.

Diese große Koalition lebt von der Hand in den Mund. Hauptsache, Sie kommen heil über den Termin der nächsten Landtagswahl im März 1996 hinüber, und danach wird dann den Bürgern die unangenehme Rechnung präsentiert. Aber dieser Plan wird nicht aufgehen. Wir werden dafür sorgen, daß Ihnen die Wähler am 24. März einen dicken Strich durch diese Rechnung machen.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bütikofer.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Finanzminister hat bei einem absolut recht: Dieser Nachtragshaushalt wird mit Sicherheit nicht so verabschiedet, wie er hier eingebracht worden ist. Das liegt einfach daran, daß wir die vorgezogene November-Steuerschätzung,

(Abg. Keitel CDU: Noch nicht haben!)

(Bütikofer)

über die hier schon geredet worden ist, in diesen Nachtrags-  
haushalt noch einbauen müssen.

Ich denke aber, Herr Finanzminister: Die Tatsache, daß die  
Zahlen, die hier vorliegen, zum Teil eben noch unsicher  
sind, hätte Sie nicht dazu verleiten sollen, statt über den vor-  
liegenden Nachtragshaushalt über alles andere zu reden,  
kreuz und quer durch die Landschaft zu streifen. Manchmal  
hatte ich sogar den Eindruck, Sie fühlten sich so gedrängt,  
noch möglichst viel Wahlkampfpolemik hier reinzupacken,

(Abg. Keitel CDU: Was machen Sie?)

weil Sie fürchten, bis März nicht mehr genügend Zeit zu ha-  
ben, das irgendwie unterzubringen.

(Abg. Keitel CDU: Das machen Sie schon vier  
Jahre!)

Ich habe, ehrlich gesagt, noch nie eine so schwache Haus-  
haltsrede von Ihnen in diesem Hause gehört.

Es ist üblich — das räume ich Ihnen ein —, daß ein Finanz-  
minister, wenn die Zahlen, die er zu präsentieren hat, unan-  
genehm sind, lieber über die goldene Vergangenheit oder  
über die Probleme der anderen und das Geld, das die ande-  
ren nicht haben, redet. Herr Mayer-Vorfelder, aber man  
sollte dann wenigstens bei der Wahrheit bleiben. Das haben  
Sie nicht getan. Sie haben zum Beispiel behauptet, diese  
große Koalition habe die Kredite gesenkt. Das ist nicht  
wahr. Die große Koalition hat den Zuwachs an neuen Kredi-  
ten begrenzt. Das ist aber etwas ganz anderes, als real  
Kredite zu senken. Sie haben so getan, als habe die Ära der  
konservativen Ministerpräsidenten, die sich hier um die So-  
lidität der Finanzen des Landes kümmert, irgendwie erst  
1991 angefangen.

(Zuruf des Abg. Schöning FDP/DVP)

Ich frage mich: Wer war eigentlich vorher an der Regie-  
rung? Welche sozialistische Regierung hat denn bis 1991 den  
Schuldenberg aufgehäuft, an dem wir jetzt zu tragen haben?

(Abg. Kuhn GRÜNE: Die Kommunisten unter  
Späth!)

Wer war denn in dem Kabinett mitbeteiligt?

(Abg. Kuhn GRÜNE: Der Kultusminister Mayer-  
Vorfelder!)

Ich muß sagen: Diese Art, an den Tatsachen vorbeizureden,  
wirft einfach Fragezeichen auf die Ernsthaftigkeit, mit der  
Sie sich den heutigen Problemen zu stellen hätten.

Der Nachtrag hat ja auch eine recht bewegte Vorgeschichte.  
Sie haben vor der Sommerpause Eckdaten publiziert. Wir  
haben behauptet, diese Eckdaten seien falsch. Die Eckdaten  
waren falsch. Wir haben gefordert, die Eckdaten müßten  
korrigiert werden. Sie haben ein großes Getöse gemacht und  
dann klammheimlich die Eckdaten korrigiert — immer in  
der Hoffnung, soviel Unübersichtlichkeit angerichtet zu ha-  
ben, daß es niemand merkt. Zum Beispiel stand in den Eck-  
daten, Sie würden aus dem Rechnungsüberschuß 1994  
70 Millionen DM für den laufenden Haushalt entnehmen.  
Tatsächlich entnehmen Sie 204 Millionen DM.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Aha! — Abg. Keitel CDU:  
Das stimmt nicht!)

Zum Beispiel stand drin, die globale Minderausgabe würde  
1995 nicht erhöht; tatsächlich wird sie bis jetzt um 70 Mil-  
lionen DM erhöht. Man braucht kein Prophet zu sein, um  
zu prognostizieren, daß noch mehr daraufkommt.

Sie haben eben noch einmal behauptet, der Rechnungsüber-  
schuß 1994 würde auf 1996 durchgeschoben. Das ist die Un-  
wahrheit.

(Abg. Keitel CDU: Nein!)

In Ihrem eigenen Haushaltsentwurf — Einzelplan 12, Kapi-  
tel 1212, Titel 361 01 — ist ausgewiesen, daß Sie aus diesem  
Rechnungsüberschuß in diesem Jahr 204 Millionen DM ver-  
wenden werden.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Aha!)

Herr Finanzminister, wenn einer so viel über Schlechtigkeit  
der anderen redet und sich so wenig in seinem eigenen  
Haushalt auskennt, muß man wirklich fragen, ob er ange-  
sichts der vielen Nebenjobs und Verwicklungen, die er hat,  
noch die erforderliche Kraft aufbringt, den Hauptjob richtig  
zu erledigen, für den er hier eigentlich gewählt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. Keitel CDU:  
Alter Hut!)

Ich glaube, es rächt sich, Herr Finanzminister, daß Sie dem  
Grundsatz, den Haushalt auf Sicht zu fahren, sehr lange ge-  
opfert haben. „Den Haushalt auf Sicht fahren“ ist ein vor-  
nehmer Ausdruck für das Durchwursteln von jetzt bis nach-  
her.

Wir haben in allen Haushaltsauseinandersetzungen der letz-  
ten Jahre regelmäßig gefordert und auch konkret gefordert,  
daß strukturelle Haushaltsveränderungen und strukturelle  
Haushaltsverbesserungen durchgesetzt werden müssen, die  
uns in die Lage versetzen, auf mittlere Sicht mit weniger  
drängenden Haushaltsproblemen konfrontiert zu sein, selbst  
wenn die Wirtschaftslage um uns herum schwierig wird und  
schwierig bleibt.

Wir haben zum Beispiel, Herr Finanzminister, im Sommer  
1993 zusammen mit den Kollegen der FDP/DVP ein ganzes  
Paket von Vorschlägen zur Verbesserung der Haushalts-  
struktur hier eingebracht. Sie haben es zwar damals gelobt,  
aber Sie haben es weder befolgt noch bis heute dem Hause  
eigene entsprechende Vorschläge präsentiert.

Vor diesem Hintergrund ist es einfach irrelevant, wenn Sie  
sich dann hinstellen und die hohe Steuerquote beklagen. Der  
Finanzminister ist ja nicht dazu gewählt, den anderen sozu-  
sagen nur zurückzuspiegeln, was sie als Kabinettskollegen  
oder als Parlamentsmehrheit oder als Regierungskoalition  
unverantwortlicher Weise tun, sondern er ist dafür gewählt,  
den Weg zu weisen, wie es tatsächlich nach vorne geht.

Sie haben von der Notwendigkeit der Senkung der Personal-  
kostenquote geredet, aber Sie haben wiederum die Unwahr-  
heit gesagt, als Sie behaupteten, man habe Personalkosten  
durch Senkung abgebaut. Tatsächlich ist die Zahl der Perso-

(Bütikofer)

nalstellen beim Land in der Zeit der großen Koalition Jahr für Jahr gestiegen,

(Abg. Schöning FDP/DVP: So ist es!)

und die Senkung ist als Hoffnung auf die Zukunft vorgetragen. Ich würde gern einmal hören, daß Sie an dieser Stelle wenigstens sagen, Herr Mayer-Vorfelder, ob Sie die 2 400 Stellen, die als Kürzungshoffnung noch vor uns liegen, auch wieder vervespern wollen oder ob Sie sich wenigstens darauf festlegen, daß die 2 400 Stellen, die noch nicht gekürzt sind, aber noch gekürzt werden sollen, tatsächlich auch gekürzt bleiben.

Ich bin der Meinung, daß man schon klar sagen muß, daß angesichts der Haushaltslage jedes Versprechen zum Beispiel auf 400 neue Polizistenstellen im Jahr Hokuspokus ist und nicht realisiert werden kann. Ich bin der Meinung, wir müssen schon klar sagen, daß 8 000 zusätzliche Lehrerstellen in der nächsten Legislaturperiode nicht finanziert werden können, ohne gleich Tritte an die Frau Kultusministerin auszu-teilen, die sich dafür einsetzt, daß im Rahmen des Möglichen wenigstens die Verbesserung der Stellensituation an den Schulen realisiert werden sollte.

(Abg. Keitel CDU: Sie sind wenigstens an einer Stelle fair!)

Wir sind gern bereit, auch jetzt mit Ihnen über eine mittelfristige Verbesserung der Haushaltsstruktur zu reden und Vorschläge dazu zu machen. Das werde ich gleich tun. Ich will aber zum Kurzfristigen etwas sagen.

Ich bin einverstanden und die Fraktion GRÜNE ist einverstanden, daß man in diesem Nachtragshaushalt nicht dadurch auf die schwierige Situation reagiert, daß man die Kreditlinie erhöht. Wir teilen diese Position, auch wenn wir glauben — Herr Keitel, Ihren sehr, sehr vorsichtigen Hinweis auf Freiübungen des Herrn Ministerpräsidenten habe ich durchaus gehört — und die Auffassung teilen, daß es sicherlich irgendwo einen Punkt geben kann und geben wird, an dem man sich überlegen muß, ob man wirklich zum Kaputtsparen greift oder wie man auf die Situation reagiert.

Diesen Punkt haben wir jedenfalls heute nicht, und heute geht es nicht darum, die Kreditlinie zu erhöhen. Wir haben nur drei Möglichkeiten, kurzfristig in bezug auf diesen Doppelhaushalt zu reagieren. Ich denke, es sind folgende:

Erstens: Wir müssen uns mehr anstrengen, zu sparen. Es ist Ihnen allen in den letzten Tagen die Subventionsliste des Landes im Rahmen der regelmäßigen Subventionsberichterstattung vorgelegt worden. Vielleicht haben Sie Gelegenheit genommen, da einmal hineinzuschauen. Ich finde das eine sehr interessante Liste, und ich denke, der Finanzausschuß könnte sich zum Beispiel, wenn er seine Aufgabe ernst nimmt und dann die Zahlen hat, die das Finanzministerium ja wohl demnächst bringen wird, diese Subventionsliste vornehmen, um konkret mehr zu sparen, als in diesem Nachtragshaushaltsentwurf jetzt steht.

Zweitens: Wir müssen auch von den kurzfristig realisierbaren Strukturverbesserungen schnell Gebrauch machen. Ich nenne nur ein Stichwort, das wir in unseren Haushaltsvor-

schlägen für 1993 hatten, nämlich das Stichwort kostendeckende Gebühren im Bereich des Wirtschaftsministeriums.

Drittens: Kurzfristig kommen wir, glaube ich, auch nicht um die Frage herum, ob wir bereit sind, durch Privatisierung von Landesvermögen tatsächlich ein Stück weit über die vor uns liegenden Hürden hinwegzukommen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Hört, hört!)

Ich sage ganz konkret, was wir schon früher in dieser Legislaturperiode gesagt haben. Herr Döring: Wir sind dafür, die Landesanteile an der BW-Bank zu privatisieren, zu verkaufen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Donnerwetter!)

Das würde dem Land einen Betrag in dreistelliger Millio-nenhöhe bringen. Ich glaube, daß man dieses Instrument in dieser Situation vernünftig im Haushalt einsetzen muß.

Meine Damen und Herren, wir müssen aber auch darüber reden, daß es in dieser knappen Haushaltslage nicht angeht, daß an verschiedenen Stellen im Haushalt weiterhin Verschwendung getrieben wird. Auch dafür nenne ich Ihnen ein Beispiel: die Lebensmittelüberwachung. Die Bayern haben es geschafft, mit einer Reorganisation in zwei Jahren 30 Millionen DM einzusparen. Der Rechnungshof hat uns das vor Jahr und Tag vorgerechnet. Diese Regierung, die jetzt landauf, landab verkünden muß, sie habe kein Geld mehr, bringt es nicht fertig, die gleiche Reform, die in ihrer Struktur eigentlich völlig klar ist, auf die Schiene zu setzen.

(Abg. Keitel CDU: Dann müssen wir die große Koalition schnell beenden!)

Deswegen werden Jahr für Jahr 15 Millionen DM verplem-pert. Das muß man dem Steuerzahler einmal erklären.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP/DVP — Abg. Keitel CDU: Schnell die große Koalition beenden! Dann machen wir es!)

Das ist nur eines der Beispiele.

Ich sage Ihnen noch etwas zur Haushaltsstruktur und auch zu Wahrheiten, zu denen man sich einmal bekennen muß. Wer gezwungen ist, weil die Realität ihn zwingt, so pessimistisch oder, sage ich einmal, so vorsichtig über die Erwartungen, was das Steueraufkommen und die Haushaltssituation betrifft, zu reden, wie Sie es vorhin an den sachlichen Stellen Ihrer Rede getan haben, Herr Finanzminister,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Wenig sachliche Stellen!)

der kann nicht auf der anderen Seite durch das Land rennen und erklären, für den Bau eines Messestandorts auf den Fil-dern oder für „Stuttgart 21“ sei auf jeden Fall Geld da. Ich möchte einmal hören, wie jemand diese beiden Sachen wenigstens versuchsweise zusammenbringt und sagt, wie das passen soll. Es ist nämlich Betrug an der politischen Öffent-lichkeit, auf der einen Seite mit glorreich aufgeputzten Zu-kunftsvisionen herumzulaufen, für die man auf der anderen Seite kein Geld hat. Auch da muß man realistischer werden.

(Abg. Kurz CDU: Das ist eine Sache der Setzung von Prioritäten!)

(Bütikofer)

Es gibt auch andere Vorschläge zur Verbesserung der Haushaltsstruktur. Ich nehme noch einmal aus dem Bereich des Wissenschaftsetats das Stichwort der Budgetierung, deren Einführung wir ja heftig betreiben, zum Teil mit Ihrer Unterstützung. Der Wissenschaftsetat beläuft sich auf ungefähr 5 Milliarden DM. Wenn wir es durch die Budgetierung auch nur schaffen würden, diesen Betrag zu deckeln, und von einer Inflation von im Schnitt 3 % ausgehen, dann würde das bedeuten, daß wir in Zukunft pro Jahr zwischen 100 und 150 Millionen DM Mehrausgaben im Landeshaushalt nicht finanzieren müßten. Auch solche Vorstellungen, die wir schon lange in diesem Parlament predigen, müssen jetzt umgehend realisiert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zum Schluß, Herr Präsident. Ich sehe mich einfach gezwungen, auf die Ausführungen zur globalen Minderausgabe noch zu reagieren. Es ist ja ein dreifacher Hohn, was hier getrieben wird. Einmal abgesehen davon, daß sich der Finanzminister nicht die Mühe gemacht hat, die Klageschrift zu lesen — dafür hat er ja Leute —, sollte er sich wenigstens instruieren lassen, wenn er hier redet. Es ist ein Hohn in dreifacher Hinsicht.

Erstens: Daß man für das Jahr 1995 jetzt im Oktober, also im zehnten Monat, genau die Hälfte der Haushaltsansätze konkretisiert, ist natürlich lächerlich. Wenn man nämlich bis heute noch nicht weiß, wo man die globale Minderausgabe zu 100 % erwirtschaften will, dann weiß ich nicht, wie man sie überhaupt erwirtschaften will. Das heißt, wenn man im Oktober 50 % konkretisiert, ist das lächerlich.

Zum zweiten stellt die Liste, die wir jetzt an Konkretisierungen haben, eines klar: Das hätte man alles schon zu Beginn des Haushaltsjahres konkretisieren können. Das heißt, die Art der Konkretisierung, die Sie jetzt vornehmen, bestätigt eigentlich das, was wir immer behauptet haben, daß man sich nämlich vor der rechtzeitigen Konkretisierung gedrückt hat.

Drittens: Sie haben ja selbst angekündigt, Sie wollten neu draufsatteln. Wissen Sie, den Taschenspielertrick sollten Sie lieber sein lassen, zu sagen: „Wir haben die Hälfte konkretisiert, jetzt machen wir gleich einmal 190 Millionen DM neue globale Minderausgaben“, und dann — das hat Herr Kiesecker schon angedeutet —, wenn die Steuerschätzung da ist, noch einmal eine globale Minderausgabe draufzupacken. Im Ergebnis ist dann eben nicht die Hälfte konkretisiert, meine Damen und Herren.

Ich fasse zusammen: Es ist unbestreitbar, daß wir in einer schwierigen Haushaltssituation sind. Es ist unbestreitbar, daß wir uns nicht auf in Zukunft frisch sprudelnde Steuerquellen verlassen dürfen. Es ist unbestreitbar, daß wir weder kaputtsparen noch auf der anderen Seite das Land in neue unverantwortliche Schuldenpolitik abgleiten lassen wollen. Das heißt, wir müssen sehr viel entschiedener konkret sparen, und wir müssen insbesondere sehr viel perspektivischer und langfristiger Haushaltsstrukturen renovieren und reformieren, um aus bestimmten Ausgabespiralen tatsächlich einmal herauszukommen. Da würde ich mir wünschen, daß tatsächlich die, die immer davon reden, an einem Strang ziehen und nicht hier eine Show abziehen und woanders klein beigegeben.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Kiel FDP/DVP)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schöning.

**Abg. Schöning FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst ganz kurz zu dem, was der Herr Finanzminister uns heute morgen hier vorgetragen hat. Das ging noch weitgehend nach dem Motto, Herr Mayer-Vorfelder: Wer konkret nichts Gutes zu berichten hat, der flüchtet sich dann ins Allgemeine, in den bekannten Vergleich mit anderen, wo man immer noch gut abschneiden kann, und in die Abteilung der Finanzpolitik, in der man seiner heimlichen Liebe zur Auseinandersetzung mit dem ungeliebten Koalitionspartner so richtig vollen Lauf lassen kann. Das war so in etwa der Duktus Ihrer Rede, die uns für die Haushaltsberatung hier in diesem Haus tatsächlich nichts, aber überhaupt nichts gebracht hat. Das ist nun einmal die Tatsache.

(Beifall bei der FDP/DVP, den GRÜNEN und des Abg. Kiesecker SPD)

Deswegen will ich eigentlich auch nur auf zwei Punkte Ihrer Rede kurz eingehen, weil man das so nicht stehenlassen kann. Man kann nicht die Heldentaten der Jahre 1991 bis 1995 feiern und so tun, als gebe es die Zeit davor überhaupt nicht. Die Tatsache ist doch: Wir haben in diesem Land 1970 5 Milliarden DM Staatsverschuldung und 1995 50 Milliarden DM Staatsverschuldung gehabt. Und überall waren konservative Ministerpräsidenten an dieser Politik beteiligt. Da können Sie doch nicht ganz einfach so den Schleier darüber decken und sagen: Irgendwelche anderen sind es vielleicht auch einmal gewesen.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Republikanern und den GRÜNEN)

Im wesentlichen waren Sie es, und im wesentlichen waren Sie es ganz allein, in der ganzen Zeit, meine Damen und Herren.

(Zuruf: Herr Kollege, gibt es ein Land, in dem die FDP Verantwortung hatte, wo es besser war? — Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Aus eben dieser Zeit resultiert die Tatsache, daß wir heute jede sechste Mark des Haushalts und jede vierte Steuermark für den Schuldendienst aufwenden müssen.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Das ist ein ernstes Datum, auf das ich nachher gern noch einmal zurückkomme, weil das nämlich wichtig für die Frage ist: Wie verfahren wir mit den Lücken, die jetzt im Haushalt 1995 und 1996 auftauchen? Der Schuldendienst und die damit ausgedrückte Zukunftsbelastung des Haushalts ist da ein ganz, ganz wichtiges Kriterium.

Dann noch zu einem Punkt, den Sie mehr so in einem Ausbruch von Zorn gegen die SPD geäußert haben. Wir können das so nicht stehenlassen. Wir brauchen Reformen im Bereich der Vermögensteuer, im Bereich der Gewerbesteuer. Ich finde es nicht gut, wenn der Finanzminister sich hinstellt und sagt: Da kommt nichts zustande, denn diese dämliche SPD wird das schon wieder verhindern.

(Zuruf des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

(Schöning)

Wir brauchen die Reform, erstens aus prinzipiellen Gründen, weil Substanzbesteuerung abgeschafft gehört, zweitens, weil wir die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in dieser Gesellschaft verbessern müssen — auch deswegen —, und drittens, weil dort auch ein ganz erhebliches Potential an Steuervereinfachung drinsteckt, wenn wir endlich auch da zur Abschaffung ganzer Steuerarten kämen.

(Beifall des Abg. Dr. Döring FDP/DVP — Zuruf des Abg. Keitel CDU)

Ich bin zuversichtlich, daß wir es zumindest im Bereich der Gewerbesteuer, aber auch, hoffe ich, im Bereich der Vermögensteuer — selbstverständlich mit Kompensation, es ist ja auch Ihr Haushalt, um den es dabei geht — werden schaffen können.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist Ihre nächste Rede, Herr Kollege!)

Zu dem, was der Kollege Keitel gesagt hat: Herr Kollege Keitel, ich würde gerne näher darauf eingehen. Das kostet nur zuviel von meiner Redezeit. Ich werde nachher im Gang der Rede auf das eingehen, was Sie gesagt haben, Herr Kollege Keitel. Das hat mich wirklich enttäuscht. Ich habe mich noch einmal vergewissert: Die Abgeordneten von Regierungs- und Oppositionsfraktionen haben denselben Etatentwurf bekommen. Daher hätten Sie soviel Falsches, wie Sie vorgetragen haben, eigentlich nicht vortragen dürfen.

(Beifall bei der FDP/DVP und den GRÜNEN)

Sie haben nämlich ganz offenbar nicht gelesen, was in diesem Nachtragsetat steht.

Meine Damen und Herren, es ist nun wahrlich nicht einfach, über einen Nachtrag konkret zu diskutieren, der die jedenfalls für 1996 zunächst einmal entscheidende Frage offenläßt, ob die Steuermindereinnahmen, die aufgrund des Jahressteuergesetzes und der neuen Steuerschätzung auf diesen Etat zukommen werden, durch weitere Einsparungen oder auch — ganz oder teilweise — durch eine Erhöhung der Neuverschuldung abgedeckt werden sollen. Der Nachtrag sagt dazu nichts. Insofern ist es eigentlich ein Papier, das eine Behandlung hier in dieser Form gar nicht verdient, weil diese Frage nicht beantwortet wird. Der Finanzminister hat sie letzten Endes auch nicht beantwortet. Er hat nur gesagt: „Wenn es irgend geht, ohne Neuverschuldung.“ Der Entwurf, wie gesagt, schweigt zu der Frage. Man verweist auf die nächste Steuerschätzung am 18. Oktober, also in der nächsten Woche.

Aber nicht einmal das, was konkret bekannt ist, ist im Nachtrag ausgewiesen. Herr Finanzminister, es ist ja richtig, wenn Sie sagen, die Risiken aus der Steuerschätzung, aus der konjunkturellen Entwicklung könnten wir noch nicht hinreichend abschätzen. Sie haben gesagt: 600 bis 800 Millionen DM. Aber Sie selber waren doch in der Lage, zu sagen, die Auswirkungen des Jahressteuergesetzes beliefen sich auf 804 Millionen DM — eine ganz präzise Zahl im Vergleich zu dem, was Sie früher gesagt haben —, und diese 804 Millionen DM Steuermindereinnahmen hätten wir gerne in diesem Nachtrag gesehen. Sie sind aber nicht drin. Es ist nur ein Betrag von 440 Millionen DM als globale Mindereinnahme veranschlagt, also etwas mehr als die Hälfte, und

sonst nichts. Das ist doch für das Parlament eine völlig unmögliche Situation. Sie verweisen uns auf eine Nachschiebeliste, die wir irgendwann bekommen — „irgendwann“ heißt: jedenfalls vor den Finanzausschußberatungen am 6. November —, und erst mit dieser Nachschiebeliste wird dann aus 3,9 kg Papier ein beratungsfähiger Haushaltsentwurf. Heute ist er das nicht.

Das wäre vielleicht noch hinnehmbar, wenn man wüßte, wo die Reise hingehen soll, wenn klar wäre, daß die Regierung sagt: „Jawohl, wir machen das durch weitere Einsparbemühungen.“ Aber die Regierung sagt das eben so klar nicht, sondern wir haben den Ministerpräsidenten am 13. September gehört, der gesagt hat, der Haushalt sei bereits so weit heruntergefahren, daß der Schaden durch Sparen größer wäre als durch weitere Neuverschuldung. „Schwäbische Zeitung“ vom 13. September; ich hoffe, ich zitiere richtig.

(Ministerpräsident Teufel: Daß die Situation eintreten könne, mein Lieber!)

Meine Damen und Herren, da muß man sich doch überlegen: Sind wir in einer so exorbitant schlechten Situation, in einer wirtschaftlichen Ausnahmesituation, die es rechtfertigen würde, jetzt in diesem Jahr zu sagen?: „Wir steuern gegen durch höhere Verschuldung in der Annahme, man könnte das in den nächsten Jahren wieder kompensieren.“ Wenn eine solche Situation vorhanden wäre, müßte man darüber reden.

(Abg. Keitel CDU: Es wurde davon gesprochen, daß eine solche Situation eintreten könnte!)

Ich denke aber, die Situationen in diesem Jahr, im nächsten Jahr und im übernächsten Jahr werden sich so gravierend nicht voneinander unterscheiden. Daher haben wir keinen Anlaß, zu sagen: In dieser Situation können wir das Ventil zu höherer Neuverschuldung aufmachen.

(Abg. Keitel CDU: Das hat auch niemand gesagt!)

Wir müssen das Ventil geschlossen lassen, Herr Kollege Keitel; sonst kriegen wir es nie wieder zu. Der Herr Ministerpräsident jedenfalls hat die Debatte darüber eröffnet.

(Abg. Keitel CDU: Nein, nein!)

Herr Kollege Oettinger — ich vermisse ihn hier — hat dem widersprochen und gesagt, man müsse wieder einmal über das Haushaltsstrukturgesetz nachdenken. Ich würde irgendwann auch einmal gern etwas konkreter hören, was das denn nun heißen soll. Der Finanzminister hat gesagt, er sei dagegen. Aber das Parlament insgesamt wird im dunkeln gelassen. Die Wahrheit kommt mit der Nachschiebeliste. Das kann doch kein vernünftiges Verfahren der parlamentarischen Behandlung eines Nachtragshaushalts sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP — Abg. Keitel CDU: Jetzt warten Sie doch einmal ab!)

Zu der SPD jetzt nur zwei Sätze. Das ist ja eigentlich alles bekannt, und die SPD, denke ich, weiß das auch. Man kann nicht in dem Maße von Biberach bis zur Polizei sagen: „Wir schaffen neue Stellen“, dann Ende August — da war noch Sommerpause, das weiß ich ja — sagen: „Im Laufe der

(Schöning)

nächsten Legislaturperiode unter einer SPD-geführten Regierung Neuverschuldung null“, und gleichzeitig – der Kollege Spöri sagt das jedenfalls immer – senkt auch die SPD die Steuer- und Abgabenlast, weil ansonsten der Standort – ich zitiere Spöri – „mega out“ ist.

(Abg. Weimer SPD: In einer echten Reformkoalition geht das, Herr Kollege!)

Wenn das alles zusammen passiert, was von sozialdemokratischer Seite in den letzten Monaten zum Haushalt gesagt worden ist, von den Stellen über die Verschuldungspolitik bis zur Frage der Steuer- und Abgabenpolitik, dann in der Tat, so sage ich, wäre der Standort wirklich „mega out“, weil das alles zusammen überhaupt nicht zu verwirklichen ist.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

– Herr Kollege Weimer, wirklich. Ihre Ankündigungen zur Haushaltskonsolidierung sind nicht seriös,

(Zuruf des Abg. Keitel CDU)

sie sind nicht glaubwürdig, und – das füge ich hinzu – sie werden auch nicht erfolgsträchtig sein, weil jeder merkt, daß das so, wie die SPD es verkaufen will, tatsächlich nicht geht. Es geht nicht!

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE – Abg. Keitel CDU: Das merkt der Dummste!)

– Ich weiß, Herr Kollege Bütikofer, daß Ihre ganze Hoffnung ist, daß Sie da Tätigkeitsfelder bekommen, nachdem Sie aus dem Parlament ausscheiden. Aber ich glaube es nicht.

Wir sollten an der Linie der mittelfristigen Finanzplanung festhalten, die klar sagt: „Neuverschuldung bis 1998 auf 1,3 Milliarden DM verringern.“ Um dies schaffen zu können, müssen wir jetzt auch an den beschlossenen Werten für 1995 und 1996 festhalten.

(Abg. Sieber CDU: Sehr gut! Jawohl!)

Da darf es kein Wackeln geben.

Meine Damen und Herren, der Nachtragsentwurf 1995 ist immerhin ausgeglichen. Ich sage dazu nichts mehr. Aber der Entwurf für 1996 ist tatsächlich ein Nichts. Mit Hilfe des restlichen Überschusses, eben nur eines Teils – Herr Kollege Keitel, schauen Sie nach –, und mit einer zusätzlichen globalen Minderausgabe ergibt sich zunächst im Etatentwurf für 1996 ein rechnerischer Überschuß, der dann durch die globale Mindereinnahme wieder auf Null gesetzt wird. Es ist eine Rechengröße, um das, was ansonsten an Überschuß vorhanden wäre, auf Null zu bringen,

(Zuruf des Abg. Kurz CDU)

und hat mit der Realität und den Herausforderungen, vor denen wir stehen, überhaupt nichts zu tun. Es ist eine reine Phantasiezahl. Ich sage: Einen Etat mit einer solchen Phantasiezahl

(Abg. Keitel CDU: Phantasiezahl!)

dem Parlament zur Beratung vorzulegen, das ist eigentlich schon eine ziemliche Unverfrorenheit.

(Abg. Keitel CDU: Nein, nein!)

Es ist auch eine Unverfrorenheit, was Sie sich im Bereich der globalen Minderausgaben leisten. Sie, Herr Kollege Keitel, waren der Held, der hier schon vor über zwei Jahren gesagt hat: Der nächste Etat ohne globale Minderausgaben!

(Zuruf des Abg. Keitel CDU)

Dann kam der nächste Held; das war Herr Kollege Maurer. Er hat gesagt: Im Nachtrag werden die globalen Minderausgaben um die Hälfte reduziert.

(Zuruf von der FDP/DVP: Lauter Helden! – Abg. Keitel CDU: Und der Musterheld steht da! – Gegenruf des Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Ja, genau!)

Das war, wohlgemerkt, beim letzten Etat. Bei diesem Doppeletat war es der Herr Finanzminister. Ich bekenne mich schuldig; denn ich habe damals hier an diesem Rednerpult gesagt, daß ich ihm glaube, wenn er sage, die Hälfte der globalen Minderausgaben werde mit dem Nachtrag reduziert.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Da habe ich Sie gewarnt, Herr Kollege!)

– Sie haben mich gewarnt.

Herr Mayer-Vorfelder, formal haben Sie es getan. Zunächst tun Sie das, ja, und dann klopfen Sie hinten 70 Millionen DM und 120 Millionen DM globale Minderausgaben wieder drauf – also 190 Millionen DM mehr. Das macht für 1996 dann eben keine Reduzierung um die Hälfte, sondern eine Reduzierung um ein Drittel aus.

Sie haben sich nicht zu Ihren Ankündigungen bekennen können. Sie haben es nicht geschafft. Insofern bekenne ich mich schuldig. Ich war leichtfertig, indem ich Ihnen damals vor einem halben Jahr geglaubt habe.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, eine letzte Bemerkung:

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Die Verankerung des Abbaus von 4 000 Stellen im Entwurf des Staatshaushaltsgesetzes für die Jahre 1997 bis 2002 halte ich in dieser Form für eine Zumutung für das Parlament, und zwar nicht, weil wir nicht einig wären im Hinblick auf die Notwendigkeit, in entsprechendem Umfang Stellen in der Landesverwaltung abzubauen zu müssen. Wir sind uns einig. Herr Kollege Bütikofer hat darauf hingewiesen. Vor zweieinhalb Jahren haben er und ich hier die konkreten Vorschläge gemacht, was das sein könnte und wo das sein könnte. Aber Sie können doch nicht allen Ernstes die Diskussion über die Verwaltungsstrukturreformvorschläge dieser Regierung, so unausgegoren sie sind, abbrechen wollen, obwohl die Diskussion darüber hier im Parlament noch nicht einmal geführt worden ist – zu keinem einzigen Punkt –, indem Sie sagen, Sie verankerten das schon einmal im Staatshaushaltsgesetz für die Jahre 1997 bis 2002,

(Schöning)

also nicht nur für die nächste, sondern sogar schon für das erste Jahr der übernächsten Legislaturperiode. So geht es sicher nicht. Das muß hier im Parlament diskutiert werden, und zwar von der Vermessungsverwaltung bis zur Steuerverwaltung und über die Polizei und wieder zurück. Und dann gehört es in den Haushalt, aber nicht vorneweg, indem das Parlament absegnet, was das Kabinett am 17. Juli 1995 beschlossen hat. Das werden Sie jedenfalls von uns allen Ernstes nicht erwarten können, obwohl wir — ich sage es noch einmal — ganz ausdrücklich der Meinung sind: Jawohl, wir müssen in entsprechendem Umfang Personal in der Landesverwaltung abbauen.

Sie sind mit dem Konzept des Null-Stellen-Wachstums gescheitert. Heute reden Sie nicht mehr davon. Heute sagen Sie, kostenmäßig seien Sie mit Null über die Runden gekommen. Sie haben aber immer „Null-Stellen-Wachstum“ gesagt. Tatsächlich werden wir am Ende dieser Legislaturperiode knapp über 3 000 Stellen abgebaut haben, mit dem Nachtrag 1992 sind aber über 2 000 Stellen real zusätzlich zugegangen, mit dem Doppelhaushalt 1993/94 3 040 Stellen und mit dem Doppelhaushalt 1995/96 noch einmal über 1 700 Stellen. Das macht in der Summe 6 800 Stellen minus 3 000 abgebaute, also einen Überschuß von 3 800 Stellen aus. Soviel zur Konsequenz der Personalstellenpolitik dieser Landesregierung.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Dann ist es verständlich, daß Sie Ihr schlechtes Gewissen dadurch beruhigen wollen, daß Sie jetzt noch einmal 4 000 Stellen zum Abbau für die nächste Regierung schon einmal ins Gesetz schreiben.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abgeordneter, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

**Abg. Schöning FDP/DVP:** Herr Präsident, ich komme zum Schluß und sage nur noch einen Satz, den ich sonst noch länger ausgeführt hätte.

Eine weitere Erblast hinterläßt diese Landesregierung im Bereich der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen. Auch dort sind Verpflichtungen nicht erfüllt,

(Abg. Keitel CDU: Stimmt doch nicht!)

sondern ganz einfach für eine nächste Regierung in Milliardenhöhe auf die Zukunft verlagert worden.

(Beifall des Abg. Kiel FDP/DVP)

— Herr Kollege Keitel, wenn Sie dazwischenrufen, ist mir noch ein Satz gestattet. Sie haben den Kommunen die konkrete und präzise, zeitnahe Abrechnung der Überzahlungen im Länderfinanzausgleich verweigert

(Abg. Keitel CDU: Was? Mit den Kommunen verständig haben wir uns!)

und haben sich, vielleicht auch eine Morgengabe des Herrn Widder an die große Koalition, darauf verständigt, daß diese Gelder, die 1995 und 1996 fällig gewesen wären, in drei Ra-

ten 1997, 1998 und 1999 ausgezahlt werden. Verschiebung, Vertagung auf die Zukunft, Erblast für die nächste Regierung — das ist die Wahrheit. Auch an diesen Beispielen zeigt sich, daß das Grundmotiv dieser Regierung dasselbe geblieben ist: Sie wurstelt sich durch. Der Entwurf des Nachtrags ist unvollständig, unfertig und un schlüssig. Das belegt noch einmal nachdrücklich, daß dieses Durchwursteln Prinzip dieser Regierung auch im Bereich der Haushaltspolitik ist. Sie können nicht erwarten, daß Sie für diese Prinzipien einer falschen Politik von uns auch noch Zustimmung erlangen.

(Beifall bei der FDP/DVP und den GRÜNEN — Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr präzise!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich nochmals dem Herrn Finanzminister.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt wird es schwer für Sie, Herr Mayer-Vorfelder! Schon ganz blaß um die Nase!)

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Sie werden mich in nächster Zeit noch des öfteren sehr locker hierhertreten sehen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Jetzt ist es zwei Stunden später! Jetzt geht es, glaube ich!)

Ich freue mich schon auf morgen. Da werde ich noch lockerer hierhertreten.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will nur noch ein paar kurze Anmerkungen machen. Es ist ja völlig klar, daß die Oppositionsredner eine Regierung nicht loben können.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Das fällt auch schwer!)

Herr Schöning, das erwarte ich von Ihnen nicht,

(Abg. Schöning FDP/DVP: Ich habe Sie schon einmal gelobt!)

von Herrn Bütikofer nicht und vom „Weltökonom“ Trageiser sowieso nicht.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Wie kämen Sie dazu, eine Regierung zu loben? Dann müßten Sie sich ja abmelden.

Aber, Herr Schöning, wir werden dann im Finanzausschuß wieder miteinander reden.

(Abg. Keitel CDU: Dann wollen wir mal sehen!)

Dann werden Sie dort genauso eingestehen müssen, daß das, was Sie als „Durchwursteln“ bezeichnen, für dieses Land ungeheure Konsolidierungserfolge erzielt hat. Das können Sie einfach nicht bestreiten.

Natürlich kann man über das Wort „Sparen“ trefflich streiten. Mein Parteifreund Rommel hat mir in seiner schönen lispelnden Art einmal gesagt —

(Abg. Kuhn GRÜNE: „Lispeln“ kann man das nicht mehr nennen!)

(Minister Mayer-Vorfelder)

ich imitiere das jetzt natürlich nicht —: „Was heißt eigentlich Sparen? Sparen heißt im Prinzip, Geld, das man hat, nicht ausgeben.“

(Abg. Sieber CDU: Sehr gut!)

Wir geben immer noch Geld aus, das wir nicht haben. Deshalb haben wir ja auch noch eine Nettoneuverschuldung von 2,1 Milliarden DM 1995 und von 1,7 Milliarden DM 1996.

Nur eine Nebenbemerkung, Herr Bütikofer, zu dem Wort „unwahr“, das Sie pausenlos wie eine Monstranz vor sich hertragen.

(Abg. Keitel CDU: Lüge! — Abg. Bütikofer GRÜNE: Früher haben Sie mich seltener zu diesem Vorwurf provoziert!)

Sie haben sich gerade wieder verirrt. Zahlen können nicht unwahr sein. Zahlen sind halt Zahlen und sind unbestechlich.

(Lachen des Abg. Deuschle REP — Abg. Kuhn GRÜNE: Aber Zahlen kann man verwechseln, Herr Minister! Und vorhin haben Sie ein paar Zahlen verwechselt!)

Wenn Sie sich all das einmal überlegen, was Sie alles über mich in einer anderen Sache behaupten, dann müssen Sie das Wort „unwahr“ verinnerlichen und nicht vor sich hertragen.

Sie haben gesagt, ich würde verschweigen, daß wir immer noch Kredite aufnehmen. — Das habe ich noch nie verschwiegen, ich habe es immer gesagt.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie haben gesagt, Sie hätten die Kredite gesenkt, und das stimmt nicht!)

— Das haben ich in meinen Ausführungen vorhin dargestellt.

Natürlich ist doch überhaupt nicht zu verschweigen, daß die 45 bis 50 Milliarden DM Schulden irgendwo herkommen.

(Lachen der Abg. Bütikofer und Kuhn GRÜNE — Abg. Schöning FDP/DVP: Das wird ja immer besser!)

Das habe ich nie bestritten. Sie müssen einmal meine Haushaltsreden — auch diejenigen der vergangenen Jahre — nachlesen, in denen ich immer wieder gesagt habe, wir würden eine große Schuldenlast mit uns herumtragen.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Nur: Es kann auch nicht so gehen, daß Sie, Herr Schöning und Herr Bütikofer — die Repts will ich einmal vergessen —, oder jemand von der SPD kommen und sagen, es sei die CDU gewesen, die dies alles gemacht habe. Natürlich waren es CDU-Ministerpräsidenten, die das mitgemacht haben.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Und Finanzminister!)

Nur: Wenn Sie einmal Ihre Anträge aus den vergangenen Jahren anschauen — nicht nur mit der Forderung nach Abschaffung der Regierungspräsidien, sondern auch mit dem,

was Sie noch alles zusätzlich gewollt haben —: Die SPD hat damals vom „Kaputtsparen“ geredet. Sie hat vom „Kaputtsparen“ geredet!

(Zurufe der Abg. Pfister FDP/DVP und Dr. Puchta SPD)

Die FDP/DVP hat eine Fülle von zusätzlichen Anträgen gestellt. Es ging Ihnen mit den Ausgaben nicht weit genug.

(Zurufe von der FDP/DVP — Gegenrufe von der CDU)

Ich will da keine Schuldzuweisungen vornehmen. Wir fahren den Konsolidierungskurs, damit die Nettokreditaufnahmen Stück für Stück nach unten gefahren werden, und zwar im Blick auf die nächste Generation, die diese Schulden zurückzuführen hat. Das ist unsere Verantwortung.

Natürlich muß man sich einmal überlegen, daß die derzeitige Nettokreditaufnahme von 2,1 Milliarden DM nicht einmal ausreicht, um die Zinsen zu bezahlen. Das heißt, die Last, die man mitschleppt, führt dazu, daß der Handlungsspielraum stetig enger wird. Deshalb ist es eine Aufforderung an uns alle, kürzerzutreten.

Wir sollten uns schon einmal überlegen — das ist ein Appell an alle, die hier sitzen —, wozu Demokratie überhaupt fähig ist. Für mich ist es eine ziemlich traurige Erkenntnis, daß in der Politik viel zu oft, auch wenn die Wand auf einen zukommt, noch der Schnellgang eingelegt wird. Nachher staunt man, daß der Wagen an der Wand liegt.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Vor allem beim Auf-Sicht-Fahren!)

— Ja, auf Sicht fahren. Nur: Wenn man unter Auf-Sicht-Fahren versteht, daß man die Augen zumacht und dann die Wand nicht da ist, ist das Auf-Sicht-Fahren auch falsch.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Stimmt! Da haben Sie völlig recht! — Zuruf des Abg. Kurz CDU)

Das wird in der Politik allzuoft gemacht. Sie können dafür alle Bereiche nehmen.

Zu den Krediten: Eine Situation muß immer ein Stück Dramatik beinhalten, damit die Politik richtig reagiert. Das ist so. Das ist aber kein Spezifikum dieses Landtags. Das ist systemimmanent.

(Abg. Deuschle REP: Richtig!)

Man muß ein Problembewußtsein haben. Erst dann, wenn das Problembewußtsein vorhanden ist, kann man die Handlungen, die zwingend notwendig sind, mit Mehrheit durchziehen. Diese Erkenntnis wird in anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik noch gewaltig wachsen. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist die Frage nach dem Personal. Auch dazu habe ich etwas gesagt. Sie haben bemängelt, daß ich nicht alle Zahlen des Nachtragshaushalts heruntergebetet habe. Wenn ich es getan hätte, hätten Sie die Rede schnell umgeschrieben und ein anderes Stichwort notiert. Sie hätten gesagt, der Finanzminister sei kleinkariert, hangle sich an

(Minister Mayer-Vorfelder)

den Zahlen entlang und nenne keine Perspektive. Das drehen Sie und wenden Sie.

(Zuruf des Abg. Schöning FDP/DVP — Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der GRÜNEN)

Ich würde es wahrscheinlich genauso machen,

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist doch Ihr Risiko!)

wenn ich in der Opposition wäre. Deshalb bin ich auch viel lieber in der Regierung als in der Opposition.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Aber Sie haben angefangen!)

Dann brauche ich solche Kunststücke nicht zu machen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist Ihr Risiko! —  
Abg. Kuhn GRÜNE: Sie machen den ersten Zug!)

Nun zu den Personalfragen: Es ist immer völlig unbestritten gewesen, daß die gesamte finanzielle Neutralisierung der Neustellen in dieser Legislaturperiode nicht bewältigt werden kann. Das ist von diesem Pult aus immer wieder gesagt worden. Im übrigen hängt das einfach damit zusammen, daß Sie die Fluktuation, die Sie in den Ministerien bräuchten, gar nicht haben. Das habe ich hier x-mal gesagt. Den Traum vieler hier, daß Beamte erschossen werden, können Sie eben nicht erfüllen.

(Heiterkeit — Abg. Kuhn GRÜNE: Können Sie das einmal konkretisieren?)

Hier wird davon geredet, man könne schnell 4 000 oder 5 000 Stellen einsparen. Das ist doch gar nicht möglich. Sie müssen vielmehr die Fluktuation sehen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das hat auch niemand behauptet! Oje! — Abg. Walter GRÜNE: Das ist aber sehr ungenau!)

Wir haben genau festgelegt, daß pro Jahr 756 Stellen eingespart werden. Es ist müßig, Herr Schöning, über die Wege dorthin zu streiten. Ich halte den Weg, den wir gegangen sind, für den besten. Wir haben es in das Staatshaushaltsgesetz hineingeschrieben, und dies müssen wir erfüllen. Deshalb sind wir auch voll im Plan. Wir haben 1993, 1994 und 1995 je 756 Stellen eingespart. Im Jahr 1996 wird in dem Nachtrag die letzte Rate abgebaut werden. Die Voraussetzungen hierfür sind im personellen Bereich schon geschaffen. Die anderen Stellen werden dann in den nächsten Jahren Stück für Stück erbracht werden, einschließlich der 4 000 Stellen, die über die Gutachten und die Vetter-Kommission als bis zum Jahr 2001 realisierbar dargestellt werden. Insofern haben wir überhaupt keinen Nachholbedarf.

Der nächste Punkt, bei dem wir uns sehr schnell einig sind — wir wahrscheinlich schneller als alle anderen —, ist die Beseitigung ganzer Steuerarten.

(Abg. Schöning FDP/DVP: Ja! Wahrscheinlich hat er recht!)

Ich nehme einmal die Vermögensteuer. In der Kosten/Nutzen-Relation und auch vom Arbeitsaufwand her ist sie die ungünstigste Steuer.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Richtig! — Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Sie ist auch eine unsinnige Steuer, weil sie nicht vom Ertrag berechnet wird und damit gerade im betrieblichen Bereich die Eigenkapitaldecke noch weiter verringert.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig! — Abg. Kiel FDP/DVP: Dann schafft sie doch ab!)

Die Gewerkekapitalsteuer ist gleichfalls eine Steuer, die nicht vom Ertrag berechnet wird. Natürlich muß man das kompensieren. Man kann den Kommunen nicht Gewerkekapitalsteuer wegnehmen und dann sagen: „Dann schaut einmal, wie ihr zurechtkommt.“ Man muß also eine Kompensation vornehmen — diese Dinge sind doch alle angedacht; sie liegen auf dem Tisch —

(Abg. Keitel CDU: So ist es!)

über eine Beteiligung an der Umsatzsteuer, die für die Kommunen eine gute Steuer ist, weil sie eine schnell wachsende Steuer ist.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Angedacht ist nicht umgesetzt! — Gegenruf des Abg. Kurz CDU)

Man braucht ein Interesse der Kommunen, Herr Bütikofer, daß sie Gewerbe ansiedeln. Sonst machen sie das nicht mehr. Da sind wir relativ schnell miteinander einig.

Noch ein Punkt ist hier mehrfach angesprochen worden. Herr Trageiser, es ist für mich schon ein Erlebnis, wie Sie hier hinstehen, als ob ich hier den Finger naßmachen und hochheben würde und dann sagte: „So schätze ich einmal die Steuern.“

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: So machen die es! — Abg. Bütikofer GRÜNE: So machen die Politik!)

Da ist die Bundesbank dabei, da sind alle Wirtschaftsinstitute dabei, und da sind alle Wirtschaftssachverständigen dabei. Das ist nicht meine Schätzung.

(Abg. Trageiser REP: Ich habe den Finanzplanungsrat gemeint!)

Und wenn Schätzungen eben aufgrund gewisser Dinge, die zum Teil auch nicht vorhersehbar sind, fehlen — Was meinen Sie, was für Problemstellungen Wechselkursänderungen für die Ertragnisse der Betriebe hier gebracht haben?

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Das weiß der gar nicht! — Abg. Dr. Puchta SPD: Das kommt vom Ausland!)

Aber da stößt der Blick des Weltökonomens schon an seine Grenzen. Deshalb kann er das nicht mehr sehen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Der Weltökonom!)

Ich will nur eines sagen: Das, was Sie und Ihre Freunde

(Abg. Kuhn GRÜNE: Welche Freunde?)

(Minister Mayer-Vorfelder)

mit Ihren überlebten und überholten Autarkievorstellungen wollen, das heißt eine Abschottung über die Grenzen und dann eine Sanierung, wie Sie es meinen, von der Landwirtschaft bis hin zur Wirtschaft,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Von der Scholle!)

wie Sie es im Endergebnis andenken, ist der sicherste Weg, um das zu vollenden, was Morgenthau in Amerika einmal gedacht hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD, der GRÜNEN und der FDP/DVP)

Dann wäre es in der internationalen Verflechtung zu Ende mit der Wirtschaft, und zwar total. Diese Aneinanderreihung von bestimmten Dingen, die im einzelnen gar nicht bestritten werden können und bestritten werden sollen, und daran anschließend dann die Behauptung, dies sei alles falsch, ist von einer Kurzsichtigkeit, die nicht mehr überboten werden kann.

Meine Damen und Herren, wir werden uns im Ausschuß noch über zahlreiche Punkte unterhalten können. Ich will nur noch einen Punkt herausgreifen: die Privatisierung. Es gibt da so ein Gedicht: „Immer wenn du meinst, es geht nicht mehr, kommt von irgendwo ein Lichtlein her.“

(Heiterkeit bei der CDU — Abg. Keitel CDU: So wie die FDP/DVP! — Abg. Kuhn GRÜNE: Dieses Lichtlein kommt bei Ihnen!)

Dieses Lichtlein, das dann plötzlich immer wieder hier an das Pult gestellt wird, ist die Privatisierung.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Wie geht das Gedicht denn weiter?)

Als ob das Land ein Riesenvermögen hätte und dann, wenn einer die Salami herauszöge und ein Stückchen abschnitte, alle Probleme gelöst wären.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Können Sie das noch einmal wiederholen?)

Ich will es Ihnen noch einmal sagen.

(Abg. Keitel CDU: Dann fällt das Manna vom Himmel! — Abg. Bütikofer GRÜNE: Machen Sie sich über das christliche Lied nicht so lustig!)

Erstens hat das Land nicht unbegrenzt Vermögen. Da ist zum Beispiel die Baden-Württembergische Bank. Ich weiß nicht, ob Sie es angesprochen haben oder der Herr Schöning.

(Abg. Keitel CDU: Der Herr Schöning! — Abg. Bütikofer GRÜNE: Ich!)

— Sie haben es angesprochen. — Die Aktien der Baden-Württembergischen Bank sind in der Landesholding.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das wissen wir!)

— Ja, das ist schon ein Schritt in die Zukunft.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Kommen Sie zum Punkt!)

Wenn Sie alles wissen, daß nämlich die Landesholding mit Krediten finanziert ist — —

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

— Ach, das wissen Sie auch? — Wenn ich das verkaufe, muß ich erst die Kredite zurückführen.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

— Ach, das wissen Sie auch?

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN — Abg. Bütikofer GRÜNE: Richtig! Super!)

— Herr Bütikofer, wenn Sie das alles wissen, dann ist es ein Stück unverfroren, hier hinzustehen und so zu tun, als wüßten Sie es nicht,

(Abg. Keitel CDU: Unwahr!)

weil Sie nämlich das Geld, das Sie dort Erlöse, zunächst nehmen müssen, um die Schulden der Landesholding zu tilgen. Die Schulden der Landesholding!

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Richtig!)

Ich traue Ihnen viel zu, Herr Bütikofer, aber daß Sie so im Sinne der wunderbaren Brotvermehrung tätig werden können,

(Lachen des Abg. Bütikofer GRÜNE)

daß man das Geld nimmt und damit sowohl die Schulden der Landesholding als auch die des Landes tilgt, das wird nicht gehen.

Ich sagen Ihnen zu der ganzen Problemstellung der Privatisierung: Es gibt Bereiche — darin weiß ich mich mit dem Ministerpräsidenten einig —, in denen man darüber diskutieren kann, ob es sinnvoll ist, daß das Land Aktienpakete oder gar Aktienmehrheiten hat. Wenn es uns gelingt — was wir auf den Weg gebracht haben mit der Stimmrechtsbindungs-GmbH —, bis 1998 oder gegebenenfalls früher die Fusion der Energiewirtschaft in Baden-Württemberg hinzubekommen, die Sie, wenn auch aus anderen Gründen, wieder ablehnen, dann ist es meines Erachtens nicht zwingend erforderlich, daß das Land mit Mehrheitspaketen dort drin ist. Da kannst du Erlöse erzielen.

Jetzt komme ich auf etwas, was schon gesagt worden ist; ich weiß aber nicht mehr, von wem. Auf jeden Fall war es richtig. Ich glaube, Herr Trageiser war es. Meine Vorstellung ist die, daß man, wenn man solche Erlöse erzielt, diese nicht vervespert, sondern damit Schulden tilgt.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Oder Investitionen finanziert! — Abg. Pfister FDP/DVP: Vermögen gegen Vermögen! — Weitere Zurufe)

— Soweit das möglich ist.

Ich will ja mit dem Bütikofer nicht herumstreiten, wenn ich mit ihm einig bin. Ich habe ihm jetzt nur einmal Nachhilfe-

(Minister Mayer-Vorfelder)

unterricht erteilen wollen. Das hat er aber nicht nötig gehabt, weil er es schon gewußt hat. Nur hat er die falsche Schlußfolgerung daraus gezogen.

Wenn wir — Beispiel — 1 Milliarde DM erlösen würden und diese Milliarde für die Schuldentilgung verwenden würden, hätte ich pro Jahr eine Einsparung im Schuldendienst von rund 100 Millionen DM.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage — —

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Mit diesen 100 Millionen DM kannst du ein Programm machen und sagen, diese würden für Zukunftsinvestitionen verwendet, also nicht die Milliarde nehmen, sondern das, was du an Schuldendienstleistungen einsparst.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bütikofer?

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Jawohl.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Bütikofer.

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Herr Finanzminister, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich von dieser Privatisierung im Zusammenhang mit der Alternative einer Erhöhung der Kreditlinie gesprochen und argumentiert habe, es sei besser, zur Vermeidung einer Kreditlinienerhöhung zum Beispiel lieber die Landesanteile an der BW-Bank zu privatisieren und damit Investition zu finanzieren, als die Kreditlinie zu erhöhen? Das ist übrigens auch Ihre Linie gegenüber dem Ministerpräsidenten gewesen.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Minister.

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Es ist etwas pharisäerhaft, was hier jetzt diskutiert wird. Wenn das in Ihren Augen das gleiche Ergebnis hat, ist es ja in Ordnung. Ich persönlich bin erstens der Meinung: Du sollst Erlöse aus Privatisierungen nicht zur Finanzierung laufender Aufgaben des Haushalts verwenden. Zweitens: Wenn du die Mittel verwendest, sollst du sie nur für investive Maßnahmen verwenden; Vermögen gegen Vermögen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Völlig richtig!)

Drittens — das ist für mich die beste Lösung —: Du nimmst das Geld, tilgst Schulden und entwickelst ein Programm über die Einsparung an Zinsen und Annuitäten, die du dadurch gewinnst. Denn das ist der Zukunftsspielraum, den du durch eine Zurückführung von Schulden erreichen kannst. Aber auch darüber können wir im Ausschuß noch einmal diskutieren.

Ich sage noch einmal: Diese Landesregierung hat in diesen vier Jahren und die Regierung Teufel hat in den fünf Jahren eine gute Leistung vollbracht. Ich muß Sie nur in einem enttäuschen — das sage ich insbesondere in Richtung Grüne —: Sie werden mich hier noch öfter erleben müssen.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Trageiser. Ich habe Sie allerdings auf die Kürze der Ihnen noch zur Verfügung stehenden Redezeit hinzuweisen.

**Abg. Trageiser REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur ganz kurz auf das antworten, was der Herr Finanzminister gesagt hat.

Ich habe nicht bestritten, daß im Finanzplanungsrat Experten sitzen. Ich stelle nur fest: Seit zweieinhalb Jahren sind die Zahlen des Finanzplanungsrats immer falsch gewesen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Die sind immer falsch!)

Die Wirklichkeit humpelt immer hinterher. Sie haben zweieinhalb Jahre lang Ihre Pläne immer auf falschen Zahlen aufgebaut, und dies habe ich kritisiert. Das kann nicht richtig sein.

Zweitens: Im Finanzplanungsrat sitzen natürlich auch die großen Banken. Die haben das größte Interesse daran, daß das Land viele Schulden macht und keine konsolidierte Bilanz aufweist. Denn auf diese Art und Weise verdienen sie am leichtesten Geld. 50 Milliarden DM Schulden bringen einige Milliarden DM Zinsen. 50 Milliarden DM sind das Äquivalent von 10 Millionen Verbraucherkrediten à 5 000 DM oder von 100 000 Existenzgründungsdarlehen über eine halbe Million DM. Wenn die Banken so einfach durch einen Vertrag mit der Landesregierung Milliarden an Zinsen verdienen können, sparen sie sich gern das Geschäft, im Einzelgeschäft am Schalter mit dem Bürger das Geld zu verdienen.

Deswegen: Solange Leute wie der Präsident des Württembergischen Sparkassen- und Giroverbands hier im Plenum sitzen und Gesetze verabschieden, braucht man sich nicht zu wundern, wenn keine entsprechende Politik gemacht wird.

(Beifall bei den Republikanern — Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren! Wortmeldungen in der Allgemeinen Aussprache liegen mir nicht mehr vor.

Ich schlage Ihnen vor, den Nachtrag für die Haushaltsjahre 1995 und 1996 zur weiteren Beratung dem Finanzausschuß zu überweisen, ebenso das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich. Hier sollte aber vorberatend der Innenausschuß eingeschaltet werden. — Ich sehe, daß sich gegen diese Vorschläge kein Widerspruch erhebt. Das Haus stimmt damit dem Überweisungsvorschlag zu.

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, ich schlage vor, daß wir jetzt in die Mittagspause eintreten. Ich bitte aber um Verständnis, daß ich mit Blick auf die überlange Tagesordnung, die noch abzuarbeiten ist, den Wiederbeginn der Sitzung auf 13.30 Uhr festsetze.

Die Sitzung ist unterbrochen. Ich wünsche Ihnen guten Appetit.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.32 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13.30 Uhr)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Es ist 13.30 Uhr, und damit kann die unterbrochene Sitzung fortgesetzt werden.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Steuerpolitischer Reformbedarf nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Vermögen- und Grundsteuer – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für diese Aktuelle Debatte eine Gesamtdauer von 50 Minuten festgelegt. Dabei ist die Redezeit der Regierung nicht eingerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen gilt eine Redezeit von jeweils 5 Minuten. Im übrigen beträgt die Redezeit 5 Minuten je Sprecher. Das Wort kann ich, wenn ich recht unterrichtet bin, Herrn Abg. Dr. Döring erteilen.

**Abg. Dr. Döring FDP/DVP:** Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kollegen, vor allen Dingen verehrte FDP/DVP-Fraktionskollegen! Ich freue mich darüber, daß die FDP/DVP zum Ausdruck bringt,

(Abg. Krisch REP: Auch eingangs!)

für wie wichtig sie das Thema „Korrektur von Steuerbelastungen“ hält,

(Abg. Weimer SPD: So stark war die FDP/DVP in dieser Legislaturperiode noch nie vertreten!)

weil dies auch wirklich eines der aktuellsten und wichtigsten Themen überhaupt ist, die wir im Landtag von Baden-Württemberg und in der Politik insgesamt zu behandeln haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es gibt im Moment tatsächlich eine konkrete, eine ebenso aktuelle wie dringliche Chance, eine Steuer abzuschaffen. Herr Wirtschaftsminister.

(Minister Dr. Spöri: Ich habe Sie gehört!)

– Das freut mich. Ich rechne mit Ihrer Unterstützung.

(Minister Dr. Spöri: Immer, wenn es geht! – Glocke des Präsidenten!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Keine Zwischenrufe von der Regierungsbank!

**Abg. Dr. Döring FDP/DVP:** Wir haben gegenwärtig tatsächlich eine Chance, nach dem Beschluß des Zweiten Senats von Ende Juni 1995 eine wichtige Steuerreform vorzunehmen.

Ich möchte einen weiteren Beleg dafür bringen, daß es einen Handlungsbedarf gibt, und zwar aus einem Interview des Verfassungsrichters Paul Kirchhof vom 22. September 1995 – ich darf zitieren –:

Der Zweite Senat hat klargestellt, daß in einem Steuersystem, in dem die Bildung von Vermögen insbesondere durch die Einkommensteuer stark vorbelastet ist, der Spielraum für weitere Steuern verfassungsrechtlich begrenzt ist. Konkret heißt das zweierlei: Die Besteuerung darf nicht die Vermögenssubstanz antasten, und die Erträge stehen dem Staat allenfalls bis zur Hälfte zu.

Ganz generell zieht die FDP/DVP-Fraktion aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts und aus dem zitierten Interview des Verfassungsrichters Kirchhof den Schluß, daß zum ersten Mal – und das ist nahezu sensationell, und wenn man das Urteil genau studiert, kann man auch zu keinem anderen Ergebnis kommen – das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber klare Grenzen zieht, wie weit er überhaupt steuerlich zugreifen darf.

Das ist zum einen interessant, denn das hat es bisher noch nicht gegeben, und das ist zum anderen auch höchst notwendig, wenn man sieht, wie der Steuergesetzgeber in den letzten Jahren mit den Steuerzahlern umgegangen ist. Unserer Überzeugung nach hat das Bundesverfassungsgericht mit diesem Urteil die Vermögensteuer praktisch abgeschafft. Jetzt ist die Politik gefordert, jetzt geht es darum, daß diejenigen, die in der Politik immer davon reden, es sei notwendig, zu Steuerentlastungen zu kommen und Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, daß Investitionen möglich würden, auch konkret handeln.

Die Vermögensteuer ist nach diesem Urteilsspruch ganz eindeutig verfassungswidrig. Sie kann nicht auf kleine Vermögen erhoben werden. Sie kann vielleicht auf mittlere Vermögen erhoben werden, die auch in einer mittleren Stufe der Ertragsteuer sind. Sie darf nicht mehr auf große Vermögen erhoben werden, die gleichzeitig in einer hohen Stufe der Ertragsteuer liegen, weil dann mehr als die Hälfte des Ertrags weggesteuert wird.

Das heißt, wer die Vermögensteuer wegnimmt, jetzt konsequent abschafft, der handelt nicht, wie man hie und da schon unterstellt hat, im Interesse der ganz Großen, sondern der handelt vor allen Dingen im Interesse der Kleineren und Mittleren. Auch deswegen ist es eine dringende Notwendigkeit, hier zuzugreifen und jetzt die Vermögensteuer auch tatsächlich abzuschaffen.

Der Bundesfinanzminister ist gefordert, und wir wollen ihn über eine Bundesratsinitiative dazu auffordern, umgehend den gesetzlichen Formalakt einzuleiten, die Vermögensteuer abzuschaffen.

Heute morgen hat sich der Finanzminister ja in dieselbe Richtung geäußert. Das heißt, es besteht Handlungsbedarf. Der Handlungsbedarf wird gesehen, es soll auch gehandelt werden; aber das muß dann auch konkret umgesetzt und auf den Weg gebracht werden. Man darf nicht bei Absichtserklärungen stehenbleiben, sondern jetzt muß man an dieser Stelle initiativ werden.

Es ist darüber hinaus auch die Pflicht des Finanzministers, die Finanzverwaltung jetzt schon anzuweisen, keine Vermögensteuerbescheide mehr zu verschicken. Die Vermögensteuer hat in einem modernen Steuersystem eigentlich schon längst keinen Platz mehr.

Aufgrund ihrer Kompliziertheit und ihres hohen Verwaltungsaufwands verletzt sie auch den Grundsatz der Einfachheit der Besteuerung. Etwa 7 Milliarden DM fließen in die Kassen der Länder. Ein Drittel davon verschlingt die dafür notwendige Verwaltungsarbeit. Bei keiner anderen Steuer ist der Aufwand so groß. Das heißt, auch diejenigen, die es mit einer Vereinfachung ernst meinen, auch diejenigen, die zu ordentlichem Personaleinsatz anstelle eines unsinnigen Per-

*(Dr. Döring)*

sonaleinsatzes beitragen wollen, müssen die Vermögensteuer abschaffen.

Der Ausfall der Vermögensteuereinnahmen für die Länder ließe sich kompensieren, denn die in den Finanzämtern frei werdenden Kapazitäten könnten bei Betriebsprüfungen sinnvoll genutzt werden.

Handlungsbedarf besteht nicht allein bei der Vermögensteuer. So sollte zum Beispiel auch die Umgestaltung der Grundsteuer zu einer reinen Bodensteuer vorgenommen werden, was ebenfalls einen Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung bedeuten würde. Die Grundsteuer sollte künftig nicht mehr Häuser belasten, sondern nur noch den reinen Bodenwert.

Der Vorschlag, die Grundsteuer zu einer reinen Bodensteuer umzugestalten bzw. zu einer Bodenwertsteuer zu machen, wurde von der Expertenkommission der Bundesregierung für die künftige Wohnungsbaupolitik bereits im Herbst 1994 gemacht. Über Details müßte sicher noch geredet werden. Aber die Richtung muß schon jetzt deutlich gemacht werden.

Außerdem müßte auch noch über die Erbschaftsteuer gesprochen werden, aber ich will es für heute einmal bei den beiden genannten konkreten Punkten belassen.

Abschließend will ich klarstellen und Finanzminister Waigel an sein gegebenes Wort erinnern: Was immer an die Stelle der geltenden Regelung tritt, muß einfach und bürgernah sein. Klar ist auch: Die öffentliche Hand darf diese Neuregelungen nicht für Steuermehreinnahmen nutzen. Das gilt nicht nur für die Vermögensteuer und die Erbschaftsteuer, über die das Bundesverfassungsgericht jetzt entschieden hat, sondern, wie angedeutet, gleichermaßen für die Grundsteuer. Da ist Waigel im Wort, und wir wollen ihn nicht nur daran erinnern, sondern wir wollen ihn mit ganz konkreten parlamentarischen Initiativen, mit einer Bundesratsinitiative in allen Fällen, zum Handeln zwingen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Meyer.

**Abg. Meyer CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Behandlung der Grundstückswerte bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer und der Vermögensteuer geben dem Gesetzgeber mit Sicherheit eine harte Nuß zu knacken.

Die Grundstücksbewertung hat sich als ein schwieriges Gebiet erwiesen. Die Reformdiskussion hatte praktisch unmittelbar nach der letzten Hauptfeststellung der Einheitswerte begonnen. Die beiden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts sind notwendig geworden, weil in der 20jährigen Fachdiskussion keine Lösung gefunden werden konnte. Ich wollte nur daran erinnern, um zu zeigen, daß die Erwartungen nach schnellen und einfachen Lösungen vielleicht doch gedämpft werden müssen.

Auch die neuen Urteile werfen im Grunde mehr Fragen auf, als sie beantworten. Für eine abschließende Bewertung dieser beiden Urteile ist es deshalb noch zu früh. Vielleicht

können wir nach einigen Jahren im Rückblick zu der Erkenntnis kommen, daß es weise Entscheidungen waren.

Jetzt jedenfalls ist uns die Aufgabe gestellt, diese Entscheidungen in eine Reform der einheitswertabhängigen Steuern umzusetzen. Dieser Aufgabe müssen wir uns rasch stellen, weil das Bundesverfassungsgericht mit seinen Fristen einen gewaltigen Zeitdruck erzeugt hat. Wir hoffen, daß dies zum Nutzen der Reform ausschlagen wird.

Die Tragweite der Urteile ist wesentlich größer, als es zunächst formal den Anschein hat; denn die Werte, mit denen Grundstücke nach geltendem Recht in die einheitswertabhängigen Steuern eingehen, haben Auswirkungen auf Grundstückspreise und Mieten. Das Grundvermögen stellt einen wesentlichen Anteil am Gesamtvermögen der privaten Haushalte dar. Veränderungen dieser Wertansätze können deshalb sozial-, wirtschafts- und steuerpolitisch gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Sicher ist zutreffend — und darüber besteht im Kern auch Einigkeit —, daß die bisherige Besteuerung des Grundvermögens zu ungleichmäßigen steuerlichen Begünstigungen geführt hat. Aber innerhalb dieser Feststellung geht es um recht unterschiedliche Sachverhalte. Das Bundesverfassungsgericht hat einige davon selbst hervorgehoben und steuerliche Freistellungen und Sonderregelungen gefordert.

Der sozialpolitisch wichtigste Zusammenhang besteht dabei zwischen der Besteuerung des Grundvermögens, den Wohnungsmieten und der Wohneigentumsbildung. Die Urteile dürfen nicht zu Mieterhöhungen und nicht zu einer Behinderung des Eigenheimwohnbaus führen. Im Gegenteil, die beiden Entscheidungen bieten die Chance, die Eigentumsbildung auf breiter Grundlage weiter zu verbessern. Eine möglichst breit gestreute Eigentumsbildung ist ein wichtiger Baustein für soziale Verteilungsgerechtigkeit.

Eine weitere Chance, die uns das Bundesverfassungsgericht bietet, sollten wir konsequent nutzen. Sie haben darauf hingewiesen, Herr Kollege Döring. Es ist der Ansatz zu einer dauerhaften und durchgreifenden Steuervereinfachung. Wir sollten ganz ernsthaft prüfen, ob wir die Einheitsbewertung noch brauchen. Eine neue Hauptfeststellung der Einheitswerte würde einen immensen Verwaltungsaufwand bedeuten. Um sie in den fünf Jahren durchführen zu können, würden im Land bis zu 1 000 Steuerbeamte benötigt werden. Wir sind, glaube ich, weder in der Lage, diese 1 000 Stellen durch Umschichtungen zu schaffen, noch erscheint es in der derzeitigen Haushaltslage möglich, eine solche Anzahl von Stellen neu zu schaffen. Eine Neuregelung aber, die verhältnismäßig nicht vollzogen werden kann, ist von vornherein nicht viel wert.

Der Verzicht auf die Einheitsbewertung des Grundvermögens könnte uns wesentlich leichter fallen, wenn wir einige einheitswertabhängige Steuern endgültig abschaffen würden. Ich kann darauf kurz hinweisen. Bei der Gewerbesteuer ist dies jetzt fällig. Wir haben es im Jahressteuergesetz 1996 noch nicht geschafft. Wir müssen es aber im Hinblick auf die neuen Bundesländer schaffen.

Der nächste konsequente Schritt wäre die Abschaffung der betrieblichen Vermögensteuer. Schließlich sollten wir auch die Diskussion — sie ist auch in diesem Haus häufig geführt

(Meyer)

worden — um die Abschaffung der Vermögensteuer wieder neu aufnehmen.

(Beifall des Abg. Keitel CDU — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Richtig!)

Bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer lassen sich mögliche Vereinfachungseffekte schon dadurch erzielen, daß die vom Bundesverfassungsgericht aus sozialen Gründen geforderte Freistellung des durchschnittlichen Gebrauchsvermögens konsequent umgesetzt und großzügig bemessen wird.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur Grundsteuer sagen. Sie fällt in die kommunale Finanzhoheit. Die Urteile bieten nach unserer Auffassung keinen Anlaß, in sie einzugreifen. Die Urteile bilden aber genauso wenig Anlaß für die Gemeinden, die Grundsteuer zu erhöhen. Wenn die Gemeinden zur Deckung ihres Finanzierungsbedarfs eine Erhöhung der Grundsteuer benötigen, können sie dies selbstverständlich in eigener Verantwortung beschließen. Aber klar muß auch sein: Dies darf nichts mit der Veränderung der steuerlichen Grundstückswerte zu tun haben.

(Beifall des Abg. Keitel CDU)

Lassen Sie mich abschließend feststellen: Die Urteile bieten uns die Chance zu einer durchgreifenden Steuervereinfachung. Sie bieten auch Chancen zur Steuerentlastung. Ich kann nur wünschen, daß wir den Mut dazu aufbringen.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Puchta.

**Abg. Dr. Puchta SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Antrag ist in der Tat dringlich, denn das Bundesverfassungsgericht verpflichtet den Gesetzgeber, bis 31. Dezember 1996 eine Neuregelung zu treffen. Ausgangspunkt dieser Diskussion ist ein Verfassungsverstoß der von Ihnen mitgetragenen Bundesregierung. Sie hat nämlich, genauso wie sie jahrelang das Existenzminimum nicht von der Steuer befreit hatte, nun in dieser Frage laut Bundesverfassungsgericht ebenfalls den Gleichheitsgrundsatz mißachtet.

Das Grundproblem besteht darin, daß Geldvermögen oder Wertpapiere mit dem Marktwert angesetzt werden, während Grund- und Hausbesitz dem Einheitswert unterliegen, der zum Teil nur 20 % des echten Werts ausmacht, insbesondere bei land- und forstwirtschaftlichem Vermögen.

Die Ursache hierfür ist natürlich ein eklatantes Versäumnis der Bundesregierung, indem nämlich seit rund 20 Jahren keine Hauptfestsetzung und Fortschreibung der Einheitswerte vorgenommen wurde. Vor diesem Hintergrund kritisiert das Bundesverfassungsgericht zu Recht die unterschiedlichen Bewertungsansätze und verlangt eine realitätsgerechte Abbildung aller Vermögens- und Erbschaftswerte.

Während beim Kruzifix-Urteil landesweit eine große Schimpfkanonade über das Bundesverfassungsgericht niederging, vermißt man das hier bei diesem Urteil insofern, als das Bundesverfassungsgericht, wie Herr Böckenförde in einem Minderheitsgutachten festgestellt hat, hier natürlich ganz eindeutig zu Fragen Stellung genommen hat, die ihm gar nicht aufgegeben waren.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Die im Vorlagebeschluß gar nicht drin waren!)

Das Bundesverfassungsgericht hat nämlich eine Aussage darüber gemacht, daß in Zukunft die Vermögensteuer nur noch als Soll-Ertragsteuer erhoben werden soll. Dadurch wird die Vermögensteuer quasi als Vermögensertragsteuer statt als Vermögenssubstanzsteuer definiert. Ihr Charakter wird dadurch wesentlich verändert.

Durch Hinzurechnung zu übrigen Ertragsteuern, wie das Bundesverfassungsgericht vorgeschlagen hat, und deren gesamthafte Begrenzung auf rund 50 % wird in der Tat eine Umverteilung von unten nach oben bewirkt.

Ich möchte Ihnen dafür ein Beispiel nennen. Dies bedeutet: Wer wenig verdient und geringes Vermögen hat, muß auch in Zukunft Vermögensteuer bezahlen. Wer hingegen bereits ungefähr 50 % Steuer auf sein Einkommen bezahlt und zum Beispiel ein dreistelliges Millionenvermögen hat, muß in Zukunft nach dem Bundesverfassungsurteil keinen Pfennig Vermögensteuer mehr bezahlen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: So ist es!)

Das kann aber nicht Sinn des Steuerrechts sein. Deshalb darf der Gesetzgeber dem Bundesverfassungsgericht in diesem Bereich nicht folgen, denn dies wäre meines Erachtens in der Tat gemeinwohlschädlich.

(Abg. Meyer CDU: Sehr interessant! — Zustimmung des Abg. Weimer SPD)

Die Steuer- und Abgabepartei CDU, die natürlich schon die Steuer- und Abgabenlast bei den Durchschnittsverdienern in den vergangenen Jahren auf nahezu 50 % angehoben hat,

(Abg. Keitel CDU: Lächerlich!)

hat gerade vorhin hier auch noch erklärt, daß sie jetzt die Vermögensteuer im gesamten Umfang von rund 9 Milliarden DM abschaffen will. Deshalb muß man sich darüber im klaren sein, daß dies in der Tat so, wie Sie vorgeschlagen haben, eine Umverteilung von unten nach oben wäre. Denn wenn diese 9 Milliarden DM ausfallen, gibt es ja nur drei Möglichkeiten: Entweder Sie müssen staatliche Leistungen kürzen — dann sagen Sie mir bitte, welche —, oder Sie müssen andere Steuern weiter erhöhen, um das auszugleichen, oder Sie müssen weiter in die Verschuldung gehen.

(Abg. Weimer SPD: So ist es! — Abg. Keitel CDU: Sie erzielen doch keine 9 Milliarden DM! — Abg. Meyer CDU: Was bleibt denn netto?)

Deshalb, Herr Döring, müssen Sie gerade hier vor dem Hintergrund des Nachtragshaushalts natürlich auch erklären, wie Sie einen Ausfall von 400 Millionen DM an Vermögensteuer per annum nur für Baden-Württemberg ersetzen wollen, denn immerhin macht das ungefähr 2 % unserer Gesamteinnahmen aus.

Wenn man sich vor diesem Hintergrund überlegt, daß es auf der anderen Seite für kleine und mittlere Betriebe tatsächlich eine ungeheure Belastung ist, wenn Substanzsteuern auch dann erhoben werden, wenn keine Gewinne und kein Ertrag

(Dr. Puchta)

anfallen, dann sieht man auf der anderen Seite, daß es Handlungsbedarf gibt.

(Abg. Keitel CDU: Gewerbekapital zum Beispiel!)

Dies gilt natürlich auch für die Erbschaftsteuer, wenn dadurch Betriebsübernahmen von Nachfolgern erschwert werden.

Deshalb muß man meines Erachtens in der Tat darüber nachdenken, ob und inwieweit betriebliche Substanzsteuern zugunsten von Ertrag-, Konsum- und Ökosteuern umgestaltet werden sollen. Auch ein spezielles, zum Beispiel arbeitsplatzabhängiges Freibetragssystem für Produktivvermögen ist in diesem Zusammenhang denkbar. Aber es kann doch nicht angehen, daß man, während man auf der einen Seite die kleinen und mittleren Verdienner von Jahr zu Jahr immer mehr mit Steuern und Abgaben inklusive Solidarzuschlag belastet, auf der anderen Seite reine Privatvermögen von 100 Millionen DM und noch mehr gerade jetzt verschonen und entlasten will.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Krieg GRÜNE)

Obwohl das Bundesverfassungsgerichtsurteil also verteilungspolitisch sehr fragwürdig ist, bietet es dem Gesetzgeber trotzdem große Chancen. Wir können nämlich auf dem Weg zu einem Steuerrecht aus einem Guß vorankommen. Auf Substanzsteuern kann in der Tat weitgehend verzichtet werden, wenn man gleichzeitig aufkommensneutral eine Steuer auf Primärenergie einführt, die Erbschaft- und Schenkungsteuer in ein vereinfachtes Einkommensteuersystem integriert

(Abg. Keitel CDU: Ein alter Hut! — Zurufe der Abg. Meyer und Kurz CDU)

und das Bewertungsgesetz radikal vereinfacht, indem alle Vermögensarten gleich behandelt und möglichst zu Marktpreisen bewertet werden.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Meine Herren von der FDP/DVP, natürlich ist mir klar, daß Sie, die Sie die Partei der Besserverdienenden sein wollen, hier — —

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sie sind ein Riesenschnepper! Ihnen fällt auch nichts anderes mehr ein!)

— Ich habe einmal von Ihnen gelesen, daß Sie sogar einen Wahlkampf damit führen wollten.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Primitiv bis dort hinaus! Primitiv!)

Im übrigen haben Sie es doch gerade demonstriert.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sie haben überhaupt nicht begriffen, um was es geht!)

Wer die Vermögensteuer ohne jede Berücksichtigung von verteilungspolitischen Gründen abschaffen will,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Er hat nicht begriffen, um was es geht!)

der ist für mich einer derjenigen, die die Besserverdienenden unterstützen wollen. Es ist das Gebot der Stunde, nicht an

Symptomen herumzukurieren, sondern durch Einführung einer Ökosteuer müssen Durchschnittsverdiener und Betriebe von Sozialabgaben entlastet werden, um damit für mehr Gerechtigkeit, eine bessere Umwelt und mehr Arbeitsplätze zu sorgen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Krieg GRÜNE)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort hat Herr Abg. Trageiser.

**Abg. Trageiser REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Urteil des Verfassungsgerichts bedeutet eine Anhebung der Einheitswerte in Richtung Verkehrswert. Die Besteuerungsgrundlage ist aber der Einheitswert. Ein höherer Einheitswert kann zumindest höhere Steuern und höhere Abgaben bedeuten. Die Kommunen müßten ja analog die Hebesätze für die Grundsteuer so ändern, daß sie aufkommensneutral bleibt. Daran, daß dies in der Praxis wirklich passieren wird, haben wir Republikaner erhebliche Zweifel. Wenn dies aber nicht passiert, heißt das, daß die Grundsteuer und die Abgaben nicht nur steigen können, sondern in den nächsten Jahren auch deutlich steigen werden.

Welche Folgen hat dies nun für die Bürger?

Erstens: Der Selbstnutzer, also der klassische Häuslebauer hier im Ländle, der sein Leben lang gespart, auf Lebensfreude verzichtet, das Geld zurückgelegt und sich sein Häusle oder seine Eigentumswohnung angeschafft hat, wird, wenn es nicht richtig gehandhabt wird, mehr und höhere Grundsteuern bezahlen müssen.

(Abg. Kurz CDU: Aber das geht doch ins Hypothetische!)

Wie sieht es für den gewerblichen Immobilienbesitzer als Vermieter aus? Er wird natürlich höhere Kosten oder höhere Steuern über die Mieten weitergeben. Dabei wird er selbstverständlich großzügig verfahren, wie immer in solchen Fällen. Das heißt, auf die Mieter, auf diejenigen, die dringend auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind, werden erhöhte Kosten zukommen.

Im ersten Fall, bei den Häuslebauern, betrifft es mehr als eine Million Menschen hier im Land, im anderen Fall, bei den Mietern, deutlich mehr als eine Million. Ich wundere mich auch — da gebe ich Herrn Puchta recht —, daß hier die Öffentlichkeit nicht stärker reagiert hat, denn hiervon ist wirklich die Mehrzahl der Bevölkerung in unserem Bundesland betroffen.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Richtung, in die das Ganze gehen kann, ist nach Meinung von uns Republikanern falsch. Es geht nämlich in die Richtung, daß das Wohnen teurer wird. Dies ist komplett falsch. Wir fordern im Gegenteil: Wohnen muß zukünftig billiger und nicht teurer werden.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Bütikofer GRÜNE: So!)

Beim Eigentumsübergang hat es ebenfalls Konsequenzen. Leider ist die Diskussion in den letzten Wochen ausschließlich auf die Frage Vererbung, Schenkung und mögliche Um-

(Trageiser)

gehung von künftig höheren Steuern festgefahren, während die Frage der Vermietung und des Einflusses, wie ich ihn gerade geschildert habe, in den Hintergrund gedrängt wurde. Selbstverständlich müssen bei der Erbschaftsteuer bzw. bei der Schenkungsteuer ebenfalls, wenn sie denn aufkommensneutral gehandhabt werden müssen, die Freibeträge so justiert werden, daß sie den höheren Bemessungsgrundlagen entsprechen.

Der fleißige und sparsame Bürger im Land befürchtet erneut, daß ihn der eigene Staat ausnimmt. Seine Erfahrungen zeigen eben, daß in der Praxis einmal erhobene Steuern nicht so zurückgefahren werden, wie es den Bedürfnissen entspräche. Es würde mich sehr wundern, wenn wir erleben, daß tatsächlich bei einer Erhöhung der Bemessungsgrundlagen die zu entrichtenden Steuern aufkommensneutral blieben.

(Abg. Kurz CDU: Die Bemessungsgrundlage muß runter, Herr Kollege!)

Was muß also konkret geschehen? Die Hebesätze für die Grundsteuer müssen so gesenkt werden, daß die Grundsteuer gleichbleibt.

(Beifall des Abg. Deuschle REP – Abg. Kurz CDU: Das gibt doch aber das Verfassungsgericht vor!)

Zweitens: Die Freibeträge für die Vermögensteuer und die Erbschaftsteuer müssen so angeglichen werden, daß diese Steuern ebenfalls aufkommensneutral bleiben. Nur dann wird nach unserer Meinung der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts Genüge getan. Wir sind gespannt, ob dies in der praktischen Umsetzung wirklich erfolgen wird. Daran haben wir allerdings, gelinde gesagt, große Zweifel.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bütikofer.

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es sind in letzter Zeit mit offenkundiger Häufung Urteile des Bundesverfassungsgerichts Gegenstand sehr kontroverser politischer Diskussionen geworden. Ich muß gestehen, ich halte das grundsätzlich für einen Vorteil. Allzulange war das Gericht mit einem Hauch von Transzendenz umgeben, der ihm eigentlich nicht ansteht. In Staaten, die schon länger über ein Verfassungsgericht verfügen, wie zum Beispiel in den USA, hat es derartige Anhimelung auch schon lange nicht gegeben. Dort hat man immer auch wahrgenommen, daß das Gericht politisch urteilt und daß es auch in den Sprüchen von Gerichten Konjunkturen, Meinungskonjunkturen gibt.

(Abg. Keitel CDU: Zeitgeist!)

Ich denke, das Urteil, auf das sich die vorliegende Debatte bezieht, wird zu Unrecht nicht genauso scharf kritisiert und debattiert wie andere Urteile, obwohl auch bei diesem Urteil erhebliche Mängel und Kritiken zu vermerken sind. Das Bundesverfassungsgericht ist eben nicht unfehlbar. Genauso wenig, wie es dem Gericht gut zu Gesicht stand, im Leitsatz des Schulkreuzurteils über den Inhalt des Beschlusses hinauszugehen, steht es ihm gut zu Gesicht, daß es sich in vier

von fünf Leitsätzen seiner Entscheidung auf Fragen bezieht, die im Vorlagebeschluß überhaupt nicht thematisiert waren. Was das Bundesverfassungsgericht zu Grund, Ausmaß, Bemessungsgrundlage und rechtlicher Eigenart der Vermögensteuer ausgeführt hat, geht vollständig über das hinaus, was ihm eigentlich durch den Vorlagebeschluß des Gerichts in Neustadt aufgetragen war.

Ich denke, es ist eine Merkwürdigkeit, die nicht viele Vorgänger hat, daß an diesem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts ganz maßgeblich ein Verfassungsrichter mitgewirkt hat, nämlich Herr Kirchhof, der selbst die herrschende Meinung des Juristenstandes zu den anstehenden Fragen von seinem Lehrstuhl aus in den letzten Jahren maßgeblich einflußt hat. Es ist eigentlich in der Vergangenheit gute Übung des Gerichts gewesen, solche bereits vorfestgelegten Bundesverfassungsrichter nicht mit der Federführung solcher Entscheidungen zu beauftragen. Hier wird erstmals davon abgewichen und einem Professor die Gelegenheit gegeben, das, was er bis jetzt im Meinungskampf der Professoren lehrte, zur verbindlichen Verfassungsinterpretation des Bundesverfassungsgerichts festzuschreiben. Herr Kollege Dr. Puchta hat schon auf das Minderheitenvotum des Verfassungsrichters Böckenförde hingewiesen, der die Berechtigung dieses Spruchs bestreitet.

Ich will eine zweite kritische Bemerkung machen. Es gibt wohl kein Verfassungsgerichtsurteil, das so detailliert wie dieses dem Bundesgesetzgeber Vorschriften darüber macht, wie der Spruch des Verfassungsgerichts umzusetzen wäre. Selbst bei dem Urteil zum Existenzminimum hat das Gericht dem Bundesgesetzgeber wesentlich mehr Spielraum eingeräumt. Ich sehe darin, daß die richterliche Zurückhaltung aufgegeben wird und das Verfassungsgericht sich in diesem Fall zum Ersatzgesetzgeber aufwirft, eine bedenkliche Tendenz.

(Beifall des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Das sollte nicht sein.

Das Urteil hat ein klares politisches Profil. Es bestätigt die traditionelle Privilegierung des Grundeigentums in der Besteuerung und versucht sie zu verewigen. Darüber hinaus versucht es, die Privilegierung bestimmter Eigentumsarten, nämlich des sogenannten fundierten Vermögens, zu verallgemeinern. Herr Böckenförde hat meines Erachtens völlig zu Recht darauf hingewiesen, daß infolge dieses Spruchs der Gesetzgeber gegenüber der Eigendynamik kumulierenden Kapitals von vornherein zur Machtlosigkeit verurteilt ist. Er hat – meines Erachtens ebenfalls zu Recht – in seinem Minderheitsvotum darauf hingewiesen, daß die Frage der demokratischen Stabilität eines Gemeinwesens auch davon abhängt, ob der Gesetzgeber wenigstens theoretisch über die Mittel verfüge, mit denen er ein übermächtiges Anwachsen wirtschaftlicher Macht in wenigen Händen beschränken könne. Ohne eine solche Eingrenzung könne eine solide demokratische Stabilität in Frage gestellt sein.

Meine Damen und Herren, es gibt so kurz nach dem Urteil meines Erachtens noch nicht die Möglichkeit, daraus schnell Konsequenzen zu ziehen. Aber ich denke, wir sollten uns jetzt auf keinen Fall in ein bestimmtes Bockshorn jagen lassen. Wir sollten uns jetzt nämlich nicht darauf verpflichten lassen, in einer Situation, in der die Steuerbelastung nicht

(Bütikofer)

bei den Großverdienern, sondern bei den mittleren Einkommen am höchsten ist — die reale Steuerbelastung bei den Einkommen zwischen 60 000 und 80 000 DM im Jahr und nicht bei den Einkommen darüber ist die höchste —, ein Programm der Steuersenkung für besonders Reiche durchzuführen, wie es hier offensichtlich manchem vorschwebt. Wir werden uns jedenfalls nicht daran beteiligen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich halte den Grundsatz — Herr Dr. Puchta hat es schon angesprochen; ich pflichte ihm bei —, die Vermögensteuer auf eine Soll-Ertragsteuer umzudefinieren und damit die Leistungsfähigkeit aus der Innehabung des Vermögens von der Besteuerung praktisch auszunehmen — im Bruch auch mit der ganzen bisherigen Spruchpraxis des Bundesverfassungsgerichts —, für einen Fehler.

Zum Schluß zu den zwei möglichen Konsequenzen, was die Gewerbesteuer und die Vermögensteuer betrifft. Unter praktischen Gesichtspunkten, Herr Keitel, spricht manches dafür,

(Zuruf des Abg. Keitel CDU)

bei der Vermögensteuer einen anderen Weg zu suchen. Denn da hat der Finanzminister oder haben Sie recht — egal, wer es sagt —: Es stimmt, daß die Verwaltungskosten bei der Vermögensteuer im Vergleich zu anderen Steuern unglaublich hoch sind. Das heißt, die 9 Milliarden DM, die uns diese Steuer brutto bringt, sind netto viel weniger wert, knapp mehr als die Hälfte.

(Abg. Meyer CDU: So ist es! Das ist das Problem!)

Auch hinsichtlich der Gewerbesteuer gibt es berechnete Einwände. Das heißt, wir widersetzen uns nicht einer Reformdiskussion über diese beiden Steuern. Wir werden aber nicht dabei mitmachen, diese Reformdiskussion unter dem Vorurteil zu führen, daß hier jetzt etwa eine Kostensenkung für die bis jetzt durch diese Steuern belasteten Einkommensbezieher oder Vermögensbesitzer herbeigeführt werden müsse.

(Zuruf des Abg. Keitel CDU)

Mit uns kann man zum Beispiel über eine Umlegung der Vermögensteuer auf die Erbschaftsteuer — aufkommensneutral — reden. Mit uns kann man genauso gut über eine Umstrukturierung der Gewerbesteuer zu einer Wertschöpfungssteuer reden, ...

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abgeordneter, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** ... wie es der wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen schon verschiedentlich thematisiert hat, Herr Kollege Kurz.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Seit 14 Jahren!)

Wir sehen die praktischen Möglichkeiten — da sind wir auch zur Verständigung bereit —, aber wir sollten nicht das Signal geben: In einer Situation, in der die niedrigen Ein-

kommen die größte Last zu tragen haben, nehmen wir davon Abstand, den Reichen den angemessenen Betrag aufzuerlegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: So ein Unsinn!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Baumhauer vom Finanzministerium.

**Staatssekretär Baumhauer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte vorweg bemerken, daß die Haltung der Landesregierung zu den Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Juni dieses Jahres noch nicht endgültig festgelegt ist. Dies ist auch kaum möglich, weil das, was uns das Bundesverfassungsgericht vorgegeben hat, zu einem strukturellen Umbau des Steuersystems führt und weil hier komplizierte Rechtsverhältnisse zu klären sind.

Wir werden uns natürlich auch mit den kommunalen Landesverbänden auseinandersetzen müssen. Obgleich die Grundsteuer im Urteil ja nicht direkt erwähnt ist, hat es entsprechende Auswirkungen. Das ist von den Herren Vorrednern schon deutlich gemacht worden. Die Grundsteuer bringt, bundesweit gesehen, ein Aufkommen von etwa 14 Milliarden DM. Das heißt, sie ist für die Gemeinden neben der Gewerbesteuer von einer immensen Bedeutung. Deshalb wollen wir uns da mit den kommunalen Landesverbänden kurzschließen.

Man kann, Herr Kollege Bütikofer, die Meinung haben, die Sie gerade vertreten haben, und fragen, ob es richtig ist, daß uns das Bundesverfassungsgericht ein so enges Korsett geschnürt hat, in das wir dann unsere Gesetzgebung einbauen müssen. Aber im Lauf des Gesetzgebungsverfahrens, das auf Arbeitsebene in vollem Gang ist, wird es darauf ankommen, wie man das Urteil interpretiert. Es sind ja auch Interpretationen in die Öffentlichkeit gekommen, die nachher von dem Berichterstatter, Herrn Kirchhof, richtiggestellt worden sind. Wir haben jedenfalls eine ganz knappe Vorgabe, sowohl zeitlich als auch inhaltlich gesehen, an die wir uns halten müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Gericht hat erkannt — das muß man im Grundsatz bejahen und auch herausstellen —, daß das Vermögen bereits durch indirekte Steuern vorbelastet ist.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: So ist es!)

Es ist deshalb nach meiner Meinung auch richtig, daß man Grenzen für die Belastung gezogen hat, an die wir uns zu halten haben.

Der Herr Finanzminister hat heute morgen beim Einbringen des Nachtrags seine Meinung dargelegt, die sich mit der Meinung der CDU trifft, nämlich die Vermögensteuer genauso wie die Gewerbesteuer insgesamt abzuschaffen. Es ist aber deutlich geworden, daß es hier möglicherweise ideologische Unterschiede

(Abg. Meyer CDU: Sehr richtig!)

(Staatssekretär Baumhauer)

oder Einschätzungen, Herr Kollege Puchta, gibt, über die wir uns noch verständigen müssen

(Abg. Dr. Puchta SPD: Verteilungspolitische Unterschiede, keine ideologischen! — Gegenruf des Abg. Meyer CDU: Das ist schon Ideologie!)

und über die wir uns auch unter verteilungspolitischen Grundsätzen auseinandersetzen müssen.

Es ist klar — das haben wir auch x-mal dargelegt —, daß wir die ertragsunabhängigen Steuern reduzieren wollen, weil sie für die Sicherung von Arbeitsplätzen und für die wirtschaftliche Prosperität ein großes Hindernis bilden. Wenn wir sehen, wie die Vermögensteuer in Österreich abgeschafft worden ist, dann meinen wir, daß dies auch für uns eine der Möglichkeiten sein könnte, unter denen man die weitere Diskussion führt.

Nun ist problematisiert worden — da ist die Grundsteuer berührt —, wie wir es mit den Einheitswerten halten. Wenn es dazu kommt, daß die Vermögensteuer abgeschafft wird, dann erhebt sich sehr stark die Frage, ob wir an der Einheitsbewertung qua Staat festhalten sollen. Wenn sie abgeschafft wird, dann ist klar, daß die Gemeinde dies anlaßbezogen für ihre Grundsteuer braucht. Das heißt, auf der einen Seite hätten wir dann eine Entlastung der Finanzämter, auf der anderen Seite eine Belastung der Gemeinden. Deshalb werden wir uns dabei mit den Gemeinden auseinandersetzen müssen. Ich bin der Meinung, daß die Gemeinden dabei große Probleme haben. So haben sie es auch schon zum Ausdruck gebracht.

Wir haben auch das Problem, meine Damen und Herren, daß wir bis Ende 1996 eine Neuregelung bei der Erbschaftsteuer treffen müssen, zumal sie ab 1. Januar 1996 nur vorläufig festgesetzt werden kann und uns bei der Vermögensteuer eine Übergangsfrist von fünf Jahren eingeräumt worden ist. Das heißt, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß hier ein großes Arbeitspensum auf die Finanzverwaltung zukommt.

Wir haben uns deshalb in der Finanzministerkonferenz darauf verständigt, Arbeitsgruppen einzusetzen. Es sind drei Unterarbeitsgruppen eingesetzt worden. Eine Unterarbeitsgruppe beschäftigt sich mit der Frage, was geschieht oder was geschehen kann, wenn die Vermögensteuer abgeschafft wird. Es gibt eine zweite Unterarbeitsgruppe, die sich damit beschäftigt, was zu tun ist und welche Regelungen nötig sind, wenn man die Vermögensteuer beibehält.

Die Auffassung von Ihnen, Herr Kollege Döring, ist — lesen Sie dazu das Urteil nach — nicht richtig, wenn Sie sagen, die Vermögensteuer sei für verfassungswidrig erklärt worden.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Was?)

In dem Urteil ist ausdrücklich ein Satz darüber enthalten, daß die Vermögensteuer nicht verfassungswidrig ist, daß wir sie aber neu regeln müssen. Darin besteht ja Übereinstimmung.

Nun hat einer der Kollegen gesagt — das ist ja aus der Sicht des Landes das Hauptproblem, wie man die Steuerausfälle kompensieren kann —: Wenn man die Abschaffung der Vermögensteuer durch eine Umlegung auf die Erbschaftsteuer kompensieren würde, dann müßte die Erbschaftsteuer

so stark erhöht werden, daß dies — da bin ich mit Ihnen, Herr Kollege Dr. Döring, einig — unmöglich wäre.

(Zuruf des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Wie wir die Steuerausfälle aber im einzelnen kompensieren — das will ich nicht verschweigen —, wird zu einer harten Auseinandersetzung führen,

(Abg. Dr. Puchta SPD zu Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Wir erwarten Vorschläge!)

und zwar nicht zwischen den A- und B-Ländern und nicht, wie es sich jetzt im Zwischenruf darstellt, zwischen der SPD und der FDP/DVP, sondern zwischen den Ländern und dem Bund. Denn der Bund hat bei den Beratungen in Bonn angekündigt, die Länder mögen sehen, wie sie mit dem Problem fertig würden; denn die Länder hätten auch die Subventionierung der Kohle dem Bund allein überlassen. Deshalb wollen wir darauf hinwirken, daß keine neue Belastung wie die durch das Jahressteuergesetz auf die Länder und die Gemeinden zukommt, zumal ja heute vormittag bei der Einbringung des Nachtrags erklärt worden ist, wie eng unser finanzieller Spielraum geworden ist. Kleinere Vermögen dürfen nicht mehr besteuert werden. Das sind, meine ich, Grundsätze, die man durchaus unterschreiben kann. Dazu zählt auch die Festlegung, daß der Nachlaß bis zur Höhe des persönlichen Gebrauchsvermögens — das übliche Einfamilienhaus sowie der Hausrat — steuerfrei bleiben muß.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Da war Herr Kirchhof aber auch ein bißchen vorsichtig bei der Interpretation!)

— Bitte?

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Da war Herr Kirchhof aber auch ein bißchen vorsichtig bei der Interpretation!)

— Das hat er erläutert und nachher richtiggestellt, weil die reine Auslegung des Gesetzestextes in der Tat zu Mißverständnissen geführt hat.

Abschließend will ich noch sagen, daß der Landesregierung auch ganz wichtig ist, daß die Übergabe der Betriebe nicht belastet, sondern entlastet wird, das heißt, daß eine Entlastung in der Erbschaftsteuer weiter fortgeführt wird.

Wir werden uns also neben dem, was wir qua Konsequenzen aus dem Bundesverfassungsgerichtsurteil hier zu regeln haben, auch mit der Gewerkekapitalsteuer beschäftigen. Auch in diesem Bereich besteht Handlungsbedarf, so daß die Grundlinie der Landesregierung bleiben wird — da bin ich mir mit der gesamten Landesregierung einig —, darauf hinzuarbeiten, eine dringend notwendige Vereinfachung des Steuerrechts hinzubekommen und dabei auch die Steuergerechtigkeit nicht außer acht zu lassen. Das ist ein ganz schmaler Grat, auf dem wir uns dabei bewegen. Die Landesregierung ist auf einem guten Weg, und ich bin Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr dankbar dafür, daß Sie uns den einen oder anderen Hinweis gegeben haben. Wir bleiben miteinander im Gespräch, und dann wird hoffentlich bei den Beratungen in Bonn etwas herauskommen, das dem Wohl unseres Bundeslands dienen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** In der zweiten Runde erteile ich Herrn Abg. Dr. Döring das Wort.

**Abg. Dr. Döring FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Noch einmal den Leitsatz drei zum Beschluß des Zweiten Senats vom 22. Juni 1995:

Die Vermögensteuer darf zu den übrigen Steuern auf den Ertrag nur hinzutreten, soweit die steuerliche Gesamtbelastung des Soll-Ertrags bei typisierender Betrachtung von Einnahmen, abziehbaren Aufwendungen und sonstigen Entlastungen in der Nähe einer hälftigen Teilung zwischen privater und öffentlicher Hand verbleibt.

Das ist doch der entscheidende Punkt. Herr Kollege Puchta und Herr Kollege Bütikofer, es ist doch unbestritten, daß inzwischen weit über die Hälfte weggesteuert wird, und deshalb muß die Grundfrage lauten, ob Sie sich dem anschließen, daß es mit der Steuerbelastung nicht mehr über die Hälfte hinausgehen soll. Wenn wir diese Grenze von 50 %, die jetzt festgeschrieben worden ist, was ich für sehr wichtig halte, akzeptieren, dann besteht doch Handlungsbedarf, und dann besteht der Handlungsbedarf genau an der Stelle, die wir vorhin genannt haben, weil wir mit mehr als 50 % nicht mehr belasten dürfen, was ich für völlig richtig halte.

Das ist doch keine Frage in bezug auf die Vermögensteuer. Ich sage es noch einmal: Die gehört unserer Überzeugung nach abgeschafft. Der Fiskus langt über die Vermögensteuer dort noch einmal zu, wo er – und nicht zu knapp – vorher schon die Hand aufgehalten hat.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Vermögen wird in aller Regel aus bereits versteuertem Einkommen gebildet, Erträge aus Vermögen unterliegen der Ertragsteuer, und dann kommt eine weitere Steuer oben drauf. Das heißt, wir müssen an der Stelle, auf die uns das Bundesverfassungsgericht hingewiesen hat, tatsächlich handeln und dafür sorgen, daß die Vermögen in der Substanz erhalten bleiben und daß es Spielräume für Investitionen gibt. Deswegen muß das Thema angegangen werden.

Sie, Herr Puchta, haben ja zu Recht und dankenswerterweise darauf hingewiesen, daß das ein aktuelles Thema ist, weil wir unter einem gewissen zeitlichen Druck stehen. Das muß noch in diesem Jahr bereinigt werden. Deswegen ist es wohl richtig, Herr Baumhauer, wenn man sich in diese Richtung äußert und tatsächlich auch konkret ans Handeln geht und nicht bei den Aussagen stehenbleibt.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Herr Puchta und Herr Bütikofer, Sie haben gesagt, Sie wollten an der Besteuerung des Vermögens festhalten.

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Das müssen Sie noch einmal erläutern. Wenn Sie das anschauen, was bereits im Juni 1995 in den Erklärungen von Kirchhof und anderen festgeschrieben worden ist, dann stellen Sie fest, daß es bei denen, die die Riesenvermögen haben – Herr Kollege Puchta, von denen sprechen Sie –, jetzt nicht mehr zulässig ist, diese Steuer zu erheben, weil man dann über die 50-Prozent-Marke hinauskäme. Zu diesen

Großvermögen sagen Sie, wir wollten sie schützen. Das Bundesverfassungsgericht sagt, daß man hier nicht mehr zulangend dürfe, weil man dann über 50 % Besteuerung wäre. Da können Sie überhaupt nicht mehr hinlangen. Bei den Kleinen wird es ja ohnehin nicht wirksam. Das heißt, Ihre Auffassungen, die Sie vorgetragen haben, würden voll und ganz im mittleren Bereich treffen, wo man heute – –

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

– Doch, natürlich. Wo wir heute die 50 % noch nicht erreicht haben, wäre es nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts noch zulässig, die Vermögensteuer zu erheben. Das heißt, Ihre Aussage bedeutet: Wenn man dem folgt, was das Bundesverfassungsgericht festgelegt hat, daß nämlich die Großen sowieso nicht mehr tangiert werden, weil es verfassungswidrig wäre, über die 50 % zu gehen

(Abg. Pfister FDP/DVP: Die Kleinen brauchen wir nicht!)

– die Kleinen brauchen wir nicht –, führt dies dazu, daß Sie voll in die mittleren Etagen hineingreifen. Genau das lehnen wir aber entschieden ab. Deswegen ist das falsch, was Sie, Herr Puchta, vorhin ausgeführt haben, daß das typisch FDP sei. Der Kollege Pfister hat sich ja bereits entschuldigt, aber so ganz daneben lag er gar nicht – vom Inhaltlichen her, Herr Kollege,

(Lachen bei der SPD)

nur vom Inhaltlichen her. Er sagte, es sei Unsinn, was Sie uns unterstellten.

Noch einmal: Bei den Großen darf man gar nicht zugreifen, bei den Kleinen auch nicht. Sie halten nicht zum Vorteil der Kleinen und Mittleren, sondern genau zum Schaden der Kleinen und Mittleren aus verteilungspolitischen und damit aus ideologischen Gründen an der Besteuerung des Mittelstands fest. Genau dies lehnen wir ab, und genau dies muß auch korrigiert werden.

(Beifall des Abg. Pfister FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort hat Herr Abg. Bütikofer.

(Unruhe)

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin natürlich selbst schuld.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Ja!)

Ich habe zu Herrn Döring gesagt, er solle einmal etwas Neues sagen. Jetzt hat er etwas Neues gesagt, und jetzt muß ich ihm widersprechen, weil das Unsinn war.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN – Heiterkeit)

Herr Döring, Sie haben offensichtlich vorhin meinen Ausführungen nicht zugehört, als ich genau darauf hingewiesen habe, daß es nicht Sinn der Steuerpolitik sein könne, bei den von Ihnen apostrophierten mittleren Einkommen noch einmal kräftiger zuzugreifen. Das war die Prämisse

(Bütikofer)

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Aber in der Konsequenz macht ihr es doch!)

— jetzt warten Sie einmal ab, Sie kriegen es gleich serviert — meiner Argumentation.

Ich habe gesagt, es sei noch zu früh, die praktischen Konsequenzen dieses Urteils zu buchstabieren. Aber wenn wir jetzt gezwungen sind, mit diesem Bundesverfassungsgerichtsurteil Steuerpolitik zu machen, dann sehe ich überhaupt kein Hindernis darin, sich dessen zu erinnern, was wir früher bei anderer Gelegenheit in anderem Zusammenhang hinsichtlich der Einkommensbesteuerung schon vielfach diskutiert haben, nämlich den Zusammenhang zwischen Steuersatz einerseits und Bemessungsgrundlage andererseits.

Das Bundesverfassungsgericht hat de facto den Steuersatz gedeckelt. Damit hat es uns aber überhaupt nicht die Möglichkeit genommen, dafür zu sorgen, einmal mit einer ordentlichen Diskussion über die Bemessungsgrundlage Ernst zu machen.

Eines ist meines Erachtens unbestreitbar: Man kann die Privilegierung, die für große Vermögen heute im Steuersystem steckt, nicht einfach bewerten — ob es sie gibt, wieviel es sie gibt oder nicht —, wenn man am Steuersatz oder gerade am Grenzsteuersatz rummacht. Man muß vielmehr die reale Durchschnittssteuerverwertung nehmen. Das habe ich Ihnen vorhin vorgetragen. Das waren ja keine Zahlen von mir, sondern zum Beispiel vom ZEW in Mannheim. Dort hat man das studiert und kam zum Ergebnis, daß eben der durchschnittliche Steuersatz bei hohen Einkommen niedriger liegt als bei denen im mittleren Bereich. Woran liegt das? Auch das sagt das ZEW: Das liegt daran, daß da so weitgehende Abschreibungsmöglichkeiten etc. pp. existieren, daß auf jede zusätzlich verdiente Mark eben vielleicht noch 40 oder 50 Pfennig oder, wenn es hoch kommt, 60 Pfennig zusätzlich bezahlt werden müssen.

Meines Erachtens ist das genau der Weg, an dem man — —

(Zuruf des Abg. Bloemecke CDU)

— Herr Bloemecke, Sie sind zwar aus Mannheim, aber nicht vom ZEW. Deswegen sollten Sie das vielleicht noch einmal nachlesen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Deswegen muß man meines Erachtens diesen Weg gehen, und dann, Herr Döring, ist das Problem, von dem Sie jetzt geredet haben, ein Scheinproblem. Auf dieser Ebene stellt sich das gar nicht mehr.

Man kann sogar sagen, man setze den Spitzensteuersatz um 4 oder 5 oder wieviel Punkte auch immer herunter. Wenn man dafür sorgt, daß die Bemessungsgrundlage richtig ist, heißt das überhaupt nicht, daß es notwendig eine Umverteilung von unten nach oben wird, sondern es könnte zu einem gerechteren, durchsichtigeren Steuersystem führen, das nicht mehr so viele Betrügereien zuläßt, wie es sie jetzt gibt und mit denen wir uns auch auseinanderzusetzen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jetzt hast du aber den Döring überfordert!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Puchta.

Abg. Dr. Puchta SPD: Herr Döring, ich habe in der Tat vorhin gesagt, daß der Durchschnittsverdiener inzwischen nahezu mit 50 % seines Einkommens an Steuern und Abgaben belastet ist, und genau deswegen ist es so, daß es sich gerade beim Durchschnittsverdiener — leider, muß ich sagen — auch nicht mehr auswirkt, weil er ja auch schon so hoch belastet ist.

(Abg. Kurz CDU: Aber die Abgaben werden doch nicht angerechnet, Herr Dr. Puchta!)

Ich gebe Ihnen recht — deshalb brauchen wir gar nicht darüber zu streiten —, daß diejenigen, die noch weit weg sind von einer 50prozentigen Belastung, über die Vermögensteuer, wenn man sie in Zukunft aufrechterhalte, belastet würden. Das kann und darf nicht unser Ziel sein. Darüber sind wir uns einig.

Deshalb möchte ich, nachdem Herr Bütikofer gerade noch einmal an der Vermögensteuer klarzumachen versucht hat, was der Ansatz ist, es noch einmal an einem anderen Teil, nämlich bei der Erbschaftsteuer versuchen. Es ist doch letztlich ein grundsätzliches marktwirtschaftliches Prinzip, daß die Leistung belohnt und entlohnt werden soll. Wenn wir über Generationen hinweg immer stärker zu einem Staat würden, in dem man nur noch von ererbtem Vermögen leben kann, ohne tatsächlich am Markt Leistung zu bringen, dann würden die marktwirtschaftlichen Grundlagen ausgehöhlt werden. Deshalb ist auch bei der Erbschaftsteuer letztlich die Frage, wo das Problem liegt.

(Abg. Wieser CDU: Das gilt aber auch für die Umverteilung, Herr Dr. Puchta! Dasselbe Prinzip!)

Es liegt nämlich in erster Linie dort, wo wir betriebliches Erbgut so besteuern, daß der Übernehmer eine so hohe Erbschaftsteuer bezahlen muß, daß er letztlich nicht mehr produzieren kann.

(Zuruf von der CDU: Daß er verkaufen muß!)

Das ist natürlich ebenfalls etwas, was wir nicht wollen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Gut, wir auch nicht!)

Deshalb bin ich darangegangen und habe ganz eindeutig den Unterschied zwischen betrieblichem Vermögen und Privatvermögen gemacht. Ich glaube, es ist schlicht und einfach so, daß das Bundesverfassungsgerichtsurteil noch nicht bis zu Ende ausdiskutiert ist und wir in unserem Gemeinwesen, wenn wir die anderen grundgesetzlichen Regelungen wie beispielsweise Sozialpflichtigkeit oder den Gleichheitsgrundsatz ernst nehmen, nicht umhinkommen werden, weiterhin vom Staat dahin gehend Regelungen dort vorzusehen, wo es exorbitante private Vermögen gibt, die nicht produktiv eingesetzt werden. Ich glaube, das ist ein Ansatzpunkt, über den sich auch die Wissenschaft inzwischen international klar ist. Die Österreicher — Herr Baumhauer hat ja darauf hingewiesen — sind genau diesen Weg gegangen,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Die haben sie abgeschafft!)

(Dr. Puchta)

um das produktive Vermögen zu begünstigen. Aber das hat nichts damit zu tun, daß wir letztlich auch den Gleichheitsgrundsatz und die Verteilungsgerechtigkeit, wie sie in unserem Grundgesetz gefordert werden, berücksichtigen müssen.

Lassen Sie mich abschließend noch einen Satz zu Ihnen sagen, Herr Bütikofer. Ich bin allerdings nicht Ihrer Meinung, daß das Bundesverfassungsgericht nur festschreiben würde, daß wir die Bemessungsgrundlage verbreitern könnten, aber beim Steuersatz dann entsprechend zurückgehen müßten. Das Bundesverfassungsgericht hat — leider, sage ich — doch festgelegt, daß insgesamt die steuerliche Belastung nicht mehr als ungefähr 50 % betragen darf, alle Steuern zusammengenommen. Da wir ja teilweise an dieser Grenze angelangt sind,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Darüber hinaus!)

haben wir hier in der Tat weiteren großen Handlungsbedarf. Nur bin ich auch der Meinung, daß Bundesverfassungsgerichtsurteile nicht sakrosankt sind. Dieses Urteil muß genauso, wie es beim Kreuzifix-Urteil schon war, noch diskutiert werden.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abg. Kurz, wünschen Sie noch das Wort?

(Abg. Kurz CDU: Nur einen Satz!)

Bitte, Herr Abg. Kurz, Sie haben das Wort.

**Abg. Kurz CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, diese Debatte hat ganz eindeutig gezeigt, daß uns das Bundesverfassungsgericht eine gewaltige Aufgabe aufgetragen hat. Wir alle sollten dies als einen Auftrag zu einer grundsätzlichen Reform unseres Steuersystems begreifen. Bisher waren die ertragsabhängigen Steuern, etwa die Lohn- und Einkommensteuer, immer nach dem Prinzip der Gleichheit ausgerichtet. Wenn es nicht gelingt, das gesamte System so zu organisieren, daß es sich an der für ein Wachstum notwendigen wirtschaftlichen Dynamik orientiert, dann wird sich die Wettbewerbssituation zu Lasten von Arbeitsplätzen weiter verschlechtern.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abg. Kurz, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bütikofer?

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Der will Sie bloß ärgern!)

**Abg. Kurz CDU:** Ja.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte.

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Herr Kollege Kurz, ich finde Ihre Ausführungen sehr interessant. Schließt die von Ihnen genannte Orientierung an der wirtschaftlichen Dynamik auch die stoffliche Seite dieser wirtschaftlichen Dynamik und damit die Ökosteuern ein?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Kurz.

**Abg. Kurz CDU:** Ich habe von einer grundsätzlichen Reform unseres Steuersystems gesprochen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Deswegen habe ich gefragt!)

Wenn es hier sehr vernünftige Regelungen gibt, die Bestandteile einer Gesamtlösung sind, muß man auch darüber diskutieren, meine ich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der GRÜNEN)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Die für die Aktuelle Debatte vorgesehene Zeit ist auch weitgehend abgelaufen.

Damit ist Punkt 2 — Aktuelle Debatte — erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** unserer Tagesordnung auf:

**Große Anfrage der Fraktion der CDU mit der Antwort der Landesregierung — Schulsport in Baden-Württemberg — Drucksachen 11/5193, 11/5502**

Das Präsidium hat für die Besprechung der Großen Anfrage eine Redezeit von 5 Minuten je Fraktion festgelegt. Außerdem soll die anfragende Fraktion ein Schlußwort von 5 Minuten haben.

Wem darf ich das Wort erteilen? — Herr Abg. Dr. Repnik, Sie haben das Wort.

**Abg. Dr. Repnik CDU:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sport ist in Baden-Württemberg ein anerkannter Bildungsbereich und gleichzeitig ein fester Bestandteil der schulischen Erziehung. Neben der grundsätzlichen Bedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung des Schülers hat der Schulsport einen hohen sozialen Stellenwert. Ein Teil der Schüler hat soziale Defizite, egozentrische Verhaltensweisen und neigt nicht selten zur Gewaltbereitschaft, wie sich vermehrt zeigt. Gerade der Sportunterricht ist da geeignet, Aggressionen abzubauen, partnerschaftliches Verhalten zu erlernen, Toleranz zu üben und Verständnis und Rücksichtnahme gegenüber schwächeren Schülern zu praktizieren.

Eine besondere Bedeutung hat der Sportunterricht — Herr Wieser, das ist ganz wichtig für Sie — für die Gesundheit unserer Kinder.

(Abg. Wieser CDU: Herr Doktor, wollen Sie mich in die Schule schicken?)

Untersuchungen belegen, daß zirka 50 % — wir reden über Schulsport, Sport in der Schule, Herr CDU-Schulsprecher — der Schüler, die die Grundschule besuchen, entweder motorische Störungen, Haltungsschäden oder sonstige körperliche Defizite haben

(Abg. Jacobi GRÜNE: Wie ist es mit den Parlamentariern?)

— auch diese haben zuwenig Zeit für Sport, Herr Jacobi —, die durch einen gezielten Sportunterricht gemildert oder gar geheilt werden können.

(Dr. Repnik)

In einer Zeit moderner Kommunikationstechniken ist die sportliche Handlungsfähigkeit und Handlungskompetenz infolge von Bewegungsmangel sehr stark herabgesetzt. Sport und Bewegung sind wichtige Faktoren in der Gesundheitserziehung. Die Grundlagen für die Freude zu lebenslanger sportlicher Betätigung werden in der Schule gelegt. Sport muß über die Schulzeit hinaus betrieben werden.

Die Frage eines Arztes bei einem Schulsportsymposium „Wie schafft es die Schule, so schnell den Kindern die Freude an der Bewegung auszutreiben?“ sollte den Sportlehrern zu denken geben und sie darauf aufmerksam machen, daß Sport und Sportunterricht spielerisch gemacht werden sollten. Wir müssen diese Herausforderung annehmen. Der Sportunterricht muß spielerisch, spannend und abwechslungsreich sein und auch fordernd. Ich meine ganz bewußt: auch fordernd. Bei einem Gespräch in Bad Boll haben Schüler gefordert, von den Lehrern stärker gefordert zu werden. Also sage ich ganz bewußt: Fördern durch Fordern. Auch Leistung ist hier abverlangt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist aber etwas kompliziert!)

– Das ist aber richtig. Wir müssen durch den Sport auch wieder fordern.

(Abg. Jacobi GRÜNE: So weit ist es mit den Schülern, daß sie schon gefordert werden müssen!)

– Die haben es gefordert, ja.

Der Schule kommt die wichtige Bedeutung zu, die Einstellung zum Sport für das ganze Leben entscheidend zu prägen. Deshalb muß es Ziel eines Schulsports sein, die Schüler in eine positive Richtung zu lenken, dem Schüler, und zwar jedem Schüler, dem leistungsschwachen wie auch dem leistungsstarken, dem talentierten und hochbegabten, im Lauf seiner Schulzeit entsprechende Bildung angedeihen zu lassen und ein differenziertes Angebot zu machen.

Der Sport ist das Fach, das eine leistungsorientierte, positive Lebensweise vermitteln kann, wenn es richtig gemacht wird, so daß es schon deshalb für unsere Leistungsgesellschaft und als Vorbereitung für das Leben ungeheuer wichtig ist.

Sport ist auch deswegen in unserer heutigen Zeit wichtiger denn je, weil die Kinder vor allem im städtischen Bereich gar keine Möglichkeiten haben, Sport zu treiben. Die Kinderspielflächen sind zum Teil ungeeignet, zum Teil auch überfüllt, und die Parkanlagen sind zum Teil für Kinderspiele gar nicht zugelassen.

In der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion zum Schulsport in Baden-Württemberg bekennt sich das Ministerium für Kultus und Sport ausdrücklich zu den von mir genannten Kriterien und unterstreicht den Stellenwert des Sports in der schulischen Erziehung, was ganz wichtig ist. Ich möchte mich ausdrücklich beim Ministerium, bei der Abteilung Schulsport und vor allem beim verantwortlichen Staatssekretär Köberle dafür bedanken, daß sie diesen Stellenwert so hoch ansetzen und die entsprechenden Weichen gestellt haben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Gerade in einer Zeit immer knapper werdender Ressourcen, bei immer knapper werdenden Lehrerressourcen muß man betonen, wie wichtig Sport ist, damit der Sport und die Sportlehrerstellen nicht zum Steinbruch der Lehrerversorgung gemacht werden. Wir brauchen auch künftig die dritte Sportstunde.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut, Friedhelm! Ein wahres Wort! – Abg. Jacobi GRÜNE: In der Theorie vielleicht! Auf dem Papier!)

– Wir haben es im großen und ganzen. Wir können darüber auch noch sprechen. Ich sage es ganz bewußt deswegen, Kollege Weimer, weil das Saarland, SPD-regiert, seit dem Schuljahr 1995/96 in der ganzen Sekundarstufe I die dritte Sportstunde gestrichen hat.

(Abg. Wieser CDU: Unerhört! – Abg. Jacobi GRÜNE: Sie müssen sich nicht immer mit den Schlechtesten messen! – Abg. Weimer SPD: Herr Kollege Repnik, das ist nicht gut!)

Ich möchte die Baden-Württemberger davor warnen, es diesem gleichzutun.

(Abg. Wieser CDU: Da brauchen Sie keine Sorge zu haben!)

Ganz besonders beeindruckt bin ich von der Konzeption „Bewegungs- und sportfreundliche Schule“. Diese Konzeption ist ein klares Bekenntnis dafür, daß der Schulsport mehr ist als ein Unterrichtsfach. Diese Konzeption ist bei der Lehrplanfortschreibung inzwischen auch umgesetzt. Es werden Schülerinnen und Schüler zu Schülermentoren ausgebildet. Es wird die bewegte Schule gestaltet. Man kann dies in der Tat nur unterstreichen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Von wegen umgesetzt!)

– Die Forderung kommt, daß sie auch noch umgesetzt wird. Aber am Anfang steht eine Konzeption, Herr Pfister. Die ist wenigstens gemacht worden.

Dann kommt die Ausbildung der Multiplikatoren für diese Konzeption. Dann wird sie auch umgesetzt. Und davon gehe ich aus. Denn dieses Ministerium arbeitet mit Sicherheit nicht für den Papierkorb.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Beantwortung der Großen Anfrage zeigt, welchen Stellenwert der Sport, der Sportunterricht und der Sport in der Schule in Baden-Württemberg haben und daß hier viel getan worden ist, auch wenn natürlich Defizite erkennbar sind. Deshalb ergeben sich für mich noch folgende Wünsche und Forderungen:

Erstens – ich wiederhole mich –: Die dritte Sportstunde muß bleiben.

(Zuruf der Abg. Jacobi GRÜNE und Pfister FDP/DVP: Kommen!)

– Da, wo wir sie haben, muß sie bleiben, Herr Pfister.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Da, wo wir sie nicht haben, muß sie kommen!)

(Dr. Repnik)

Zweitens: Die Konzeption „Bewegungs- und sportfreundliche Schule“ muß jetzt in der Tat umgesetzt werden. Wir brauchen eine Multiplikatoren-schulung, übrigens auch von Nichtsportlehrern. Die soll in einem anderen Bereich durchgesetzt werden. Wünschenswert wäre es, wenn an jeder Schule mindestens ein Sportlehrer wäre, der Sport unterrichten kann. Bei kleineren Schulen wäre es denkbar, daß der Sportlehrer an mehreren Schulen unterrichtet. Die Lehrerfortbildung an der Akademie oder auch die dezentrale Lehrerfortbildung, die ja noch mehr angenommen wird, sollten meines Erachtens zumindest da, wo in der Grundschule fachfremd unterrichtet wird, verpflichtend gemacht werden. Weg von der Freiwilligkeit! Die Leute sollten bei den wichtigen Grundlagen wie Sport wissen, gerade bei den kleinen Kindern, wie sie das Ganze am besten didaktisch vorbereiten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sie wissen, daß die Sportlehrerfortbildung zurückgenommen worden ist!)

— Herr Pfister, Sie haben gehört, was ich gefordert habe,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ach so, das ist die Forderung!)

was ich mir für die Zukunft wünsche und was ich fordere.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Er ist gerade beim Wunschzettelt!)

Das ist mein Wunschzettel, und damit ende ich auch gleich.

Noch eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, in Richtung auf das Kultusministerium: Bitte Hände weg von den Bundesjugendspielen! Sie dürfen nicht abgeschafft werden. Ich fordere, daß die Bundesjugendspiele wieder den Stellenwert bekommen, den sie früher einmal aus Talentsicherungsgründen, aus Talentförderungsgründen hatten.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Aus Nostalgiegründen!)

— Vielleicht auch aus Nostalgiegründen. Aber man sollte in der Tat nicht nur dieses Spielerische vermitteln, sondern es sollte auch wieder bei Bundesjugendspielen der Leistungsvergleich möglich sein. Also bitte Hände weg davon, die Bundesjugendspiele abzuschaffen!

(Beifall bei der CDU — Abg. Wieser CDU: Sehr gut! — Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Herr Wieser wurde sechsmal erwähnt! Der klatscht ganz heftig! — Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Salomon, du darfst in deiner Fraktion noch nicht einmal reden!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Ulmer.

**Abg. Helga Ulmer SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt nahezu keinen Aspekt des Schulsports, der in den gestellten 62 Fragen in dieser Großen Anfrage der CDU nicht Erwähnung gefunden hätte.

(Abg. Seimetz CDU: Gute Anfrage!)

Die Antworten sind eine Fleißarbeit des Ministeriums. Nun stellt sich die Frage: Welche Folgen ziehen wir aus dieser Fleißarbeit?

„Die Alten joggen, die Jungen hocken“, so leitete die Kollegin Dr. Schultz-Hector ihren Beitrag auf dem außerordentlich interessanten Wochenendsymposium des Landessportverbands im Februar letzten Jahres zum Thema „Schulsport im Wandel der Zeit“ ein, wo kompetente Praktiker des Schulsports zu Wort kamen. Auf einige der dort genannten Schwerpunkte, die selbstverständlich auch in der Anfrage Erwähnung finden, will ich hier eingehen.

Die Motorik vieler Grundschüler ist bei der Einschulung nicht altersgemäß entwickelt — eine erschreckende Beobachtung, die sich sowohl im Bericht der Kinderenquete als auch im Kinderbericht wiederfindet und deren Ursache in zum Teil wesentlich veränderten Lebensbedingungen der Kinder zu suchen ist. Ich nenne zum Beispiel geringe Spielmöglichkeiten, sich selbst überlassene Einzelkinder. Der Bewegungsdrang der Kinder ist erfreulicherweise ungebrochen, das eigene Leistungsvermögen zunächst kein Hindernis, bis die eigene Ungeschicklichkeit und vor allem das fehlende Einschätzungsvermögen der eigenen Möglichkeiten zu schmerzhaften Erfahrungen und Mißerfolgen führen. Bis zum Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen geht die Schere zwischen den Geschickten, den Sportlichen, den Erfolgreichen und den Tolpatschigen, den Unsportlichen weiter auf und demotiviert die Schwächeren. Deshalb sollte die Aufgabe des Schulsports vor allem in den unteren Klassen gezielte Bewegungserziehung sein, sollte der Schulsport Freude machen, Motivation und Selbstbewußtsein stärken, denn Störungen in der Bewegungsentwicklung ziehen in der Regel Leistungs- und Verhaltensauffälligkeiten nach sich.

Um dies zu erreichen, darf Sportunterricht nicht länger fachfremd, sondern muß auch und gerade in der Grundschule von dafür ausgebildeten Lehrern und Lehrerinnen erteilt werden — eine Forderung, die seit Jahren von allen Fachleuten laut erhoben wird. Herr Repnik, es reicht nicht, wenn an jeder Schule ein Lehrer ist, der Sport erteilen kann oder sich auskennt und seine Kenntnisse den anderen vielleicht weitervermittelt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Es müssen mehrere sein!  
Das ist ja klar!)

Die Antwort des Kultusministeriums auf diese Große Anfrage ist darauf eher verhalten und ausweichend.

Darüber hinaus sollten im Grundschulbereich gezielt Bewegungsaktivitäten in den Pausen angeboten und Kinder dazu angeleitet werden. Wenn die Weichen im sportlichen Bereich in der Grundschulzeit falsch gestellt werden, läßt sich dies später kaum wiedergutmachen.

In den weiterführenden Schulen ist das Problem des Sportunterrichts vor allem der hohe Altersdurchschnitt der Sportlehrer. Bedingt durch jahrelangen Einstellungsstopp, fehlen dort fast 15 Jahrgänge. Das Durchschnittsalter der Sportlehrer liegt heute bei fast 50 Jahren, und sportspezifische Verschleißerscheinungen machen sich bemerkbar, die bei vielen Lehrern, wo immer es geht, zu einer Flucht ins zweite Lehrfach führen. Dadurch steigt die Tendenz, bei krankheitsbedingten Unterrichtsausfällen vor allem den Sportunterricht ausfallen zu lassen.

(Helga Ulmer)

Erschwerend kommt noch hinzu, daß in einigen Klassenstufen die dritte Sportstunde weggefallen ist, eine Entscheidung, deren Rücknahme sowohl vom Sportlehrerverband als auch vom Landessportverband und von den Sportbünden weiterhin mit Vehemenz gefordert wird.

Eine Folge der Überalterung ist auch der zunehmende Rückzug von Lehrkräften aus den außerunterrichtlichen Aktivitäten der Schule wie Arbeitsgemeinschaften, Skischul-landheime, interne und externe Wettkämpfe, aus der Kooperation „Schule/Verein“, kurz aus all den Bereichen, die den Sport für Schüler attraktiv und anziehend machen. Das hat auch empfindliche Auswirkungen auf den Vereinssport, von dem sich ältere Jugendliche zunehmend verabschieden.

Angesichts des hohen Stellenwerts, den sportliche Betätigungen und durch den Sport vermittelte Fähigkeiten wie Teamgeist, Fairneß, Kooperationsbereitschaft, Durchhaltevermögen und Verantwortungsgefühl nach Aussagen von Fachleuten, aber auch durchaus nach meiner Meinung – das wird auch von anderen Politikern in sogenannten „Sonntagsreden“ permanent betont – und auch nach Aussage des Kultusministeriums für das Gemeinschaftsleben haben, sollten wir alles daransetzen, daß die in den Antworten des Kultusministeriums gemachten Lösungsansätze in die Praxis umgesetzt bzw., soweit schon ansatzweise geschehen, weiter gefördert und ausgebaut werden.

Wenn es uns nicht gelingt, die dafür erforderlichen Lehrkräfte und finanziellen Mittel bereitzustellen, müssen wir sehen, wie wir Prioritäten anders setzen. Für notwendig halte ich auf jeden Fall, hier in nächster Zeit etwas zu tun und nicht noch zehnmal Programme abzufragen, die das Kultusministerium hat, aber bisher zum Teil nicht umsetzen konnte.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. König.

**Abg. König REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stelle fest: Wir sind uns im Grundsatz eigentlich alle einig, daß der Sport in der Entwicklung und im Leben der Menschen besonders in den hochtechnisierten Industrieländern eine immer wichtigere Rolle spielt. Die Technisierung und die Automatisierung haben fast alle Lebensbereiche erreicht und bringen es mit sich, daß wir immer seltener gezwungen sind, uns bei unseren Alltagsverrichtungen körperlich zu betätigen oder gar anzustrengen. Dem Sport kommt daher eine wichtige Ausgleichsfunktion zu, und zwar für alle Altersgruppen unserer Bevölkerung.

Vorrangiges Ziel des Schulsports muß es sein, unsere Kinder möglichst frühzeitig zum Sporttreiben zu animieren und ihnen Freude an körperlicher Bewegung zu vermitteln. Damit kann man zweifellos nicht früh genug beginnen: bereits innerhalb der Familie, im Kindergarten, aber spätestens im Schulsport und im Verein.

Die Heranführung an den Sport im Rahmen des Schulsports ist eine bedeutende Phase, in der in der Regel die endgültige Entscheidung für oder gegen eine lebenslange sportliche Betätigung fällt. Hier kann man sehr viel Porzellan zerschlagen. Wenn nämlich in diesen ersten Begegnungen mit dem Sport den Kindern der Spaß an körperlicher Aktivität verdorben wird, finden sie in den meisten Fällen auch später

keinen Zugang mehr zum Sport. Deshalb liegt hier eine besondere Herausforderung, schon für die Erzieher im Kindergarten, aber erst recht für die Sport gebenden Lehrer in den Schulen und insbesondere an den Grundschulen, wobei gut ausgebildete Sportpädagogen dieser Aufgabe sicherlich am besten gerecht werden können. Insofern halte ich auch die in der Drucksache 11/5502 gemachten Ausführungen zur Aus- und Fortbildung von Sportlehrern und anderen Sport unterrichtenden Lehrkräften im Ansatz für richtig.

Ich möchte aber auch warnen. Eindringlich warne ich vor einer übertriebenen Verwissenschaftlichung der Sportlehrer- aus- und -weiterbildung und damit auch des Schulsports allgemein. Meine Damen und Herren, diese Gefahr ist keineswegs an den Haaren herbeigezogen. Wer die Antwort der Landesregierung aufmerksam liest, kann unschwer erkennen, daß dem Schulsport neben der Körperertüchtigung und Gesundheitsförderung immer mehr erziehungs- und gesellschaftspolitische Aufgaben aufgebürdet werden, und dies dann auch noch angereichert mit einem riesigen Wust von wissenschaftlicher Theorie. Wenn man zu viele Ziele in den Schulsport hineinzupacken versucht, dann kann es leicht passieren, daß der Sportunterricht nicht die Freude an körperlicher Bewegung entwickeln hilft, was ja im Hinblick auf eine selbstmotivierte sportliche Betätigung auch über die Schulzeit hinaus absolut wünschenswert ist, sondern daß er im Gegenteil zur Belastung wird, ja sogar frustrierend wirkt.

Ich komme noch zu einigen praktischen Fragen.

(Abg. Zeller SPD: Was?)

Drei Wochenstunden Sport, und diese möglichst noch als Einzelstunden auf drei Wochentage verteilt, das klingt überzeugend, das klingt gut. Aber in der Praxis sieht es doch häufig so aus, daß die Sportstätten in einiger Entfernung von den Schulräumen liegen. Zieht man die Zeit für den Fußweg zur Sporthalle hin und zurück sowie für zweimaliges Umziehen ab, dann bleiben effektiv nur noch 20 bis 25 Minuten Sportunterricht übrig.

(Abg. Weimer SPD: Deswegen machen die meisten aber auch Doppelstunden!)

und das noch unter der Annahme, daß die Schüler, ohne zu duschen und damit verschwitzt in den Unterricht zurückkehren, was zumindest in den kalten Jahreszeiten nicht ganz unproblematisch ist.

Ich plädiere deshalb für Doppelstunden im Sportunterricht auch für Grundschüler in solchen Vor-Ort-Situationen.

(Abg. Weimer SPD: Wird auch gemacht!)

Die Entscheidung darüber muß bei den Schulleitungen vor Ort bleiben.

Lassen Sie mich noch etwas zu den in letzter Zeit ins Gespräch gekommenen 5-Minuten-Gymnastikübungen während der Schulstunden sagen. Meine Damen und Herren, ich halte das für Kasperletheater. Wie soll denn das praktisch aussehen? Sollen da die Schüler wirklich zusammen mit ihren Lehrern anfangen, zwischen den Schulbänken herumzuhampeln, und das noch in voller Montur?

(Abg. Dr. Repnik CDU: Nicht hampeln! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wieser?

**Abg. König REP:** Jawohl, Herr Präsident.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Ich muß Sie auch bitten, zum Schluß zu kommen. — Bitte, Herr Abg. Wieser.

**Abg. Wieser CDU:** Herr Kollege König, Sie haben von „Kasperln“ gesprochen. Haben Sie gehört, daß Weltfirmen extra diese Gymnastik — —

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber die sind in Japan, Herr Kollege!)

— Auch andere.

(Abg. Bebber SPD: Mit Ausländern können Sie ihm nicht kommen! — Glocke des Präsidenten)

Ist Ihnen bekannt, daß diese Firmen extra solche Bewegungspausen machen, um den Gesundheitszustand und die Leistungsfähigkeit zu fördern? Da sprechen Sie von „Kasperln“. Ich meine, Sie sollten Ihre Aussage begründen.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. König.

**Abg. König REP:** Herr Wieser, nicht nur in Japan wird so etwas gemacht.

(Abg. Wieser CDU: Ich habe von Japan nicht gesprochen!)

Es gab auch in Deutschland eine Zeit, in der nach dem Morgenappell die Körperertüchtigung in Reih und Glied obligatorisch war.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Das ist mir sehr wohl bekannt. Ich spreche aus Erfahrung, Herr Wieser. Wir haben dies auch in Baden-Württemberg in den siebziger Jahren, meine ich, schon einmal probiert.

(Abg. Zeller SPD: Machen Sie das mit Ihren Schülern? — Abg. Nagel SPD: Geben Sie noch Sport?)

Herr Wieser, ich denke, daß hier der Aufwand den Nutzen sehr stark überwiegt.

Schulsport sehe ich in engem Zusammenhang mit dem Breitensport. Dennoch möchte ich nicht auf ein Wort zum Leistungssport verzichten. Leistungssport hat seine Berechtigung. Spitzenathleten repräsentieren nämlich nicht nur unser Land im sportlichen Wettstreit mit anderen Völkern, sie sind auch Vorbild für viele Menschen in unserem Land, insbesondere für unsere Jugendlichen, die von ihren Idolen zum Sporttreiben animiert werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Mario Basler! — Abg. Weyrosta SPD: Herr Graf zum Beispiel!)

Eine besondere Förderung von Talenten ist daher richtig und notwendig.

Noch ein Schlußwort. Es ist ärgerlich, wenn Talente sportlich und finanziell gefördert werden, diese aber nach ihrem Durchbruch auf der internationalen Sportbühne ihren Wohnsitz häufig ins Ausland verlegen, um in ihrer Heimat keine Steuern mehr zahlen zu müssen.

(Zuruf des Abg. Schöttle CDU)

Allerdings sollten auch diejenigen, die hierbleiben, tatsächlich im Land ihre Steuern zahlen.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Jacobi.

(Abg. Weyrosta SPD: Was wollten Sie jetzt mit Ihrer Rede sagen? — Gegenruf des Abg. Zeller SPD: Nichts! — Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE — Abg. König REP: Haben Sie nicht zugehört, Herr Weyrosta? Dann gebe ich sie Ihnen noch mit nach Hause! — Gegenruf des Abg. Weyrosta SPD: Ich habe zugehört, es aber nicht verstanden!)

Das Wort hat Herr Abg. Jacobi!

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

**Abg. Jacobi GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat, in der Antwort auf die Große Anfrage steht viel drin. Ich meine aber, daß die Antwort der Landesregierung in Teilen nicht in Ordnung ist. Bei der Lehrerfortbildung ist die Antwort schlicht falsch. Was die Sportstundenzahl angeht: Da merkt man ganz deutlich das schlechte Gewissen des Ministeriums. Auf klare Fragen werden komplizierte Antworten gegeben, die mehr verschleiern als klären.

(Abg. Leicht CDU: Ein Ministerium kann kein schlechtes Gewissen haben! — Zuruf des Abg. Dr. Repnik CDU)

Ich möchte die Kritik am Schulsport an drei Hauptpunkten festmachen.

Erstens: Sportlehrer. Unsere Sportlehrer sind mit ihrem im Durchschnitt 50 Jahren zu alt. Es gibt im Vergleich zu Lehrern zuwenig Lehrerinnen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wollen Sie sagen, daß ich zu alt bin?)

Die Sportlehrer, Ernst Pfister — —

(Abg. Wieser CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage. — Abg. Weyrosta SPD: Der Wieser meldet sich! Der ist auch schon 50!)

— Jetzt hört doch erst einmal zu.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abg. Jacobi, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wieser?

**Abg. Jacobi GRÜNE:** Nein. Ich habe noch gar nichts gesagt. Man kann ja noch keine Zwischenfrage stellen.

(Abg. Wieser CDU: Fürchte dich nicht, mein Sohn!)

Sportunterricht wird zu häufig fachfremd erteilt. Die meisten Sportlehrerinnen und Sportlehrer sind zu wenig weitergebildet.

Zweiter Punkt: Stundenkürzung. Obwohl alle Experten sagen, daß Sport mindestens dreistündig unterrichtet werden solle, damit er wirklich etwas bringe, ist die dritte Stunde des Sportunterrichts in Baden-Württemberg für einzelne Klassenstufen gestrichen worden. Das ist das sogenannte Solidaropfer, das der Sportunterricht zu erbringen hat.

Ein weiteres Dauermanko ist, daß keine befriedigenden Vertretungen für Krankheitsfälle organisiert werden.

(Abg. Zeller SPD: Das gilt auch für andere Fächer!)

Drittens — das Eigentliche —: Wir meinen, daß die Inhalte des Sportunterrichts verkrustet sind. Der Schulsport hat die Veränderungen in Sport und Gesellschaft bislang weitgehend ignoriert.

(Beifall des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Von klein auf haben die Kinder zunächst einmal einen ganz natürlichen Bewegungsdrang. Das sieht man noch im Kindergarten. Irgendwann einmal, im Lauf des Alterwerdens, teilt sich eine Schulklasse in zwei Gruppen: auf der einen Seite die Sportbegeisterten, die Sportcracks, auf der anderen Seite die Sportschwachen, die Unsportlichen. Die Schere — darauf hat Frau Ulmer richtig hingewiesen — zwischen diesen beiden Polen wird zunehmend größer.

Es ist interessant, zu erfahren, warum das so ist. Ich meine, ein Grund, weshalb dies so ist, liegt auch im Schulsport. Zumindest kann man formulieren: Es wäre eine Aufgabe des Schulsports, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Dieser Aufgabe kommt der Schulsport heute nicht nach.

Übrigens: Viele der sogenannten Unsportlichen entdecken in späteren Jahren für sich eine Sportart oder eine Sportform. Das spricht auch nicht gerade für den Schulsport.

(Abg. Wieser CDU: Schließen Sie die Lernfähigkeit der Menschen aus?)

Obwohl im Fächerkanon und im Lehrplan schon einiges gelockert wurde — dies will ich ausdrücklich attestieren —, ist der Sportunterricht in der Schule immer noch zu traditionell angelegt. Es gibt immer noch die traditionellen Kernbereiche: Fußball, Handball, Volleyball, Basketball, Leichtathletik, Turnen und Schwimmen. Noch immer werden in den Schulklassen Wettkämpfe zwischen den kaum Trainierten und den Vereinssportlern veranstaltet. Bei den Sportschwachen ist die Folge, daß bei ihnen systematisch Mißerfolgserlebnisse verursacht werden.

(Abg. Zeller SPD: Jawohl!)

Ihnen wird immer wieder vor Augen geführt, daß sie sportlich schlecht sind. Sie werden zu Disziplinen gezwungen, die

für sie entweder nicht geeignet sind oder die sie überfordern und die ihnen zeigen, daß andere es eben können.

Ich sage es noch einmal: Ich weiß, daß die Vorgaben gelockert worden sind. Aber das ist Theorie. Ich rede von der Praxis, davon, wie Sportunterricht heute oftmals unterrichtet wird. Es macht zum Beispiel sportpädagogisch überhaupt keinen Sinn, 1 000 m zu laufen. Das ist für viele einfach eine Qual. Oder Turnen am Reck: Das mag ja ganz nett sein, wenn man es kann. Aber ich verstehe nicht, warum die Kinder dazu gezwungen werden.

(Abg. Wieser CDU: Wie sollen sie es sonst lernen?)

Oder zum Beispiel Schwimmunterricht: Vor allem in höheren Klassen gibt es eine enorm hohe Abmeldequote und jede Menge Atteste gerade beim Schwimmen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wasserscheu!)

Man muß einfach feststellen, und darum kommen Sie nicht herum: Für eine ganze Reihe von Schülerinnen und Schülern ist der heutige Sportunterricht verbunden mit Angst, mit Druck und mit Belastung.

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

Für die bringt der Sportunterricht nichts. Sie werden einmal in der Woche regelrecht zwangsbewegt. Dieser Unterricht ist pädagogisch sinnlos und auch bildungsökonomisch eine Fehl Ausgabe. Für andere — zum Beispiel für die Guten, die auch im Verein Sport treiben — ist der herkömmliche Sportunterricht oftmals gar nicht erforderlich, weil das Leistungsgefälle innerhalb der Klasse so groß ist und weil sie ohnehin zweimal oder dreimal in der Woche trainieren. Man kann sagen, für die wirklich Guten bringt der Sportunterricht gar nichts.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Zu schwarzweiß!)

— Ich überzeichne ein bißchen, Herr Pfister, das gebe ich zu. Aber man muß ja in 5 Minuten Redezeit auch ein bißchen plakativ reden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, klar!)

Meine Damen und Herren, ich meine deswegen, daß wir in der Sportpädagogik in der Schule neue Ansätze ausprobieren müssen. Einige Ansätze wurden von den Vorrednern vorhin bereits genannt. Wir meinen — darin unterscheiden wir uns wohl von den anderen Fraktionen —, daß grundsätzlich auf Noten im Sportunterricht verzichtet werden sollte. Wir meinen, die Noten im Sportunterricht gehören abgeschafft. Die Guten sind natürlich extrem scharf auf die Noten. Das ist klar.

(Zurufe der Abg. Wieser CDU und König REP)

Aber die Schlechten, die im Sport Schwachen, empfinden eine Note im Sportunterricht regelmäßig als Strafe. Ich meine, Sportnoten sind sinnlos. Sie sind kontraproduktiv. Im Unterschied zu anderen Fächern, wo man über gesteigerten Lerneinsatz auch zum Erfolg kommen kann, kann man beim Sport nicht einfach mehr lernen oder auch nicht einfach mehr trainieren, schon gar nicht in der Schule.

(Jacobi)

Zweiter Vorschlag: Ich meine, man muß das Konzept des Schulsports altersmäßig stärker differenzieren zwischen jüngeren Schülerinnen und Schülern und älteren. Für die Jüngeren muß noch mehr als bisher im Vordergrund stehen, sie mit der Vielfältigkeit des Sports in Kontakt zu bringen, ihnen die verschiedensten Sportarten nahezubringen, ihnen die Möglichkeit zu geben, diese kennenzulernen, und ihnen vielfältige Anregungen zu geben. Der Sport in der Schule muß dabei möglichst dem natürlichen Bewegungsdrang entsprechen, das Spielerische noch viel mehr in den Vordergrund stellen und den Wettkampf bei den Jüngeren zurückstellen.

(Abg. Köberle CDU: Gehen Sie von den alten oder den neuen Lehrplänen aus?)

— Ich rede von den neuen Lehrplänen, Herr Staatssekretär.

(Abg. König REP: Hat er die?)

— Natürlich habe ich die.

Es muß verhindert werden, daß in den Klassen Wettkämpfe veranstaltet werden, bei denen die Vereinssportler gegen die sogenannten Looser stehen, wie sie dann eben schnell von ihren Mitschülern bezeichnet werden.

(Abg. Rapp REP: Wie heißt denn das auf deutsch?)

— Verlierer, Herr Kollege Republikaner. Das ist das, was Ihnen im nächsten März blüht.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN — Lachen des Abg. Wieser CDU — Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Dieses Prinzip von Sieg und Niederlage, von Taktik und Disziplin muß zurückgedrängt werden.

(Abg. Wilhelm REP: Ist es jetzt peinlich, deutsch zu sprechen? — Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abgeordneter, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

**Abg. Jacobi GRÜNE:** Herr Präsident, ich versuche, gleich zum Schluß zu kommen.

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

Dies würde dem gesellschaftlichen Wandel und auch dem Wandel des Sports viel eher entgegenkommen. Da müssen dann auch einmal Sportarten wie zum Beispiel Skateboardfahren, Rollschuhfahren, Snowboarden, also mehr die Trendsportarten und die Funsportarten, zum Beispiel auch Squash und Badminton, nicht nur im Ergänzungsunterricht, sondern wirklich auch im Regelunterricht angeboten werden. Dies ist sinnvoll, weil guter Unterricht auch eine falsche Anwendung verhindert.

Ältere Schülerinnen und Schüler sollten konsequent die Möglichkeit haben, sich frei entscheiden zu können, welche Sportart sie wählen, und sich dann je nach Fähigkeit und Interesse auf eine oder mehrere Sportarten konzentrieren.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Dieser Sportunterricht müßte dann nicht unbedingt in den herkömmlichen Klassen gegeben werden, sondern dann könnte es an der Schule beispielsweise ein Team für Leichtathletik, ein Schwimmteam und ein Team, das sich mit Squash, mit Badminton oder mit Tennis vergnügt, und eine Skimannschaft geben. Da könnte sich dann jeder Schüler und jede Schülerin nach persönlichen Interessen entscheiden. Da wäre dann, meine ich, auch der Leistungsgedanke richtig am Platz. Dieser Unterricht könnte — ich betone: könnte — durchaus auch jahrgangsübergreifend in solchen Teams oder solchen Gruppen gegeben werden. Er könnte sogar schulübergreifend organisiert werden und würde auch die Möglichkeit zu neuen Kooperationen mit den Vereinen eröffnen.

Der dritte Punkt, den ich jetzt aus Zeitgründen weglasse, lautet: Sport muß mehr Teil des Schullebens werden, mehr zum Schulalltag gehören. Dazu gibt es inzwischen ganz positive Ansätze. Ich meine aber, die müssen ausgebaut werden. Es muß noch richtig organisiert werden. Schulhöfe müssen umgestellt werden, und Sportgeräte müssen angeschafft werden.

Zusammenfassend, meine Damen und Herren:

Erstens: Wir sind der Meinung, daß in Zukunft auf Sportnoten verzichtet werden sollte.

Zweitens: Der Sport muß aufgewertet werden als Teil des Schullebens.

Drittens: Für die jüngeren Jahrgänge muß der Sportunterricht möglichst spielerisch und ohne Leistungsdruck organisiert werden, er muß die Schülerinnen und Schüler mit den verschiedenen Sportarten und -formen in Kontakt bringen sowie den älteren Schülern je nach Interesse und Fähigkeit die Möglichkeit geben, zu wählen, um die sportliche Betätigung zu vertiefen.

Viertens und letztens: Auch die Sportlehrerausbildung muß verbessert werden. Wir brauchen, meine ich, neue Ausbildungsinhalte und eine entsprechend verstärkte Sportlehrerfortbildung.

Dies sind die vier Vorschläge, die wir in die Diskussion bringen, um den Schulsport zu reformieren.

Allerdings: Wenn ich die Große Anfrage lese, habe ich wenig Hoffnungen, daß die Landesregierung bereit und willens ist, diese Schritte zu gehen. Mich würde positiv überraschen, wenn die Frau Ministerin anschließend meinen Eindruck widerlegen könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort hat Herr Abg. Pfister.

**Abg. Pfister FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich schon sagen, daß die Abteilung Sport im Kultusministerium eine sehr akzeptable und umfassende Darstellung nicht nur des Schulsports, sondern auch — auch das ist ganz wichtig — des außerschulischen Sports und damit des Sports insgesamt und seiner gesellschaftlichen Bedeutung gegeben hat. Da ist sicherlich vieles zu würdigen, und da sind sicherlich viele richtige Ansätze vorhanden, auf die ich nachher noch kommen werde.

(Pfister)

Wo Licht ist, ist aber natürlich auch Schatten. Es gibt Schattenseiten. Die erste Schattenseite ist zweifellos die — ich halte das für bedauerlich; das wurde bereits angesprochen —, daß zum Beispiel im Schuljahr 1994/95 allein durch die Streichung der dritten Sportstunde in bestimmten Bereichen rund 80 000 Unterrichtsstunden Sport ausgefallen sind.

Meine Damen und Herren, wenn sowohl die Kultusministerkonferenz — Zweites Aktionsprogramm — als auch die Sportbünde insgesamt sagen, die durchgängige dritte Sportstunde müsse wieder kommen, dann will ich das für meine Fraktion hier ausdrücklich zur Forderung erheben. Wir müssen wieder dazu kommen, daß die drei Sportstunden an allen Schularten des Landes Baden-Württemberg durchgängig gegeben werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist der erste Punkt.

Man sollte aber auch ehrlich sein und sagen: Alle diese Ziele und all diese Anforderungen, die an den Schulsport gestellt werden, werden mit drei Sportstunden allein nicht erfüllt werden können. Was soll der Sport nicht alles erreichen, meine Damen und Herren? Er soll zur Persönlichkeitsentwicklung beitragen, haben wir gelesen und gehört. Er soll soziale Kompetenz vermitteln. Er soll erreichen, daß derjenige, der im Sport Fair play übt, dies auch im Leben tut. Er hat Bedeutung für den Vereinssport, und er hat eine gesundheitliche Bedeutung sowie vieles andere mehr.

(Zuruf des Abg. König REP)

Meine Damen und Herren, ich wollte darauf hinweisen, daß es, wenn wir diese Ziele alle erreichen wollen, nicht ausreichen wird, daß wir „nur“ drei Stunden Sport haben, sondern dann muß die Schule insgesamt neu definiert werden, dann muß der Sport insgesamt neu definiert werden, und dann müssen wir von diesem reinen Stundensport wegkommen, und zwar zu einer Schule, die sich insgesamt als bewegungsfreundlichere und sportfreundlichere Schule versteht. Nur so werden wir dies erreichen können.

(Ministerin Helga Solinger: Richtig! Eine Schule, die sich bewegt!)

Das gilt natürlich insbesondere für die Grundschule. Darüber sind wir uns im klaren. Denn in der Grundschule ist der Bewegungsdrang am ausgeprägtesten, und in der Grundschule können noch am besten die Grundlagen für Verhaltensweisen gelegt werden, etwa für das Ziel, lebenslang Sport zu treiben. Eine solche Verhaltensweise kann natürlich bei einem Zehnjährigen noch besonders eingeübt werden. Jeder wird auch verstehen, daß man, wenn es um Gesundheitsprävention geht, nicht früh genug anfangen kann, also in der Grundschule anfangen muß.

Meine Damen und Herren, ich muß sagen, wenn man sich diese Anforderungen an den Schulsport zu eigen macht — ich habe hier eigentlich nur zitiert, was in Ihrer Antwort, Herr Staatssekretär, steht —, dann verdient eigentlich gerade der Schulsport in Baden-Württemberg schlechte Noten.

Ich will auch an die Untersuchung des Sportinstituts Tübingen erinnern, die in der Aussage gipfelt, daß der körperliche

Zustand unserer Zwölfjährigen als alarmierend bezeichnet werden muß. Da wird davon berichtet, daß zum Beispiel an unseren Grundschulen — man muß sich das einmal vorstellen — das Verhältnis der Zeiten von Bewegungen zu Sitzen 1 : 10 ist. Da wird berichtet, daß jeder zweite Grundschüler bereits Haltungsschäden aufweist, jeder vierte Grundschüler Herz-/Kreislaufprobleme hat, jeder sechste Grundschüler übergewichtig ist und nur noch vier von zehn Grundschülern wenigstens einen einzigen Klimmzug schaffen. Meine Damen und Herren, diese schlechte Quote wird nur noch von den Abgeordneten dieses Landtags von Baden-Württemberg überboten.

(Große Heiterkeit — Abg. Wieser CDU: Klimmzüge müßt schon ihr machen! — Gegenruf des Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Die FDP ist Meister in Klimmzügen!)

Hier wird also deutlich — —

(Lebhafte Zurufe)

Ich lade jeden ein, nach dieser Sportdebatte hinauszugehen. Da wir keine Klimmzüge machen können, setze ich einmal 40 Liegestützen an, Herr Kollege Wieser. Einverstanden?

(Abg. Seimetz CDU: Es geht doch hier um Klimmzüge für die FDP! — Große Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich wollte einfach zum Ausdruck bringen, daß hier ein dramatischer Bewegungsmangel besteht. Darum geht es ja. Wir haben einen Bewegungsmangel, und dem müssen wir etwas entgegenhalten. Im Prinzip gibt es nur zwei Möglichkeiten. Erste Möglichkeit: Wir brauchen einen qualifizierten Sportunterricht — jetzt geht es also ausschließlich um diese drei Stunden —, und dazu brauchen wir ausgebildete Sportlehrer. Nach wie vor steht die Behauptung im Raum und ist noch nicht widerlegt, daß 70 % des Grundschulsports in Baden-Württemberg fachfremd unterrichtet werden.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Unglaublich!)

Das ist eine Zahl, die so nicht stehenbleiben kann. Deshalb seit Jahr und Tag meine klare Forderung: Wir brauchen gerade im Grundschulbereich in Zukunft mehr ausgebildete Sportlehrer.

(Beifall bei der FDP/DVP und den GRÜNEN)

Zweiter Punkt: Meine Damen und Herren, da dies nicht ausreicht, muß jetzt endlich eine Konzeption entwickelt und auf den Weg gebracht werden, bei der unsere Pausenhöfe, unsere Schulhöfe genutzt werden, damit die tägliche Bewegungszeit, die tägliche Sportzeit gerade im Grundschulbereich endlich genutzt werden kann.

Das ist die zweite Schattenseite, die ich im Schulsport in Baden-Württemberg erkenne. Es gibt aber noch eine dritte Schattenseite, und die betrifft das berufliche Schulwesen. Darüber wurde bis jetzt noch nicht gesprochen.

(Ministerin Helga Solinger: Uralt! — Abg. Jacobi GRÜNE: Das haben wir dir überlassen!)

(Pfister)

Das ist ein altes Thema. Meine Damen und Herren, ich wollte aber darauf hinweisen, daß auch hier klare Forderungen vorliegen: Zweites Aktionsprogramm der Kultusministerkonferenz; alle möglichen Sportbünde, der DSB usw., weisen darauf hin, daß die Berufsschule und insbesondere auch die Teilzeitberufsschule Sportunterricht nicht ausschließen darf.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sehr gut!)

Sport gehört auch in die beruflichen Schulen hinein. Wenn wir es schon aus bekannten Gründen nicht schaffen, dies im Pflichtbereich durchzuführen, dann fordere ich Sie, Frau Ministerin, auf, dafür zu sorgen, im Rahmen des SE-Programms, im Stütz- und Erweiterungsprogramm, und im Wahlpflichtbereich zu erreichen, daß Sport auch an den beruflichen Schulen unterrichtet wird.

(Beifall des Abg. Dr. Döring FDP/DVP — Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abgeordneter, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

**Abg. Pfister FDP/DVP:** Ich will noch eine letzte Bemerkung machen, weil bei der Frage der Sportlehrerversorgung meines Erachtens zwei Dinge zu beachten sind.

Ich warne hier erstens vor Milchmädchenrechnungen. Zwar wird gesagt, daß wir heute im Realschul- und im Gymnasialbereich noch eine relativ günstige Bilanz hätten. Die haben wir im Grund- und Hauptschulbereich schon heute nicht mehr. In Zukunft wird sich das eher noch verschlechtern.

Frau Minister, bei diesen Berechnungen muß man aber immer daran denken, daß die Kollegen, die Sportunterricht erteilt haben, mit zunehmendem Alter aus dem Sportunterricht ausscheiden. Das schlägt sich dann natürlich nicht in der Statistik nieder — das ist klar —, aber diese Kollegen stehen eben dem Sportunterricht nicht mehr zur Verfügung. Von daher sind riesige Anstrengungen notwendig, wenn wir auch in Zukunft diesen Sportbereich qualitativ abdecken wollen. Wir müssen uns deshalb bemühen, insgesamt das Interesse für die Sportlehrerausbildung zu erhöhen.

Herr Kollege Jacobi, der zweite Punkt: Sie haben natürlich völlig recht. Dieses Problem, daß der Dicke ans Hochreck getrieben wird und die Klasse darum herumsteht und lacht — überspitzt formuliert —, mag es im Einzelfall auch heute noch geben. Aber ich will aus meiner Erfahrung sagen, daß sich da in der Zwischenzeit auch vieles verbessert hat.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Das hängt vor allem damit zusammen, daß natürlich nur ausgebildete Sportlehrer in der Lage sind, solche Entwicklungen zu verhindern. Herr Jacobi, ich komme immer wieder auf das gleiche Thema zurück: Wenn wir solche Mißentwicklungen verhindern wollen, führt der Weg nicht daran vorbei, daß Schulsport nur von wirklich gut ausgebildeten Sportlehrern erteilt wird.

Allerletzte Bemerkung, meine Damen und Herren: Ich möchte die Landesregierung in dem Bereich loben, in dem es um das Verhältnis zwischen Schulsport und Vereinssport und später auch Spitzensport geht. Ich finde es ausgezeich-

net — das will ich einmal sagen —, wenn im Land Baden-Württemberg im letzten Jahr immerhin 120 000 Schülerinnen und Schüler an „Jugend trainiert für Olympia“ beteiligt waren. Wenn mehr als 5 000 Kooperationen zwischen Schule und Verein stattfinden,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sehr gut!)

dann finde ich das eine hervorragende Maßnahme,

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

nicht nur deshalb, weil hier der Schulsport, der klassische eigentliche Schulsport, gut ergänzt wird, sondern weil dies nach meiner Überzeugung der einzig richtige Weg ist, um auch die Brücke zum zukünftigen Vereinssport und auch zum Spitzensport zu bauen. Wir müssen versuchen, daß beides miteinander gemacht wird. Wir müssen versuchen, daß Schule auf der einen Seite und Hochleistungssport auf der anderen Seite zusammengeführt werden. Wir dürfen das nicht auseinanderlaufen lassen, wir dürfen das nicht trennen, sondern das muß zusammengeführt werden. Hierfür sind diese Programme, die ich erwähnt habe, wirklich eine hervorragende Möglichkeit. Dies läuft gut. Wie gesagt, der Schulsport in Berufsschule und Grundschule und die Ausbildung der Sportlehrer sind Dinge, die noch verbessert werden müssen. Ich bitte Sie alle, dazu beizutragen, daß diese Dinge in der Zukunft noch besser umgesetzt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wieser. Ich habe Sie allerdings auf die Kürze Ihrer Redezeit hinzuweisen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Eine halbe Minute!  
— Abg. Jacobi GRÜNE: Daß der überhaupt eine hat!)

**Abg. Wieser CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Drei Punkte möchte ich ansprechen.

Erster Punkt: Herr Kollege Jacobi und Frau Kollegin Ulmer haben von den älteren Sportlehrern gesprochen. Das können wir jetzt beklagen und immer wieder darüber diskutieren, aber da möchte ich dann schon, daß im Plenum über Lösungen diskutiert wird. Es wird doch niemand sagen, daß der Sportlehrer mit 52 oder 53 Jahren entlassen werden soll.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Es geht doch um den Durchschnitt!)

— Der 53jährige wird doch keinen Monat jünger, wenn Sie einen Jungen einstellen.

(Heiterkeit und Beifall — Abg. Jacobi GRÜNE:  
Aber der Schnitt wird vielleicht etwas absinken!)

Da müßten wir Lösungen suchen. Zum Beispiel müssen wir den Dreifachlehrer einführen, müssen ein Weiterbildungsprogramm gestalten. Darüber sind wir sehr gern diskussionsbereit.

Zweiter Punkt: Jetzt zu der dritten Stunde. Das haben alle beklagt. Ich will das nur sagen. Herr Kollege Zeller ist erfreulicherweise da. Das Fach Sport hat solidarisch das mit-

(Wieser)

getragen, was alle Fächer bei der Kürzung mittragen mußten. Akt eins, das ist die Wahrheit. Das haben die SPD und die CDU gemeinsam gemacht. Wir hätten es alle lieber nicht gemacht, auch in anderen Fächern wie Chemie. Daß die SPD gern in allen Schulstufen linear eine Sportstunde gekürzt hätte, das sage ich jetzt auch einmal zu Protokoll.

Dritter Punkt, Herr Präsident. Es gibt kein Fach, das mehr Freude an der Leistung und am Wettbewerb beinhaltet als Sport. Wer da die Noten abschaffen will, der muß schon irgendwo sportlich falsch gewickelt sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich der Frau Ministerin für Kultus und Sport.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

**Ministerin für Kultus und Sport Dr. Annette Schavan:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich zunächst darüber, daß erstens das Parlament großen Spaß am Thema Sport zu haben scheint und es zweitens einen großen Konsens gibt, der so weit geht, daß ich in jeder vorangegangenen Rede irgendeine Art von zumindest teilweiser Zustimmung herausgehört habe.

Zweite Feststellung: Mit Kultusministern oder Kultusministerien muß niemand über mehr Möglichkeiten für Stunden streiten. Wir bekommen auch Konzepte mit vier Sportstunden für jede Klassenstufe hin, und die zuständigen Referenten im Hause haben überhaupt kein Problem, das als eine in der Tat pädagogisch und sportlich sinnvolle Geschichte darzustellen. Aber ich glaube, unsere Aufgabe war, die Konzepte zu machen. Bei der Frage der Mittel dürfen Sie mich dann einfach nicht allein lassen, wenn es soweit ist. Es ist kein Vorschlag des Kultusministeriums, dauerhaft in diesem Bereich zu sparen. Aber es ist auch jedem klar: Es wird kein Schulfach geben, so bedeutsam jedes einzelne auch immer sein mag, das aus der Konkurrenz der Fächer, wenn es um Ressourcen geht, herausgenommen werden kann.

Den durchschnittlich 50jährigen Sportlehrer gibt es in Baden-Württemberg – so habe ich mich eben belehren lassen – auch nicht.

(Abg. Zeller SPD: Noch nicht!)

Das höchste Durchschnittsalter beträgt im Gymnasium 46, und im Grund- und Hauptschulbereich liegen wir bei 43 Jahren. Das ist auch nicht ideal, aber es ist jedenfalls nicht 50. Ich warne auch davor, diese Altersgeschichten mehr zu dramatisieren, als es nötig ist.

(Beifall bei der CDU)

Die Ihnen vorliegende Antwort der Landesregierung zeigt ein in hohem Maße differenziertes schulsportliches Konzept. Es sind, glaube ich, 62 Fragen und Antworten gewesen. Ich gehe gar nicht auf alle Einzelheiten ein, die da drinstecken. Aber ich gehe auf vier Punkte ein, bei denen Baden-Württemberg im Konzert der Bundesländer eine Vorreiterrolle hat.

Das ist zum einen das Konzept „Bewegungs- und sportfreundliche Schule“, das hier mehrfach erwähnt worden ist. Andere Bundesländer fragen bei uns an, weil sie daran interessiert sind, dieses Konzept zu übernehmen. Es ist ein Konzept, das deutlich macht: Wenn wir über Schulsport reden, reden wir nicht allein und auch nicht primär über das Unterrichtsfach, sondern reden wir über eine Kombination des Schulfachs mit einer Reihe anderer Elemente, zu denen die tägliche Bewegungszeit, die Ausbildung von Schülermentoren, der Pausensport und die Gesundheitsförderung in der Schule durch Bewegung und Entspannung gehören.

Es mag ja sein, daß dieses Konzept noch nicht an allen Schulen umgesetzt ist. Aber jeder weiß, das eine ist das Konzept, und das andere ist eine gewisse Zeit, die nötig ist, um dieses Konzept umzusetzen. Es sind eine Reihe von Maßnahmen der Umsetzung im Gang. Es gibt Schulen, die es längst praktizieren. Es gibt auch in der Lehrerfortbildung Interesse. Es gibt Maßnahmen. Die Sache ist auf dem Weg. Es kann keine Rede davon sein, daß das lediglich ein Konzept sei, das in der Schublade liege.

(Beifall bei der CDU)

Mit diesem Konzept verbunden sind zwei Punkte, die sich eigentlich auch durch alle Reden durchgezogen haben. Schulsport, ob in der Unterrichtsstunde oder im darüber hinausgehenden Angebot, muß heute zwei Dinge miteinander verbinden: die Gesundheitserziehung aus all den Gründen, die Sie genannt haben, und die Erlebnisorientierung, die beim einen oder anderen auch durchgeklungen ist. Beides in produktiver Weise zu verbinden, darin liegt, so denke ich, eine Zukunftsentwicklung des Schulsports, die dann auch auf manches eingehen kann, was Sie, Herr Jacobi, genannt haben, wenngleich ich die Szenarien, die Sie vom Sportunterricht gezeichnet haben, für maßlos übertrieben halte.

(Abg. Seimetz CDU: Er ist halt schon lange aus der Schule! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Er ist hier wahrscheinlich der Sportlichste!)

Der dritte Punkt, in dem Baden-Württemberg nun wirklich eine Vorreiterrolle hat und eine besondere Erfolgsquote nachweisen kann, ist das Konzept zur Förderung sportlich begabter Kinder und Jugendlicher. Das ist nun wirklich ein ganz besonderer Pluspunkt, in dem auch das aufgenommen ist, was der eine oder andere hier gesagt hat: die Unterstützung besonders Begabter, eine positive Besetzung des Begriffes Leistung und ein positiver Ansatz für wirkliche Förderung durch Forderung. Die Zuwendung und Aufmerksamkeit der Lehrer, die die Leistungsschwachen brauchen, sind das eine, die besonderen Hilfestellungen für besonders Begabte sind das andere. Sie wissen, daß dieses Gesamtkonzept eine Reihe von Teilkonzeptionen enthält, die allesamt darauf gerichtet sind, daß die Schule in die Lage versetzt wird, ihre Verantwortung für Leistungssportler wahrzunehmen.

Dazu gehört die Zusammenarbeit von Schule, Verein und Elternhaus, dazu gehören die Mentorenausbildung – mit Schuljahresbeginn haben die ersten Kurse begonnen –, die Einrichtung von Partnerschulen, insbesondere an Olympiastützpunkten und Leistungszentren, und die Einrichtung von Sportprofilen an Schulen sowie weitere Teilzeitinternate.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Ich denke, das sind wirklich herausragende Wege, um die andere Bundesländer uns beneiden und die zu einvernehmlichen Lösungswegen führen, um der schulischen, der sportlichen und der persönlichen Reifung der besonders begabten Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden.

Schließlich weise ich hin – und auch das ist nicht allgemein üblich, sondern Besonderheit in Baden-Württemberg – auf den Stellenwert des Schulsports bei der Lehrplanfortschreibung. Wir haben Bildungspläne, in denen wir Schulen nicht mehr nur aufteilen in einer Aneinanderreihung von Schulfächern und -stunden, sondern wir haben das Element des Fächerverbindenden, um das uns andere übrigens auch beneiden. Und wir haben in diesem Konzert der fächerübergreifenden Themen auch das Lernfeld Gesundheit.

Schließlich weise ich auf das Kooperationsprogramm Schule/Sportverein hin, dem der Schulsport wesentliche Hilfen verdankt. Auch das ist eben hier genannt worden. Es gibt vielfältige Unterstützungsmaßnahmen der Vereine, die die schulische Sporterziehung ideell und materiell durch eine intensive Zusammenarbeit mit den Verbänden und auch mit der Sportselbstverwaltung erfährt. Das gilt ganz besonders für den Bereich der Gesundheitserziehung und der sportlichen Talentförderung. Von dieser Kooperation profitieren auch unsere Konzepte. Das sind keine am grünen Tisch entwickelten Konzepte, das sind Konzepte, die auf den Erfahrungen der Vereine und der Sportselbstverwaltung basieren. Das sind praktikable Konzepte, die im vertrauensvollen Zusammenwirken mit der Sportszene entwickelt worden sind.

Lassen Sie mich abschließend noch ein Wort zu den Ressourcen sagen. Ich war ja fast den ganzen Tag hier, jedenfalls habe ich den Anfang des Tages mitbekommen.

(Abg. Weimer SPD: Das war schwierig!)

Deshalb kann ich nur sagen: Mit mir und mit dem Kultusministerium muß niemand über eine gute finanzielle Ausstattung der Schulen und auch des Sportunterrichts streiten. Wir werden uns dagegen nicht wehren.

Und die dritte Sportstunde ist ja nicht abgeschafft, sondern sie ist in einzelnen Jahrgängen, wenn ich das recht verstanden habe, in je einem Jahrgang an jeder Schulform, zunächst einmal als Solidarbeitrag dieses Fachs abgesetzt.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Pfister?

**Ministerin für Kultus und Sport Dr. Annette Schavan:** Bitte schön.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Pfister.

**Abg. Pfister FDP/DVP:** Frau Minister, wenn Sie jetzt gerade bei den Ressourcenfragen sind, teilen Sie meine Meinung, daß die Achillesfersen des Schulsports einerseits im Grundschulbereich und andererseits im beruflichen Schulwesen liegen? Teilen Sie diese Meinung, und sind Sie bereit, genau zu diesen beiden Punkten etwas zu sagen, weil dies ja in der Debatte auch sehr kritisch gewürdigt worden ist?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Frau Ministerin.

**Ministerin für Kultus und Sport Dr. Annette Schavan:** Im Grundschulbereich teile ich nicht die Auffassung, daß unser Problem nichtvorhandene Fachlehrer wären, weil nun einmal die Lehrerausbildung für den Grund- und Hauptschulbereich darauf zielt, daß die Lehrer in allen Fächern eingesetzt werden können. Das heißt, wenn Sie sagen, es gäbe keine Fachlehrer, kann ich nur sagen, die gibt es, außer für Deutsch und Mathematik, generell nicht.

(Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Das ist Ausbildungsprinzip für diese Schulform.

Aber natürlich bin ich mit Ihnen der Meinung, daß, wenn das alles stimmt, was in dieser Anfrage steht und was ich jetzt gesagt habe, für den Bereich der Aus- und Weiterbildung wichtig ist, daß Lehrer wirklich Angebote bekommen, um auf diese sehr komplizierte Situation im Bereich von Gesundheitserziehung, Bewegungs- und Sportunterricht eingehen zu können. Das ist überhaupt keine Frage. Aber Sie dürfen mir nicht fehlende Fachlehrer vorhalten, weil das in den Bereich nicht gehört.

Ich denke, im Bereich des berufsbildenden Schulwesens stehen wir eigentlich vor einer Situation, daß ein immer größer werdender Teil erwachsene Menschen sind und daß wir ganz besondere Wege brauchen, um wirklich motivierend zu agieren, und daß zum anderen im Bereich des Berufsschulwesens, sowohl was den berufsspezifischen Unterrichtsanteil als auch was den allgemeinbildenden Anteil angeht, so viele sonstige Erwartungen an das berufsbildende Schulwesen gerichtet sind, daß auch hier der Sport immer in einer unglaublich starken Konkurrenz ist. Ich vermute, daß eher dieses Kooperationsprogramm Schule/Sportverein, das ich genannt habe, bereits Motivation geleistet haben muß, um diese jungen Erwachsenen – und es sind keine Jugendlichen und Kinder – zu weiterem Sporttreiben zu motivieren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Die Fangfrage wurde gut beantwortet!)

Zu den Ressourcen: Es ist, denke ich, völliger Konsens, wie man so schön sagt, meines Hauses, es ist auch meine Auffassung und, wenn ich das richtig verstanden habe, auch Auffassung dieses Parlaments, daß es im Sportunterricht Standards gibt, die bei allen Sparzwängen nicht unterschritten werden dürfen.

Das heißt, der bisherige Stundenumfang, der in der Regel noch drei Stunden umfaßt und an einigen Stellen auf zwei Stunden abgesenkt ist, ist ein Mindestmaß, von dem auch ich sage: Es ist nötig, um den pädagogischen Anforderungen für den Sportunterricht gerecht zu werden. In der nächsten Ressourcendebatte will ich daran gern erinnern.

Zweiter Punkt: Bei allen notwendigen Abschmelzungen im Ergänzungsbereich müssen wir Sorge dafür tragen, daß schulische Sportveranstaltungen und -angebote im freiwilligen Bereich möglich bleiben. Aber auch hier sage ich: Sie alle kennen die Konkurrenz, in der diese Aussage steht.

Und dritter Punkt: Zur weiteren Optimierung des Ressourceneinsatzes sind neue Formen der Unterrichtsorganisation möglich. Dazu zählt die Poolbildung und auch im Blick ge-

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

rade auf die dritte Sportstunde die weitere Möglichkeit jahrgangübergreifenden Unterrichts.

Meine Damen und Herren, dem Schulsport sind wie allen Schulfächern auch in den nächsten Jahren enge Ressourcengrenzen gesetzt. Aber der Schulsport in Baden-Württemberg lebt ganz wesentlich, auch was die äußeren Rahmenbedingungen angeht, von den Erfahrungen und von den bereits praktizierten Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit dem außerschulischen Sport und nicht zuletzt, gerade nachdem hier einige Szenarien gezeichnet worden sind, doch auch von der engagierten Arbeit der Sportlehrerinnen und Sportlehrer.

Deshalb glaube ich, daß die Konzepte, die in dieser Anfrage stecken — das kann ich nun wirklich guten Gewissens sagen, weil sie nicht mir zu verdanken sind —, eine Vorreiterrolle in den gerade von mir genannten Punkten bedeuten und dem Sport in der Schule, jedenfalls bislang, in der Konkurrenz einen hohen und überzeugenden Stellenwert geben. Bei all dem, was nötig sein wird, um diese Konzepte an allen Schulen umzusetzen, bin ich dankbar für alle Unterstützung, wenn es dann um die Ressourcenfragen geht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Die Redezeiten sind auch erschöpft. Damit ist die Besprechung der Großen Anfrage und damit auch der Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Große Anfrage der Fraktion der SPD mit der Antwort der Landesregierung — Belastung der Sozialversicherungssysteme mit versicherungsfremden Leistungen — Drucksachen 11/5259, 11/5718**

Das Präsidium hat zur Besprechung der Großen Anfrage eine Redezeit von 5 Minuten je Fraktion festgelegt. Außerdem soll der anfragenden Fraktion ein Schlußwort von 5 Minuten zustehen.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hund.

**Abg. Hund SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Große Anfrage der SPD-Fraktion hat in der Zwischenzeit an Aktualität gewonnen. Vor wenigen Tagen noch hat Herr Blüm verkündet, daß in der Rentenversicherung ein Finanzloch von etwa 16 Milliarden DM zu verzeichnen ist und deshalb zu Beginn des nächsten Jahres eine Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge von zur Zeit 18,6 auf 19,2 % notwendig sein wird. Herr Blüm sieht die Ursache für dieses Defizit in erster Linie darin, daß immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Vorruhestand gehen und dann logischerweise die Rentenkassen belasten.

Diese Feststellung ist richtig, betrifft aber nur eine Seite der Medaille. Die eigentlichen Gründe für diese finanzielle Schieflage sind in erster Linie in der unerträglich hohen Arbeitslosigkeit zu suchen

(Abg. Kurz CDU: Das hängt miteinander zusammen, Herr Kollege!)

und zum zweiten im Transfer in die neuen Bundesländer. — Das hängt damit zusammen, Herr Kollege Kurz; da haben Sie sicherlich recht.

Was den zweiten Teil dieser Behauptung angeht, haben wir Sozialdemokraten Verständnis dafür, daß Transferleistungen auch aus den Rentenkassen in die neuen Bundesländer notwendig sind. Wir weisen aber auch darauf hin, daß diese Lasten einseitig von den Beitragszahlern, also von den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern, aufgebracht werden müssen. Selbständige und Beamte bleiben von diesen Lasten verschont.

Was die Vorruhestandsregelungen angeht, so sollten Kritiker wie Herr Blüm und andere nicht vergessen, daß damit gerade für junge Menschen Arbeitsplätze gerettet werden. Wären Vorruhestandsregelungen für die Betriebe in der jetzigen Art nicht möglich, würden betriebsbedingte Kündigungen doch in erster Linie junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer treffen, die im Gegensatz zu den älteren Mitarbeitern leichter gekündigt werden können. Was das für den sozialen Frieden in diesem Land bedeuten könnte, brauche ich wohl nicht zu schildern. Nachdem aber niemand den Schlüssel für einen schnellen Abbau der hohen Arbeitslosigkeit in der Tasche hat, halten wir die bisherige Regelung für das kleinere Übel. Wir sollten sie unter allen Umständen so lange beibehalten, wie die hohe Arbeitslosigkeit anhält.

Seit Jahren werden von der Bundesregierung und von Arbeitgeberseite die hohen Lohnnebenkosten als Gefährdung für den Wirtschaftsstandort Deutschland angeprangert. Dabei wird allerdings verschwiegen, daß die Sozialversicherungsbeiträge um etwa 4 % — ich sage: 4 % — niedriger liegen könnten, wenn die Bundesregierung dafür sorgen würde, daß die Arbeitslosen-, die Renten- und die Krankenversicherung von versicherungsfremden Aufgaben entlastet würden. Gesamtgesellschaftlich notwendige Aufgaben, die in diesen 4 % stecken, dürfen nicht allein den beitragszahlenden Unternehmen und ihren Beschäftigten aufgebürdet werden.

(Abg. Haasis CDU: Guter Vorschlag! Sie müssen nur sagen, wer es bezahlt!)

Dieses Fazit ist der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion zu entnehmen und wird durch Schätzungen von Wirtschaftsforschungsinstituten bestätigt.

Ich füge hinzu: Gesamtgesellschaftlich notwendige Aufgaben allein den beitragszahlenden Unternehmen und den Beschäftigten aufzubürden ist leistungsfeindlich und gefährdet tatsächlich den Wirtschaftsstandort Deutschland und damit auch den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

Vorschläge, wie sie unter anderem der „größte Sozialpolitiker aller Zeiten“, ein gewisser Herr Möllemann, machte

(Abg. Haasis CDU: Wer ist das denn? — Abg. Veigel FDP/DVP: Der steht heute nicht zur Debatte!)

— Sie kennen den auch nicht mehr? —, die mehr oder weniger dazu führen würden, den Arbeitnehmern die gesamten sozialen Lasten aufzubürden, sind grotesk und gefährden den sozialen Frieden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ebenfalls nicht sehr hilfreich sind die neuesten Vorschläge des FDP-Grafen Otto von Lambsdorff — ich meine, es war

*(Hund)*

am vergangenen Wochenende —, der auch noch die Renten und das Arbeitslosengeld besteuern will, wobei ja bekannt ist, daß Renten zu einem gewissen Teil ohnehin schon steuerpflichtig sind.

Wir sagen: Es ist notwendig, eine Strukturreform zu machen, die die Sozialversicherung von versicherungsfremden Leistungen befreit und damit eine spürbare Entlastung für Unternehmen und Beschäftigte bewirkt. Diese Strukturreform — das wäre der Vorteil — würde auf einen breiten Konsens zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften stoßen. Die Arbeitgeber fordern schon geraume Zeit, zum Beispiel die Kosten der aktiven Arbeitsmarktpolitik aus Steuermitteln zu finanzieren. Nun fragen Sie mich, wie man das finanzieren könnte. Ich meine, die notwendigen zusätzlichen Steuermittel könnten durch eine sozial gerechte Steuerreform aufgebracht werden. Man muß kein Prophet sein, um vorherzusagen, daß sich der Anteil der versicherungsfremden Leistungen noch erhöhen wird, wenn diese Strukturreform nicht kommt. Beispiele hat die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage ja genannt.

Ich greife ein Beispiel heraus, nämlich die familienbezogenen Leistungen, insbesondere die für Geburten ab 1992 auf drei Jahre verlängerten Kindererziehungszeiten. Ich will nicht falsch verstanden werden. Wir Sozialdemokraten halten diese Kindererziehungszeiten für eine absolut notwendige Aufgabe. Wenn diese Aufgabe von den Rentenversicherungsträgern administrativ durchgeführt wird, ist dagegen nichts einzuwenden; das ist sogar sinnvoll. Aber der Bundesfinanzminister muß dann der Rentenkasse diese gesamtgesellschaftlich notwendige Aufgabe auf Heller und Pfennig erstatten. Dies tut er bisher nicht.

Nach Berechnungen des Verbands der Rentenversicherungsträger aus dem Jahr 1993 — neuere Zahlen liegen nach meiner Kenntnis noch nicht vor — hätte der Bund zur Abdeckung versicherungsfremder Leistungen einen Beitragszuschuß an die Rentenversicherung in Höhe von sage und schreibe 80 Milliarden DM leisten müssen. Tatsächlich wurden vom Bund aber lediglich 49,6 Milliarden DM in die Rentenkassen überwiesen. Allein diese Differenz von rund 31 Milliarden DM würde dazu führen, daß ab 1. Januar 1996 die Beiträge zur Rentenversicherung nicht um 0,6 % erhöht werden müßten, sondern um etwa 0,5 % gesenkt werden könnten.

Ähnlich ist die Situation im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat die Bundesanstalt für Arbeit für den Bereich aktive Arbeitsmarktpolitik im Jahr 1994 etwa 35,5 Milliarden DM ausgegeben. Der aus Steuermitteln finanzierte Bundeszuschuß betrug 1994 aber nur 10,2 % der Gesamtausgaben. Auch hier klafft eine Lücke von etwa 25 Milliarden DM. Diese 25 Milliarden DM wurden den Beitragszahlern aufgebürdet und verursachen mit die hohen Lohnnebenkosten.

Nach Schätzungen des Instituts für Wirtschaftsforschung in Hamburg könnte der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um etwa zwei bis drei Prozentpunkte gesenkt werden, wenn die Bundesanstalt für Arbeit von den Kosten der aktiven Arbeitsmarktpolitik entlastet würde.

Wir fordern deshalb nochmals eine Strukturreform in der Sozialversicherung, die die Entlastung der Sozialversiche-

rung von versicherungsfremden Leistungen zum Ergebnis haben muß, damit die Lohnnebenkosten senkt und so ein großes Stück zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland beitragen würde.

*(Beifall bei der SPD)*

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Döpfer.

**Abg. Döpfer CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die versicherungsfremden Leistungen sind innerhalb der Sozialpolitik und der gesetzlichen Sozialversicherung seit Jahren ein Thema. Gerade im Hinblick auf die gesetzliche Rentenversicherung und die Arbeitslosenversicherung besteht hier der größte Diskussions- und Handlungsbedarf.

Der Bereich der versicherungsfremden Leistungen ist sehr komplex und differenziert zu betrachten. Dies wird auch bei der Beantwortung der Großen Anfrage deutlich. Es ist festzustellen, daß unterschiedliche Definitionen des Begriffs „versicherungsfremd“ existieren. Die versicherungsfremde Leistung gibt es nicht, sondern es gibt eine Reihe von Leistungen, die zum Teil ganz unterschiedlicher Natur sind und als versicherungsfremd angesehen werden. Viele der sogenannten versicherungsfremden Leistungen sind jedoch politisch gewollt,

*(Abg. Kurz CDU: Richtig! Alle!)*

zum Beispiel die Ersatz- und Ausfallzeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung oder die Anerkennung von Kindererziehungszeiten.

Am Beispiel der Kindererziehungszeiten, die von allen Gruppierungen gewollt waren, will ich deutlich machen, wie schwierig die Abgrenzung ist. Die Frage ist: Ist Kindererziehung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

*(Abg. Rapp REP: Natürlich!)*

oder zuerst Recht und Verpflichtung der Eltern? Tatsache ist, daß der Nachteil, der durch Kindererziehung in der gesetzlichen Rentenversicherung entsteht, ausgeglichen werden muß.

*(Beifall des Abg. Haasis CDU — Abg. Rech CDU: Jawohl!)*

Dazu verpflichtet uns auch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

Durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist dagegen nicht vorgegeben, daß dieser Ausgleich in der Altersversorgung aus Steuermitteln und nicht aus Beiträgen eines Sozialversicherungssystems erfolgen muß. Vielmehr läßt das Bundesverfassungsgericht einen gewissen Spielraum zur Finanzierung durch Beiträge zu.

Darüber hinaus darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Rentenversicherung auf dem Grundgedanken des Generationenvertrags beruht. Dieser bedeutet, daß die Versorgung der heutigen Beitragszahler von den Kindern geleistet wird. Damit wird die Erziehungsleistung von Eltern gleichermaßen zum Bestandteil des Systems wie die aktive Beitragszahlung. Insofern kann die Anerkennung von Kindererzie-

(Döpfer)

hungszeiten durchaus als nicht versicherungsfremde Leistung bezeichnet werden.

Es gibt aber auch eine Reihe von Leistungen, die in meinen Augen versicherungsfremd und zu Recht umstritten sind. Dabei denke ich in erster Linie an die Vorruhestandsregelung.

(Abg. Rapp REP: Richtig!)

Im Jahr 1993 führten Vorruhestandsregelungen zu einer Mehrbelastung in der Rentenversicherung von 12 Milliarden DM

(Abg. Haasis CDU: Jährlich!)

und in der Arbeitslosenversicherung von weiteren 8 Milliarden DM.

(Abg. Haasis CDU: Jährlich!)

— Jährlich, 1993.

Können wir uns diese Regelung volkswirtschaftlich überhaupt leisten? Vorteile daraus ziehen überwiegend Großbetriebe. Der Mittelstand und die Kleinbetriebe haben bei dieser Regelung wenig bzw. kaum Möglichkeiten. Auf der einen Seite wird über die steigenden Lohnnebenkosten geklagt, und auf der anderen Seite werden die entsprechenden Sozialleistungen fast bedenkenlos ausgenutzt.

In der Sozialversicherung wird es in Zukunft unter anderem darauf ankommen, den Trend zur Frühverrentung umzukehren, auch einen flexiblen Übergang in die Rente zu schaffen und zu verhindern, daß der Sozialversicherung weitere Fremdleistungen aufgebürdet werden. Beim Umbau des Sozialstaats muß die Umgestaltung der Finanzierungsstruktur eine zentrale Aufgabe werden.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unsere Sozialversicherungssysteme werden, wenn nicht schnellstens gravierende Änderungen vorgenommen werden, in wenigen Jahren in sich zusammenbrechen. Die Solidargemeinschaft der Versicherten wird schon bald nicht mehr die Last tragen können, die man ihr staatlicherseits verordnet hat, und die Beiträge, die für die Sozialversicherung zu entrichten sind, belasten die Wirtschaft schon heute in einem ungeheuren Maß.

Die Politik muß sich aktuellen sozialpolitischen Herausforderungen stellen. Wir Republikaner bekennen uns aber zur historischen Entwicklung und zu den Grundsätzen unseres Sozialleistungssystems als Grundlage deutscher Sozialpolitik. Wir setzen diesen Herausforderungen folgende Grundsatzpositionen entgegen.

Erstens: Wir fordern eine stärkere Selbstbindung des Gesetzgebers an die Gestaltungsmaximen der Sozialpolitik, um zu erreichen, daß das Leistungssystem stetiger und verlässlicher wird.

Zweitens: Wir fordern die Abschaffung von Ermessensspielräumen der Sozialbürokratie zugunsten fixierter rechtlicher Ausgestaltung beim Leistungsbezug, auch beim nachrangigen Fürsorgesystem.

Drittens: Die einzelnen Sozialleistungssysteme und Sozialhaushalte sind in ihren Strukturen auf eine höhere Effizienz auszurichten. Es ist kaum vorstellbar, daß ein Land mit einem Sozialbudget von über 100 Milliarden DM Armut und Obdachlosigkeit Deutscher nicht verhindern kann.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Bei den anderen ist es egal, gell?)

— Da sind wir nicht zuständig, liebe Frau Bender. Das müssen andere irgendwo regeln.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Ach nee! Da seid doch gerade ihr zuständig!)

Viertens: Unterbindung des Mißbrauchs von Sozialleistungen. Dabei ist nicht nur die Nehmer-, sondern auch die Gebermentalität, insbesondere bei sozialen Hilfen und Diensten, einzubeziehen.

Trotz der verfassungsrechtlichen Vorgaben ist unser Sozialstaat in großer Gefahr. Seine Systeme stecken in einer tiefen Krise. Demographische Prozesse, ökonomische Entwicklungen und die Erosion unseres Wertesystems tragen gleichermaßen dazu bei, daß die finanziellen Gleichgewichte der einzelnen Leistungssysteme nachhaltig zerstört werden.

Die Politik hat immer wieder auf die aktuellen sozialpolitischen Herausforderungen reagiert, allein reagiert. Anstatt die Ursachen der Krise zu bekämpfen, hat sie stets versucht, die Symptome mit administrativen Maßnahmen zu unterdrücken.

Der Aktionismus beschränkte sich vorwiegend auf Kostenverschiebungen, was zur Verschleierung der Fehlentwicklungen beitrug. Nach wie vor erweckt die Politik den Eindruck — ich meine hier nach wie vor die Etablierten, die Altparteien —,

(Zuruf des Abg. Hackl GRÜNE)

als gebe es nur in einzelnen Bereichen Schwierigkeiten, die allerdings beherrschbar seien. In Wirklichkeit droht eine fundamentale Krise, an deren Ende die weitgehende Desintegration des Sozialstaats steht. Schließlich gefährdet diese Entwicklung zu immer größerer Sozialbürokratie das Vertrauen der Menschen in den Sozialstaat.

Sinkende Steuereinnahmen bei steigenden Staatsausgaben haben die politisch Verantwortlichen auf die nicht zu vertretende Idee gebracht, Kosten für eigentliche Staatsaufgaben auf die Sozialversicherungen abzuwälzen. Die Folge davon ist, daß die eine Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge den Sozialversicherungspflichtigen direkt abgezogen wird. Die andere Hälfte wird der Wirtschaft angelastet, was zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen auf internationalen Märkten führt.

Wenn die Landesregierung auf Seite 13 der Antwort auf die Große Anfrage schreibt, daß die Beiträge zur Sozialversicherung um bis zu zwei Prozentpunkte sinken könnten, wenn

*(Rapp)*

die Versicherer von versicherungsfremden Leistungen entbunden würden, müßte auch bei all denjenigen, die jetzt noch großzügig über diese Mißstände hinwegsehen, eine schnelle Lösung angestrebt werden. Die Finanzierung der deutschen Einheit und die Folgen der sozialistischen Mißwirtschaft sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und nicht nur auf dem Rücken der Sozialversicherungspflichtigen auszutragen.

Die Finanzierung von Lohnersatzleistungen bzw. Vorruhestandsregelungen für sogenannte freigesetzte Arbeiter oder Arbeitskräfte fortgeschrittenen Alters kann nicht nur durch diejenigen erbracht werden, die treu und brav ihre Beiträge in die Rentenversicherung einbezahlen, sondern sie muß auch von denjenigen aus der Großindustrie finanziert werden, die durch Arbeitsplatzverlagerungen ins Ausland Milliarden Gewinne machen. Der Teil der Großindustrie, der Menschen nur als manövrierbare Masse betrachtet, muß an den Kosten seines Verhaltens und seines Handelns in entsprechendem Maß beteiligt werden.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Bender.

**Abg. Birgitt Bender GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das heutige Sozialversicherungssystem beruht auf den Bismarckschen Sozialistengesetzen. Aus bekannten Gründen war es damals ein wichtiger gesellschaftlicher Fortschritt. Bismarck wollte damit die Sozialdemokratie in Schach halten. Ich denke, bis heute kann man dieses System in vieler Hinsicht als modellhaft ansehen, etwa wenn wir es mit Staaten wie den USA vergleichen, wo es solche Solidartöpfe gar nicht gibt und wesentliche Lebensrisiken von Menschen individuell getragen werden, was dann auch zu den entsprechenden Verarmungsprozessen führt.

Auf der anderen Seite werden heutzutage auch strukturelle Mängel deutlich. Denn so, wie die Sozialversicherung bei uns angelegt ist, liegen die Kosten dieser sozialen Sicherung zum einen auf dem einzelnen Arbeitsplatz, und zum anderen haben diejenigen, die nicht oder nicht voll in den Arbeitsprozeß einbezogen sind, nur unzureichende oder gar keine Ansprüche. Das hat bisher vorwiegend die Frauen betroffen, die beispielsweise jahrelang Kinder erzogen und dafür auf Erwerbstätigkeit verzichtet hatten. Der Nachteilsausgleich für Kindererziehung, besser bekannt als Babyjahr, oder neuerdings die Anrechnung von Pflegezeiten im Rahmen der Pflegeversicherung sind nur sehr zaghafte Ansätze, um diesen Ungerechtigkeiten abzuweichen.

Wir werden, meine Damen und Herren, längerfristig nicht darum herumkommen — insbesondere auch deswegen, weil die bezahlte Arbeit immer weniger wird und wir nicht davon ausgehen können, daß alle Menschen jederzeit und vollzeitig beschäftigt sein werden —, eine teilweise Entkopplung von sozialer Sicherung und bezahlter Arbeit herbeizuführen. Die Stichworte heißen Mindestsicherung bei der Rente und Armutsfestigkeit der sozialen Sicherungssysteme. In diesem Sinn werden wir Reformen anstreben müssen.

Kurzfristig reden wir eher über die Fragen: Kann man denn die Lohnnebenkosten nicht senken? Kann man Arbeitgeber wie Arbeitnehmerinnen nicht von den hohen Beiträgen ent-

lasten? In der Tat ist das eine berechtigte Diskussion. So, wie sie bisweilen geführt wird, hat sie allerdings ein Geschmäckle. Wenn etwa bestimmte Arbeitgebervertreter hergehen und sagen: „O Gott, das ist doch alles viel zu teuer“, gleichzeitig aber selbst exzessiv den Vorruhestand in Anspruch nehmen, von dem heute schon mehrmals die Rede war, dann kann ich das nur als Krokodilstränen bezeichnen; denn schließlich tragen sie durch ihr Verhalten mit dazu bei, daß die Arbeitslosenversicherung über Gebühr belastet wird.

Auf jeden Fall ist es abzulehnen, wenn jetzt die Möllemänner und andere daherkommen und einseitig die Arbeitgeber entlasten wollen, etwa mit dem Vorschlag, sie nicht mehr voll in die Lastentragung bei der Krankenversicherung einzubeziehen. Leider sind bei der Pflegeversicherung auch schon entsprechende Weichenstellungen vorgenommen worden. Wir werden bei der zweiten Stufe der Pflegeversicherung noch einmal darüber zu reden haben, daß das so nicht weitergehen kann.

Die versicherungsfremden Leistungen, der Gegenstand der Großen Anfrage der SPD, sind in diesem Zusammenhang ein wichtiges Thema. Aber ich finde, auch hier muß man genau schauen, wer eigentlich was will. Die Antwort der Regierung macht deutlich, daß eine Abgrenzung dieser sogenannten versicherungsfremden Leistungen durchaus schwierig wird. Und ich finde, manchmal haben diejenigen, die über versicherungsfremde Leistungen reden, etwa die Tonlage: „Eigentlich ist das ein Zirkus, der gar nicht berechtigt ist. Was soll das überhaupt? Tun wir das doch einmal raus aus der Versicherung“ und sprechen nicht davon, daß man darüber reden muß, durch Steuermittel die Beitragszahler zu entlasten. Ich meine nämlich, genau darum geht es und nicht darum, die sogenannten versicherungsfremden Leistungen einfach auszugrenzen und zu sagen, die bräuchten wir nicht. Wir sollten fragen, wer das finanzieren kann und wie die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler unterstützt werden können.

Da sind zum einen die betragsbedingten Kosten. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß hier eine Schieflage darin liegt, daß Beamte und Selbständige diese Transferleistungen, etwa aus der Arbeitslosenversicherung, nicht mitgetragen haben. Man muß sehen, daß in den letzten Jahrzehnten — diese Entwicklung gibt es bereits seit 1960 — die Sozialleistungsquote des Bundes — also aus Steuermitteln — permanent gesunken ist, während andererseits die Beiträge zu den Sozialversicherungen permanent gestiegen sind. Ich denke, das zeigt, daß hier eine Schieflage vorhanden ist und daß eine Entlastung der Sozialversicherung auch durch Steuermittel dringend geboten ist. Das wichtigste Beispiel dafür ist — es wurde schon genannt — sicherlich die aktive Arbeitsmarktpolitik. Ich denke, wenn man die familienpolitischen Leistungen ausbauen will, wird der Bund auch dafür mehr zu bezahlen haben.

Wir haben im Rahmen eines Ökosteuerkonzepts auch vorgeschlagen, eine Teilentlastung aus dem Aufkommen von Ökosteuern durch einen erhöhten Bundeszuschuß an die Sozialversicherungen vorzusehen.

Wichtig finde ich zum guten Schluß, daß auch zusätzliche Finanzierungsquellen außerhalb dessen nicht übersehen werden. Zum einen sei das Beispiel der Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung genannt. Die liegt im-

(Birgitt Bender)

mer noch recht niedrig. Wenn man die auf die der Rentenversicherung erhöhen würde — das ist eine alte Forderung von uns und wohl auch immer noch von der SPD —, wäre schon einiges gewonnen.

Zu fragen ist auch, ob es immer dabei bleiben muß, daß Beamte und Selbständige gar nicht in die gesetzlichen Versicherungssysteme einbezogen sind.

Schließlich kann es ja wohl auch nicht richtig sein, daß nur lohnintensive Betriebe auf Arbeitgeberseite zu den Kosten sozialer Sicherung beitragen, während das bei kapitalintensiven nicht der Fall ist. Ich denke, das Stichwort Wertschöpfungssteuer wird uns noch zu beschäftigen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Veigel.

**Abg. Veigel FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Frage nach den versicherungsfremden Leistungen in den sozialen Versicherungssystemen ist in der Tat — das haben wir von den Vorrednern gehört — ein Thema, das zu immer mehr Ärger Anlaß bietet. Wenn man die Antwort der Regierung liest, stellt man fest, daß dadurch wohl nicht alle gestellten Fragen beantwortet werden. Denn das Thema ist so komplex, daß man sehr tief einsteigen muß.

Versicherungsfremde Leistungen gab es schon immer, wobei sie zunächst zum großen Teil durch den Bund ausgeglichen wurden. Allerdings haben diese Bundeszuschüsse dann mit den steigenden Leistungen nicht mehr Schritt gehalten, und jede größere Rezession hat das Volumen der nicht gedeckten versicherungsfremden Leistungen in der Sozialversicherung erhöht.

An Stimmen, die diese Entwicklung für nicht richtig halten — ich habe alle Vorrednerinnen und Vorredner so gedeutet —, hat es nie gefehlt. Ich bedaure für meine Partei, daß die FDP in Bonn zwar stets gegen die Praxis versicherungsfremder Leistungen protestiert, sie aber nie verhindert hat.

(Abg. Hund SPD: Das habe ich aber noch von keinem FDP-Mann gehört!)

— Man darf auch ein bißchen Selbstkritik üben, Herr Kollege Hund. Das gehört auch zur Fairneß im parlamentarischen Betrieb. Das habe ich im letzten halben Jahr auch gelernt.

(Abg. Hund SPD: Wir sind es bloß nicht gewöhnt hier!)

Man hat vorhin auch den Namen Möllemann genannt.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Jetzt sind wir gespannt!)

Meine Damen und Herren, wenn man den Namen Möllemann hört, dann sieht alles gleich gelb, blau oder rot.

(Unruhe)

Der Herr Möllemann hat einen Vorschlag — —

(Zurufe, u. a.: Was für einen?)

Der Herr Möllemann hat einen Vorschlag gemacht — Sie wissen ja selbst, was er vorgeschlagen hat — und damit die Diskussion angeheizt. Frau Bender hat vorhin gefordert, daß den Beamten auch entsprechende Sozialversicherungsbeiträge abgezogen werden sollten. Das ist der eine Teil. Und Herr Möllemann hat den anderen Teil angerührt. Ich meine, es dient nur der Diskussion. Ab und zu ist es auch ganz gut, wenn man einen Möllemann hat.

(Heiterkeit und lebhaftes Zurufe — Glocke des Präsidenten)

— Worüber regen Sie sich eigentlich auf? Der Möllemann ist FDP-Mitglied, er reißt manchmal das Maul auf, und das ist doch ganz gut.

Meine Damen und Herren, nochmals, die FDP hat gegen die Praxis versicherungsfremder Leistungen protestiert, sie aber nicht verhindert. Dies gilt insbesondere für die größte Aufbürdung versicherungsfremder Leistungen im Zuge der Wiedervereinigung. Hier ist den Beitragszahlern wenig Gerechtigkeit widerfahren. Das politische Unrecht wird höchstens dadurch verzeihlicher, daß der Bund damals und auch heute noch nicht in der Lage war bzw. ist, ohne Zugriff auf die Sozialversicherung einheitliche Lebensverhältnisse in Ost und West herzustellen.

Die versicherungsfremden Leistungen sind in zweifacher Hinsicht ärgerlich. Sie erhöhen unnötigerweise die Lohnnebenkosten durch erhöhte Beiträge und sind insofern ungerecht, als Nicht-Beitragszahler der gesetzlichen Kassen von diesen Belastungen, Frau Bender, verschont bleiben. In diesem Zusammenhang werden dann zu Recht vor allem natürlich die Beamten und die Freiberufler genannt.

Jetzt sage ich Ihnen aber etwas, was beweisen möchte, daß auch die Beamten und die Freiberufler in diesem Zusammenhang wesentlich dazu beitragen, daß Geld hereinkommt: Auf der anderen Seite sehen wir, daß Nicht-Beitragszahler erhebliche Zahlungen aufbringen, die den gesetzlichen Kassen zugute kommen. Hiervon profitiert zunächst einmal die gesetzliche Krankenversicherung. So bezahlen zum Beispiel die Privatpatienten Honorare, die für Arztbesuche im Schnitt das 1,7fache des Honorars ausmachen, das die gesetzlichen Krankenkassen auswerfen. Diese Mehrleistung trägt dazu bei, daß die Deckelung der Arzthonorare tragbar bleibt. Noch drastischer ist die Belastung der Privatpatienten im Krankenhaus. Nicht nur die Preise für Ein- und Zweibettzimmer sind wucherisch, sondern auch die Arzthonorare werden fast doppelt bezahlt, weil die Abschläge völlig unzureichend sind.

(Abg. Döpper CDU: Privatpatienten werden auch doppelt so gut behandelt!)

Meine Damen und Herren, die größten Belastungen für Beamte und Freiberufler ergeben sich bei der Steuer. Beamtenpensionen müssen im Gegensatz zu Renten versteuert werden, wobei die geringe Ertragsbesteuerung der Renten hier vernachlässigt werden kann. Das Bundesverfassungsgericht mahnt schon seit vielen Jahren an, diesen Unterschied zu beseitigen.

Liebe Frau Bender, meine Damen und Herren, es wäre interessant, einmal all diese Vor- und Nachteile gegeneinander

(Veigel)

aufzurechnen, um wirklich zu sehen, inwieweit eine Bevölkerungsgruppe zu viele Lasten trägt. Ich glaube, damit müßte man sich einmal beschäftigen, um zu sehen, wer zuviel oder zuwenig Lasten trägt. Noch besser wäre es allerdings, der Gerechtigkeit innerhalb der Systeme mehr zum Durchbruch zu verhelfen und die staatlichen Verschiebebahnhöfe zu beiseiten.

Zum Schluß: Neiddiskussionen führen nur zu weiterer Verweigerungshaltung und zu Schwarzarbeit.

Allerdings ist es völlig illusorisch, zu meinen, die anstehende Aufgabe könnte kurzfristig erledigt werden. Es ist jedoch das Verdienst der Landesregierung, mit ihrer Antwort auf die Große Anfrage gezeigt zu haben, wie notwendig es ist, diese Aufgabe anzugehen. Wir hoffen, daß von der Landesregierung Taten im Bundesrat folgen, wie sie auch im letzten Satz der Antwort — leider ziemlich halbherzig — als notwendig anerkannt worden sind.

Wir meinen also: Es ist Zeit, sich zu diesem sehr differenzierten und für die Finanzen des Bundes und des Landes sehr beachtlichen Vorhaben durchzuringen und im Bundesrat eine Initiative zu ergreifen.

(Beifall der Abg. Pfister FDP/DVP und Haasis CDU)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich der Frau Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung.

**Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Helga Solinger:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! In einer Zeit, in der wir fast täglich neue Hiobsbotschaften über zusätzliche Beitragserhöhungen in der Renten- und der Krankenversicherung lesen, in der der von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam zu tragende Sozialversicherungsbeitrag über kurz oder lang die 40-Prozent-Marke des beitragspflichtigen Einkommens erreichen dürfte, ist es in der Tat legitim, zu fragen, was mit den Beiträgen alles finanziert wird und ob diese Finanzierung sowohl aus ordnungspolitischen Gründen als auch aus Gründen einer gerechten Lastenverteilung sachgerecht und politisch länger tragbar ist.

Dabei ist auf manchen falschen Zungenschlag in dieser Diskussion aufmerksam zu machen. Frau Bender, Sie haben das schon angesprochen; ich möchte das aber noch einmal verstärken.

Wie bei der Sozialstaatsdiskussion insgesamt, bei der viel von Umbau gesprochen wird und in nicht wenigen Fällen Abbau gemeint ist, wird auch bei den versicherungsfremden Leistungen oft von der Entlastung der Sozialversicherung gesprochen. In Wirklichkeit ist aber die Abschaffung dieser Leistungen gemeint.

Wenn von versicherungsfremden Leistungen die Rede ist, dann heißt das nicht, daß es sich dabei nicht um sinnvolle, sowohl vom Sozialstaatsprinzip als auch im Interesse unserer Wirtschaft gebotene Leistungen handelt. Ich nenne hier beispielhaft die Berufsförderungsmaßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz. Bei den versicherungsfremden Leistungen kann und darf es also nicht um die Frage ihrer

Abschaffung gehen, sondern nur um ihre sachgerechte Finanzierung.

Sind überwiegend gesamtstaatliche Aufgaben auch von der Gesamtheit der Steuerzahler und damit von jedem einzelnen entsprechend seiner Leistungskraft zu zahlen, oder kann es weiterhin hingenommen werden, daß aufgrund einer oft historischen Zuordnung nur die Beitragszahler — und das, meine Damen und Herren, sind in der Mehrzahl die weniger finanzkräftigen Bürgerinnen und Bürger — geradestehen müssen?

Zudem: Durch den einheitlichen Beitragssatz und die Beitragsbemessungsgrenze werden niedrige Einkommen überproportional belastet. Insofern, Frau Bender, sind wir von seiten der Sozialdemokratie natürlich nach wie vor der Meinung, daß daran noch etwas geändert werden muß.

Ich möchte festhalten: Die Diskussion um versicherungsfremde Leistungen darf nicht dazu führen, den unseren Sozialversicherungssystemen immanenten Grundsatz des sozialen Ausgleichs in Frage zu stellen. Gerade dieser Grundsatz des sozialen Ausgleichs macht es allerdings auch schwer — darauf wurde schon hingewiesen —, in jedem Fall exakt die von den Versicherungssystemen abzudeckenden Leistungen von den von der Gesamtheit aller Bürger entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu tragenden Leistungen abzugrenzen.

Ich halte es aber im Interesse der Akzeptanz unseres sozialen Sicherungssystems für dringend erforderlich, daß die offensichtlichen Ungereimtheiten bzw. auch Ungerechtigkeiten bei der Finanzierung der sogenannten versicherungsfremden Leistungen baldmöglichst angegangen werden.

Eine Sozialversicherung wird um so mehr akzeptiert, je mehr der Versicherte ein Äquivalent zwischen Beitrag und Leistung erlebt. Wenn jedoch, wie bei der Arbeitslosenversicherung zwischen 1992 und 1994 geschehen, die ihr zugeschobenen einigungsbedingten Kosten mit der Verschlechterung der Versicherungsleistungen abgefangen werden und gleichzeitig starke Gruppen der Bevölkerung — die Freiberufler, Teile der Selbständigen und die Beamten — von dieser Belastung befreit bleiben, werden — daran führt kein Weg vorbei, meine Damen und Herren — viele Beitragszahler zu Recht das Gefühl haben, die Dummen der Nation zu sein.

(Abg. Veigel FDP/DVP: Ja, ja, immer gegen die Beamten!)

Ich möchte einmal die Frage stellen, wer von uns allen hier im Haus sich wirklich ganz konkret aus dem eigenen Portemonnaie an dem Erbringen der Leistungen in den neuen Bundesländern im Bereich Arbeitsmarkt beteiligt hat bzw. beteiligen durfte.

(Abg. Kurz CDU: Wenige!)

Viele durften es nicht, ich auch nicht.

Wer die Sozialversicherung als anonymen Topf erlebt, der von der Politik als Sparstrumpf zur Konsolidierung von Haushalten mißbraucht wird, wird versuchen, sich dem Auffüllen dieses Topfes durch Beiträge entweder zu entziehen oder wird, falls ihm dies nicht möglich ist, wenigstens möglichst viel für sich wieder aus diesem Topf herausholen wol-

(Ministerin Helga Solinger)

len. Und beides, meine Damen und Herren, ist das Ende des solidarischen Versicherungssystems.

Kurz zur Rentenversicherung: Für die gesetzliche Rentenversicherung gelten zwei tragende Prinzipien: das Versicherungsprinzip und das Prinzip des sozialen Ausgleichs. Durch das Versicherungsprinzip gedeckt sind nur diejenigen Leistungen, die auf Beiträgen und auf einem der drei klassischen Versicherungsfälle Alter — Regelaltersgrenze 65 Jahre —, Minderung der Erwerbsfähigkeit oder Tod beruhen. Alle anderen Leistungen sind Leistungen des sozialen Ausgleichs, gerechtfertigt mit dem die Versichertengemeinschaft verbindenden Solidaritätsgedanken. Je nachdem, wie dieser Solidaritätsgedanke interpretiert wird, lassen sich mehr oder weniger Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung als versicherungsfremd qualifizieren.

Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger betrachtet grundsätzlich alle Leistungen außerhalb des Versicherungsprinzips als versicherungsfremd und kommt dabei dann zu der von Herrn Abg. Hund schon genannten Zahl, daß der Bund im Jahr 1993 — auf dieser Basis ist das berechnet worden — eigentlich zu Lasten der Beitragszahler 31 Milliarden DM zuwenig Ausgleich gezahlt hat.

Meine Damen und Herren, die Gesamtheit der versicherungsfremden Leistungen sowie die auf bestimmte Leistungen entfallenden Einzelanteile werden sich künftig verändern. So werden zum Beispiel die Kriegsdienst- und Vertreibungszeiten wegen des Zeitablaufs künftig keine große Rolle mehr spielen. Aber andere Belastungen lassen die Kosten explodieren. Es wurde bereits angesprochen: Die vorgezogenen Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit entwickeln sich immer mehr zu einem Treibsatz für die Beiträge. Der Beitragssatz von 18,6% wird zum 1. Januar 1996 wohl nicht, wie geplant, nur auf 19,1%, sondern auf 19,2 oder gar 19,3% erhöht.

In diesem Jahr werden rund 300 000 Männer schon mit 60 Jahren in Rente gehen. Vor vier Jahren waren es nur 47 000. Daran wird deutlich: Klagen der Wirtschaft oder auch aus der Politik über zu hohe Beiträge der Sozialversicherung und gleichzeitig bedenkenloses Ausnutzen dieses Leistungskatalogs, das ist eben doch eine doppelte Moral. Ich gratuliere Herrn Minister Blüm dazu, daß er sich jetzt offensichtlich zur Korrektur seiner früher so bejubelten Position gezwungen und auch bereit sieht.

Familienbezogene Leistungen — auch das wurde bereits angesprochen —, insbesondere die für Geburten ab 1992 auf drei Jahre verlängerten Kindererziehungszeiten, müssen in ihrer Finanzierung überdacht werden. Die Position, dies aus Steuermitteln zu finanzieren, widerspricht überhaupt nicht dem Generationenvertrag, sondern bezieht ganz im Gegenteil alle in diesen Generationenvertrag ein. Genau das ist auch das Ziel.

Die Arbeitsmarktpolitik, um auch dazu noch etwas zu sagen, unterscheidet traditionell zwischen den Leistungen der aktiven und der passiven Arbeitsmarktpolitik, die aus der Arbeitslosenversicherung finanziert werden. Die Leistungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik dienen der Erhaltung und der Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt durch Eingliederungshilfen, Qualifizierung, Rehabilitation und vorübergehende Beschäftigung.

Es wäre sicher ein Rückschritt in der Arbeitsförderung, aus der Arbeitslosenversicherung nur die passiven Lohnersatzleistungen zu finanzieren und die aktive Arbeitsmarktpolitik als insgesamt versicherungsfremd aus Steuermitteln abzudecken. Die Trennung versicherungsadäquater von versicherungsfremden Leistungen sollte daher eher daran anknüpfen, ob Leistungen und Maßnahmen für Beitragszahler oder Nicht-Beitragszahler, für Arbeitslose oder Beschäftigte, für durch Konjunktur und Strukturwandel verursachte oder für durch politische Entscheidungen ausgelöste Entwicklungen notwendig sind. Ich meine, da könnte man einen Maßstab finden.

Deckte man die Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung nach dem AFG — das ist nach meiner Einschätzung ein Bereich, der nun wahrlich herausgenommen werden könnte — aus Steueraufkommen ab, könnte der Beitragssatz deutlich gesenkt werden. Als Faustformel gilt dabei: Für je rund 13 Milliarden DM, die im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit nicht aus Beiträgen finanziert werden, kann der Beitragssatz um einen Prozentpunkt gesenkt werden. Dies wäre realisierbar.

Die Entlastung der Beitragszahler und damit des Faktors Arbeit von den Kosten versicherungsfremder Leistungen ist nach Auffassung der Landesregierung und, wie ich festgestellt habe, auch dieses Hauses grundsätzlich anzustreben, gewollt und notwendig. Dieses Ziel ist allerdings schon im Hinblick auf den angespannten Bundeshaushalt ganz sicher nicht kurzfristig erreichbar.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Was die rapide ansteigende Zahl der Frühverrentungen angeht, muß allerdings gesetzgeberisch bald etwas unternommen werden. Es geht nicht an, daß die Betriebe ihre Belegschaften auf Kosten der sozialen Sicherungssysteme verjüngen. Nach überschlägigen Berechnungen kosten 100 000 Arbeitslose, die über einen Sozialplan versorgt werden, die Renten- und Arbeitslosenversicherung rund 20 Milliarden DM, die Unternehmen aber nur etwa 1,8 Milliarden DM. Diese ungleiche Lastenverteilung ist nicht hinnehmbar.

(Abg. Hackl GRÜNE: Seid ihr euch einig in der SPD?)

— Da sind wir uns einig.

Alle in der Diskussion befindlichen Vorschläge müssen geprüft werden, von der Teilrente schon vor dem 60. Lebensjahr bis zu einer verstärkten Heranziehung der Unternehmen. Insofern gibt es da überhaupt keine Divergenz. Daß die Menschen etwas brauchen, ist unbestritten. Die Frage ist nur, wo das Geld herkommt.

Ohne unterschiedliche Positionen, meine Damen und Herren, zu novellieren, hat sich die Sozialministerkonferenz vom 20. und 21. September in Dresden auf Konsenspunkte zwischen den A- und den B-Ländern geeinigt, festgehalten unter den Stichworten: soziale Sicherheit erhalten, sozialen Frieden bewahren, Wirtschaftsstandort stärken.

Ich möchte hier deutlich machen, daß da bei allem sonstigen Bröckeln der Positionen wirklich noch ein großer Konsens

(Ministerin Helga Solinger)

besteht. Es wird dort festgehalten, daß die Sozialversicherung weiterhin vom Solidarprinzip geprägt sein muß, daß das solidarische Ausgleichs- und das Versicherungsprinzip die bestimmenden Merkmale sind und daß an der paritätischen Finanzierung der Sozialversicherung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber festgehalten werden muß.

Dann wird gefordert — und ich darf mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren —:

Um die sozialen Sicherungssysteme leistungsfähig zu halten und zugleich einen Beitrag zur Senkung der Arbeitskosten zu leisten, ist die Finanzierung der sozialen Sicherung zu reformieren. Notwendig ist eine Ablösung der Beitrags- durch eine Steuerfinanzierung für Aufgaben in gesamtstaatlicher Verantwortung, insbesondere für teilungsbedingte Lasten in der Arbeitslosen- und Rentenversicherung, sowie die Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung nach dem Arbeitsförderungs-gesetz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn diese Position der Länder in Bonn entsprechend umgesetzt wird, haben wir, glaube ich, gute Aussichten, die Konsequenz und Glaubwürdigkeit der Sozialpolitik zu wahren und auch die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten. Dann dürfte das, was hier von seiten der Abgeordneten der Republikaner prognostiziert wurde, daß das Sozialversicherungssystem zusammenbrechen wird, nicht stimmen, wobei die Frage, inwieweit die Präsenz der Republikaner zusammenbricht, damit nicht angesprochen werden soll.

(Abg. Sieber CDU: Die lassen wir offen! — Abg. König REP: Ja, wenn man nichts weiß!)

Ich darf auch noch auf das eingehen, was Herr Kollege Veigel angesprochen hat. Seine Worte zugunsten der Beamten und der Selbständigen in diesem Zusammenhang der Diskussion erinnern doch sehr an das, was Herr Mölleman tut, indem er von den Kranken und von den Patienten eine höhere Leistung verlangt, um die Arbeitgeber zu entlasten. Und das Ganze geschieht, damit die FDP endlich über die Fünfprozenthürde gehievt wird. Dies ist eine eigenartige Form von Parteienfinanzierung.

(Beifall bei der SPD — Abg. Weimer SPD: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Redezeiten sind auch weitgehend ausgeschöpft. Damit ist die Große Anfrage der Fraktion der SPD, Drucksache 11/5259, besprochen.

Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

#### Vereidigung eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs

Meine Damen und Herren, der Landtag hat in seiner 72. Sitzung am 20. Juli 1995 Frau Ute Prechtl für den Rest der Amtszeit der ausgeschiedenen Frau Ingrid Blank zum Mitglied des Staatsgerichtshofs ohne Befähigung zum Richteramt gewählt. Frau Prechtl, die ich von ihrer Wahl be-

nachrichtigt habe, hat die Wahl angenommen. Für die heutige Sitzung ist nun die in § 4 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof vorgeschriebene Vereidigung vorgesehen.

Frau Prechtl, ich darf Sie bitten, zu mir aufs Podium zu kommen.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Die Mitglieder des Staatsgerichtshofs haben vor Antritt ihres Amtes vor dem Landtag folgenden Eid zu leisten:

Ich schwöre, daß ich als gerechter Richter alle Zeit die Verfassung des Landes Baden-Württemberg getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

Frau Prechtl, ich darf Sie bitten, die rechte Hand zu erheben und die Worte zu sprechen: „Ich schwöre es. So wahr mir Gott helfe.“

**Ute Prechtl:** Ich schwöre es. So wahr mir Gott helfe.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Ich gratuliere Ihnen.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen für die Ausübung dieses wichtigen Amtes alles Gute.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

**Ute Prechtl:** Recht herzlichen Dank.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

#### Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung — Drucksache 11/6311

Das Präsidium hat beschlossen, diesen Gesetzentwurf ohne Begründung und ohne Aussprache an den Finanzausschuß zu überweisen. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

#### Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes — Drucksache 11/6312

Das Präsidium hat folgendes festgelegt: Der Gesetzentwurf soll zunächst durch die Landesregierung begründet werden. Dieser Begründung schließt sich eine Aussprache mit einer Redezeit von 5 Minuten je Fraktion an.

Zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich dem Herrn Innenminister das Wort.

(Abg. Hackl GRÜNE: Es ist schwierig, die Begründung für diesen Gesetzentwurf zu finden!)

**Innenminister Birzele:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach der freundlichen Ermunterung durch Herrn Abg. Hackl fällt es mir leicht, diesen Gesetzentwurf der Landesregierung zu begründen.

Lassen Sie mich zunächst einleitend auf die Koalitionsvereinbarung Bezug nehmen. Ich zitiere:

Die Landesregierung wird das Landespersonalvertretungsgesetz mit dem Ziel überarbeiten, die demokratischen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten zu verbessern und die rahmenrechtlichen Vorschriften des Bundes im Interesse der Beschäftigten weitgehend auszuschöpfen.

Ich persönlich stehe nach wie vor uneingeschränkt zu dieser Zielsetzung und bin davon überzeugt, daß wir die Bediensteten viel stärker als bisher in innerdienstliche Entscheidungsprozesse einbinden und an den sie berührenden personellen Angelegenheiten beteiligen müssen.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Oh, jetzt! — Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

— Die Begeisterung des Abg. Scheuermann ist unüberhörbar.

(Abg. Scheuermann CDU: Ich habe gerade gesagt: Das müssen Sie den Bürgermeistern sagen, die Ihrer Partei angehören! Da gibt es welche, die machen, was sie wollen!)

— Herr Scheuermann, ich bedarf dieser Ermunterung durch Sie nicht, sondern ich habe dies den Bürgermeistern, die meiner Partei angehören, auch häufig gesagt. Ich sage es Ihnen hier in aller Deutlichkeit, und ich wiederhole es noch einmal: Ich bin überzeugt, daß wir die Bediensteten viel stärker als bisher in innerdienstliche Entscheidungsprozesse einbinden müssen,

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hackl GRÜNE)

selbstverständlich unter Beachtung der rechtlichen Grenzen, die uns das Demokratiegebot und das Rahmenrecht des Bundes aufgeben.

Auch wenn das Bundesverfassungsgericht noch nicht über die Normenkontrollanträge zum schleswig-holsteinischen Mitbestimmungsgesetz entschieden hat — nach den neuesten Informationen soll die Verkündung der Entscheidung unmittelbar bevorstehen —, so bin ich doch überzeugt, daß uns die Verfassung erhebliche Spielräume für eine Stärkung der Rechte unserer Personalvertretungen gibt. Diese Spielräume gilt es im Interesse verantwortungsbewußter, leistungsorientierter und motivierter Beamter, Angestellter und Arbeiter auszuschöpfen. Dies habe ich mit dem von mir im Herbst des letzten Jahres vorgelegten Gesetzentwurf getan.

Tatsache ist: Wir stehen mit unserem jetzigen Landespersonalvertretungsgesetz im Ländervergleich im unteren Drittel, um nicht zu sagen am Schluß der Skala. Die Forderungen der Gewerkschaften und der Berufsverbände, auch in Baden-Württemberg ein fortschrittlicheres, zukunftsorientiertes und den veränderten gesellschaftlichen und personalpolitischen Anforderungen entsprechendes Personalvertretungsrecht vorzulegen, sind deshalb berechtigt. Wir werden die

augenblicklichen Probleme und die zukünftigen Aufgabenstellungen nur dann erfolgreich bewältigen können, wenn wir die Beschäftigten, das heißt ihre Personalvertretungen, stärker in die Entscheidungsprozesse einbinden. Dies gilt zum Beispiel für die Umsetzung der Personaleinsparungen, für die organisatorischen Anpassungen infolge moderner Führungsstrukturen oder für die Einführung betriebswirtschaftlicher Methoden im Interesse einer kostenbewußten und wirtschaftlichen Verwaltung. Wir müssen die Beschäftigten und ihre Personalvertretungen als Partner akzeptieren und auch so behandeln.

Der Wirtschaftsminister hat des öfteren auch in diesem Haus darauf hingewiesen, daß gerade bei Sanierungsfällen oft die besten Vorschläge für eine realisierbare Weiterführung eines Unternehmens von den Betriebsräten und nicht von den Geschäftsleitungen kommen. Warum sollte dies im öffentlichen Dienst anders sein?

Der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes ist deshalb ein erster Schritt

(Zuruf des Abg. Hackl GRÜNE)

— ich betone: ein erster Schritt — auf dem Weg dazu.

(Zuruf des Abg. Hackl GRÜNE)

Ich füge aber gleich hinzu: Die Gewerkschaften, die Berufsvertretungen, die Personalräte, die SPD-Fraktion und auch ich hatten uns wesentlich mehr erhofft. Gegenüber dem im Herbst 1994 von mir vorgelegten Entwurf eines völlig neu konzipierten Landespersonalvertretungsrechts sind schmerzliche Abstriche hinzunehmen. Der vorliegende Entwurf schreibt das geltende Recht lediglich fort. Nach wie vor werden von mir über den vorliegenden Gesetzentwurf hinaus folgende Ziele für erforderlich gehalten:

Wir benötigen eine Generalklausel im Mitbestimmungskatalog. Wir sollten generell Mitbestimmung anstelle von Mitwirkung vorsehen, und wir sollten auf den Zustimmungsverweigerungskatalog verzichten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ferner plädiere ich für ein umfassendes Initiativrecht der Personalvertretung und für das Recht zum Abschluß von Dienstvereinbarungen. Auch verbesserte Freistellungsregelungen allgemein und für Schulungen sind erforderlich.

(Abg. Hackl GRÜNE: Das beraten wir alles!)

In den langen, zäh und kontrovers geführten Verhandlungen waren mit dem Koalitionspartner aber leider keine weitergehenden Verbesserungen zu erreichen. Der vorliegende Gesetzentwurf war, wenn Sie so wollen, der äußerste Kompromiß.

Trotzdem bleibe ich dabei: Der Gesetzentwurf bringt uns wenigstens einen Schritt weiter zu unserem Ziel einer stärkeren Mitarbeiterbeteiligung. Deshalb habe ich auch dem Kompromiß letztlich zugestimmt und trage ihn mit.

(Minister Birzele)

Einige wichtige Änderungen darf ich beispielhaft hervorheben: Die Einflußmöglichkeiten der Personalvertretung werden gestärkt. Es gibt zum Beispiel einen erweiterten allgemeinen Aufgabenkatalog der Personalvertretung, neue bzw. verstärkte Mitbestimmungsrechte, Mitwirkungsrechte und Anhörungsrechte, ein erweitertes Initiativrecht, ein erweitertes Recht, Dienstvereinbarungen abzuschließen, ein Begehungsrecht der Personalvertretung in der Dienststelle und das Teilnahmerecht an Beurteilungsgesprächen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Wahlrecht für alle Beschäftigten, also auch für die unter 18jährigen, wobei die Jugend- und Auszubildendenvertretung unverändert beibehalten wird.

Ferner — auch darauf will ich gesondert hinweisen — können künftig alle ausländischen Beschäftigten gewählt werden. Folgerichtig wird auf die Vertretung der ausländischen Beschäftigten verzichtet.

Schließlich haben wir in das Landespersonalvertretungsgesetz auch eine umfassende Datenschutzregelung aufgenommen.

Die Personalratsarbeit insgesamt wird erleichtert, zum Beispiel durch verlängerte Äußerungsfristen.

Schließlich führt die Novelle zum LPVG zu einer Stärkung der Gewerkschaftsbeteiligung und der Stellung der Jugend- und Auszubildendenvertretung.

Hinzu kommen die frauenspezifischen Änderungen des Personalvertretungsrechts, die über Artikel 2 des Landesgleichberechtigungsgesetzes in das Landespersonalvertretungsgesetz Eingang finden werden.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, wir haben durchaus einige Änderungen erreicht, die einen echten Fortschritt bedeuten. Insgesamt gesehen halte ich die im Gesetzentwurf der Landesregierung vorgesehenen Verbesserungen allerdings nur für einen ersten Schritt, dem im Interesse der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und nach meiner Auffassung auch im Interesse der öffentlichen Arbeitgeber weitere Schritte in der nächsten Legislaturperiode folgen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Sieber CDU)

**Stelly. Präsident Dr. Geisel:** In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Rückert das Wort.

**Abg. Rückert CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Rahmen der Koalitionsvereinbarung war festgelegt, daß die Landesregierung das LPVG mit dem Ziel überarbeitet, die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten zu verbessern und die rahmenrechtlichen Vorschriften des Bundes weitgehend auszuschöpfen. Dazu waren und sind wir von der CDU bereit.

Wir haben bereits im Jahr 1993 im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen deutlich gemacht, was wir darunter verstehen: unter anderem die Erweiterung der Zustimmungskataloge, die Erweiterung der Zustimmungsverweigerungsgründe, Maßnahmen zur Frauenförderung, Ausbau der Rechte der Jugend- und Auszubildendenvertretung, Verbes-

serung der Anhörungs- und Beratungsrechte, das aktive und passive Wahlrecht für alle ausländischen Beschäftigten und, und, und.

So weit, so gut.

Was aber dann vom DGB und vom Koalitionspartner an Entwürfen auf den Tisch gelegt wurde, schoß weit über diese in der Koalitionsvereinbarung vereinbarte Zielsetzung hinaus: von einer Quasi-Allkompetenz des Personalrats

(Abg. Hackl GRÜNE: Schrecklich!)

und einer Mitbestimmungs-Generalklausel, die die aus unserer Sicht bewährte Dreistufung Anhörung, Mitwirkung, Mitbestimmung abschaffen sollte,

(Abg. Hackl GRÜNE: Das wäre eine Revolution gewesen!)

über das Recht des Personalrats auf unbeschränkte Hinzuziehung von Sachverständigen auf Kosten der Dienststelle, über das Antragsrecht der Gewerkschaften auf Einberufung von Personalratssitzungen, über die Vermehrung der Zahl der Personalräte bis hin zur Forderung nach Ausweitung der Freistellungsmöglichkeiten für Personalräte.

(Abg. Hackl GRÜNE: Da sind wir bundesweit das Schlußlicht!)

Solche und andere Forderungen hätten aus unserer Sicht in letzter Konsequenz eine weiter gehende Institutionalisierung der Gewerkschaften als Organ der Mitbestimmung in den Verwaltungen und die Ausgestaltung des Personalrats fast zu einer zweiten Personalverwaltung bedeutet.

Dies geht über die vom Bundesrecht geforderte Mitbestimmung hinaus. Es paßt schon gar nicht in eine Zeit leerer öffentlicher Kassen und in das Bemühen, die Verwaltung schlanker und effektiver zu machen. Schließlich wollten wir ja nicht das Eingriffsrecht der Gewerkschaften durch Initiativrechte von außen, sondern die demokratischen Mitwirkungsrechte der Beschäftigten in den Verwaltungen verbessern.

(Zuruf des Abg. Goll SPD)

Zu diesen unterschiedlichen Zielsetzungen der Koalitionspartner kam noch hinzu, daß wir, nach wie vor deutlicher als der Koalitionspartner, einen grundsätzlichen dienstrechtlichen Unterschied zwischen dem öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft sehen. Wir meinen: Die verfassungsrechtliche Sondersituation des öffentlichen Dienstes muß Vorgabe bleiben. An ihr hat sich auch eine Novellierung des Mitbestimmungsrechts auszurichten.

Es gibt nach wie vor besondere Treuepflichten von Beamten und der unkündbaren Angestellten gegenüber dem Staat. Für eine der freien Wirtschaft vergleichbare innerbetriebliche Auseinandersetzung ist hier kein Anlaß gegeben.

Die freie Wirtschaft kennt das Arbeitsplatzrisiko, das dem öffentlichen Dienst weitgehend fremd ist.

Das Betriebsverfassungsgesetz ist geprägt durch den nahezu schon klassischen Gegensatz von Arbeit und Kapital. Ent-

(Rückert)

scheidend für den öffentlichen Dienst ist jedoch die verfassungsrechtliche Demokratie. Die Leitung des Staats stützt sich auf demokratisch gewählte Organe und muß bis hinein in Personalentscheidungen vor dem Wähler Bestand haben. Es kann deshalb keine innerbetriebliche Demokratie gegen die durch Volkswahlen legitimierten Regierungsorgane geben.

(Beifall des Abg. Veigel FDP/DVP)

Personalräte müssen sich nicht der Volkswahl stellen. Ihre Mitbestimmungsrechte finden deshalb ihre Grenzen im Verantwortungsbereich der durch Volkswahl legitimierten Organe, vom Bürgermeister und dem Gemeinderat bis hin zum Landesparlament.

Bei unterschiedlicher Bewertung der Ausgangsposition und bei unterschiedlich gesteckten Zielen — Sie spüren das an den Beiträgen des Herrn Innenministers und von mir ja deutlich — haben wir uns fürwahr sehr, sehr schwer getan, einen Konsens zwischen den Koalitionspartnern zu finden.

(Zuruf des Abg. Veigel FDP/DVP)

In monatelangen, wochenlangen, stundenlangen zähen Verhandlungen haben wir letztlich aber auch unserem Koalitionsauftrag Rechnung getragen und uns aufeinander zubewegt.

(Abg. Veigel FDP/DVP: Unbefriedigend!)

Wir haben den Beschäftigten in vielen Einzelsachverhalten, und zwar dort, wo es mit den Interessen der Bürger und einem geordneten Verwaltungsablauf noch vereinbar war, weitere Mitbestimmungs-, Mitwirkungs- und Anhörungsrechte eingeräumt.

Wir haben ja gesagt zu Maßnahmen der Frauenförderung und zur Wählbarkeit aller ausländischen Beschäftigten. Was darüber hinaus zwischen CDU und SPD schließlich konsensfähig war, hat in dem vom Innenminister eingebrachten Gesetzentwurf seinen Niederschlag gefunden.

Richtschnur für uns jedenfalls war und ist, innerbetrieblich demokratische Rahmenbedingungen für eine Verwaltung so zu gestalten, daß sie sich nicht vorrangig mit sich selbst beschäftigt,

(Abg. Veigel FDP/DVP: Das ist es! Die Gefahr besteht, Herr Kollege!)

sondern ihre Kraft auf die Betreuung der Bürger konzentriert.

In einer Zeit nämlich, in der wir in zwei Stufen 3 000 und zusätzlich 4 000 Stellen abbauen, in der wir um jede zusätzliche Stelle für Lehrer und Polizei ringen, war fürwahr kein Spielraum für irgendwelche Ausweitung der Freistellungsmöglichkeiten für Personalräte.

Wenn die Stellungnahmen zu unserem gemeinsamen Gesetzentwurf — die Stellungnahmen der kommunalen Landesverbände einerseits und die der Gewerkschaften andererseits — so aussehen, daß wir den einen zu weit gegangen sind und aus der Sicht der anderen einen viel zu kleinen ersten Schritt in ihre Richtung gemacht haben, ist das, meine ich, eigent-

lich ein gutes Indiz dafür, daß wir mit dem Gesetzentwurf Maß gehalten

(Zuruf des Abg. Hackl GRÜNE)

und einen guten Mittelweg zwischen den völlig konträren Anspruchsebenen gefunden haben.

Diese maßvolle Reform des LPVG stellt sicher, daß auf Staat und Kommunen keine unverträglich hohen finanziellen Belastungen zukommen und für die Bediensteten dennoch vertretbare innerdienstliche Rahmenbedingungen gegeben sein werden.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Göschel.

Abg. Göschel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Spät kommt sie, doch sie kommt.

(Abg. Veigel FDP/DVP: Unvollkommen!)

Die Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes, von der einige Kollegen des Koalitionspartners schon gehofft hatten, daß sie über den 24. März nächsten Jahres hinausgeschoben werden könnte, ist jetzt dank der Beharrlichkeit der SPD-Fraktion und unseres Innenministers eingebracht

(Abg. Hackl GRÜNE: Wenn er jetzt auch noch „Durchsetzungsfähigkeit“ sagt, dann lache ich! —  
Abg. Veigel FDP/DVP: Ich auch!)

und kann noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Ich betrachte es als einen Erfolg — als unseren Erfolg —, daß jetzt trotz der hinhaltenden Behandlung durch die CDU-Seite ein Gesetz präsentiert werden kann, das eine ganze Latte von teilweise beachtlichen Verbesserungen in Sachen Beteiligung und Mitbestimmung im öffentlichen Dienst mit sich bringt, und zwar Verbesserungen zugunsten der Beschäftigten, aber auch im Sinne einer weiteren Demokratisierung in den Amtsstuben unseres Landes.

(Abg. Hackl GRÜNE: Der glaubt das!)

Auf diese Verbesserungen brauche ich im Detail nicht weiter einzugehen. Sie sind in der Regierungsvorlage aufgelistet. Ich will hier keine Lesung vornehmen. Im übrigen hat der Innenminister Ausführungen gemacht, die ich in diesem Zusammenhang von unserer Seite vollständig unterstützen möchte.

Ich will nur beispielhaft nennen, was uns am Herzen lag: die volle Einbeziehung aller ausländischen Beschäftigten — das ist ein Relikt aus alten Zeiten — so, wie das in allen anderen Bundesländern schon praktiziert ist, endlich auch in Baden-Württemberg, verbesserte Arbeitsbedingungen für die Jugend- und Auszubildendenvertretung und verbesserte Beteiligungsrechte auch für die Frauen. Uns wäre in diesem Zusammenhang die sogenannte harte Quote lieber gewesen, aber es war ohnehin schon schwierig genug, wenigstens das, was jetzt im Gesetz vorgesehen ist, auch durch das Gleichberechtigungsgesetz, durchzusetzen.

(Göschel)

Wie wichtig der SPD die Modernisierung des Personalvertretungsrechts ist, und das schon seit vielen Jahren, läßt sich an der Vielzahl von Verbesserungsvorschlägen, Anträgen und Gesetzentwürfen erkennen, die wir eingebracht haben, die aber in der Vergangenheit jeweils an der Totalblockade der CDU gescheitert sind. Es läßt sich insbesondere daran erkennen, daß wir im Koalitionsvertrag durchgesetzt haben — der Herr Innenminister hat das zitiert —, daß in dieser Legislaturperiode entsprechende Verbesserungen vorzunehmen sind.

Dabei haben wir nicht alles erreicht, was wir gern geändert hätten. Wo die Ursachen dafür liegen, ist hier jetzt schon deutlich geworden. Die Äußerungen des Kollegen Rückert

(Abg. Weimer SPD: Sprachen Bände!)

haben für alle, die sich damit befassen, eine verständliche Sprache gesprochen.

(Zuruf des Abg. Veigel FDP/DVP)

Dieser hier vorgelegte Entwurf ist sowohl von der einen als auch von der anderen Seite zum Teil heftig kritisiert worden:

(Abg. Sieber CDU: Dann ist er gut!)

von den einen, weil er angeblich viel zu weit gehe, und von der anderen Seite, weil er nicht weit genug gehe. Auf die Mitbestimmungsgegner will ich später noch eingehen. Diejenigen, die mit dieser Novelle noch nicht zufrieden sind, und zwar deswegen nicht, weil sie die gewünschte grundlegende Reform der Mitbestimmung nicht mit sich bringt, finden mich an ihrer Seite.

(Beifall des Abg. Veigel FDP/DVP)

Auch wir sind noch nicht zufrieden. Wir werden uns auch mit dem Erreichten in Zukunft nicht zufriedengeben.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der GRÜNEN und des Abg. Veigel FDP/DVP — Abg. Sieber CDU: Nach der Wahl!)

Für manche hat sich nun die Frage ergeben, ob sich die Novellierung angesichts der von mir eingeräumten Unvollständigkeit überhaupt lohne.

(Abg. Veigel FDP/DVP: Ja!)

Wir sind nach ausführlichen Erörterungen mit den Betroffenen, mit den Beschäftigten, mit Personalvertretungen und den Gewerkschaften zu dem Ergebnis gekommen: Es lohnt sich, die durchgesetzten Verbesserungen schon jetzt festzuklopfen. Damit kommen wir im Rennen um das beste deutsche Personalvertretungsgesetz zwar noch nicht aus der Verfolgergruppe heraus,

(Abg. Sieber CDU: Aber an die Spitze der Verfolger! — Zuruf des Abg. Hackl GRÜNE — Abg. Veigel FDP/DVP: An das Mittelfeld!)

aber unser Abstand zum Mittelfeld wird dadurch so weit verringert, daß wir, sobald das in diesem Haus mehrheitsfähig ist, möglichst bald zum Spurt in die Spitzengruppe ansetzen können.

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. Veigel FDP/DVP — Abg. Sieber CDU: Sehr gut!)

Allerdings, Herr Kollege Sieber, habe ich den Eindruck, daß Sie da nicht dabeisein können.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Bremser! — Heiterkeit)

Denn Sie sitzen weiterhin an der Handbremse und versuchen, eine Verbesserung und eine echte Modernisierung aufzuhalten.

(Lachen des Abg. Sieber CDU — Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

Lassen Sie mich noch etwas an die Adresse der Mitbestimmungsgegner und derjenigen, die im Bremserhäuschen sitzen, sagen. Sie werden lernen müssen, daß die notwendigen grundlegenden Reformen des öffentlichen Dienstes nicht ohne die Beschäftigten und ihre Vertretungen zu machen sind.

(Zurufe, u. a.: Genau!)

Sowohl Dienstrechtsreformen als auch einschneidende Strukturveränderungen in den staatlichen und kommunalen Verwaltungen sind nur mit den Beschäftigten, aber niemals gegen sie durchsetzbar. Die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, des öffentlichen Dienstes im Hinblick auf seine Leistungsfähigkeit in der Zukunft und für die Zukunft unseres Landes ist nur mit einer in ihrer Verantwortung gestärkten Personalvertretung möglich. Dabei ist die Regelung der Arbeitsbedingungen nicht als obrigkeitstaatliches Handeln, sondern sinnvollerweise als partnerschaftliches Handeln zu verstehen.

(Beifall des Abg. Hackl GRÜNE)

In dieser Frage werden auch die Gewerkschaften und Verbände noch viel Überzeugungsarbeit in Richtung der von mir aus gesehen rechten Seite sowie in Richtung der Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte leisten müssen.

(Abg. Veigel FDP/DVP: Recht so!)

Zu den Kosten will ich nur eines sagen, Herr Kollege Rückert. Mit dieser Begründung könnten Sie auch das Parlament abschaffen. Das kostet nämlich Geld und behindert manchmal die Regierung in ihrer Bequemlichkeit.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Hackl GRÜNE und Veigel FDP/DVP)

Dennoch ist dieses Parlament weiterhin sinnvoll und notwendig. Ebenso ist es notwendig, daß wir auch in finanzieller Hinsicht für die Personalvertretungen im Land mit Maß etwas mehr tun.

Der Ausschußberatung sehe ich mit Interesse entgegen. Es gibt zu dem Gesetzentwurf einige Eingaben, die wir eingehend zu prüfen haben. Ich mache allerdings schon jetzt darauf aufmerksam, daß Änderungen des eingebrachten Entwurfs nur im Einvernehmen der Koalitionspartner möglich sind. Das relativiert natürlich die Möglichkeiten für weitere Verbesserungen.

(Göschel)

Wir werden jedenfalls unsere Vorstellungen von Mitbestimmung im öffentlichen Dienst weiterverfolgen. Ich hoffe, die CDU wird da etwas lernfähiger als bisher, denn mit dem Mief der Amtsstuben des 19. Jahrhunderts läßt sich das 21. Jahrhundert nicht bewältigen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Hackl GRÜNE und Veigel FDP/DVP – Widerspruch bei der CDU)

Wir werden unsere Vorstellungen weiterverfolgen, wie sie in unserem Gesetzentwurf, den Sie alle kennen könnten,

(Heiterkeit bei der SPD sowie der Abg. Hackl GRÜNE und Veigel FDP/DVP)

dargelegt sind. In diesem Sinne wünsche ich der Mitbestimmung eine gute Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. König.

**Abg. König REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat sprechen die Stellungnahmen der Beteiligten Bände, weil hier wirklich klar wird, wie weit die einzelnen Interessen doch auseinanderliegen. Die Gewerkschaften werten diesen Entwurf als unzureichend bis hin zu enttäuschend, während die kommunalen Landesverbände schwerwiegende bis gravierende Bedenken gegen die Novelle vorbringen. Bedauerlicherweise fließt aber die Meinung der zahlenmäßig größten Gruppe der Bediensteten der öffentlichen Hand, nämlich die der nicht gewerkschaftlich Organisierten, in diese öffentliche Diskussion nicht mit ein.

(Abg. Nagel SPD: Macht ihr das jetzt?)

Es gibt eine ganze Reihe von Personalräten und Betriebsräten, die von nicht gewerkschaftlich Organisierten dominiert sind.

(Abg. Veigel FDP/DVP: Ist doch in Ordnung!)

– Von diesen kann man sehr viel lernen, genau.

(Zurufe von der SPD)

Gerade bei solchen unabhängigen Arbeitnehmervertretungen läßt sich beobachten, daß diese viel mehr hausspezifisch, das heißt dienststellenbezogen, arbeiten können, weil sie ja keiner Gewerkschaftsdoktrin unterworfen sind.

(Abg. Weyrosta SPD: Ist doch alles Quatsch, was Sie da sagen! – Abg. Veigel FDP/DVP: Oh!)

Wir brauchen Personalvertretungen, die sich weniger an verbandspolitischen Globalinteressen und mehr an den Vor-Ort-Interessen der Beschäftigten, aber auch der Arbeitgeber, also der Dienststellen, ausrichten.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Veigel FDP/DVP: Hoffentlich! – Abg. Weyrosta SPD: Völlige Fehleinschätzung! – Abg. Schmiedel SPD: Dummes Zeug!)

In diesem Sinne ist eigentlich die Stärkung der Gewerkschaftsbeteiligung gerade das Falsche. Das Gegenteil wäre angebracht gewesen.

(Abg. Weyrosta SPD: Sicher! Daß Sie die Gewerkschaften nicht lieben, wissen wir!)

Denn auf diesem von mir vorher beschriebenen Weg entsteht das, was doch letztendlich Ziel sein sollte, nämlich eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Dienststelle und Personalvertretung.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Weyrosta SPD: Ach, wie schön!)

Die Neufassung des § 66 Abs. 1 zeugt von wenig Vertrauen und Zuversicht zu einer freiwilligen partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Ich persönlich habe bisher immer geglaubt, daß nur Kriegsgegner per Gesetz dazu verpflichtet werden müssen, in bestimmten Zeiträumen zu gemeinschaftlichen Besprechungen zusammenzukommen, aber auch bei Personalratsvorsitzenden und Dienststellenleitern muß dies in dieses Gesetz verpflichtend aufgenommen werden.

Meine Damen und Herren, dieser Gesetzentwurf erweitert die einzelnen Rechte und dann natürlich auch die Aufgaben der Personalräte ganz beträchtlich. Diese Erweiterung bedeutet aber auch – wenn sie es gewissenhaft machen wollen – eine Zunahme des Arbeitsaufwands bei diesem Personalrat und natürlich insbesondere bei dessen Vorsitzenden. Mehrarbeit erfordert bekanntlich mehr Zeit,

(Abg. Veigel FDP/DVP: Das stimmt, ja!)

aber eine entsprechende Ausweitung der Freistellungsregelung für Personalräte bzw. Vorsitzende fehlt hier gänzlich. Das ist inkonsequent, aber somit auch typisch für diese große Koalition.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich habe den Eindruck, daß hier wieder einmal Aktionismus vorgespielt wird, um noch kurz vor Toresschluß einen Punkt der Koalitionsvereinbarung abhaken zu können.

(Abg. Sieber CDU: Mit dieser Rede machen Sie keinen halben Punkt!)

Dieser Gesetzentwurf ist ein weiteres Beispiel in der unendlichen Reihe von untauglichen, ja krampfhaften Versuchen der Landesregierung, nicht vorhandene Handlungsfähigkeit vorzutauschen.

(Beifall bei den Republikanern)

Wie oberflächlich hier gearbeitet wurde, möchte ich am Beispiel der Aussage über die Kosten aufzeigen. Da steht: „Mit höheren Personal- und Sachkosten ... ist ... zu rechnen.“ Dann werden auch noch die Gründe aufgeführt. Weiter heißt es: „Die Höhe der Kosten kann nicht konkret beziffert werden.“

Herr Innenminister, auf Mark und Pfennig will das auch niemand wissen. Aber zumindest die Größenordnung, in welchem prozentualen Bereich Mehrkosten für die Kommunen und das Land zu erwarten sind, sollten Sie angeben.

(König)

Hier wird ein Gesetzentwurf vorgelegt, der das Land und die Kommunen Geld kostet, aber das Innenministerium ist nicht in der Lage, hier wenigstens in etwa eine Richtschnur der auf sie zukommenden Belastungen aufzuzeigen. Wenn wir Republikaner einen Gesetzentwurf einbringen würden, der den Kostenfaktor so unberücksichtigt ließe, möchte ich Sie einmal hören, Herr Innenminister, wie Sie uns vorwerfen würden, wir seien nicht in der Lage, etwas Vernünftiges zu machen.

(Abg. Goll SPD: Stimmt ja auch!)

Ich behaupte: Das ist auch nicht vernünftig. Also ist die Landesregierung in der gleichen Situation wie wir Republikaner.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich darf für meine Fraktion sagen: Wir schließen uns voll und ganz der Bitte des Städtetags an, der sagt: Ziehen Sie diesen Gesetzentwurf zurück!

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Göschel SPD: Und dann?)

— Lassen, wie es ist.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort hat Herr Abg. Hackl.

(Abg. Weyrosta SPD: Hätten Sie Ihre Rede doch lieber zu Protokoll gegeben! Dann hätten Sie uns Zeit gespart!)

**Abg. Hackl GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Gut Ding will Weile haben.“ Dieses Sprichwort findet leider auf diese Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes keine Anwendung; schon eher gilt ein anderes: Der Berg kreiße, und er gebar eine Maus.

Interessant ist übrigens auch die Ministerbegründung zu diesem Gesetz. Er hat über weite Teile ja nicht das Gesetz begründet, sondern dargestellt, warum dieser Gesetzentwurf unzureichend ist.

Das Landespersonalvertretungsgesetz wird durch diese Novelle nicht wesentlich verbessert, wenn man vom Ende der Diskriminierung von Nicht-EU-Ausländern einmal absieht. Daß bislang ein Schweizer Beschäftigter einer baden-württembergischen Behörde nicht Personalrat werden konnte, war ein schlimmes Ärgernis, das mit diesem Gesetzentwurf wenigstens beseitigt wird.

(Zuruf von der CDU: Der Ärmste!)

Nichtsdestotrotz gilt, daß mit dieser Gesetzesnovelle Baden-Württemberg weiterhin bundesweit in puncto Mitbestimmung das Schlußlicht bleibt. Selbst Bayern ist hier in einigen Bereichen besser, wenn man sich beispielsweise die Freistellungsregelungen anschaut. Der Grund für diese Rückständigkeit ist — das haben auch schon Vorredner richtig gesagt — die Blockadehaltung der CDU. Ich meine, meine Damen und Herren von der CDU, daß Sie mit dieser Blockadehaltung diesem Land und auch seiner Verwaltung einen Bärendienst erweisen. Ich will dies begründen:

Jede Verwaltungsreform lebt von der Initiative und Mitwirkung der Beschäftigten. Ohne entsprechende Mitwirkungsmöglichkeiten bleiben aber die Beschäftigten und ihre Vertreter bei allen Reformen eher das fünfte Rad am Wagen. Sie werden nicht zu Akteuren und Gestaltern der Reformen. Hier wird ein wichtiges Potential verschenkt.

Meine Damen und Herren, daß viele Behörden die Mitsprache der Beschäftigten nicht nur nicht als lästig, sondern als Chance begreifen, zeigen viele Kommunen. So räumt beispielsweise die Stadt Stuttgart dem Personalrat in einer Dienstvereinbarung bei der Reform ihrer defizitären Krankenhäuser umfassende Mitbestimmungsrechte ein. Dazu ist aber die CDU im Landtag von Baden-Württemberg nicht in der Lage.

Meine Damen und Herren, wenn Sie hier nicht umdenken, gefährden Sie den Erfolg einer notwendigen Reform unserer Verwaltung und erweisen sich einmal mehr als das Modernisierungshindernis in unserem Land.

(Beifall des Abg. Krieg GRÜNE)

Konkret haben wir an diese Gesetzesnovelle sechs Mindestforderungen für notwendige Veränderungen.

Erstens: Wir fordern ein allgemeines Initiativrecht des Personalrats für alle sozialen und personellen Angelegenheiten und einen Anspruch auf Entscheidung durch den Dienstherrn. Der Personalrat soll seine Dienststelle aktiv mitgestalten können.

Zweitens: Wir fordern eine echte Mitbestimmung für den Personalrat. Der Personalrat muß ein echter Verhandlungspartner der Verwaltung werden.

(Abg. Veigel FDP/DVP: War er bisher unecht?)

Bislang kann er seine Zustimmung nur in ganz wenigen Fällen verweigern. Wir wollen hier die Möglichkeit des echten Aushandelns geben. Wir wollen den Personalrat aus der Position eines Neinsagers herausbringen und ihn zu einem gleichwertigen Akteur machen. Eine solche Regelung besteht zum Beispiel heute schon in dem nun wirklich ideologisch unverdächtigen Land Thüringen, und daran könnten wir uns vielleicht ein Beispiel nehmen.

Drittens: Wir fordern, daß in Zukunft keine mitbestimmungspflichtigen Entscheidungen am Personalrat vorbei getroffen werden. Bislang war es möglich, daß der Dienstherr den Personalrat vor vollendete Tatsachen gestellt hat, ohne daß dieser sich dagegen wehren konnte. Wir wollen deshalb dem Personalrat die Möglichkeit des einstweiligen Rechtsschutzes geben.

Viertens: Wir fordern auch, daß die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beschäftigten durch die Verwaltungsreform nicht verschlechtert werden dürfen, wie es im Moment schleichend geschieht. Mit jeder Ausgliederung etwa der Stadthallen oder der Schwimmbäder und deren Umwandlung in Eigenbetriebe werden die Mitbestimmungsmöglichkeiten verschlechtert. Zum einen steht dem Konzern Stadt bislang mangels Zuständigkeit kein gleichwertiger Konzernpersonalrat gegenüber. Zum anderen fallen bei immer kleineren Betriebsgrößen auch Mitspracherechte und Freistel-

(Huckl)

lungsmöglichkeiten weg, und das verschlechtert natürlich die Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Fünftens: Wir fordern, daß in Zukunft auch wissenschaftliche Mitarbeiter und Hilfskräfte an den Universitäten nicht weiter von jeder Mitbestimmungsmöglichkeit ausgeschlossen sein sollen. Die Freiheit von Forschung und Lehre, meine Damen und Herren, kann hier nicht vordemokratische Zustände rechtfertigen.

Sechstens: Wir wollen auch die Arbeitsmöglichkeiten des Personalrats verbessern. Wir prüfen deshalb zur Zeit, in welchem Umfang die kargen Freistellungsregelungen in Baden-Württemberg ausgeweitet werden können.

Meine Damen und Herren, ohne die Aufnahme dieser sechs Punkte in die Novelle bleibt sie Stückwerk, und Baden-Württemberg verharret, um im Bild des Herrn Kollegen Göschel zu bleiben, auf einem Abstiegsplatz.

Wir werden im Innenausschuß entsprechende Änderungsanträge stellen und hoffen auf Ihre Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Veigel.

**Abg. Veigel FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung des Landespersonalvertretungsrechts war, wie man nun hört, eine schwierige Zangengeburt. Und ob diejenigen, die dieses Kind für die große Koalition auf die Welt gebracht haben, damit glücklich werden, ist noch lange nicht ausgemacht. Der Herr Innenminister schränkt ein und sagt — ich zitiere —: „Diese Neuregelung schreibt lediglich das bisherige Recht fort.“ Für die einen jedenfalls, die eine umfassende Ausweitung der Mitbestimmung auf ihre Fahnen geschrieben haben und dafür seit vielen Jahren kämpfen, ist der vorliegende Gesetzentwurf zumindest enttäuschend, und für die anderen, die davon nur negative Entwicklungen erwarten, schlichtweg nicht akzeptabel, zumal sie das bestehende Landespersonalvertretungsgesetz für ausreichend halten.

Man hört auch aus den Beiträgen der Befürworter und der Weniger-Befürworter heraus, daß keine überwältigende Begeisterung für diesen Gesetzentwurf vorhanden ist. Man hört förmlich die Qual und das Zähneknirschen derer, die diesen Kompromiß miteinander ausgehandelt haben. Von Begeisterung also keine Spur.

(Abg. Weyrosta SPD: Das Zähneknirschen erscheint nicht im Protokoll!)

— Bitte?

(Abg. Weyrosta SPD: Das Zähneknirschen können Sie aber nicht im Protokoll lesen!)

— Wenn es nicht kommt, dann kommt es halt nicht; ich habe es gesagt.

(Heiterkeit)

Am härtesten, meine Damen und Herren, geht der Deutsche Beamtenbund mit diesem Gesetzentwurf ins Gericht. Für

ihn ist das Ganze ein reines Alibipapier — dieser Auffassung möchte ich mich anschließen —, weil nach seiner Auffassung keine wesentliche Verbesserung der demokratischen Mitwirkung und der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten erreicht werden kann.

Auch die Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes — jetzt kommt die linke Seite — ist alles andere als freudig zustimmend. Auch ihm kommen die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer viel zu kurz; man hat es gehört, Herr Göschel.

Aber nicht nur Beamtenbund und DGB äußern sich enttäuscht bis ablehnend, negative Reaktionen in bezug auf unzureichende Mitbestimmungsmöglichkeiten des vorliegenden Gesetzentwurfs kommen von allen — ich betone: von allen — berufsständischen Organisationen und Gewerkschaften.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Schmeißt ihn doch in den Papierkorb!)

— Ich sage es nachher; ich empfehle so etwas.

(Abg. Drexler SPD: Machen Sie doch einen Vorschlag! Legen Sie Ihre Vorstellungen dar! Nicht nur herumjammern!)

— Moment, ich mache meinen Vorschlag.

Aus ganz anderen Gründen wiederum lehnen die drei kommunalen Landesverbände den vorliegenden Gesetzentwurf ab. Sie befürchten, daß die im Gesetzentwurf vorgesehene Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten zu erheblichen Reibungsverlusten in den Kommunalverwaltungen führen wird. Das kann ich mir auch bildlich vorstellen.

(Unruhe bei der SPD)

So ist der Landkreistag beispielsweise der Auffassung, daß sich die Verwaltungen — und jetzt kommt es, meine Herren von der SPD —

(Zurufe von der SPD: Aha!)

noch mehr als bisher mit ihren internen Angelegenheiten beschäftigen müßten, wenn das Gesetz so beschlossen würde. Und dann spricht man von der schlanken Verwaltung.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Weimer?

**Abg. Veigel FDP/DVP:** Aber gerne.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Weimer.

**Abg. Weimer SPD:** Herr Kollege Veigel, erinnere ich mich richtig, daß Ihr Vorgänger,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wer war das?)

der in Ihrer Fraktion für den öffentlichen Dienst zuständige Kollege Vollmer, und auch der hier anwesende Kollege Pfister über 20 Jahre hinweg genau andersherum argumentiert haben, und räumen Sie ein, daß es sehr bemerkenswert ist, welche ausgesprochen interessante Kehrtwendung um 180

(Weimer)

Grad die FDP/DVP-Fraktion in Sachen LPVG im Moment macht?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD — Abg. Dr. Eckert REP: Wende zur Vernunft!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Veigel.

**Abg. Veigel FDP/DVP:** Herr Kollege Weimer, Sie haben den Kollegen Pfister hier als Zeugen aufgerufen.

(Abg. Weimer SPD: Da ist er!)

Herr Präsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Pfister?

(Große Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Er hat keine gestellt. Folglich kann ich ihm das Wort nicht erteilen.

**Abg. Veigel FDP/DVP:** Meine Damen und Herren, lassen Sie mich fortfahren.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

— Hilferuf? Wir sprechen doch nicht vom Hilferuf.

Meine Damen und Herren, die Personal- und Organisationshoheit des Dienstherrn — — .

(Anhaltende Unruhe)

Herr Präsident, sorgen Sie einmal für Ruhe bei dieser aufgeregten Versammlung.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Ich habe den Eindruck, daß sich jetzt die Freude gelöst hat.

Bitte fahren Sie fort.

**Abg. Veigel FDP/DVP:** Die Personal- und Organisationshoheit des Dienstherrn könne erheblich beeinträchtigt werden, und aufgrund verstärkter Personalratsarbeit mit den damit verbundenen Freistellungen werde es insgesamt zu einem höheren Personalaufwand in den Kommunalverwaltungen kommen, wie Herr Kollege Rückert vorhin geltend gemacht hat.

Der Gemeindetag äußert gar verfassungsrechtliche Bedenken hinsichtlich des vorgesehenen Teilnahme- und Mitberatungsrechts der Personalvertretung im Gemeinderat.

Daraus folgt als Resümee: Dieser Gesetzentwurf steht unter einem schlechten Stern. Er wird jedenfalls, wenn er so beschlossen wird, zu erheblichen Auseinandersetzungen in der Praxis führen. Das kann ich Ihnen aus meiner kommunalen Praxis sagen. Das ist bereits absehbar.

(Abg. Weyrosta SPD: Wie hätten Sie es denn gern, Herr Kollege? Wie hätten Sie es gern? — Gegenruf des Abg. König REP: Lassen, wie es ist!)

— Herr Weyrosta, der Koalitionspartner SPD konnte zwar das politische Ziel einer Fortschreibung durchsetzen. Doch auch in dieser wichtigen politischen Frage hatte die Sozial-

demokratie hierzulande wieder einmal die Rechnung ohne den schwarzen Wirt gemacht. Und so ist auch die weitere Entwicklung programmiert.

Wie soll es nun weitergehen, Herr Weyrosta

(Abg. Dr. Caroli und Abg. Weyrosta SPD: Jetzt kommt es!)

— ja, Moment —, mit dem ungeliebten Gesetzentwurf, den die kommunalen Landesverbände

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

entschieden ablehnen, der von den Gewerkschaften nach dem Motto „Besser als gar nichts“ und aus Gründen der Solidarität mit der SPD akzeptiert wird?

So, und jetzt hören Sie einmal gut zu.

(Abg. Weyrosta SPD: Jetzt kommt es! — Abg. Drexler SPD: Sie haben noch gar nichts gesagt! — Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Ich darf Sie bitten, zum Schluß zu kommen. Ihre Redezeit ist längst abgelaufen.

(Zuruf von der SPD: Er hat doch noch gar nichts gesagt!)

**Abg. Veigel FDP/DVP:** Wenn die Geschäftsordnung des Landtags es zuließe, könnte heute bereits über den Gesetzentwurf endgültig abgestimmt werden, weil er ja doch nicht geändert wird. Beide Seiten, die schwarze wie die rote, können sich keinen Gesichtverlust erlauben. Bei den anstehenden Beratungen des Innenausschusses, sofern diese Beratungen ihren Namen überhaupt verdienen, wird sich jedenfalls nichts tun.

(Abg. Weyrosta SPD: Aber jetzt sagen Sie doch einmal, was Sie wollen!)

Die Situation ist absolut unbefriedigend. Aber sie ist typisch für das, was noch von einer großen Koalition zu erwarten ist, nämlich gar nichts.

(Beifall des Abg. Pfister FDP/DVP — Zuruf von der SPD: Er hat nichts gesagt! Und da klatschen Sie noch!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Die Redezeiten sind auch ausgeschöpft. Wir haben noch über das weitere Schicksal dieses Gesetzentwurfs zu befinden. Ich gehe davon aus, daß er zur weiteren Beratung an den Innenausschuß überwiesen werden soll. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Punkt 7 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Drittes Gesetz zur Bereinigung des baden-württembergischen Landesrechts (Drittes Rechtsbereinigungsgesetz — 3. RBERG) — Drucksachen 11/6379, 11/6558**

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Die Fraktionen sind übereingekommen, diesen Gesetzentwurf ohne Beratung an den Innenausschuß zu überweisen. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Punkt 8 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion Die Republikaner — Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsstellung der Mitglieder der Landesregierung — Drucksache 11/6424**

Das Präsidium hat folgendes festgelegt: Der Gesetzentwurf soll mit einer Redezeit von 5 Minuten begründet werden. Dem schließt sich eine Aussprache mit einer Redezeit von 5 Minuten je Fraktion an.

Zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Abg. Deuschle das Wort.

**Abg. Deuschle REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erstmals in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg gehören dem Verfassungsorgan Landesregierung Mitglieder an, die sich wiederholt und demonstrativ zu ihrer Mitgliedschaft in einer von Bundes- und Landesregierung als verfassungsfeindlich erklärten Organisation bekennen.

(Zuruf: Na so was!)

Seit Jahren unterliegt die von den Regierungsmitgliedern Frau Unger-Soyka SPD und Herr Weinmann SPD protegierte linksextremistische Organisation VVN-BdA wegen ihrer postkommunistischen Agitation gegen den demokratischen Verfassungsstaat der Überwachung durch die Landesämter für Verfassungsschutz.

(Beifall bei den Republikanern)

Nach den bisher in Baden-Württemberg von Landesregierungen und Landtag einvernehmlich verlautbarten Auffassungen zeichnen sich diese extremistischen Organisationen durch ihre immanente Verfassungsfeindlichkeit aus und gefährden die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: So ein saublödes Geschwätz!)

Die in der Vergangenheit von Parlament und Regierung beschworene Unteilbarkeit in der Bekämpfung des Extremismus wird aber durch die erstmalig in der 11. Legislaturperiode bewußt erfolgte Hinzunahme von Personen in die Landesregierung, die sich offen zur Mitgliedschaft in dieser linksextremistisch bestimmten Organisation, also in dieser kommunistischen VVN-BdA, bekennen, für jedermann sichtbar aufgegeben.

Die Mitglieder der Landesregierung haben nach dem Ministergesetz die Pflicht, bei Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung für deren Erhaltung einzutreten. Gefährdungen der eben genannten Art gehen nach landläufiger Lesart von diesen Organisationen aus. Ob diese Einstufung durch den jeweiligen Innenminister zu Recht erfolgt oder bisweilen nur eine politisch motivierte Denunziation darstellt,

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

steht auf einem anderen Blatt.

(Abg. Weimer SPD: Ist Herr Schönhuber eigentlich immer noch bei euch Mitglied? Ist Herr Schönhuber immer noch Mitglied?)

Es stellt somit einen unerträglichen Zustand dar, wenn ein Mitglied der Landesregierung einerseits für die Erhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung eintreten muß, andererseits aber einer Organisation angehört, deren Ziele im Widerspruch zum Erhalt der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.

(Abg. Drexler SPD: Wo denn?)

Bei Frau Minister Unger-Soyka und Herrn Weinmann ist genau dies der Fall.

(Beifall bei den Republikanern)

Beide gehören nicht nur der Landesregierung, sondern auch der sogenannten „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ an,

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

die seit Jahren als verfassungsfeindliche Organisation eingestuft wird.

Zutreffend hat Herr Finanzminister Mayer-Vorfelder vor kurzem diesen unhaltbaren Zustand hier kommentiert und angemahnt,

(Abg. Weyrosta SPD: Das ist sein persönliches Problem, Herr Kollege! Das ist sein persönliches Problem!)

daß — ich zitiere — „mit einer solchen Mitgliedschaft in einer linksextremistischen Vereinigung niemand in den öffentlichen Dienst käme“.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Weyrosta SPD: Der wird sich für Ihren Beifall schön bedanken!)

Dafür aber kommt er dann in die Landesregierung, also in ein öffentlich-rechtliches Amtsverhältnis.

(Abg. Weimer SPD: Bei euch würden mir auch ein paar einfallen!)

Ich frage mich, wie man als Ministerin oder als Staatssekretär einen Amtseid leisten kann, in dem die Verpflichtung zur Wahrung von Verfassung und Recht beschworen wird,

(Abg. Weyrosta SPD: Das müssen gerade Sie sagen!)

aber gleichzeitig in einer Organisation mitmachen kann, die von Herrn Oettinger am 11. August 1995 zu Recht als „letzte Wagenburg des Kommunismus“ bezeichnet wurde.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Weyrosta SPD: Der hat auch keine Ahnung! Lesen Sie einmal den Verfassungsschutzbericht!)

Zweitens: Das Innenministerium hat in den letzten Jahren wiederholt die fortbestehenden personellen Verflechtungen mit der DKP,

(Abg. Drexler SPD: Was?)

(Deuschle)

die frühere Finanzierung durch die Mauermörderpartei SED und die nach wie vor auf der – –

(Lachen bei der SPD)

– Sie lachen, wenn man hier die SED, die für Hunderte von Morden verantwortlich ist, so bezeichnet.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Weimer SPD: Aber Sie vertreten alte Nazis und reden so daher!)

Das ist eine Diffamierung der politischen Gegner der SED.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD – Abg. Weimer SPD: Sie reden hier für Altnazis, und das ist der Skandal!)

– Ich habe nicht davon geredet, aber, Herr Kollege Weimer, wie Sie reagieren, zeigt, daß Sie sich hier getroffen fühlen und daß Sie ein schlechtes Gewissen haben.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Nach wie vor besteht auf der Führungsebene eine linksextremistische Beeinflussung der VVN.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sagen Sie doch einmal etwas zu Herrn Käs!)

Dies hat erst vor kurzem der Bundesinnenminister Kanther wieder festgestellt. Dazu sollten Sie nachher hier vielleicht Stellung nehmen.

(Abg. Weyrosta SPD: Sie haben es gerade nötig!)

Wer als Mitglied der Landesregierung demonstrativ in einer solchen Organisation mitmacht, der legitimiert diese Organisation.

(Abg. Weyrosta SPD: Sie haben es gerade nötig, über die VVN zu reden! Gerade Sie! – Abg. Drexler SPD: Machen Sie das Mikrofon nicht kaputt!)

– Herr Kollege Drexler, Sie waren auch schon besser.

(Abg. Drexler SPD: Aber Sie noch nie!)

Da hilft auch drittens die Ausrede, daß in der VVN, abgesehen von den bösen Buben an der Spitze, lauter harmlose Antifaschisten seien, nichts. Denn entweder gilt diese Einstufung durch das Innenministerium, und dann für alle, oder aber das Grundrecht nach Artikel 3 des Grundgesetzes wird ausgehebelt. Entweder der Staat grenzt sich auch nach links ab, oder es wird hier eben eine Organisation hoffähig gemacht.

Es dürfte für jeden klar sein, daß die Mitgliedschaft von Frau Unger-Soyka und Herrn Weinmann in einer verfassungsfeindlichen Organisation als Legitimierung für deren Ziele verwendet wird. Dadurch wird bewußt die Grenze zwischen linkem SPD-Flügel und Linksextremismus verwischt.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Weyrosta SPD: So stellt sich Klein-Mäxchen die Politik vor! – Zuruf des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Wenn schon eine Ministerin unangefochten in der VVN Mitglied sein kann, warum dann nicht ein nachgeordneter Mitarbeiter? Was soll dann die offenbar belanglose Erwähnung im Verfassungsschutzbericht? Oder ist dann der nächste Schritt die Schlußfolgerung, daß die VVN wegen ihrer Minister-Mitglieder nicht mehr als verfassungsfeindlich angesehen wird? Also nach dem Motto: Links ist alles erlaubt, was gefällt, aber was rechts der Mitte steht,

(Abg. Drexler SPD: „Rechts der Mitte“!)

wird pauschal unter Gesinnungsverdacht und Verfolgung gestellt

(Beifall bei den Republikanern)

und mit der Faschismuskeule niedergemacht.

(Abg. Drexler SPD: Sie werfen im Kohlenkeller noch Schatten!)

Wo bleiben hier eigentlich die Hüter der politischen Korrektheit in diesem Land, die ja sonst jede Gefahr für die Demokratie anmahnen? Offensichtlich wird hier mit unterschiedlichem Maß gemessen.

Erst vor kurzem demonstrierten VVN-Vertreter Arm in Arm mit Antifa-Gruppen, die – ich zitiere – „Destabilisierung der Bundesrepublik Deutschland“ als Ziel angaben, gegen das Studienzentrum Weikersheim. Keiner vom linken Flügel dieses Hauses nahm daran Anstoß. Man stelle sich umgekehrt vor: Vertreter dieses Studienzentrums würden zusammen mit Neonazis auftreten. Ein Aufschrei der antifaschistischen Entrüstung ginge durch das Land,

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das haben Sie auch schon getan! Was heißt „man stelle sich vor“? So war es doch schon!)

an der Spitze wahrscheinlich die ehrenwerten Genossen von SPD/VVN.

(Beifall bei den Republikanern)

Ein weiterer Aspekt:

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sind die 5 Minuten bald um?)

Die Satzung der angeblich so harmlosen VVN vom 19./20. März 1994 in Heilbronn enthält in § 2 die entlarvende Formulierung, daß die VVN für die – ich zitiere – Verwirklichung der antifaschistisch-demokratischen Grundbestimmungen des Grundgesetzes und der Landesverfassung eintrete. Ganz gezielt wird die Verpflichtung auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung vermieden.

(Abg. Drexler SPD: Was? – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Statt dessen wird eine Diktion gewählt, die man im PDS-Umfeld vermutet, aber nicht im demokratischen Spektrum erwartet.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Über was reden Sie eigentlich?)

(Deuschle)

Bezeichnend ist auch noch ein anderer Punkt in der VVN-Satzung. Da ist von einem Schwur von Buchenwald, Vernichtung des Faschismus, die Rede. Von den Opfern und dem namenlosen — —

(Abg. Weyrosta SPD: Was haben Sie dagegen?)

— Dagegen habe ich gar nichts.

(Unruhe bei der SPD)

Aber von den Opfern und dem namenlosen Terror im kommunistischen Konzentrationslager Buchenwald nach 1945 ist keine Rede, und das geht nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Weinmann SPD: Das ist das Dämmste, was ich je gehört habe!)

— Daß Sie das nicht verstehen, ist mir schon klar.

(Abg. Weyrosta SPD: Sie haben historisch überhaupt keine Ahnung, und deshalb reden Sie so einen Mist daher!)

Mit Humanität und Frieden — —

(Große Unruhe — Abg. Dr. Weingärtner SPD: Deutschnationaler Demagoge!)

— Herr Kollege Weyrosta, ich weiß, Ihre Zeit hier im Landtag geht jetzt zu Ende. Bitte nehmen Sie doch noch als Demokrat diese Möglichkeit hier und heute wahr.

(Lebhafter Beifall bei den Republikanern — Abg. Jacobi GRÜNE: Der Unterschied ist: Seine geht freiwillig zu Ende, Ihre nicht! — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Mit Humanität und Frieden hat diese Organisation nichts am Hut,

(Abg. Dr. Weingärtner SPD: So ein demagogisches Geschwätz! — Zurufe der Abg. Weyrosta SPD und Jacobi GRÜNE)

aber viel mit der totalitären Herrschaft des Kommunismus.

In einer solchen Vereinigung tummeln sich nun Mitglieder der Landesregierung. Dieser unhaltbare Zustand muß schnellstens beendet werden.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Weyrosta SPD: Das ist der größte Dreck, den ich je gehört habe! — Abg. Drexler SPD: Unverschämtheit!)

Es ist ein unrühmliches Verdienst des Ministerpräsidenten Teufel, der leider nicht da ist, der VVN zu ministrablen Mitgliedern verholfen zu haben.

(Abg. Weinmann SPD: Selten habe ich so ein Brechmittel gehört!)

Deshalb schlagen wir Republikaner vor,

(Abg. Weimer SPD: Sie sind ein Ferkel!)

mit der vorgeschlagenen Ergänzung von § 6 Abs. 3 des Ministergesetzes diesen Mißstand ein für allemal zu beenden. Das Verfassungsorgan Landesregierung darf nicht länger in verfassungsgefährdendem Zwielflicht durch die kompromittierende Zugehörigkeit einzelner Mitglieder zu diesen Organisationen beschädigt werden.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Mit Ausnahme des Linksaußenflügels in diesem Haus

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

müßten eigentlich alle Demokraten in diesem Haus dieser Gesetzesinitiative zustimmen.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Lang.

**Abg. Dr. Lang CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe noch einmal nachgeschaut, ob der Tagesordnungspunkt stimmt; denn mein Vorredner hat viel gesprochen, aber nichts zum Tagesordnungspunkt.

(Abg. Kurz CDU: So ist es!)

Es ist unerhört, wenn man die Einbringung eines Gesetzentwurfs zum Anlaß nimmt, gegen eine Organisation und gegen zwei Minister zu wettern,

(Abg. Deuschle REP: Einen Minister!)

ohne zu begründen, warum man dazu eine Gesetzesänderung benötigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Ich sage deshalb für die CDU-Fraktion: Wir werden keine Überweisung beantragen, sondern diesen Gesetzesantrag heute ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Wenn Sie das wollen, was Sie sagen, dann stellen Sie einen Antrag, daß die Ministerin und der Staatssekretär entlassen werden; dann kann man darüber reden.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Sehr gut! — Abg. Deuschle REP: Aha!)

Ihr Antrag lautet aber in dürren Worten so, das Strafgesetzbuch dadurch zu erweitern, daß man sagt: Auch der Diebstahl eines Fahrrads ist ein Diebstahl.

Meine Damen und Herren, seien wir uns doch im klaren darüber: Zur Erhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist jeder Beamte, jeder Abgeordnete, jeder Minister verpflichtet. Wenn das nicht reicht, dann lesen Sie Artikel 48 der Landesverfassung. Den dort angeführten Eid leistet jeder, der in diesem Land Minister wird. Was er dort beschwört, das ist die Erhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

(Dr. Lang)

Das bedarf keiner Ergänzung, das bedarf keiner Erörterung. Alles andere gehört nicht zum Sachverhalt, und deshalb lehnen wir den Gesetzentwurf ab, und zwar heute, nicht erst nach der Ausschlußberatung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der GRÜNEN und der FDP/DVP sowie des Abg. Kurz CDU — Abg. Dr. Weingärtner SPD: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bebber.

**Abg. Bebber SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es fällt einigermaßen schwer, in Ruhe und Gelassenheit auf das zu antworten, was von rechts außen verspritzt worden ist: nationalistische trübe Brühe.

Wenn richtig wäre, was Sie in bezug auf zwei Minister behaupten, wären Sie morgen mit der gleichen Begründung aus diesem Parlament draußen.

(Abg. Deuschle REP: A wa!)

Sie wissen, daß der Verfassungsschutz Sie wegen gerichtlich bestätigten Verdachtsmoments der Verfassungsfeindlichkeit überwacht. Wenn Sie hier so auftreten, dann hat das die Überzeugungskraft eines Zuhälters,

(Abg. Deuschle REP: Also bitte!)

der über Sexualmoral und gute Sitten redet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Mir ist bekannt, daß der Ministerpräsident gegenüber dem Landtagspräsidenten schriftlich geäußert hat, es gebe kein Regierungsmitglied, das einer für verfassungsfeindlich erklärten Organisation angehört. Ich gehe davon aus, daß der Ministerpräsident das auch Ihnen gegenüber jederzeit erklärt.

Ich weiß nicht, ob das, was Sie in Mayer-Vorfelders Mund gelegt haben, stimmt. Ich kann es mir schier nicht vorstellen, denn das Finanzamt Stuttgart hat den VVN-BdA als gemeinnützig anerkannt.

(Heiterkeit des Abg. Bütikofer GRÜNE — Abg. Troll REP: Gemein, ja!)

Ich gehe davon aus, daß, wenn alle die Behauptungen, die hier von Ihnen aufgestellt wurden, stimmen würden, insbesondere auch die Behauptung dessen, was Herr Minister Mayer-Vorfelder gesagt haben soll, er längst tätig geworden wäre, um das zu korrigieren.

Ich möchte, weil Sie die Gelegenheit genutzt haben, in diesem Parlament entsprechend zu agitieren, einigermaßen gelassen versuchen, Ihnen das zurückzugeben, was Ihnen gehört.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Straub:** Herr Abg. Bebber, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Deuschle?

**Abg. Bebber SPD:** Von jedem anderen, aber bestimmt nicht aus dieser Ecke,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD — Lachen bei Abgeordneten der Republikaner — Abg. Deuschle REP: Ach, komm! Das ist Schwäche!)

und schon gar nicht bei diesem Anlaß.

Sie werden auch von seiten der Presse zu Recht als Brandstifter bezeichnet. Ich zitiere:

Jetzt findet Innenminister Birzele die Bestätigung dafür, daß es richtig war, die Republikaner vom Verfassungsschutz überwachen zu lassen. Die Rechtsausleger haben bei ihrem Landesparteitag ihr wahres Gesicht gezeigt. Wer das politische Klima hierzulande mit der Stasi-Diktatur der untergegangenen DDR vergleicht und wer den Innenminister bezichtigt, er habe dem Land und seinen Menschen mehr Schaden zugefügt, als die alliierten Bombardements es je vermocht hätten,

(Zurufe von der SPD: Unglaublich! — Abg. Weimer SPD: Sauerel!)

hat jeden Anstand verloren.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, der FDP/DVP und des Abg. Dr. Lang CDU — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Nie gehabt!)

Das Zitat geht weiter:

Er ist ein geistiger Brandstifter.

— Dieser Republikaner, der das so sagt.

Die Republikaner haben in den nahezu vier Jahren Parlamentszugehörigkeit nachhaltig vorgeführt, daß sie überflüssig sind wie ein Kropf.

(Beifall bei der SPD — Lachen bei Abgeordneten der Republikaner — Abg. Deuschle REP: Das haben nicht Sie zu entscheiden, sondern der Wähler!)

Ich habe aus der Presse zitiert.

(Abg. Deuschle REP: Ihre Presse, Ihre linke Presse haben Sie zitiert! Das ist das Problem! — Lachen bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP/DVP — Abg. Deuschle REP: Ja, natürlich! — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Lauter „Linksmichels“!)

Weil ich Ihre Reaktion erwartet habe, habe ich nicht am Anfang gesagt, in welcher Zeitung das gestanden hat. Aber jetzt kann ich es sagen: Es ist die „Schwäbische Zeitung“.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN — Abg. Deuschle REP: Das macht doch nichts aus! Das weiß ich! Na und? — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Linkes Kampfblatt!)

Das ist alles noch sehr zurückhaltend formuliert. Die „Stuttgarter Zeitung“ hat im Kommentar „dumpfdeutsch“ geschrieben.

(Zuruf von der SPD: „Deuschle“!)

Sie werden nicht annehmen, daß die „Stuttgarter Zeitung“ linksextrem oder linksextremistisch ist. Ich will es dabei be-

(Bebber)

lassen, weil man Ihren Aktivitäten ja auch nicht durch zu lange Beiträge mehr Ehre gewähren darf, als es unbedingt nötig ist.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP/  
DVP — Abg. Deuschle REP: Gut! Machen Sie  
Schluß!)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bütikofer.

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach den Reden, die Kollege Dr. Lang von der CDU und Kollege Bebbber von der SPD hier gehalten haben, muß ich nur einige wenige Bemerkungen anfügen.

Mir tun die Republikaner leid.

(Oh-Rufe von den Republikanern)

Denn es ist schon irgendwie tragisch, wenn einer auf anti-kommunistischen Hetzer gelernt hat, und dann stirbt der Kommunismus weg. Was soll man jetzt machen?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD — Zurufe  
von den Republikanern)

In dieser bedauernswerten Lage befinden sich diese Herren. Jetzt suchen sie verzweifelt nach irgendeinem

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ersatz!)

Ungeheuer, das Sie noch töter töten wollen.

(Beifall des Abg. Seltenreich SPD)

Nur: Es gibt keines.

Ich muß sagen: Wenn die ganze Bedrohung, die für die demokratische Stabilität dieses Landes existiert, von der VVN ausginge,

(Abg. Deuschle REP: Vielleicht auch vom KBW?)

könnten wir wirklich gut schlafen. Die Gefahr steht rechts-außen,

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

und Sie von den Reps sind Teil dieser Gefahr für die Demokratie. Sie sind Teil dieser Gefahr für die Demokratie!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es lohnt sich nicht, Ihren Gesetzentwurf für einen ernsthaften Antrag zu halten. Das hat Herr Kollege Dr. Lang gesagt.

Ich will das eine wiederholen, worauf Herr Bebbber verwiesen hat: Ich halte den Ausspruch Ihres Landesvorsitzenden Käs, der sagt, Herr Birzele schade dem Land mehr — die Diktion ist auch interessant —, als alliierter Bombenterror jemals hätte schaden können, für eine unglaubliche Verleumdung, und zwar sowohl des Innenministers dieses Landes

(Zuruf von den Republikanern)

als auch des gerechten Krieges der Alliierten zur Niederschlagung des deutschen Faschismus.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der  
SPD — Abg. Deuschle REP: Bei Millionen von To-  
desopfern!)

Das halte ich für eine so unglaubliche Verleumdung, daß ich denke, mit solchen Leuten kann man sich nicht mehr ernsthaft unterhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten  
der SPD)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Veigel.

(Zurufe: Der ist gar nicht da!)

— Dann erteile ich das Wort dem Herrn Innenminister.

**Innenminister Birzele:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der Republikaner wird von der Landesregierung als überflüssig abgelehnt.

(Beifall der Abg. Weimer und Brigitte Wimmer  
SPD)

Ich weise darauf hin, daß der Landesregierung keine Mitglieder einer, wie Sie formulieren, „von Bundes- und Landesregierung für verfassungsfeindlich erklärten Organisation“ angehören.

(Abg. Weimer und Abg. Dr. Caroli SPD: Aha!)

Frau Ministerin Unger-Soyka und Herr Staatssekretär Weinmann können es in bezug auf ihre Verfassungstreue und auf ihr aktives Eintreten für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung mit jedem Mitglied dieses Hauses aufnehmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜ-  
NEN sowie des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Im übrigen sollten sich die Republikaner merken: Die Landesregierung hat, ebenso wie die Bundesregierung, keinerlei originäre rechtliche Kompetenz, eine Organisation förmlich als verfassungsfeindlich zu erklären.

Weil nun, meine Damen und Herren, einige Zitate des Republikanertages vom 3. Oktober 1995 in Stuttgart vorgebracht worden sind, will ich aus den mir vorliegenden Reden nach dem Originaltext der Republikaner zitieren. Daran zeigt sich auch die ganze Heuchelei der heutigen Diskussion. Ich zitiere aus der Rede des Vorsitzenden Käs:

Ich liebe dieses Land und seine Menschen, und deshalb ertrage ich es nicht, wenn es zur Beute jener wird, die es im Tarnmäntelchen der Liberalität zu einem Eine-Meinung-Staat mit dem Verfassungsschutzbericht als Bibel der „political correctness“ machen wollen.

Und was wollen Sie? Sie beziehen sich doch in einem fort auf den Verfassungsschutzbericht. Und wie sagt denn Ihr Bundesvorsitzender, Herr Abg. Dr. Schlierer, der heute wieder einmal fehlt?

(Minister Birzele)

(Abg. Trageiser REP: Der ist krank! Nehmen Sie zur Kenntnis, daß er krank ist!)

— Ich nehme das zur Kenntnis.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Er fehlt trotzdem! — Abg. Jacobi GRÜNE: Er ist trotzdem nicht da!)

Ich zitiere:

Es ist diese Verlogenheit und Heuchelei in der Auseinandersetzung über Verfassungsfeindlichkeit, die mich zutiefst anwidert.

(Abg. Deuschle REP: Richtig, ja!)

Ich bin gerne bereit, mich auf einen objektiven Prüfstand stellen zu lassen, ob ich oder meine Partei verfassungsfeindliche Vorstellungen hegen.

(Abg. Deuschle REP: Ja, genau!)

Die Republikaner haben bisher trotz vielfältiger öffentlicher Ankündigungen noch immer nicht das Hauptsacheverfahren betrieben. Da kann ich nur feststellen: Offensichtlich wollen Sie es nicht, oder Sie wollen es so spät, daß keinesfalls vor der Landtagswahl ein Urteil erfolgen kann.

(Beifall des Abg. Dr. Döring FDP/DVP — Zuruf von der SPD: So ist es!)

Meine Damen und Herren, was bei diesem Landestreffen alles in Anwesenheit des Bundesvorsitzenden gesagt wurde, will ich Ihnen einmal vortragen. Die Presse hat diesen Ausführungen zu Recht keine große Aufmerksamkeit gewidmet, aber ich denke, wir in diesem Hause sollten uns einmal damit beschäftigen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sehr richtig! — Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist gut!)

Ich zitiere aus der Rede des Landesvorsitzenden Käs zum Zustand in unserem Land:

Sie, diese Liberalität, ist in unserem Lande zu einem weichen Totalitarismus pervertiert, einem Totalitarismus ohne Konzentrationslager, einem Totalitarismus ohne Erschießungen und ohne Deportationen. Aber sonst finden Sie alles.

(Zuruf von der SPD: Ungeheuer!)

Sie finden die Schnüffler, die sich daran aufteilen, den anderen zu denunzieren. Sie finden Berufsverbote für Andersdenkende, und Sie finden die existentielle Vernichtung von Menschen, zwar nicht mehr durch Kugeln oder Gas, dafür aber ebenso perfide durch Ausgrenzung und Diffamierung oder Vernichtung der beruflichen Lebensgrundlage. Und zu obenauf sehen wir die Innenminister, Herrn Birzele voran, die wie die Peitsche schwingende Teufel diesem Tanz auf dem Blocksberg den Takt vorgeben.

(Lebhafte Zurufe von der SPD, u. a.: Unglaublich! Ungeheuerlich! — Weitere Zurufe)

An anderer Stelle heißt es — ich zitiere —:

1992 haben wir mit der Forderung nach Abschaffung des Asylgrundrechts Maßstäbe gesetzt. Unsere Forderung ist noch lange nicht erfüllt. Wir mahnen sie heute stärker an als je. So kann es nicht weitergehen. Wir stehen nicht mehr zur Verfügung, meine Damen und Herren, wir wollen nicht mehr der Schauplatz sein für die multiethnischen Phantasien unserer Regierungen. Wir wollen nicht mehr die Opfer steigender ausländischer und antideutscher Gewalt sein. Wir stehen nicht mehr zur Verfügung als Tummelplatz aller Rassen und Völker dieser Welt. Und deshalb wiederholen wir den alten Ruf nach dem Ende der Massenzuwanderung so laut und so ungebrochen, daß es auch im letzten Negerkral in Afrika klar sein muß: Deutschland will sie nicht, Deutschland will sie nicht, Deutschland will sie nicht.

(Lebhafte Zurufe von der SPD, u. a.: Widerwärtig! „Deuschle“! Ungeheuerlich!)

Ich bringe nun noch einige Kleinigkeiten, was meine Person betrifft — ich zitiere —:

Der Minister verteidigt sie nicht etwa, die Freiheit, er schlägt sie tot.

(Zuruf von der SPD: Ungeheuerlich!)

Und dann, damit Sie den Satz, der vorhin schon verschiedentlich angesprochen wurde, einmal in seiner ganzen Länge haben:

Jene sind es, die sich in Heidelberg oder Tübingen gegen Berufsverbote und Unterdrückung demonstrierend auf die Schienen gesetzt haben und die nun Berufsverbote eiskalt exekutieren. Jene sind es, die einst einen aufrechten Gang forderten und die heute treue Menschen für einen billigen Judaslohn dazu verführen, ihre politischen Ideale für immer zu verraten. Ja, Herr Birzele, ich halte Sie für einen Verräter eigener Ideale, einen eiskalten Schreibtischtäter, der diesem Land und seinen Menschen mehr Schaden zugefügt hat, als es Jahre alliierter Bombenterrors je vermocht hätten.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Das ist nicht zu glauben! Ungeheuerlich! — Abg. Gaßmann SPD: Verbalfaschisten! — Weitere lebhaft Zurufe)

Um abschließend noch aufzuzeigen, wozu die Republikaner bei ihrer böartigen Hetze gegen mich fähig sind, weise ich darauf hin, daß sie nicht einmal davor zurückschrecken, meinen 93jährigen Vater als Nazispitzel zu diffamieren.

Da kann ich nur sagen: Die Verantwortlichen hierfür haben den letzten Rest menschlichen Anstands verloren!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD — Anhaltender Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Veigel.

(Abg. Deuschle REP zu Abg. Veigel FDP/DVP: Sie könnten uns die Redezeit geben, Herr Veigel!)

**Abg. Veigel FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Innenministers haben mich und meine Fraktion sehr bestürzt gemacht. Ich möchte hinzufügen, daß der von den Republikanern vorgelegte Gesetzentwurf nichts anderes ist als ein sehr mißglückter Beitrag zum Vorwahlkampf.

Die vorgeschlagene Ergänzung des Ministergesetzes dient nur als Vorwand. In Wirklichkeit geht es den Republikanern ausschließlich darum, Mitglieder der Landesregierung zu diffamieren. Dies wird in der Begründung des Gesetzentwurfs ganz deutlich. In scheinheiliger und unlauterer Weise wird dort der Versuch unternommen, Mitglieder der Landesregierung in die Nähe von Verfassungsfeinden zu rücken und ihnen eine Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu unterstellen. Auch ich darf zitieren:

Das Verfassungsorgan „Landesregierung“ darf nicht länger im verfassungsbedenklichen/verfassungsgefährdenden Zwielficht durch die kompromittierende Zugehörigkeit einzelner seiner Mitglieder zu einer die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdenden links-extremistischen Vereinigung belassen bleiben.

Um es im Klartext zu sagen: Was die Republikaner hier treiben, ist nicht nur eine Beleidigung demokratischer Politiker, nein, dies ist politische Brunnenvergiftung.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und den GRÜNEN)

Es ist bedauerlich, daß sich der Landtag von Baden-Württemberg angesichts der politischen Gegebenheiten mit derart absurden Unterstellungen überhaupt befassen muß, und es ist eine Schande, daß Mitglieder dieses Parlaments die Ministerin Unger-Soyka und den Staatssekretär Weinmann ungestraft verunglimpfen dürfen.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD, den GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich darf die Fraktion Die Republikaner um Auskunft bitten, welche Anträge zu dem Gesetzentwurf gestellt werden.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Papierkorb! – Abg. Deuschle REP: Überweisung an den Ständigen Ausschuß!)

– Ich lasse über den Antrag der Fraktion Die Republikaner abstimmen, den Gesetzentwurf an den Ständigen Ausschuß zu überweisen.

(Abg. Bebber SPD: Wir lehnen die Überweisung ab und stellen den Antrag auf Abstimmung!)

– Darüber wollte ich gerade abstimmen lassen.

Wer dem Antrag auf Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ständigen Ausschuß zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt. Damit findet keine weitere Beratung innerhalb der Ersten Beratung statt.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Ich bin für Papierkorb! – Abg. Deuschle REP: In Erster Beratung! Zweite Beratung folgt!)

Punkt 9 der Tagesordnung ist damit beendet.

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion Die Republikaner – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes – Drucksache 11/6454**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Gesetzentwurfs 5 Minuten, in der Aussprache 5 Minuten je Fraktion.

Zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Abg. König das Wort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen.

**Abg. König REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist zur bedauerlichen Tatsache geworden, daß Gewalt und Kriminalität auch an Schulen des Landes existieren. Die Fallzahlen steigen, die Erscheinungsformen mehren sich, und die Brutalität des Vorgehens wächst. Immer häufiger berichten Medien über dieses Problem. Die Landesregierung scheint allerdings noch wenig Kenntnisse über entsprechende Vorkommnisse und Vorfälle zu haben, wenn man ihre Antworten auf unsere parlamentarischen Anfragen ernst nehmen darf.

Um aber dieser wachsenden Problematik mit neuen, wirksamen Präventivmaßnahmen begegnen zu können, ist es erforderlich, das wirkliche Ausmaß dieser bedrohlichen Entwicklung zu kennen. Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, wollen wir Republikaner in § 115 Abs. 1 des Schulgesetzes auch das Innenministerium

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– und das ist die einzige Änderung – . . .

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Straub:** Ich darf Sie bitten, die Gespräche einzustellen.

**Abg. König REP:** . . . in die statistischen Erhebungen an Schulen einbeziehen. Das scheint uns notwendig, um dem Innenministerium als zuständiger oberster Landesbehörde für Gewalt- und Kriminalitätsbekämpfung den Zugang zu entsprechenden schulbezogenen Erhebungsdaten zu ermöglichen. Daraus können dann kriminalitätspräventive Maßnahmen entwickelt werden.

Zur zweiten begehrten Änderung: Der pädagogisch sinnvolle Leitgedanke in § 90 Abs. 2 des Schulgesetzes, daß alle Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen vom Grundsatz der Verhältnismäßigkeit getragen werden sollen, hat sich in Fällen der allgemeinen Bagatelldelikte weitgehend bewährt. Es hat sich indessen aber auch gezeigt, daß eine Vielzahl der im Schulalltag verübten Gewaltstraftaten aufgrund ihrer besonderen Schwere und Tatumstände mit den Mitteln des schu-

(König)

lischen Erziehungs- und Ordnungsrechts in § 90 Abs. 3 bis 9 allein nicht angemessen zu ahnden ist.

(Abg. Zeller SPD: Das ist doch Quatsch!)

In solchen Fällen muß eine anlaßorientierte Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden erfolgen, wenn durch entsprechende Vorkommnisse schulexterne Bestimmungen berührt werden, deren Beachtung als gesetzliche Pflicht jedermann obliegt. Gerade diese für jedermann geltenden gesetzlichen Bestimmungen sollen durch Hinzufügen eines neuen Absatzes 10 in § 90 des Schulgesetzes explizit für die schulischen Verantwortungsträger herausgestellt werden.

Meine Damen und Herren, Sie werden sich fragen, ob das notwendig ist. Es ist in der Tat notwendig.

(Abg. Rebhan CDU: Das muß man sich fragen!)

Herr Kollege Rebhan, denn es ist Praxis, daß Lehrer und Schulleiter — einzelne Lehrer, einzelne Schulleiter, nicht alle — versuchen, Vorkommnisse, die in ihrem Verantwortungsbereich in der Schule passieren, nicht weiterzumelden, aus welchen Gründen auch immer, wie es eigentlich, da sie in der Verantwortung sind, ihre Pflicht wäre. Welcher Schulleiter möchte denn schon gern an die Schulverwaltungsbehörde oder gar hinauf an das Ministerium melden?: An meiner Schule gibt es mehr Gewalttätigkeiten, eine stärkere Kriminalitätswelle als anderswo.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Deswegen wird hier vieles verschwiegen.

Dafür ein aktuelles Beispiel von vor 14 Tagen: Einem Buben aus einer vierten Grundschulklasse wurden von einer Gruppe, die sich schon mehrmals dadurch hervorgetan hatte, daß sie andere Kinder drangsaliert, erpreßt und geschlagen hat, drei Zähne eingeschlagen, und es stand der Verdacht auf innere Verletzungen im Raum, so daß dieser Junge ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Schulleiter ist zu den Eltern gegangen und hat sie gebeten, kein großes Trara darum zu machen, sondern dieses Vorkommnis gütlich mit den Eltern dieser anderen Jungen zu klären.

So sieht es doch aus, und deswegen wollen wir im Schulgesetz explizit noch einmal aufgeführt wissen, daß jeder einzelne für das Schulgeschehen Verantwortliche immer daran erinnert wird, daß diese Dinge zu melden sind und daß zum zweiten eben im Rahmen der statistischen Erhebungen auch solche Tatbestände aufgenommen werden können.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, unter diesem Gesichtspunkt diesem Gesetzentwurf nachher die Zustimmung zu erteilen, denn ich glaube, das ist ganz wichtig.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rebhan.

**Abg. Rebhan CDU:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Republikaner sagen als Begründung zu ihrem vorgelegten Gesetzentwurf, daß zunehmende Gewalt und Gewaltbereitschaft sowie zunehmende Brutalität vor-

handen seien, gerade auch an den Schulen. Das wird man nicht bestreiten können.

Aber, meine Herren der Republikaner, zu dem, was Sie getan haben und was auch der Innenminister zitiert hat, müssen Sie sich fragen lassen, ob nicht gerade Sie durch Ihr Verhalten auch dazu beitragen, daß Gewalt und Brutalität weiter zunehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen.

Wenn man Ihren Entwurf und die Begründung liest, muß man sich fragen: Was soll eigentlich dieser neue Absatz 10, den Sie wollen? Das, was Sie mit diesem Gesetzentwurf wollen, bringt doch gegenüber dem, was bereits Gesetz ist und was von jedermann zu beachten ist, keinen zusätzlichen Regelungsgehalt. Ich verstehe auch nicht — und das sollten Sie uns dann im Ausschuß begründen —, warum Sie meinen, daß dieser Gesetzentwurf notwendig sei. Denn die Behauptung, falls sie stimmt, daß einige Schulleiter versuchten, diese Dinge unter den Teppich zu kehren, müßten Sie erst einmal beweisen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Es gibt an den Schulen auch nicht nur Schulleiter, es gibt ja schließlich auch die Gesamtlehrerkonferenz, es gibt die Schulkonferenz,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Und die Öffentlichkeit!)

und es gibt die Öffentlichkeit. Ich meine, Ihre Begründung zu diesem Gesetzentwurf ist ein ungeheurer Vorwurf, den Sie gegenüber allen am Schulleben Verantwortlichen machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Ein Weiteres: Was soll denn eine zusätzliche Statistik? Wir sind gerade dabei, darüber nachzudenken, wie wir es vermeiden können, daß wir zusätzliche Bürokratie schaffen. Natürlich kann es sein, daß wir irgendwann und irgendwo wieder gewisse Dinge regeln müssen, daß wir zusätzlichen Handlungsbedarf haben. Das kann durchaus sein. Aber das, was Sie hier wollen, ist — davon bin ich fest überzeugt — überhaupt kein Beitrag dazu, der zugegebenermaßen vorhandenen Gewaltbereitschaft, die generell in unserer Gesellschaft und nicht nur an der Schule besteht, Herr zu werden. Deswegen lehnen wir diesen Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeller.

**Abg. Zeller SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf der Repts zeigt ihre wahre Einstellung zu unseren Schulen und zu unseren Kindern. Sie wollen keine pädagogischen Schulen haben, Sie wollen nicht, daß die Pädagogik die Triebfeder des Handelns ist, sie stellen unsere Schulen so dar, als ob sie hilflos und untätig der Gewalt und den Schülern ausgesetzt wären. Das

(Zeller)

Beispiel von Herrn König — Herr Kollege Rebhan hat dankenswerterweise darauf hingewiesen — bestätigt dies.

Die Reps würden, so habe ich den Eindruck, am liebsten das Schulgesetz durch das Strafgesetz ersetzen. Sie wollen das Prinzip Zucht und Ordnung zum obersten Prinzip erheben. Sie haben sich hier überhaupt zu keinem Zeitpunkt mit der Frage der Gewalt in unserer Gesellschaft und an unseren Schulen inhaltlich auseinandergesetzt.

Auch hier wird deutlich, welch verheerende Politik sie betreiben. Und ich baue darauf, daß die Menschen erkennen, welche wahre Einstellung sie haben. Die Tagesordnungspunkte schließen hier ja nahtlos aneinander an.

Es geht mir nicht darum, das Thema Gewalt zu negieren. Die Frage ist, wie wir angemessen, das heißt pädagogisch richtig, aufklärend und vor allem auch vorbeugend agieren.

Wir hatten im Schulausschuß mehrere ausführliche Diskussionen über das Thema Gewalt. Das Kultusministerium hat aufgrund unserer Hinweise und aufgrund dieser Diskussionen wichtige Materialien erstellt. Die sollten Sie sich einmal anschauen, zum Beispiel die Lehrerhandreichung. Ich will auf die einzelnen Informationsschriften gar nicht näher eingehen.

Im übrigen hat auch die Landeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium hervorragende Angebote gemacht.

(Abg. Rebhan CDU: So ist es! Jawohl!)

Sie hat auch Fortbildungsveranstaltungen für die Lehrkräfte angeboten.

Wichtig war uns immer gewesen, daß wir es nicht unterlassen dürfen, gegen die Gewalt anzugehen, und den Schulen Hilfestellung geben müssen, verantwortungsbewußt mit dem Thema Gewalt umzugehen.

Eine Übernahme von Strafrechtsbestimmungen des Strafgesetzbuchs in das Schulgesetz ist auch deshalb schon unnötig, weil das Strafgesetzbuch ja grundsätzlich auch für die Schulen gilt

(Abg. Rebhan CDU und Abg. Pfister FDP/DVP:  
So ist es!)

und die Schulen ja nicht ein freier Raum sind, auf den das Strafgesetzbuch keine Anwendung findet. Also ist dies so unnötig wie ein Kropf. Ihr Gesetzentwurf ist nicht einmal das Papier wert, auf dem er steht.

Wir sagen deutlich: Das Strafgesetzbuch kann auch an den Schulen angewandt werden. Wir meinen aber, das Strafrecht sollte nur ausnahmsweise angewandt und gegen die Schüler sollte nur ausnahmsweise entsprechend vorgegangen werden. Wir wissen doch aus der Erfahrung, daß Disziplinierungsmaßnahmen wie zum Beispiel Unterrichtsausschluß oder Schulverweis nur in Ausnahmefällen die Gewaltprobleme lösen helfen. Eine praktikable Möglichkeit stellt unter Umständen der Unterrichtsausschluß vom Unterrichtsfach dar, indem den Schülern dann deutlich gemacht wird, daß der Lehrer der Helfer ist, der Vermittler für den Lernstoff. Wiedergutmachung, Beteiligung bei der Behebung von materiel-

len und immateriellen Schäden ist in der Regel sinnvoller als das, was die Reps hier vortragen und begehren.

Es kann um finanziellen Schadensersatz oder eine Entschuldigung gehen, es darf aber nicht an der Einsicht fehlen, daß der Schüler die Verantwortung für seine Tat übernimmt. Dazu müssen Lehrer deutlich machen, warum es notwendig ist, Konflikte zu lösen. Sie müssen lehren, Betroffenheit für den erlittenen Schaden der Opfer zu wecken.

An schulischen Konfliktlösungen und Sanktionsregelungen sollten die Schüler aktiv beteiligt werden. Das ist wesentlich sinnvoller und besser als die Keule, die Sie hier schwingen. Es gibt also eine reichhaltige Palette von Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen, wobei ich nicht nur den Arrest oder das Hinausstellen meine. Es gibt eine ganze Reihe von Maßnahmen, die die Schulen ergreifen können. Ich habe auch den Eindruck, daß damit in der Regel sehr verantwortungsbewußt umgegangen wird und Ihr Beispiel, Herr König, wirklich danebenliegt.

Interessant ist ja, daß sich die Reps eben nicht um die Frage der Gewalt und deren Ursache kümmern und nicht überlegen, wie man solche Entwicklungen angehen kann, sondern hier einfach drauflosschlagen.

Am besten hilft den Schulen im übrigen, wenn sie vorbeugend tätig werden, also indem sie zum Beispiel ein günstiges soziales Schulklima schaffen, in dem sich die Schülerinnen und Schüler mit der Schule identifizieren können — dazu ist im übrigen auch eine Reihe von Veranstaltungen außerhalb der Schule notwendig —, indem wir die Mitwirkungsrechte der Schüler und der Eltern ausbauen, indem wir auch sinnvolle Anregungen für Freizeitgestaltung geben, indem wir auch in der Schule aufzeigen, wie man mit Konflikten friedlich umgehen kann und Muster entwickelt, wie Konflikte zu lösen sind.

Dies sind nur ein paar wenige Stichworte, die Sie im übrigen alle auch hätten aufgreifen und nachlesen können, wenn Sie sich mit dem Thema einmal intensiv beschäftigt hätten und nicht so, daß man hier einfach das Strafgesetzbuch ändern möchte, sondern indem Sie wirklich pädagogisch, sozial verantwortlich herangegangen wären. Aber das können Sie nicht. Das fällt Ihnen schwer, und das zeigt im Grunde genommen Ihre wahre Einstellung.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Wieser CDU)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Schnaitmann.

**Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag der Republikaner auf Änderung des Schulgesetzes begehrt die rechtliche Grundlage für statistische Erhebungen an öffentlichen Schulen und an Schulen in freier Trägerschaft mit dem Ziel der Gewalt- und Kriminalitätsprävention.

Ich könnte nun aus pädagogischer Sicht vieles anmerken und hinterfragen. Woher kommt die steigende Aggressivität unter Jugendlichen, die sich wohl mehr in der Qualität denn in der Quantität äußert? Wie muß sich Schule ändern, um diesem Problem pädagogisch sinnvoll begegnen zu können? Ich könnte fragen, ob angesichts vieler zerstörter Familien-

(Monika Schnaitmann)

und Nachbarschaftsstrukturen, des mächtigen Miterziehers Fernsehen, der schulischen Risikofaktoren wie Versagen und Sitzenbleiben, der zunehmenden beruflichen Perspektivlosigkeit, zweifelhafter Wert- und Normvorstellungen von Teilen der Gesellschaft bei gleichzeitig schwindenden Selbstheilungskräften in den Schulen — und das ist eine Frage nach den Rahmenbedingungen — die Antworten der Landesregierung, erleichterter Schulausschluß oder das Eintragen der Fehlzeiten ins Zeugnis hilfreich oder doch nur Ausdruck von Hilflosigkeit gegenüber Verhaltensauffälligkeiten sind. Das alles könnte ich fragen, handelte es sich bei dem vorliegenden Gesetzentwurf um ein glaubwürdiges pädagogisches Anliegen. Es lohnt aber nicht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Wohl aber lohnt es sich, zu beleuchten, aus welcher scheinheiligen, braunen, aggressiven und Aggressivität produzierenden Ecke dieser Antrag kommt. Eine Fraktion, die gerade eben auf ihrem Parteitag eindrucksvoll ihre Klaviatur nationalistischer, dumpfer Volkshetze demonstrierte, kleidet sich nun im Landtag, wie auch angekündigt, in die Gewänder ihrer Zeit und sorgt sich um die Gewalt an Schulen. Die braven Krawatten der Herren König, Schlierer und anderer täuschen aber nicht darüber hinweg, daß ihr Landesvorsitzender Käs hemdsärmelig die Lunte legen will.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Biedermann und die Brandstifter! — Abg. Zeller SPD: Dem haben sie ja Beifall gezollt da drüben, die ganze Mannschaft!)

Wer Innenminister Birzele vorwirft, er habe dem Land und seinen Menschen mehr Schaden zugefügt, als es Jahre des alliierten Bombenterrors je vermochten, wer Kreuzzüge gegen sogenannte asylsuchende Neger und missionierende Muslime ausruft, wer die Aussage des Altnazis Eckert gegenüber Schülerinnen und Schülern, Überfälle auf Heime von Asylbewerbern könne man als Selbsthilfe der Bürger bezeichnen, nie widerrief, der trägt Schuld, der ist verantwortlich, wenn eine Minderheit von Jugendlichen und Erwachsenen Gewalt und Aggression als legitime Mittel der Meinungsäußerung begreift.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn Landespolitiker beim Hetzgeschrei „Neger, Deutschland will sie nicht“ zustimmend johlen, nehmen sie billigend in Kauf, daß aus der Hetze Verhetzung und schließlich Aufhetzung zur Tat wird, zumindest bei einem Teil von Jugendlichen, die, aus welchen persönlichen Gründen auch immer, empfänglich sind für die einfachen und menschenverachtenden Antworten der braunen Hetzer.

Zerstörte Familien und Nachbarschaftsstrukturen, Medien, schulische Risikofaktoren, zunehmende berufliche Perspektivlosigkeit — dies alles können Gründe für eine Zunahme von Gewalt an Schulen sein, aber auch die zweifelhaften Werte und Normen der Teile der Gesellschaft, die Mitglieder und Mitläufer der Reps sind.

Ich appelliere an die Kultusministerin, den Verhaltensauffälligkeiten von Schülerinnen und Schülern mit pädagogisch sinnvollen Maßnahmen zu begegnen.

(Abg. Rebhan CDU: Das tut man!)

Ein politisch wichtiger Schritt ist jedoch, die Biedermänner im demokratischen Gewand zu entlarven. Belasten wir nicht den Innenminister mit statistischen Erhebungen an Schulen. Er hat mit den Republikanern genug zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

**Abg. Pfister FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! An dieser Debatte ist eines ernst zu nehmen: die Tatsache, daß wir wirklich an den Schulen des Landes mit zunehmender Gewaltbereitschaft zu kämpfen haben. Herr Kollege Rebhan, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen. Richtig ist an dieser Debatte auch, daß wir uns vielleicht noch mehr als in der Vergangenheit auch darüber Gedanken machen müssen, wie Gewaltprävention in der Schule stattfinden kann. Das ist völlig richtig.

Aber die Vorschläge, die hier von der rechten Seite gekommen sind, sind nun nicht nurbarer Unsinn — das sind wir von dieser Seite gewöhnt —, sondern sie sind vor allen Dingen sehr gefährlich.

(Beifall des Abg. Dr. Scharf FDP/DVP)

Da wird nämlich der Eindruck erweckt, wenn man sich das einmal richtig vor Augen führt, daß die Schule heute gewissermaßen ein rechtsfreier Raum ist, wo jeder tun und lassen kann, was er will, und niemand darauf reagiert. Um diesen rechtsfreien Raum nun „auszutrocknen“, wird der Vorschlag gemacht, in diesem Zusammenhang ganze Polizeibrigaden und Strafverfolgungsbehörden in die Schulen zu jagen, damit da ordentlich aufgeräumt wird. Meine Damen und Herren, was hier vorgeschlagen wird, ist letztlich nichts anderes als der Versuch, die Schulen zu kriminalisieren. Das ist ja wohl das letzte, was wir in dieser Situation brauchen können.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE — Abg. König REP: Herr Pfister, was träumen Sie denn?)

Wir brauchen nicht die Keule des Strafrechts. Darauf wurde hingewiesen. Wir haben bereits heute die entsprechenden Möglichkeiten. Wenn es darum geht, daß wir der Gewalt den Kampf ansagen und weniger Gewalt haben, wäre sicherlich ein guter Vorschlag und auch eine Forderung, daß der Nährboden Republikaner möglichst schnell verschwinden sollte.

(Beifall bei der FDP/DVP und den GRÜNEN — Abg. Alfred Haas CDU: Verschwinden muß!)

Der Gesetzentwurf ist wirklich kropfunntötig, denn natürlich hat die Schule schon heute alle Möglichkeiten — rechtliche Möglichkeiten, verwaltungsmäßige Möglichkeiten und Möglichkeiten im Bereich der Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen —, um solchen Dingen wie Gewalt begegnen zu können. Daran würde auch die Gesetzesinitiative der Republikaner überhaupt nichts ändern.

Im übrigen — das will ich ausdrücklich unterstreichen —: Wenn hier der Versuch gemacht wird, Schulleitern und ein-

(Pfister)

zelen Lehrern durch einen neuen Absatz 10 von § 90 des Schulgesetzes unterzujubeln und ihnen vorzuwerfen, daß sie ihrer Pflicht zur Einhaltung der allgemeinen Gesetze nicht nachkämen, meine Damen und Herren, so ist das eine Unverschämtheit gegenüber der Schule insgesamt, die wir so nicht stehenlassen können.

(Beifall bei der FDP/DVP — Zuruf des Abg. König REP)

Das Thema ist zu ernst und Ihre Vorschläge sind zu dummlich, Herr Kollege, als daß es lohnte, darüber noch weiter zu reden. Ich empfehle Ihnen dringend, bevor Sie weiter auf solchem baren Unsinn herumreiten, einmal die Vorschläge zu lesen, die zum Beispiel die Enquetekommission „Kinder in Baden-Württemberg“ zu dem Thema Gewalt gemacht hat.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sehr gut!)

Das wäre viel, viel vernünftiger. Es wäre auch viel besser, Sie würden sich darum bemühen, daß diese Vorschläge noch weiter umgesetzt werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Das wäre besser, als hier den Versuch zu machen, durch Kriminalisierung, mehr Polizei und mehr Strafverfolgung mit diesem Thema fertig zu werden. Das ist unsinnig. Das kann nur einem Republikanerkopf entspringen und sollte deshalb so schnell wie möglich im Papierkorb verschwinden.

Ich beantrage hier für die Fraktion der FDP/DVP, daß diese Gesetzesinitiative nicht in den Ausschuß kommt, sondern daß hier über sie abgestimmt wird.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD, der GRÜNEN und des Abg. Seimetz CDU)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. König.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: O Jesses! Noch einmal so etwas Unerträgliches!)

**Abg. König REP:** Ich muß schon sagen: Die Emotionen schlagen hier gewaltig hoch.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Ich bin ganz cool! — Abg. Bebbler SPD: Hier ist Highlife! — Unruhe)

Noch verwunderlicher ist, daß alle, die hier den Mund zu diesem Gesetzentwurf so weit aufmachen, überhaupt noch nicht verstanden haben, um was es da geht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das sind doch nur fünf Zeilen! Da ist nicht viel zu verstehen!)

— Das ist offensichtlich noch zuviel für Sie, Herr Pfister.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Pfister FDP/DVP: Sie sind ein Clown!)

Ich habe den Gesetzentwurf vorhin genau begründet. Ich will es noch einmal tun, auch für Sie, Frau Schnaitmann. Hätten Sie sich auf das konzentriert, was ich gesagt habe,

und nicht versucht, dies als Gelegenheit zu nutzen, uns Republikanern hier Dinge in die Schuhe zu schieben,

(Abg. Zeller SPD: Blödsinn haben Sie gesagt! — Zurufe der Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE und Drexler SPD — Abg. Zeller SPD: Haben Sie Beifall geklatscht?)

wonach die ganze Ursache für diese zunehmende Gewalt an den Schulen letztendlich — —

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Zeller SPD: Was ist denn die Ursache? — Abg. Pfister FDP/DVP: Was ist die Ursache für Gewalt?)

Hätten Sie nicht versucht, uns als die Verursacher hinzustellen — —

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Bebbler SPD: Haben Sie geklatscht? — Abg. Drexler SPD: Haben Sie geklatscht oder nicht?)

Ich will noch einmal zur Sache zurückkommen. Wenn ich feststelle, daß die Landesregierung — sprich: das Kultusministerium — nichts über das Ausmaß der schweren Tötlichkeiten weiß, die sich in der Zwischenzeit — ich bedaure das genauso wie Sie — in unseren Schulen eingeschlichen haben, dann muß ich doch versuchen, hier als Abgeordneter dieses Landesparlaments die Landesregierung in die Lage zu versetzen, daß sie überhaupt Kenntnis davon bekommt.

(Beifall bei den Republikanern — Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Dazu ist notwendig, daß man § 115 des Schulgesetzes dahingehend erweitert,

(Zuruf des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

daß das Kultusministerium nicht bloß im Einvernehmen mit dem Finanzministerium, sondern auch im Einvernehmen mit dem Innenministerium als oberster Landesbehörde für die Gewalt- und Kriminalitätsbekämpfung auf Daten Zugriff hat, wenn es welche braucht, Herr Rebhan. Das ist doch wirklich ein hehrer Hintergedanke.

Jetzt kommt der zweite Teil. Selbstverständlich ist jedermann verpflichtet, all das, was ihm an Straftaten bekannt wird, weiterzumelden.

(Abg. Drexler SPD: Und wie ist das mit den Frauen?)

— Dazu ist jeder verpflichtet, auch der Lehrer, auch der Schulleiter.

(Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Frauen sind ja kaum Schulleiter!)

Es ist doch wirklich nicht zuviel verlangt, zu verstehen, daß man dann sagt: In dem Kapitel, in dem die schulinternen Ordnungsmaßnahmen festgelegt sind, nämlich in § 90 Abs. 3 bis 9 des Schulgesetzes wird noch einmal explizit darauf hingewiesen, daß alle die Dinge, die darüber hinausgehen und in den Straftatbereich hineinfallen, nach der Jedermannspflicht auch der Polizei und den Strafverfolgungsbehörden zu melden sind.

(König)

(Abg. Zeller SPD: Und dann ist für Sie das Gewaltproblem gelöst, oder wie? – Abg. Rebhan CDU: Sind die dann imstande, das Richtige zu tun?)

– Herr Rebhan, ich habe gesagt, es sei in Einzelfällen – vielleicht nicht in allen – möglich. Ein Schulleiter wird ja möglichst versuchen, die Dinge in seinem Verantwortungsbereich in Ordnung zu halten und, wenn dort etwas passiert, dies möglichst ohne großes Trara nach außen selbst zu regeln. Deswegen kommen diese Vorfälle dann zwar irgendwo in der Presse, aber das zuständige Ministerium, das Innenministerium, und auch das Kultusministerium erhalten davon keine Kenntnis.

Heute habe ich die Antwort auf meinen Antrag Drucksache 11/6453 erhalten. Dort heißt es wieder:

Die Untersuchung hat ergeben, daß von einer dramatischen Zunahme von Gewalt insgesamt nicht gesprochen werden kann.

Das wird immer verharmlost.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Straub:** Herr Abg. König, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

(Beifall des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

**Abg. König REP:** Ich verahre mich dagegen, daß uns immer, wenn wir versuchen, diese Dinge in den Griff zu bekommen, gleich mit der Faschismuskeule – –

(Abg. Rebhan CDU: Mit der Statistik kriegen wir es in den Griff! – Abg. Zeller SPD: Aber doch nicht mit den Methoden, die Sie vorhaben!)

– Nein, Herr Rebhan. Wenn ich nicht weiß, was los ist, dann kann ich keine Maßnahmen ergreifen. Ich muß erst wissen, worum es geht.

(Abg. Rebhan CDU: Das weiß man auch ohne Statistik!)

Ich komme mir vor wie Don Quichotte, der einst genauso vergeblich gegen Windmühlen gekämpft hat, wie ich heute abend versuche, Sie von der Richtigkeit unserer Initiative zu überzeugen.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Köberle.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Machen Sie es kurz, Herr Staatssekretär! Es lohnt sich nicht!)

**Staatssekretär Köberle:** Ich versuche es.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist doch überhaupt keine Frage, daß das Thema „Jugendgewalt und Gewalt an den Schulen“ für uns ein sehr ernstes Thema ist, für unser Ministerium genauso wie für alle 4 000 Schulen, für die Schulleiterinnen, für die Schulleiter, für die Lehrerkollegien.

(Abg. Rebhan CDU: Und das Ministerium ist auch nicht ahnungslos, gell?)

– Wir sind nie ahnungslos, im Gegenteil.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wäre auch noch schöner!)

Ich habe aber unabhängig davon den Eindruck, daß dieses Thema in der veröffentlichten Meinung und in der politischen Öffentlichkeit hochgespielt wird, sicher manchmal bewußt, und daß das Thema in seinem Ausmaß nicht selten dramatisiert wird. In diese Schar haben sich jetzt auch die Republikaner eingereiht.

Wer den Gesetzentwurf und vor allem seine Begründung liest, dem könnte wirklich angst und bange werden, wie unsere Schulen angeblich aussehen. Das Gegenteil ist aber richtig. Ich frage Sie, ob es einen anderen Ort in unserer Gesellschaft gibt, wo tagtäglich mit größerer Selbstverständlichkeit und mit größerem Erfolg in der Erziehungsarbeit und in der Bildungsarbeit gerade in die andere Richtung, nämlich gegen Gewalt und gegen Aggression, gearbeitet wird als an unseren Schulen. Die Schulen leisten eine gewaltige Integrationsarbeit, vermitteln Gemeinschaftssinn, stärken die Persönlichkeit der Schüler. Das ist bei uns Schulalltag und nicht das, was Sie in Ihrer Begründung darstellen.

Wie absurd dieser Gesetzentwurf ist, zeigt sich daran, daß Sie explizit auf § 138 des Strafgesetzbuches Bezug nehmen. Es ist interessant zu lesen, was dort steht.

(Abg. König REP: Zum Beispiel?)

Da geht es um Schwerstkriminalität wie Menschenhandel, Mord und Totschlag, wie Völkermord und ähnliche Dinge. Das hat doch mit schulischer Wirklichkeit absolut nichts mehr zu tun, lieber Herr König.

(Abg. König REP: Da sind auch die Nebengesetze aufgeführt, aber dort ist der Ausgangspunkt!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das heißt nicht, daß wir gesellschaftliche Fehlentwicklungen wie Gewalt und Aggression, die sich eben auch an der Schule widerspiegeln können, bagatellisieren, im Gegenteil.

Wir haben eine wissenschaftliche Untersuchung veranlaßt, damit wir eine solide, empirische Basis für zielorientiertes pädagogisches Handeln bekommen. Die vom Landesinstitut für Erziehung und Unterricht durchgeführte Untersuchung zeigt, daß das Thema „Gewalt an der Schule“ nicht für Vereinfachungen, für Pauschalurteile und noch viel weniger für Überdramatisierung taugt, so wie Sie es machen.

(Abg. Rebhan CDU: Sehr richtig!)

Drei Punkte, um nochmals die Ergebnisse in Erinnerung zu rufen. Dann sehen Sie, wie wirklichkeitsfern Ihr Gesetzentwurf ist.

Erstens: Im Bereich der unmittelbaren physischen Aggression und Gewalt gegen Sachen und Personen kann gegenüber der letzten Erhebung von 1991 ein leichter Anstieg festgestellt werden. Allerdings ist nicht ganz sicher, ob die Aufmerksamkeit, die Sensibilität in dieser Frage, oder die Zahl der Fälle oder beides gestiegen ist. Ganz sicher ist aber,

(Staatssekretär Köberle)

daß von einer dramatischen Zunahme, wie anhand von Einzelfällen – auch spektakulären – immer wieder behauptet wird, überhaupt keine Rede sein kann.

Der zweite Punkt unserer Untersuchung: Eine Zunahme aggressiven Verhaltens ist auf dem sprachlichen Gebiet zu beobachten: Sprachliche Verrohung, vulgäre Beschimpfung von Mitschülern, mangelnde Sensibilität und Ausdrucksfähigkeit im normalen Umgang miteinander.

Drittes Ergebnis der Untersuchung: Für die Schwierigkeiten vieler Schüler auf dem Gebiet der sozialen Kommunikation und Interaktion sprechen vor allem Erscheinungen wie steigende Unruhe und Regelverstöße im Unterricht, Disziplinschwierigkeiten, ein zunehmender Mangel an Konzentrationsfähigkeit und die Unfähigkeit einer steigenden Zahl von Schülern zur Selbstkontrolle.

Unsere Untersuchung hat festgestellt, daß auch das Verständnis von Gewalt sehr unscharf ist. Es weist ein außerordentlich breites Spektrum von Verhaltenszuordnungen auf. Das heißt, Gewalt wird im Spiegel eines persönlichen Verständnisses ganz unterschiedlich interpretiert und ganz unterschiedlich wahrgenommen.

Das Ansinnen der Republikaner, auf bestehende Probleme, die wir nicht wegdiskutieren, nicht weglegen, nicht bagatellisieren, mit dem Instrumentarium des Strafrechts zu antworten, zeigt, daß Sie von Pädagogik wirklich keine Ahnung haben.

(Abg. Rapp REP: Das ist aber hart! – Gegenruf des Abg. Rebhan CDU: Aber wahr!)

Die Schule ist ein Ort des Pädagogischen. Deshalb müssen wir auf Probleme wie Gewalt und Aggression in erster Linie mit pädagogischen Mitteln reagieren.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich glaube, da ist sich

(Abg. Rebhan CDU: Das ganze Haus einig!)

das ganze Parlament einig. Bei Ihnen weiß ich nicht, ob Sie die Zusammenhänge überhaupt richtig erkennen.

(Abg. Rebhan CDU: Das ist auch das Fazit der Untersuchung durch das LEU! – Zurufe der Abg. Pfister FDP/DVP und König REP)

Genau das tun wir, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir handeln pädagogisch auf der Basis unserer neuen Lehrpläne und Unterrichtsformen, die das schwieriger gewordene erzieherische Umfeld von Schule berücksichtigen und mehr Freiräume für gezielte erzieherische Interventionen schaffen. Das tun wir. Wir handeln pädagogisch durch eine zeitgemäße Medienerziehung. Wir tun das durch die Öffnung der Schule in ihr soziales Umfeld hinein, durch die Stärkung der Mitverantwortung der Schüler für die Schule

(Abg. König REP: Das wird doch nicht berührt, Herr Staatssekretär!)

und durch eine intensive Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern.

Ich denke, eine effektive Erziehung gegen Gewalt setzt eine funktionierende Erziehungsgemeinschaft von all denjenigen voraus, die nach der Landesverfassung in der Verantwortung für Erziehungsfragen stehen.

(Abg. Rebhan CDU: Sehr richtig!)

Unsere Aufgabe ist es, unsere Lehrerinnen und Lehrer auf diesen Erziehungsauftrag vorzubereiten. Deshalb haben wir in der Lehrerbildung und in der Lehrerfortbildung die pädagogischen und schulpсихologischen Ausbildungsinhalte gerade zur Gewaltproblematik deutlich gestärkt.

In erster Linie benötigen wir natürlich auch das Miteinander mit den Eltern, die ihre erzieherische Aufgabe ernst nehmen, sich um ihre Kinder kümmern, ihnen Zuwendung, Geborgenheit und Liebe zukommen lassen müssen und die, was ganz wichtig ist, auch einmal nein sagen können. Denn unabhängig von allen pädagogischen Einwirkungsmöglichkeiten der Schule gilt: Eltern, die sich ihrer Verantwortung für die Zukunft ihrer Kinder bewußt sind und ihnen durch das eigene Vorbild Orientierung und Halt geben, sind die beste Lebenshilfe und auch die beste Prävention gegen Gewalt und Aggression.

(Abg. Rebhan CDU: Sehr gut!)

Ich meine, daß auch wir Politiker eine Verantwortung haben. Was sich an den politischen Rändern, sei es auf dem linken oder auf dem rechten Rand, manchmal abspielt, das ist eben gerade nicht Vorbild, sondern das ist häufig Ermunterung zur Gewalt und Unterstützung von Gewalt und Aggression.

Der Gesetzentwurf der Republikaner zur Änderung des Schulgesetzes geht an der schulischen Wirklichkeit vorbei. Er bietet überhaupt keinen Ansatzpunkt für seriöse Handlungsperspektiven. Deshalb kann dieser Gesetzentwurf nicht unsere Zustimmung finden.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP sowie der Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE)

**Stellv. Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, die Aussprache ist damit beendet. Wird Antrag auf Ausschußüberweisung gestellt?

(Zurufe von den Republikanern: Ja!)

– Das ist der Fall.

(Abg. Zeller SPD: Nein, nein!)

– Nachdem der Ausschußüberweisung widersprochen wurde, lasse ich über diesen Antrag auf Ausschußüberweisung abstimmen. Wer der Ausschußüberweisung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Gegenstimmen waren die Mehrheit. Damit ist der Ausschußüberweisung widersprochen. Die Erste Beratung ist beendet.

(Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Die erste Lesung war die letzte Lesung!)

Damit ist auch Punkt 10 der Tagesordnung erledigt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(Stellv. Präsident Straub)

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE  
— Gesetz zur Änderung des Ministergesetzes — Drucksache  
11/43**

**Beschlußempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses  
— Drucksache 11/6200**

Berichterstatter: Abg. Bebbler

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für eine kurze Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf eine Redezeit von 5 Minuten je Fraktion vorgesehen.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Bütikofer das Wort.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP zu den Republikanern: Was ist mit eurem Antrag? Schon wieder abgelehnt? Oje! — Gegenruf des Abg. Deuschle REP — Zuruf des Abg. Döring FDP/DVP — Unruhe)

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf unserer Fraktion zur Änderung des Ministergesetzes verweist schon mit seiner zweistelligen Drucksachenummer auf den Anfang der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode. Der Gesetzentwurf ist im Juni 1992 eingebracht worden. Im Ständigen Ausschuß wurde er im Juli dieses Jahres beraten. Man hatte ihn zurückgestellt, um Beratungen zur Diätenreform abzuwarten.

(Abg. Bebbler SPD: Nicht „man“! Die Grünen!)

Leider hat die dadurch eingetretene Bedenkfrist die Vertreter der übrigen Fraktionen im Ständigen Ausschuß nicht dazu bewegen können, dem Regelungsbegehren dieses Gesetzentwurfs näherzutreten.

Worum geht es? Der erste Kernpunkt der von uns beehrten Neuregelung zum Ministergesetz ist, daß Abgeordneten-diäten in den Fällen, in denen ein Mitglied der Regierung gleichzeitig Mitglied des Landtags ist, auf die Ministerbezüge angerechnet werden sollen. Wie Sie wissen, treten wir dafür ein und haben im Landtagwahlgesetz auch verschiedentlich beantragt, die Inkompatibilität zwischen Landtagsmandat und Regierungsamt herbeizuführen. Damit sind wir bis jetzt nicht durchgedrungen. Das wäre die vorrangige Regelungsabsicht, die wir verfolgen.

(Zuruf des Ministers Weiser)

Aber solange dies nicht eingeführt ist, sollte wenigstens die in zweiter Linie in Betracht kommende Regelung in Angriff genommen werden.

(Zuruf des Ministers Weiser)

Meine Damen und Herren, wenn ich die politische Debatte und die zum Teil gespielte und pharisäerhafte Aufregung der letzten Wochen im Zusammenhang mit der Diätenregelung, die im Bundestag beschlossen worden war, richtig verstehe, dann wird es nicht mehr sehr lange dauern, bis möglicherweise den Parlamenten auch zu dieser Frage von außen, von der Öffentlichkeit, von der kritischen Öffentlichkeit etwas

aufgedrückt wird. Herr von Arnim — Sie haben das möglicherweise zur Kenntnis genommen — hat schon angefangen, diese Frage zu thematisieren.

(Abg. Zeller SPD: Oh! Das ist ein schlechtes Beispiel!)

Er hat, was immer man sonst von ihm halten mag,

(Abg. Zeller SPD: Nicht viel!)

ein unbestreitbares Geschick, solche Fragen so zu artikulieren, daß sie gehört und verstärkt werden. Ich sage das nicht deswegen, weil ich Herrn von Arnim kritisieren wollte. Meines Erachtens hat er manches Verdienst, auch in dieser Auseinandersetzung.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Ja, einen Verdienst hat er! — Abg. Drautz FDP/DVP: Einen hohen Verdienst!)

— Herr Dr. Döring, ich glaube, Sie wollen sich nicht mit Herrn Klose in der Qualifikation von Herrn von Arnim gemein machen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Nein!)

Ich sage dies deshalb, weil es diesem Parlament, meine ich, gut anstünde, diese Fragen in Eigenverantwortlichkeit selbst zu regeln, bevor sie uns mit dem Gestus einer Entlarvung parlamentarischer Selbstbedienung von irgendwoher aufgezungen werden. Das ist jedenfalls unser Verständnis von dieser Sache.

Zweitens: Wir beantragen die Senkung des Ruhegehaltssatzes auf einen Sockelbetrag, der der Regelung im Bundesversorgungsgesetz entspricht. Wir haben derzeit bei den Ministern eine Sockelversorgung, die deutlich über dem Bundesniveau liegt. Nach unserer Meinung gibt es hierfür keinen ersichtlichen Grund.

Drittens: Wir beantragen die Einführung einer Wartezeit für Ruhegehaltszahlungen an ehemalige Minister bis zum 60. Lebensjahr. Diese Frist gibt es ja für Abgeordnete und deren Ruhegelder. Wir halten es für angemessen, auch hier das Versorgungssystem, das es momentan gibt, im Sinne einer Anpassung nach unten zu reformieren.

Schließlich viertens: Wir wollen, daß in den Fällen, in denen ein ausgeschiedenes Mitglied der Landesregierung zugleich Mitglied des Landtags ist — solche Fälle hat man ja —, auf das Übergangsgeld verzichtet wird. Denn der oder die Betreffende wäre ja im vorgestellten Fall entweder über die Abgeordneten-diäten oder über das Übergangsgeld, das man gegebenenfalls als Abgeordneter erhält, durchaus tatsächlich abgesichert.

Es geht also ein Stück weit um mehr Bescheidenheit seitens der Minister. Es geht darum, daß die gesetzlichen Regelungen im Ministergesetz dem Maß an Zurückhaltung angepaßt werden, das sich der Landtag im allgemeinen — ich meine, das kann man schon sagen —, in der Diätenfrage und in der Versorgungsfrage, in den letzten Jahren auferlegt hat, und dem, was auf Bundesebene gilt.

(Bütikofer)

Meine Damen und Herren, ich meine, es ist ein maßvoller Gesetzentwurf, und ich möchte Sie daher noch einmal bitten, ihm zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Lang.

**Abg. Dr. Lang CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben den Gesetzentwurf deshalb lange nicht behandelt, weil man – Sie sagten es zu Recht – der Auffassung war, daß dieses Problem sinnvollerweise zusammen mit der Frage des Status des Abgeordneten gelöst werden sollte. Nachdem es dazu nicht kam, haben Sie auf eine abschließende Behandlung gedrängt. Wir haben den Gesetzentwurf behandelt und kamen zu dem Ergebnis, ihm nicht näherzutreten, sondern ihn abzulehnen.

Herr Kollege Bütikofer, ich glaube, wir müssen uns über eines im klaren sein: Solange dieser Landtag, und zwar gezwungenermaßen, jeweils über seine Entschädigung selbst befindet und abstimmt, wird in der Öffentlichkeit immer der Eindruck der Selbstbedienung entstehen, egal, wieviel man aufschlägt.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Richtig! – Abg. Bütikofer GRÜNE: Stimmt!)

Das läßt sich nicht vermeiden. Die Koppelung geht halt nicht, wir müssen selbst befinden. Das ist aber auch die beste eingebaute Bremse vor einer Überforderung.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ganz richtig!)

Es ist ja nicht so, daß wir hier erhöht hätten. Man ging vielmehr zurück, man hat den Sockel für die ersten vier Jahre von 45 auf 35 % reduziert, hat den Ministern keine Entschädigung, keine Pensionsregelung gewährt, sondern dies erst nach Ablauf von vier Jahren vorgesehen, außer es lägen Krankheitsfälle vor. Man hat den Steigerungssatz von 5 auf 2,5 % reduziert. Man hat also reduziert.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wir liegen aber noch über dem Bundesniveau!)

– Liegen wir. Aber wenn ich mit Ländern vergleiche, liegen wir am Ende und nicht in der Spitzengruppe. Deshalb besteht nach unserer Auffassung kein Anlaß, nochmals zu reduzieren.

Im Grunde genommen zäumen Sie das Pferd am Schwanz auf. Sie sagten zu Recht, daß Sie eine Trennung des Abgeordnetenmandats von der Stellung als Minister wollten. Sie sagten, die Kontrollfunktion werde behindert, wenn der Abgeordnete gleichzeitig Minister sei und sich damit selbst kontrollieren solle. Ich bin hier anderer Meinung. Es hat sich gezeigt: es geht, es funktioniert. Aber man kann die Meinung vertreten. Allerdings gibt es enorme Probleme. Ich denke etwa daran, was passiert, wenn der gewählte Abgeordnete Minister wird und sein Mandat niederlegen muß. Diese Probleme sind in der Praxis zwar lösbar, aber außerordentlich schwer lösbar. Sie führen zu Schwierigkeiten, über die man sich meinetwegen unterhalten kann. Aber wenn das nicht geregelt wird, sollte man nicht versuchen,

das über das Geld zu lösen. Das wäre nach meiner Meinung der falsche Weg.

Sie haben als zweites die Rückführung der Altersgrenze von 60 auf 56 Jahre angesprochen, weil ein Abgeordneter die Pension erst mit 60 Jahren bekommt. Ich glaube, da muß man auch sehen: Die Stellung eines Ministers ist anders als die eines Abgeordneten. Er kann keinen Beruf nebenher betreiben, während wir Teilzeitabgeordnete sind. Wir können nebenher beruflich tätig sein. Das bedeutet: Wenn wir erst vier Jahre später pensionsberechtigt werden, haben wir vorher aber die Möglichkeit, nebenher eine berufliche Tätigkeit auszuüben, was eben ein Minister nicht kann. Deswegen kann ich nicht beide gleichstellen. Wir haben die Altersgrenze. Es erhält ja niemand sofort bei seinem Ausscheiden eine Pension. Das ist wiederum im Bund anders.

Auch die Frage der niedrigeren Staffelung führt nachher nicht zu Problemen. Wer die Endstufe erreichen will, muß, wenn man Ihrem Gesetzentwurf folgt, über 20 Jahre Minister sein. Das bedeutet, daß er am Stuhl klebt – etwas, was wir auch nicht wollen. Auch diese Tatsachen muß man einfach sehen.

Nachdem mit Sicherheit auch eine Regelung über die Abgeordnetenstellung kommt, sollte man bei einer Abwägung diesen Punkt heute nicht vorziehen, sondern erst in der Gesamtsicht behandeln und dann einer Entscheidung zuführen. Wir sehen im Moment keinen Anlaß, in diesem Punkt noch weiter zurückzugehen. Deshalb wird die CDU-Fraktion diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bebber.

**Abg. Bebber SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben diesen Gesetzentwurf im Ständigen Ausschuß beraten. Bei der Beratung sind über das hinaus, was Sie hier in der Ersten Beratung vorgebracht haben, leider überhaupt keine Argumente genannt worden.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wenn die schon gut waren, würde es ja reichen!)

– Herr Bütikofer, Sie sagen selbst – und das ist auch in der Beratung wieder deutlich geworden –, daß es Ihnen eigentlich darum gehe, Abgeordneten- und Ministertätigkeit zu trennen. Sie sagen, daß Sie das nicht mehrheitlich hinkriegen. Das nun über die populistische Schiene der Bezahlung erreichen zu wollen ist nach meiner Meinung auch nicht übermäßig überzeugend.

**Stellv. Präsident Straub:** Herr Abg. Bebber, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bütikofer?

**Abg. Bebber SPD:** Ich habe hier ja noch nichts inhaltlich gesagt. Ich weiß gar nicht, was er fragen will. Ich würde ihm vorschlagen, daß ich zuerst einmal etwas sage, und er anschließend fragt.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie haben schon etwas gesagt, und darauf will ich fragen! – Abg. Deuschle REP: Das kommt bei manchem Redner vor, daß er inhaltlich nichts sagt!)

– Dann fragen Sie.

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Sie als Sozialdemokrat und erprobter Reformist,

(Große Heiterkeit)

verstehen Sie nicht, daß man manchmal, wenn man das Endziel nicht gleich erreichen kann, Zwischenschritte dahin unternimmt?

(Abg. Zeller SPD: Die Grünen sind lernfähig! — Zuruf des Abg. Krieg GRÜNE)

**Abg. Bebbler SPD:** Mir brauchen Sie überhaupt nicht zu erzählen, was alles einem in der Ohnmacht der Opposition einfällt.

(Heiterkeit bei der SPD — Abg. Bütikofer GRÜNE: Nicht so dick machen! Das kommt bei euch auch wieder!)

— Hier macht sich ja keiner dick. Wenn wir zwei uns verglichen, hielte ich den Vergleich gut aus, Herr Bütikofer.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Er muß sich nicht dick machen! — Heiterkeit!)

Aber etwas ernster: An Argumenten ist nichts hinzugekommen, wobei mich auch irritiert hat, daß in der Debatte zur ersten Lesung gesagt wurde, die Minister könnten nach vier Amtsjahren voll ihr Ruhegehalt beziehen, was ja nicht stimmt. Herr Kollege Lang hat das damals korrigiert.

Ich will auf folgendes hinaus: Vielleicht sollten wir doch ein bißchen feinfühler und noch seriöser versuchen, eine Regelung hinzubringen. Man kann ja durchaus über das eine oder andere reden, darüber, ob es nun gerechtfertigt ist oder nicht. Es kommt möglicherweise auch darauf an, wie man die Gesamtregelung zusammenpaßt, damit es nicht ungerrecht ist. Kollege Lang hat eine Reihe von Argumenten aufgeführt, die berücksichtigt werden sollten.

Wir hatten seinerzeit schon den Vorschlag gemacht, man sollte das durch eine außerparlamentarische Einrichtung, durch eine Kommission oder wie auch immer, zumindest einmal prüfen lassen und einen Vorschlag erarbeiten lassen. Das wäre ja auch ein Weg.

Ich hatte ja eigentlich gedacht, daß von Ihrer Seite gerade auch in der Ausschlußberatung versucht würde, sich darauf zu einigen, über einen solchen außerparlamentarischen Vorschlag einen Schritt weiterzukommen. So, wie die Forderungen im Moment vorliegen, kommen wir, wie mir scheint, auch nicht weiter. Auch ich bin für einen weiteren Schritt.

Ich könnte mir durchaus vorstellen, daß der Minister, der in sein Abgeordnetenmandat zurückkehrt, nicht unbedingt ein Übergangsgeld bekommen muß. Das kann ich mir sehr gut vorstellen. Aber das allein reicht ja nicht, um die Problematik einigermaßen zu lösen.

Wie gesagt, eine Gesamtregelung ist sehr schwer hinzubekommen, wie wir ja aus eigener Bezahlsregelung wissen. Daß eine Kommission dann auch noch nicht unbedingt den optimalen Vorschlag macht, wissen wir auch. Aber wir sollten, gerade weil es öffentlich sehr sensibel aufgenommen

wird, über eine außerparlamentarische Kommission wenigstens einmal eine Untersuchung anstellen lassen, einen Vorschlag machen lassen, damit wir eine Grundlage haben, auf der wir dann natürlich selbst entscheiden müssen.

Wenn Sie es auf diesen Weg bringen könnten, dann könnten wir mitmachen. Aber so, wie Sie es jetzt beantragt haben, müßten wir es ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

**Abg. Deuschle REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktion GRÜNE begehrt mit ihrem Gesetzentwurf die Anrechnung von Abgeordnetendiäten auf Ministerbezüge in jenen Fällen, in denen das Regierungsmitglied gleichzeitig Landtagsmitglied ist. Ferner sollen Kürzungen im Bereich des Ruhestandsgelds durchgeführt werden. Die Altersversorgung der Regierungsmitglieder soll auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden.

Diese Anliegen werden nicht dadurch falsch, daß sie heute von den Grünen vorgebracht werden. Bei den Debatten um die Änderung der Landesverfassung hatten wir Republikaner mit einem eigenen Gesetzentwurf gefordert, Artikel 46 der Landesverfassung um einen Absatz 5 zu erweitern. Darin wollten wir festlegen, daß — ich zitiere — mit Amtsübernahme die Landtagsmandate des Ministerpräsidenten und der Regierungsmitglieder erlöschen.

Wir Republikaner setzen uns weiter konsequent für die strikte Trennung von Amt und Mandat ein. Demnach sollen Regierungsmitglieder nicht zusätzlich noch ein Abgeordnetenmandat ausüben dürfen. Damit möchten wir auch dem rechtsstaatlichen Prinzip der Gewaltenteilung Rechnung tragen und Konflikte zwischen Landtag und Landesregierung vermeiden.

Welche inhaltliche Begründung gibt es eigentlich dafür, daß die Minister neben ihrem Ministergehalt noch 70 % ihrer Abgeordnetendiäten erhalten? Sind die Minister oder Ministerinnen in ihrem Amt vielleicht gar nicht ausgelastet, so daß sie Zeit haben, um auch noch Abgeordnetenaufgaben zu übernehmen? Die SPD hatte dies in der letzten Legislaturperiode ähnlich beurteilt. Die Ministersessel haben aber wohl zu einem Umdenken geführt.

(Beifall des Abg. Krisch REP)

Die Argumentation der Grünen in dieser Frage wäre sicher glaubwürdiger, wenn in den Bundesländern, in denen die Grünen in der Regierung sind, mit gutem Beispiel vorgegangen würde.

(Beifall bei den Republikanern)

Wo ist eigentlich seither, so müssen sich die Bürger und Bürgerinnen fragen, das von der SPD gebetsmühlenhaft bemühte soziale Korrektiv im persönlichen Bezügebereich der SPD-Minister abgeblieben? Warum haben Sie von der SPD bisher keine Anstalten gemacht, die bei der Bundesregierung angemahnte soziale Gerechtigkeit durch Rückschnitte in der Bezahlung Ihrer SPD-Landesminister umzusetzen? Es ist

(Deutsche)

doch ein Skandal, in welcher Deutlichkeit sich die Sockelbeträge – –

(Abg. Brigitte Wimmer SPD: Der ist so dumm, daß es kracht!)

– Frau Kollegin Wimmer, Sie machen sich hier ja sowieso nur durch Zwischenrufe bemerkbar. Man läßt Sie ja gar nicht mehr ans Rednerpult.

(Abg. Brigitte Wimmer SPD: Wir haben einen Begriff, der heißt „strunzdumm“! Und der paßt!)

Es ist doch ein Skandal, in welcher Deutlichkeit sich die Sockelbeträge beim Ruhegehalt der Landesminister von denen ihrer Amtsbrüder in der Bundesregierung abheben.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Womit ist es eigentlich gerechtfertigt, daß die Mitglieder der hiesigen Landesregierung bereits nach nur vier Amtsjahren 45 %, die Mitglieder der Bundesregierung aber bei gleicher Dienstzeit nur 29 % erhalten? Kann man daraus schließen, daß die baden-württembergischen Minister bedeutender als die Bundesminister sind?

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Oh!)

Meine Damen und Herren, der von den Grünen eingebrachte Gesetzesvorschlag kratzt dagegen nur an der Oberfläche der allzu üppig bemessenen Ministeralimentation. Wir sagen ganz offen und deutlich: Den von den Grünen beantragten Sockelbetrag von 29 % halten wir immer noch für überhöht.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ganz deutlich sagen wir das!)

Angesichts der aktuellen sozial-, aber auch arbeitsmarktpolitischen Gegebenheiten für große Teile unserer Bevölkerung einerseits sowie der materiellen Versorgung für die Mitglieder der Landesregierung andererseits ist ein Rückschnitt des Sockelbetrags auf 25 % angemessen und vertretbar.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Heraufsetzung der zeitlichen Anspruchsgrundlage in der Altersversorgung von bisher vier auf fünf Jahre erscheint ebenfalls maßvoll, angemessen und sozialverträglich. Die Tatsache, daß für Mitglieder der Bundesregierung großzügigere Regelungen bestehen als die hier beantragte, spricht nicht gegen eine Landeslösung in dem von uns beabsichtigten Umfang. Zudem ging die ursprünglich beabsichtigte Bindung des Ruhegehaltsanspruchs der Regierungsmitglieder von einer vierjährigen Legislaturperiode des Landtags und einer gleich langen Amtsperiode der Regierung aus.

Nachdem durch den Beschluß des Landtags die Dauer einer Legislatur- bzw. Regierungsperiode von vier auf fünf Jahre verlängert worden ist, ist es geboten, diesen Umstand auch bei der Bemessung der Altersbezüge für die Landesminister entsprechend zu berücksichtigen. Deshalb haben wir einen Änderungsantrag, den Antrag Drucksache 11/6594, mit diesem Ziel eingebracht.

Meine Damen und Herren von der CDU und der SPD als Träger der Landesregierung, täuschen Sie sich nicht über die Stimmung in der Bevölkerung. In Zeiten von Massenarbeitslosigkeit, sinkenden Realeinkommen und bescheidenen Renten ist ein weiteres Festhalten an der Doppelbezahlung und der überzogenen Altersversorgung unverantwortlich. Es herrscht im Volk eine große Erbitterung über Abkassiermethoden. Wenn Sie hier nicht beizeiten aufhören, werden wir – das hat auch unsere Aktion gezeigt – große Probleme bekommen. Dies könnte dazu führen, daß der Verdruß nicht nur an den Politikern, sondern insgesamt am parlamentarischen System in einem Maße zunimmt, wie wir alle hier es nicht wollen.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Döring.

**Abg. Dr. Döring FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Ministergesetz hier in Baden-Württemberg ist zuletzt erst im März 1991 novelliert worden. Schon damals hat die Fraktion der Grünen eine ganze Reihe von abweichenden Vorschlägen gemacht. Das ist dann wenig später, mittlerweile auch schon vor einiger Zeit, in einen konkreten Gesetzentwurf eingeflossen. Eine ganze Reihe von Punkten sind darin enthalten. Wir haben schon in der ersten Lesung zum Ausdruck gebracht, daß man über den Wegfall des Übergangsgelds für ausscheidende Minister, wenn diese gleichzeitig Mitglieder des Landtags sind, reden und sich dieser Forderung anschließen sollte.

Bei allen anderen Punkten allerdings werden wir keine Zustimmung erteilen. Da gibt es eine Reihe von Punkten, die so einfach nicht richtig sind und von daher auch abgelehnt werden sollten.

Es geht den Grünen – der Kollege Bütikofer hat dies vorhin auch gesagt – bei der einen Regelung im Grunde um den Versuch, mit der Hilfe eines finanziellen Hebels zur Trennung von Amt und Mandat zu kommen. Ich meine aber, daß dieser finanzielle Hebel der falsche ist. Man sollte dieses Thema nicht über den Bezug oder Nichtbezug von Geldern diskutieren. Die Trennung von Amt und Mandat ist ein Thema, bei dem es um Grundsätze geht, die nicht über den finanziellen Aspekt diskutiert werden sollten. Vielmehr sollte man das, so, wie wir es vor einiger Zeit auch gemacht haben, mit einem Gesetzentwurf machen, der hier im Lande auch vorsieht, daß Amt und Mandat zu trennen sind.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das haben wir doch selbst gemacht, Herr Kollege!)

– Weiß ich, haben wir ja auch gemacht – nein, wir haben es gemacht.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wir!)

– Wir. Diesen Umweg, das über die finanzielle Seite zu machen, halte ich für falsch. Deswegen muß es abgelehnt werden.

Wir halten es aber nach wie vor nicht nur für überlegenswert, sondern für richtig, daß man eine saubere Trennung und Teilung der Gewalten vornimmt und deswegen auch Exekutive und Legislative trennt, das heißt, die Trennung von Amt und

(Dr. Döring)

Mandat, sofern man in die Lage versetzt wird, verehrter Herr Kollege, dann nach Möglichkeit auch praktiziert.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Werden wir sehen!)

— Werden wir sehen, ja.

Sie wollen auch die Senkung des Ruhegehaltssatzes bei den Ministern auf einen Sockelbetrag, der an die bundesgesetzliche Regelung angeglichen ist. Das heißt also, daß dann die 29 % kommen sollen. Außerdem wollen Sie auch, daß die Minister eine Altersentschädigung erst erhalten, wenn sie das 60. Lebensjahr vollendet haben.

Bei der letzten Novellierung des Gesetzes im März 1991 wurde der Sockelbetrag, der nach vier Jahren gezahlt wird, von 50 % auf 45 % herabgesetzt. Statt einer bisherigen Steigerung pro Amtsjahr um 5 % wurde eine Steigerung um 2,5 % festgelegt. Das ist doch in Ordnung. Das ist eine Korrektur nach unten gewesen, die richtig und nachvollziehbar ist, die ihre Berechtigung hat und deswegen ja auch mitgetragen und unterstützt wurde.

Jetzt wollen Sie diesen Sockelbetrag erneut senken, und zwar von 45 % auf 29 %. Damit würde er zwar der bundesgesetzlichen Regelung entsprechen, die Minister in Baden-Württemberg würden aber im Vergleich zu denen einer ganzen Reihe von anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen, Bayern, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Saarland deutlich schlechter gestellt. Es gibt aus unserer Sicht keinen Grund dafür, daß man sagt: Wir machen die bundesgesetzliche Regelung, die wollen wir übernehmen — obwohl sie aber von anderen Ausgangsbeträgen ausgeht —, und landesweit stellen wir die Minister hier im Land gegenüber denen in anderen vergleichbaren Bundesländern eindeutig schlechter. Ich meine, das hat keinen Sinn. Dieser Vergleich ist vom Finanzminister das letzte Mal vorgelegt worden. Deswegen wollen wir es auch bei 45 % belassen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Alles nicht so überzeugend, Herr Kollege!)

Dann haben Sie, Herr Kollege Bütikofer, in ihrem Gesetzentwurf beantragt, den Ministern erst vom 60. Lebensjahr an eine Altersentschädigung zukommen zu lassen. Wenn Sie dies machen, werden die Minister im Vergleich zu den Abgeordneten, die dem Landtag länger als acht Jahre angehören, schlechter gestellt. Das bedeutet eine Schlechterstellung. Ein Abgeordneter, der — Sie wissen das — dem Landtag neun Jahre angehört, erhält bereits mit 59 Jahren seine Altersentschädigung. Damit ist er eindeutig besser gestellt als der Minister, dem Sie erst mit 60 Jahren eine Altersentschädigung geben wollen.

Oder ein anderes Beispiel: Ein Abgeordneter, der mit 44 Jahren in den Landtag gewählt wird und diesem 12 Jahre angehört, erhält bereits mit 56 Jahren seine Altersentschädigung. Ein Minister hingegen, der mit 44 Jahren zum ersten Mal in ein Ministeramt berufen wird und 12 Jahre der Landesregierung angehört, also mit 56 Jahren ausscheidet, müßte nach dem Gesetzentwurf der Grünen noch vier Jahre warten, bis ihm eine Altersentschädigung zugestanden würde.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

— Sie staunen, wie intensiv wir uns mit den Themen befassen, die uns nächstes Jahr alle direkt betreffen werden. Das ist schon richtig. Wir wollen da eine gute Grundlage schaffen.

Des weiteren ist auch nicht einzusehen, Herr Kollege Bütikofer, daß für Minister eine Steigerung pro Amtsjahr von 2,5 % bei der Altersversorgung vorgesehen ist.

(Abg. Brigitte Wimmer SPD: Kaum sage ich 5 %, werden Sie übermütig!)

— Frau Wimmer, jetzt haben Sie aber lange gebraucht.

(Abg. Brigitte Wimmer SPD: Ich habe mir überlegt, ob ich dazu etwas sagen soll!)

Für Minister ist eine Steigerung von 2,5 % bei der Altersversorgung vorgesehen, wohingegen die Progression bei Abgeordneten nach wie vor 3,5 % beträgt. Lassen Sie mich abschließend darauf hinweisen: Nicht bei allen Ministern, aber bei vielen Ministern bedeutet die Ausübung eines Ministeramts durchaus einen Kraftakt und eine gewaltige Anstrengung. Nicht bei allen, aber bei vielen Ministern bedeutet dies auch,

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

daß sie einen gewissen persönlichen Verzicht leisten. Es wird nicht viele Leute in der Bevölkerung geben, die dazu bereit wären, diese persönliche Belastung auf sich zu nehmen. Alle in der Bevölkerung aber gehen ganz selbstverständlich davon aus, daß es Leute gibt, die bereit sind, eine solche Belastung auf sich zu nehmen. So selbstverständlich, wie diese Erwartung ist, so selbstverständlich muß es auch sein, daß dann diejenigen, die diese Ämter ausüben, eine angemessene Bezahlung erhalten und auch eine angemessene Altersversorgung, die vor allen Dingen auch im Vergleich mit den anderen Bundesländern gerecht ist,

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Was heißt denn „gerecht“? Wenn sich jeder bedient, bin ich gerecht, wenn ich mich auch bediene! Das ist doch kein Argument!)

die außerdem auch den Vergleich mit den Abgeordneten aushält. — Was heißt „gerecht“? Sie können nicht hergehen und sagen: Bei den Abgeordneten soll die Altersversorgung früher einsetzen als bei den Ministern. Insofern ist es auch eine Frage der Gerechtigkeit und der Gleichbehandlung.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Deswegen müssen wir, Herr Kollege Bütikofer, obwohl es uns massiv trifft und furchtbar schwerfällt, Ihren Antrag leider ablehnen.

(Beifall bei der FDP/DVP — Abg. Brigitte Wimmer SPD: So was nennt man Prävention, gell?)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Baumhauer.

**Staatssekretär Baumhauer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe dem Kollegen Dr. Döring sehr aufmerksam zugehört und habe

(Staatssekretär Baumhauer)

zur Kenntnis genommen, daß er mindestens das Ministergesetz sehr gründlich studiert hat.

(Abg. Rebhan CDU: Das hat ja Gründe!)

Es mag ein Schuft sein, wer etwas Böses dabei denkt. Jedenfalls hat er sich damit beschäftigt, und was er gesagt hat, war gar nicht so neben der Kappe.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Er kann es vielleicht auswendig!)

Deshalb möchte ich ein paar Anmerkungen dazu machen.

In der ersten Lesung hat der Herr Finanzminister seine Auffassung namens der Landesregierung dargelegt. Man hat den Gesetzentwurf dann im Finanzausschuß behandelt, und es sind dabei keine neuen Argumente genannt worden.

Herr Bütikofer, den Punkt, den Sie anmahnen, nämlich die Reduzierung der Minister- und Staatssekretärsgehälter um den Betrag, den man als Abgeordneter bezieht, gehen Sie jetzt an der völlig falschen Stelle — das ist ja auch schon dargelegt worden — an. Das ist ein Punkt, der beim Abgeordnetengesetz beraten gehört und dort auch beraten und entschieden worden ist. Deshalb ist der Weg, den Sie jetzt vorschlagen, ganz sicherlich nicht der richtige Weg. Ich meine, daß hier nicht über die Hintertür etwas hineinkommen soll, was beim Abgeordnetengesetz seinerzeit nicht möglich gewesen ist.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

— Ja, bitte.

**Stellv. Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Abg. Bütikofer.

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Herr Staatssekretär, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß es hier überhaupt nicht darum geht, über die Hintertreppe oder durch die Hintertür eine Regelung herbeizuführen, die tatsächlich im Abgeordnetengesetz zu treffen wäre und von uns auch angestrebt worden ist, sondern daß es hier darum geht — und das ist etwas anderes —, solange die von uns erstrebte Regelung im Abgeordnetengesetz nicht existiert, den grundsätzlich unbefriedigenden Zustand durch eine Reform im Ministergesetz wenigstens etwas weniger unzufriedenstellend zu gestalten? Sind Sie bereit, wenigstens das Argument so zu führen, daß es sich auf diesen Regelungsgehalt richtet und nicht einfach darüber hinweg?

**Staatssekretär Baumhauer:** Herr Bütikofer, ich habe schon verstanden, wie Sie sich schrittweise an das annähern wollen, was Ihnen beim Abgeordnetengesetz nicht gelungen ist. Aber das ändert nichts an der grundsätzlichen Einstellung zum Problem Trennung von Amt und Mandat. Ich will das nicht weiter ausführen, weil das ja bei der Beratung des Abgeordnetengesetzes mit all den Problemen, die damit zusammenhängen, gründlich beraten worden ist.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Auch wenn man nicht für die Trennung ist, kann man dafür sein, daß einer nicht doppelt bezahlt wird!)

Herr Kollege Bütikofer, ich will Ihnen einmal eines sagen: Ich meine, bei der Belastung, die unsereiner — ich nehme mich dabei gar nicht aus — auf sich nimmt, und wenn klar ist, daß er als Abgeordneter und als Staatssekretär seine Aufgabe zu erfüllen hat, und wir dann im Abgeordnetengesetz die Absenkung der Entschädigung als Abgeordneter festgelegt haben, ist dies, wie ich meine, eine angemessene Regelung, die unter Zugrundelegung der Lösung, wie wir sie haben, daß man Abgeordneter und Regierungsmitglied sein kann, wie dies in den meisten anderen Bundesländern und im Bundestag ja auch der Fall ist, in Ordnung geht.

Was die Altersversorgung anlangt, möchte ich richtigstellen: Beim Vergleich mit der Regelung für die Bundesregierung muß man auch berücksichtigen, welche Bemessungsgrundlage zugrunde gelegt wird. Bei den Gehältern der Bundesminister besteht eine andere Bemessungsgrundlage. Wenn Sie die Zahlen vergleichen, werden Sie das feststellen.

Bei der Altersregelung liegen wir in der Mitte dessen, was in anderen Landesparlamenten beschlossen worden ist. Wir gehören nicht zu denen, die ganz oben sind, und nicht zu denen, die ganz am Ende marschieren.

(Abg. Bütikofer GRÜNE unterhält sich mit Abg. Kurz CDU.)

— Herr Abg. Bütikofer, wenn Sie noch zuhörten, könnten Sie möglicherweise noch etwas lernen.

(Abg. Rebhan CDU: Bestimmt! — Zurufe der Abg. Jacobi GRÜNE und Drautz FDP/DVP)

Ich kann Sie ja wohl in dieser Frage nicht überzeugen, weil Sie an der falschen Einstellung festhalten.

Deshalb will ich Ihnen abschließend folgendes sagen: Meine Meinung zu diesem ganzen Komplex ist, daß es darauf ankommt, daß man Damen und Herren in die Regierungen beruft, die ihrer Aufgabe gewachsen sind,

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das werden wir sehen!)

die etwas leisten — nicht wie in Hessen der Kollege Staatssekretär, der ausscheiden mußte, weil er seiner Aufgabe nicht gewachsen war, was jetzt in der Tat den Steuerzahler sehr stark belastet. Deshalb kommt es darauf an, daß wir gute Damen und Herren in die Regierung berufen, die eine gute Arbeit leisten

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ja!)

und dann auch ihr Geld wert sind.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

So ist es bei uns in Baden-Württemberg.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, bitte ich Sie, diesen Gesetzentwurf abzulehnen, wie das im Finanzausschuß bereits als Beschlußempfehlung beschlossen worden ist.

(Beifall bei der CDU — Abg. Bütikofer GRÜNE: Wenigstens am Schluß noch etwas Humor! Das gefällt einem dann!)

**Stellv. Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur Abstimmung.

Der Ständige Ausschuß empfiehlt Ihnen mit der Beschlußempfehlung Drucksache 11/6200, den Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/43, abzulehnen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Präsident, Sie können en bloc abstimmen lassen!)

— En bloc? Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 11/6594, zu Artikel 1 des Gesetzentwurfs vor, so daß ich den Gesetzentwurf nicht insgesamt zur Abstimmung bringen kann.

Ich rufe daher auf

#### Artikel 1

##### Änderung des Ministergesetzes

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 11/6594.

(Abg. Deuschle REP: Herr Präsident! — Abg. Baumhauer CDU: Wir sind in der Abstimmung!)

— Wollen Sie etwas erklären, Herr Abg. Deuschle?

(Abg. Deuschle REP: Ja! Ich habe es Ihnen gesagt!)

— Bitte.

**Abg. Deuschle REP:** Die Fraktion Die Republikaner beantragt, wie vorhin dem Präsidenten signalisiert, gemäß § 99 der Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung.

**Stellv. Präsident Straub:** Findet dieser Antrag die erforderliche Unterstützung? — Das ist der Fall.

Dann wird über den Antrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 11/6594, namentlich abgestimmt.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, der möge mit Ja antworten, wer ihn ablehnen möchte, möge mit Nein antworten, und wer sich der Stimme enthalten möchte, möge mit „Enthaltung“ antworten.

Ich bitte den Schriftführer Göbel, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben U.

Ich darf Sie allerdings bitten, Ruhe zu bewahren, weil sonst die Antworten von hier aus nicht zu verstehen sind.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

Es haben 105 Abgeordnete abgestimmt.

11 Abgeordnete haben mit Ja gestimmt,  
94 mit Nein;  
es gab keine Enthaltung.

Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 11/6594, abgelehnt.

\*

Mit Ja haben gestimmt:

Bühler, Deuschle, Dr. Eckert, Herbricht, König, Krisch, Rapp, Reimann, Schaal, Trageiser, Troll.

Mit Nein haben gestimmt:

Amann, Baumhauer, Bebbler, Behringer, Birgitt Bender, Birzele, Ingrid Blank, Brechtken, Carla Bregenzer, Brinkmann, Buchter, Bütikofer, Dr. Caroli, Döpfer, Dr. Döring, Drautz, Drexler, Gaßmann, Dr. Geisel, Göbel, Göschel, Goll, Alfred Haas, Gustav-Adolf Haas, Hackl, Hauk, Heiler, Heinz, Dr. Hopmeier, Jacobi, Kiesecker, Kiesswetter, Dr. Klunzinger, Köberle, Krieg, Kurz, Dr. Lang, Ursula Lazarus, Leicht, List, Eberhard Lorenz, Maurer, Dr. Maus, Dr. Mauz, Mayer-Vorfelder, Meyer, Mogg, Mühlbeyer, Ulrich Müller, Dr. Walter Müller, Nagel, Oettinger, Dr. Ohnewald, Dr. Puchta, Rau, Rebhan, Reddemann, Redling, Dr. Reinhart, Remppe, Dr. Repnik, Rückert, Dr. Schäuble, Dr. Scharf, Schaufler, Monika Schnaitmann, Schneider, Schöffler, Schöning, Schrempf, Seimetz, Sieber, Helga Solinger, Stächele, Gerhard Stolz, Straub, Teßmer, von Trotha, Helga Ulmer, Brigitte Unger-Soyka, Veigel, Christa Vosschulte, Walter, Weimer, Dr. Weingärtner, Wettstein, Weyrosta, Wieser, Brigitte Wimmer, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller, Zimmermann.

\*

Ich rufe nun Artikel 1 des Gesetzentwurfs zur Abstimmung auf. Wer Artikel 1 des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/43, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenstimmen? — Enthaltungen? — Artikel 1 ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich darf nun wohl ohne förmliche Abstimmung feststellen, daß das Haus auch

#### Artikel 2

##### Inkrafttreten

ablehnt. — Damit ist der Gesetzentwurf insgesamt abgelehnt. Eine weitere Beratung findet nach § 45 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung nicht statt.

Tagesordnungspunkt 11 ist damit erledigt.

Tagesordnungspunkt 12 ist bereits abgesetzt.

Ich rufe daher **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte — Zwischenbilanz in Baden-Baden — Bilanz in Stuttgart; Umgang mit Kultur und Kulturgütern in Baden-Württemberg — beantragt von der Fraktion der CDU**

Für den Ablauf der Aktuellen Debatte hat das Präsidium die üblichen Redezeiten festgelegt: Gesamtdauer 50 Minuten ohne Anrechnung der Redezeit der Regierung, 5 Minuten für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und 5 Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Wem darf ich das Wort erteilen? — Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

**Abg. Oettinger CDU:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Während der Landtag in Stuttgart tagt, wird in Baden-Baden einer der herausragenden Kunstschatze Baden-Württembergs und Deutschlands zur Versteigerung feilgeboten. Dies ist ein sinnvoller und aktueller Anlaß, um Bilanz bzw. Zwischenbilanz zu ziehen, nachdem die Politik ihre Tätigkeit bei diesem Thema beendet hat und Halbzeit bei der Versteigerung ist.

Wenn ein wertvoller Kunstschatz zur Veräußerung ansteht, sollte man meinen, daß der Ablauf in der Politik wie folgt wäre: Die Kunstministerin kämpft um jedes Stück und bemüht sich im Verein mit den fünf Museumsdirektoren und den kommunalen Museen darum, daß Schätze wieder dorthin kommen, wo sie historisch waren.

(Zuruf von der SPD: Gilt das auch bei Nippes?)

Die Ministerin nutzt all ihre Autorität, um sich durchzusetzen. Der Finanzminister wehrt sich dagegen, sträubt sich und hält den Sack zu, und der Rechnungshof verweist auf die notwendigen Grundsätze der Sparsamkeit. Der Wirtschaftsminister hält sich nach dem Motto „Spöri, bleib bei deinem Leisten“ heraus. Dann wäre alles ordentlich gelaufen. Dann hätte die Kunstministerin schon heute in den Museen und Schlössern das, was wir, wenn wir unserer Vergangenheit und Gegenwart würdig wären, nötig hätten.

Aber es kam anders. Es kam so, daß die Ministerin zaghaft war und wenig Autorität bewies,

(Abg. Deuschle REP: Die war bei der VVN!)

während der Finanzminister entgegen seiner Haushaltsspar-samkeit die Bedeutung der Sache erkannte

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

und bereit war, dafür sinnvoll Geld zu investieren.

(Abg. Drexler SPD: „Sinnvoll“ ist immer die Frage!)

Der Rechnungshof pflichtete ihm bei, und der Wirtschaftsminister mischte sich ein. „Keine Mark dem Markgrafen“ und „Fürstennippes“ waren die beiden alles überdeckenden Schlagworte, die von Sachfremdheit geprägt waren und nur eines im Sinn hatten: dem Wirtschaftspragmatiker Spöri die Mehrheit der Neidhammel bei der SPD bei der Bewerbung um die Spitzenkandidatur für die Landtagswahl zu verschaffen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Repu-blikaner – Abg. Drexler SPD: Ersteigern Sie doch auch etwas, wenn Sie das wollen!)

Und damit war es gelaufen. Spöri setzt sich gegen Maurer durch, und die Kunst im Land wird mit Füßen getreten.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Die Kunst im Land wird mit Füßen getreten!

(Abg. Weyrosta SPD: Sie sind zu spät dran, Herr Kollege! Sie hätten früher Ihren Einfluß geltend machen müssen!)

Deswegen muß es hier möglich sein, diesen Ablauf ein klas-sisches Lehrstück verunglückter Zusammenarbeit von Mini-sterien zu nennen,

(Abg. Schrempp SPD: Herr Oettinger, warum ha-ben Sie sich denn nicht durchgesetzt?)

die Ministerin zu bitten, sich im Interesse der Kunst durch-zusetzen, sowie den Wirtschaftsminister zu bitten, sich um seine Aufgaben – um nicht mehr und um nicht weniger – zu kümmern.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Es ist aber mehr entstanden als ein verunglückter Arbeitsab-lauf – –

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

– Könnten Sie vielleicht ein bißchen so ruhig bleiben, wie Sie den ganzen Tag waren?

(Abg. Drexler SPD: Nein! Sie waren nicht da! Sonst hätten Sie mitgekriegt, daß ich den ganzen Tag schon munter war! – Heiterkeit)

Es ist mehr entstanden als nur ein verunglückter Ablauf im Rahmen der Geschäftsordnung einer Landesregierung. Es ist materieller Schaden für das Land entstanden; denn schon heute sind die Zahlen auf dem Tisch, und Adam Riese ist der Zeuge.

(Lebhafte Heiterkeit bei der SPD und den GRÜ-NEN – Abg. Schrempp SPD: Kennen Sie den per-sönlich? – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Wir haben 45 Millionen DM ausgegeben. Heute abend ist der Erlös der Auktion in Baden-Baden bei einem Stand von 46 Millionen DM.

(Zuruf des Abg. Hackl GRÜNE)

– Daß es Ihnen weh tut, wenn die sozialdemokratischen Koalitionspartner vollends am Boden sind, kann ich verste-hen, Herr Kollege Hackl. Daß die Grünen immer auf den falschen Gaul setzen, ist euer Problem.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Buchter GRÜNE)

Stand heute abend: 46 Millionen DM. Prognose: Es geht auf 64 Millionen DM. Ich gehe davon aus,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

daß das, was uns für 80 Millionen DM angeboten worden ist, in Wahrheit auf dem Markt unter Kennern einen Preis von 120 Millionen DM hat.

(Abg. Weimer SPD: Mindestens!)

Deswegen hat Spöri dem Land 40 Millionen DM realen Schaden zugefügt.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

(Oettinger)

Die objektiven Betrachter — —

(Anhaltende große Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Die objektiven Betrachter sehen dies ganz genauso. „Stuttgarter Zeitung“ vom 6. Oktober: „Schnäppchen für 80 Millionen DM — Das Land hat es verpaßt“. Franz Schmidt schreibt hier:

Indessen zeigt sich jetzt auch in aller Deutlichkeit, daß die Landesregierung von Baden-Württemberg ein gutes Geschäft gemacht hätte, wenn sie den gesamten Inhalt ... gekauft hätte.

(Abg. Weyrosta SPD: Und dann versteigert?)

Allein Dr. Spöri hat es verhindert.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Ich meine, lieber Kollege Weyrosta, daß Museumsdirektoren etwas anderes zu tun haben,

(Abg. Schrempp SPD: Als Zeug zu verscherbeln!)

als in unwürdiger Weise an Versteigerungen teilzunehmen.

(Sehr richtig! und Beifall bei der CDU — Weitere Zurufe von der CDU)

Ich halte es für eine völlig falsche Wahrnehmung ihrer Dienstgeschäfte, daß, wenn Museumsdirektoren zunächst raten, zu kaufen, und wir eine Vorkaufsmöglichkeit gehabt haben, die Ministerin und ihre Ministerialdirektorin es nicht nötig hatten, auch nur ein Stück im Schloß von Baden-Baden anzuschauen — der Finanzminister war dort gewesen, Unger-Soyka war nicht dort gewesen —,

(Oh-Rufe von der SPD — Abg. Buchter GRÜNE: Das ist der Experte!)

jetzt aber erkennen, welche wahren Schätze dort stecken,

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

dann die Museumsdirektoren Himmelein und Siebenmorgen sowie die Direktoren kommunaler Museen an der Versteigerung teilnehmen und das Fünf- bis Achtfache gegenüber dem bezahlen müssen, was wir bei Nutzung des Vorkaufrechts hätten bezahlen müssen.

(Zurufe von der SPD)

Dies ist verfehlte Politik,

(Abg. Seimetz CDU: Unglaublich!)

und dies ist im Grunde genommen eine Bankrotterklärung unserer Museums- und Kunstpolitik. Ich glaube, es ist an der Zeit, hier mit Nachdruck und selbstkritisch zu sagen, daß die Ministerin und der Wirtschaftsminister ihr Amt in diesem konkreten Fall verfehlt haben.

Wir, die CDU, halten noch einmal fest, daß der Finanzminister die Bedeutung erkannt hat, daß der Minister, der sich in Baden wie kein zweiter auskennt, Herr Dr. Vetter, gekämpft hat und daß es die kleinkarierte Neidhammelei von

Sozialdemokraten war, die hier leider eine verfehlte Kunsteinkaufspolitik hat Tatsache werden lassen.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Nagel.

(Lebhafte Zurufe, u. a.: Max von Baden! — Abg. Drautz FDP/DVP: Max! — Abg. Weimer SPD: Max von Mannheim! — Glocke des Präsidenten)

**Abg. Nagel SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Oettinger, gleich zu Beginn darf ich Ihnen nahelegen: Ihr Beitrag

(Abg. Seimetz CDU: Hat weh getan!)

hatte sehr wenig mit Kultur zu tun.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

Die CDU-Fraktion will den Verlauf der Versteigerung der Sammlung der badischen Markgrafen und Großherzöge zum Anlaß nehmen, das Kunst- und das Wirtschaftsministerium für kulturgeschichtlich schwerwiegende und finanziell spürbare Verluste — so der Originalton des CDU-Antrags — verantwortlich zu machen.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Sehr richtig!)

Dieser Versuch, meine Kolleginnen und Kollegen, der CDU geht fehl. Die CDU-Fraktion unterstützt ausdrücklich das verantwortungsbewußte Verhalten beider Ministerien beim Ankauf für das Land kunsthistorisch wertvoller Kunstgegenstände.

(Beifall bei der SPD — Abg. Brigitte Wimmer SPD: Das war ein sehr schöner Versprecher! — Abg. Drautz FDP/DVP: Welche Fraktion war das?)

— Die SPD-Fraktion. Entschuldigung. Die vom Land — wohlgermerkt aus vorhandenen Ankaufsfonds der Kulturstiftung der Länder und von Privatstiftungen — aufgebracht Gelder für den Ankauf der wesentlichen und kunsthistorisch bedeutenden Kunstgegenstände sind sachgerecht und verantwortungsbewußt eingesetzt worden.

(Abg. Oettinger CDU: Ja!)

Und es war die Forderung der SPD-Fraktion, daß es seitens des Landes kein Kapitalstützungsprogramm für den in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Markgrafen von Baden geben darf.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD hat auch darauf hingewirkt, daß nur unabdingbare Ankäufe getätigt werden. Sie hat somit für eine den kunsthistorischen Notwendigkeiten angemessene, verantwortungsbewußte Kunstpolitik gesorgt.

(Beifall bei der SPD)

Es ist allein das Verdienst der SPD, daß dem Markgrafen nicht ungeprüft 80 oder gar 100 Millionen DM zur Kapitalstützung überwiesen worden sind.

(Lebhafte Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Wieser)

(Nagel)

Das Land – bewahren Sie die Ruhe, Herr Wieser; scharren Sie später mit den Hufen, vielleicht haben Sie dazu noch Zeit –

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

wäre sonst heute wohl im Besitz eines heruntergekommenen, sanierungsbedürftigen Schlosses und, neben einigen kunsthistorisch wertvollen Gegenständen, von jeder Menge Hausrat oder Sperrmüll, wie die meisten der jetzt zu versteigernden Gegenstände von Fachleuten bezeichnet wurden.

(Beifall bei der SPD – Tumultartige Zurufe und Gegenrufe – Lebhafter Widerspruch bei der CDU – Abg. Sieber CDU: 60 Millionen Sperrmüll! 60 Millionen Sperrmüll!)

– Herr Oettinger, erregt Er sich doch nicht! Bewahre Er doch die Contenance!

(Anhaltende lebhaftige Zurufe – Glocke des Präsidenten – Abg. Ulrich Müller CDU: Weiter so!)

In jedem Fall wäre das Land nicht im Besitz des Strigel-Altars gewesen; denn der war im Gesamtangebot des Markgrafen nicht enthalten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Wir haben dafür gesorgt, daß finanz- und kunstpolitisch besonnen gehandelt und nur die allerwesentlichsten Teile der Kunstkammer sowie der Strigel-Altar erworben wurden.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Ja-wohl! Prima!)

Die von der CDU-Fraktion erhobene Forderung, unterstützt auch durch den Herrn Finanzminister, das ganze Sammelsurium für 80 oder gar 100 Millionen DM zu übernehmen,

(Anhaltende Zurufe)

war unverantwortlich. Ungeklärt bleibt bis heute, meine Damen und Herren von der CDU, woher Sie eigentlich das Geld dafür nehmen wollten.

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht angehen, daß das Land Baden-Württemberg in schwieriger finanzieller Situation zusätzliche Gelder freischaufelt und sich auf Spekulationen einläßt, ob man mit der Weiterveräußerung für das Land uninteressanter Kunst- und Kitschgegenstände in der Rolle als Auktionator gegebenenfalls Gewinne oder Verluste erzielt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, das Land kann und darf nicht mißwirtschaftenden Fürstenhäusern deren angesammeltes und zusammengerafftes Kunst- und Kitschrepertoire abnehmen, um es auf eigenes Risiko weiterzuvermarkten.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU)

– Es freut mich, daß Sie auch einmal was zu lachen haben, Herr Mayer-Vorfelder; das freut mich.

(Zuruf von den Republikanern: Genau! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie freuen sich ja schon über Kleinigkeiten; das kann ich verstehen.

Es wäre doch sicher, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein interessantes und amüsantes Szenario: Der Herr der Schlösser, Herr Mayer-Vorfelder, als Zwischenhändler von historischen Bierhumpen, Hirschgeweißen und Rhinocerosbechern,

(Abg. Seimetz CDU: Ein unglaublicher Schwachsinn! – Große Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

sein Kollege Baumhauer als Auktionator von Tafelsilber, Spieluhren und markgräflichen Nachttöpfen.

(Zurufe von den Republikanern: Wollte mer 'n reilasse?)

Der Rest wird dann vom CDU-Fraktionsvorstand auf dem Schloßplatz im Rahmen eines Flohmarkts zugunsten einer CDU-nahen Stiftung „Rettet den Adel in Baden-Württemberg“ verramscht.

(Große Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Helau!)

Aber, meine Damen und Herren, Spaß beiseite.

(Lachen bei der CDU)

Es geht auch um Signale.

(Abg. Leicht CDU: Höret die Signale! – Große Heiterkeit bei der CDU und den Republikanern)

Es geht auch um Signale, die solche Millionenaufkäufe geben.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Das ist das einzige, Herr List, was Sie noch verstehen. Es geht um Signale, die unsere Bevölkerung versteht.

(Zuruf von den Republikanern: Selten so gelacht!)

– Es gab um diese Zeit noch selten so eine Stimmung. Da wachen sogar die Kollegen der CDU wieder auf.

Seit Monaten – –

(Unruhe und Zurufe, u. a. des Abg. Leicht CDU – Abg. Rapp REP: Herr Kollege, wir sind doch nicht bei der drogenpolitischen Debatte!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit Monaten müssen wir berechnete Forderungen aus vielen Bereichen mit dem Hinweis auf die Haushaltssituation dieses Landes ablehnen.

(Zuruf von der SPD)

In vielen Bereichen muß gekürzt werden.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

(Nagel)

Bei steigender Arbeitslosigkeit reichen die eingesetzten Mittel nicht für dringend notwendige Beschäftigungsprojekte aus.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Seit gestern stehen zum Beispiel bei uns in Mannheim wieder 300 Menschen, nämlich Beschäftigte von Hertie, vor der kommenden Arbeitslosigkeit. Ihnen kann ich keine Zusage auf finanzielle Beteiligung des Landes an einer Auffang- oder Beschäftigungsgesellschaft machen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Sieber CDU: Das ist untauglich!)

Aber gleichzeitig erfahren sie von der CDU in dieser Landesregierung und in diesem Parlament, daß man mir nichts, dir nichts 80 Millionen DM für eine Fürstensammlung hinblättern möchte,

(Abg. Sieber CDU: Das ist Kunst mit Grombire ausspielen!)

um den wirtschaftlichen Ruin des Hauses von Baden zumindest vorläufig zu verhindern.

(Abg. Sieber CDU: Das ist ja 19. Jahrhundert, was Sie erzählen! — Weitere Zurufe von der CDU — Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Straub:** Herr Abg. Nagel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Mayer-Vorfelder?

**Abg. Nagel SPD:** Nein. Herr Mayer-Vorfelder hat nachher selbst Gelegenheit, zu sprechen,

(Lachen bei der SPD und der CDU)

wenn er wieder ans Rednerpult geht.

Bürger fragen uns nach mehr Polizei für innere Sicherheit, Polizisten fragen uns nach zeitgemäßer sächlicher Ausstattung, Eltern fragen uns nach mehr Lehrern für ihre Kinder, kommunale Theater benötigen zuverlässige Landeszuschüsse,

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Kulturinitiativen fragen uns nach der Zukunft der existenzsichernden Landesförderung, und überall sollen wir singen: „Heinerle, Heinerle, hab' kein Geld“.

(Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Mayer-Vorfelder, das paßt nicht zusammen. Erst heute morgen haben Sie hier jeden ermahnt, ja nicht auch nur eine Mark nach draußen zu versprechen.

(Minister Mayer-Vorfelder: Ich wollte Sie gerade etwas fragen, aber Sie lassen ja die Frage nicht zu!)

Und Frau Schavan muß wegen ihrer Forderung nach Neueinstellung von Lehrern bzw. nach Bildung eines Feuerwehrfonds in Höhe von 15 Millionen DM wohl befürchten, vom Finanzminister in Beugehaft genommen zu werden.

Damit eines klar ist — Herr Sieber, jetzt sind Sie angesprochen —:

(Abg. Sieber CDU: Ich höre schon zu! Ich werde das auch genau nachlesen!)

Es geht der SPD-Fraktion nicht darum, zum Beispiel Kunst gegen Schule oder Kultur gegen Soziales auszuspielen.

(Abg. Sieber CDU: Aber genau das machen Sie!)

Wir waren in der Zeit dieser Regierung die treibende Kraft dafür, daß auch in schweren finanziellen Zeiten die Kunst- und die Kulturlandschaft Baden-Württembergs in ihrer Vielfältigkeit erhalten bleiben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion dankt der Ministerin Unger-Soyka dafür, daß sie gegen viele Widerstände das kunstpolitisch Notwendige getan und das finanzpolitisch gerade noch Verkraftbare ausgeschöpft hat. Die landesgeschichtlich bedeutendsten Kunstschatze können so finanzpolitisch seriös gesichert und nun der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Mit dem dafür aufgewendeten Betrag ist man an die Schmerzgrenze gegangen. Mehr war und ist nicht verantwortbar, wenn man seriös und glaubwürdig Politik in schwierigen finanziellen Zeiten vertreten will.

(Sehr gut! und lebhafter Beifall bei der SPD — Beifall bei den GRÜNEN — Abg. Seimetz CDU: Das war der größte Schwachsinn!)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Eckert.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

**Abg. Dr. Eckert REP:** Herr Präsident, zunächst eine Vorbemerkung, und zwar ein Wort zu Frau Kollegin Schnaitmann. Frau Kollegin Schnaitmann hat mich vorhin bei Punkt 10 der Tagesordnung als Neonazi oder Altnazi oder dergleichen bezeichnet. Diejenigen von Ihnen, die mich kennen, wissen, daß das einfach nicht stimmt.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich möchte mich auch in aller Form dagegen verwahren.

Es stimmt schon, daß ich manchmal vom Grundrecht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch mache und vielleicht nicht immer den Anforderungen der Political correctness entspreche. So weit, so gut.

Aber nun zu dem, was wir als Fraktion von rechtsaußen, wie so gerne gesagt wird, vorhin anhören durften: Ich möchte dieses Thema eigentlich nicht so personalisieren, wie es gerade geschehen ist.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Rapp REP: Frau Schnaitmann ist schon ein Stück Vergangenheit im Landtag!)

Wir wissen ja alle, die Versteigerung der Kunstschatze und Gebrauchsgegenstände ist für Max von Baden ein voller Erfolg. Im nachhinein ist sicher zu bedauern, daß das Land Baden-Württemberg nicht, wie der Landesregierung vorher

(Dr. Eckert)

angeboten worden war, zum Pauschalpreis von 80 Millionen DM alles übernommen, sondern nur den besonders wichtigen Teil für eben gut die Hälfte des Betrags erworben hat.

Im vorliegenden Fall war es ja aber auch ein ausgesprochener Notverkauf, für den wir Verständnis aufbringen sollten, nämlich zusammen mit dem Verkauf des Schlosses Kirchberg und verschiedener Firmen. Wir müssen aber auch sehen, daß das Land Baden-Württemberg nicht alles kaufen kann, was ihm da so allgemein angeboten wird. Wir können eben einen Kunstetat, der von diesem Landtag beschlossen worden ist, nicht im nachhinein leichtfertig aufstocken.

(Beifall bei den Republikanern)

Woher soll das Geld kommen?

Wir könnten sagen, unsere Museen sollten bei einigen Kunstgegenständen ihre Ankaufspraxis etwas korrigieren, indem sie zum Beispiel bei den bescheidenen Leistungen heutiger sogenannter Kunst für das gleiche Geld lieber einen Intarsienschrank aus dem 18. Jahrhundert erwerben als eine Sammlung von Kleiderbügeln von der letzten *documenta* in Kassel.

(Abg. Sieber CDU: Das ist das Niveau! Das ist die Reaktion, Herr Nagel!)

Aber insgesamt sind eben die Mittel zum Ankauf begrenzt.

In Baden-Württemberg haben wir einen kulturellen Reichtum, von dem andere Regionen dieser Welt nur träumen können. Wir haben kostbarste Bausubstanz. Außerdem aber haben wir transportables Kulturgut, das sich für gutes Geld in die weite Welt verkaufen läßt, kulturelles Erbe hin, kulturelles Erbe her. Letztlich bedeuten solche Verkäufe, daß sich der Geber einer Verpflichtung zur Wahrung der Tradition anscheinend nur ungenügend bewußt ist, daß er nicht die Absicht hat, dieses Erbe für sich und sein Haus weiterhin zu wahren.

Ein Adelsgeschlecht in Deutschland hat in der Regel ein Stück gemeinsamer Geschichte mit der Region unseres Landes, in der das Adelsgeschlecht lebt. Ein Verkauf von Gegenständen aus dieser Zeit bedeutet letzten Endes ein Abreißen der Tradition, ein Durchtrennen des Bands, das das Adelsgeschlecht mit der Region verknüpft.

Andererseits sind die verfügbaren Mittel unseres Landes viel zu gering, um alle diese Reichtümer zu Marktpreisen übernehmen zu können.

(Abg. Drexler SPD: Was passiert mit den Landstrichen, die kein Adelsgeschlecht haben?)

— Wenn Sie jetzt zum Beispiel auf die abheben, die auch viel Geld haben: Die steigern jetzt gern mit Gewinn mit.

Wenn Sie gelesen haben, aus welchen Ländern die Käufer und Interessenten zur Versteigerung kamen —

(Abg. Drexler SPD: Ich spreche von dem Band und der Landwirtschaft und den sonstigen Geschichten!)

Ich spreche hier vom Thema Kunst und der Sammlung, die jetzt unser Thema ist.

(Beifall bei den Republikanern)

Wenn das Land mit Mühe die Gelder zum Kauf einer Sammlung aufgebracht hat, kann der Erbe von Geblüt, fallweise vielleicht die schöne Witwe,

(Abg. Drexler SPD: Wer? — Unruhe)

einfach den nächsten Schrank mit Kunstgegenständen öffnen und zum Verkauf anbieten.

(Abg. Drexler SPD: Welches Geblüt?)

Das Land hechelt immer hinterher.

Für die Besitzer wünschen wir uns die Einsicht, daß Kulturgut nicht einfach wie ein gebrauchtes Auto anzusehen ist, das man mit Gewinn verkaufen kann, eigentlich noch besser bei der Konjunktur in der heutigen Welt. Aber auf der anderen Seite brauchen wir auch eine Art Vorfeldbekämpfung. Wir müssen verhindern, daß Kulturgut auf Nimmerwiedersehen in die weite Welt geht.

Wie war es denn 1993 mit der Fürstenberg-Sammlung? — Die Handschriftensammlung wurde ja vom Land erworben. Aber die Inkunabelsammlung, nämlich der Wiegendruck, Letter für Letter, wurde ins Ausland gebracht. Ebenso verfahren die Eigentümer mit der Autographensammlung. Die Originalnotenblätter von Haydn oder von Mozart wurden gleichfalls still und heimlich aus dem Land geschafft.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Na und? Dann haben die anderen auch ein bißchen Haydn!)

Wir Republikaner fordern daher die konsequente Anwendung des Gesetzes zum Schutz deutschen Kulturguts gegen Abwanderung.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Meyer CDU: Jetzt sind wir wieder beim Thema!)

Insbesondere fordern wir die Eintragung in die Landesliste gemäß § 10. Hierzu sind zunächst die noch nicht erfaßten kulturell bedeutsamen Bestände im Land zu erfassen. Zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage brauchen wir dazu eine Bundesratsinitiative, um die bedeutsamen Sammlungen in ihrer Gesamtheit zu erfassen und zu erhalten.

(Beifall bei den Republikanern)

Das aber muß jetzt, heute, geschehen und nicht erst, wenn große Teile von Sammlungen bereits verkauft oder einfach verschwunden sind.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wie ist das eigentlich mit den italienischen Kunstwerken vom Markgrafen? Dürfen die raus oder nicht?)

— Also ich würde sagen: Schöne Kunstgegenstände sind ein Reichtum für sich, den wir bei uns lassen sollten.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das sind doch aber italienische Kunstwerke! Aus Italien mal eingewandert!)

(Dr. Eckert)

– Ist aus Italien eingewandert und wurde ehrlich erworben. Wir sollten sie auch bei uns halten.

(Heiterkeit – Abg. Jacobi GRÜNE: So ist es mit vielen Ausländern jetzt auch!)

Ich verweise bei dem heutigen Thema auf die Große Anfrage der Republikaner vom Februar 1993, Drucksache 11/1417, sowie die Anträge Drucksachen 11/1416 – zur Fürstenberg-Sammlung – und 11/1419, ebenso auf unseren Antrag Drucksache 11/1572 und unseren Antrag Drucksache 11/1574 zu den Bibliotheken Neresheim und Obermeeresal.

(Unruhe – Zuruf von der SPD: Obermarchtal, nicht Obermeeresal!)

– Danke.

Ich frage Sie, Frau Ministerin, wenn ich Sie ansprechen darf: Was haben Sie nach dem Verkauf der Fürstenberg-Sammlung getan, um eine weitere Abwanderung zu stoppen? – Wenn nichts, wäre zu befürchten, daß die Sparte Kunst im Kunstministerium nicht in guten Händen ist.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Jacobi.

Abg. Jacobi GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! An einem Punkt kann ich mich Herrn Oettinger anschließen. Allerdings ist das der einzige Punkt. Wenn Herr Spöri die Markgrafen-Sammlung als „Fürstennippes“ bezeichnet hat und so getan hat, als ob das alles Plunder und Ramsch sei, den man nicht einmal auf dem Flohmarkt mehr los wird, dann war diese Äußerung ganz bestimmt von wenig Kunstsachverstand geprägt.

(Abg. Heinz CDU: Der weiß, daß Kunst eine Wirtschaft ist!)

Allerdings, Herr Oettinger, wie Sie sich heute hier hinstellen, kann ich nur als tolldreist bezeichnen. Das mildeste Urteil ist, daß das politisch unseriös ist. Ich habe verstanden: Sie wollen sich jetzt rechtzeitig vor dem Wahlkampf als Partei für Kunst und Kultur profilieren.

(Abg. Kurz CDU: Das sind wir! Da brauchen wir uns nicht zu profilieren!)

Es bleibt ein Eindruck aus dieser Debatte zurück: Sie setzen auf die Vergeßlichkeit der Öffentlichkeit, und Sie suchen billigen Beifall. Da, denke ich, muß man wirklich deutlich dagegenhalten. Ich kann Ihnen nur sagen: Die Leute haben kein so schwaches Gedächtnis, wie Sie glauben, und sind nicht so blöd, sich beeindrucken zu lassen.

Zunächst einmal ein Wort zu dieser Sammlung. Ohne Zweifel hat die Sammlung einen hohen kulturellen Wert; das ist keine Frage.

(Abg. Kurz CDU: Und einen hohen materiellen Wert!)

Deswegen spricht auch einiges dafür, im Rahmen der Möglichkeiten von Landesseite aus Stücke dieser Sammlung zu

kaufen. Aber man muß das Geld haben. Sie haben es jetzt gefunden. Das Kunstministerium und das Finanzministerium und wer noch immer beteiligt war, haben 45 Millionen DM dafür gefunden. Die CDU sollte zufrieden sein, daß die 45 Millionen DM gefunden worden sind. Aber diese Aktuelle Debatte und die Begründung, die Sie dazu geliefert haben, finde ich unerträglich.

Über der gesamten Kultur in Baden-Württemberg schwebt seit Jahren das Damoklesschwert des Sparens, des Kürzens, des Streichens.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Ministerpräsident Teufel und Finanzminister Mayer-Vorfelder stellen sich hin und halten Blut-Schweiß-und-Tränen-Reden über die Finanzsituation des Landes. Zu Recht werden diese Reden gehalten.

Ich erinnere an den letzten Haushalt. Wie war es da? Erst wird der Kulturetat zusammengehauen: 32 % globale Minderausgabe. Monatelang waren die kulturellen Institutionen zwischen Hoffen und Bangen. Dann stockt der Finanzausschuß Gott sei Dank die Mittel noch einmal auf. Es bleibt aber trotzdem eine ganz erhebliche globale Minderausgabe beim Kunstministerium hängen. Dafür sind dann Frau Unger-Soyka und die Kulturpolitiker einschließlich Ihres Herrn Sieber zuständig. Der Fraktionsvorsitzende der CDU ist jetzt zuständig, dies zu kritisieren und bei der erstbesten Gelegenheit das Geld rauszupumpen, ohne zu sagen, wie er es finanzieren will. Da kann ich nur sagen, es gibt nur eine Deutung: Das ist der peinliche Versuch, kurz vor der Wahl ein bißchen Eindruck im Feuilleton zu erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn das Geld in Hülle und Fülle da wäre, Herr Oettinger, wäre das etwas anderes.

Ich will nur noch einmal in Erinnerung rufen: Sämtliche Kultureinrichtungen stehen in jedem Haushaltsjahr vor der finanziellen Existenzfrage. Die Kulturzentren nippeln am Rand des Existenzminimums. Die Kleinbühnenzuschüsse sind nicht erhöht worden; es ist eine reale Kürzung erfolgt. Die Stadttheater sind von Kürzungen bedroht.

(Zuruf von der SPD: Landesbühnen!)

Sie konnten nur mit großer Mühe über Wasser gehalten werden. Die soziokulturellen Zentren im Land arbeiten immer noch nach dem Prinzip der Selbstaussaat. Beim Landes pavillon Stuttgart hat man gesagt: „Wir haben kein Geld mehr.“ Kinder- und Jugendmobile stehen vor dem Aus. Die Festspiele in Schwetzingen und Donaueschingen sind zusammengekürzt worden, als ob es provinzieller Kleinkruscht wäre. Wenn ich jetzt in den Nachtrag schaue: Kürzungen bei Musikhochschulen, Kunstakademien des Landes, Staatstheatern und Museen. Es muß eine weitere globale Minderausgabe erwirtschaftet werden.

Ich frage Sie: Was sollen denn diese Einrichtungen jetzt denken, wenn sie in der Zeitung lesen: „Jetzt geben wir mal locker vom Hocker 80 Millionen DM aus“?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

(Jacobi)

Was sollen denn diese Institutionen über die tatsächliche Finanzsituation des Landes denken, wenn Sie sich hinstellen und so tun, als ob das Geld da wäre und alles kein Problem sei?

Einen Punkt, Herr Oettinger, finde ich ganz besonders beschämend. Das ist die Tatsache, daß die CDU es offensichtlich ablehnt, die Förderung der KZ-Gedenkstätten in den Nachtragshaushalt aufzunehmen. Es gibt eine interfraktionale Arbeitsgruppe, die sich in mehreren Gesprächsrunden geeinigt hat, daß es einen ganz dringenden Bedarf gibt, hier eine Landesförderung zu installieren. Das ist wirklich wichtig. Alles sind ehrenamtlich arbeitende Leute. Diese KZ-Gedenkstätten müssen erhalten werden. Das ist eine sehr verdienstvolle Arbeit. Und es geht um so wenig Geld. Es geht um eine Größenordnung von 300 000 DM oder 500 000 DM. Aber die CDU hat es nicht zustande gebracht,

(Abg. Oettinger CDU: Bitte?)

diese Ausgaben im Nachtragshaushalt zu etatisieren. Ich sage, das ist für die Landespolitik beschämend. Ich finde es hochpeinlich.

Andererseits: Wo setzt sich die CDU ein? Wo sind ihre Initiativen? Deyhle-Bürgschaften samt mehreren Millionen DM für indirekte Infrastruktur-Subventionen, Karajan-Festspiele Baden-Baden mit 5 Millionen DM jährlich, dann Ihre Rede vom Generalintendanten des Staatstheaters Stuttgart, der auch einmal mit 1 Million DM in den Raum gestellt wurde, die Fürstenberg-Handschriften mit über 40 Millionen DM, die das Land auf Dauer belasten, die Markgrafen-Sammlung, die jetzt mit 45 Millionen DM zu Buche schlägt, und nach Ihren Worten hätte es ja noch mehr sein sollen. Das heißt, Ihre Kulturpolitik ist dort groß, wo es um Schlagzeilen geht, wo es glitzert, wo es glimmert und man angeben kann. Sie sollten sich ehrlicherweise von einer zentralen Kulturpolitik verabschieden.

Noch ein weiterer Punkt: Jetzt kommt die Begründung, diese ganze Sache sei ein Verlust für das Land gewesen. Sie und noch einige andere Obergescheite rennen durch das Land und sagen, 40 Millionen DM seien dem Land entgangen, weil Spöri und Unger-Soyka so gehandelt haben. Sie sagen, es wäre ein gutes Geschäft gewesen. Das verstehe ich nicht. Ein gutes Geschäft wäre es gewesen, wenn dabei etwas verdient worden wäre. Zum Verdienen gehört der Verkauf. Das heißt, wenn Sie sagen, daß ein gutes Geschäft durch die Lappen gegangen sei, gehen Sie davon aus, daß das Land die Gegenstände, die es nicht hätte behalten wollen, hätte verkaufen sollen.

(Abg. Sieber CDU: Natürlich! — Abg. Wieser CDU: Sicher!)

Wenn Sie das wollen, bitte ich Sie, wirklich deutlich zu sagen, daß das Land Gegenstände kaufen, einen Teil behalten und den Rest möglicherweise mit Gewinn verkaufen will.

(Beifall des Abg. Dr. Weingärtner SPD — Abg. Sieber CDU: Das ist doch klar! — Zuruf des Abg. Wieser CDU — Zuruf von der SPD: Teppichhändler!)

Den Protest möchte ich einmal hören, der dann niedergegangen wäre, wenn das Land Gegenstände gekauft und sie nachher zu höheren Preisen verkauft hätte.

(Unruhe — Zuruf des Abg. Weyrosta SPD — Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Straub:** Herr Abg. Jacobi, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bütikofer?

**Abg. Jacobi GRÜNE:** Auch wenn es ungewöhnlich ist: Ich gestatte.

(Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Abg. Bütikofer.

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Herr Kollege Jacobi, sollten wir nicht einmal zusammen den Finanzminister fragen, wie das haushaltsrechtlich überhaupt zu verantworten wäre?

**Stellv. Präsident Straub:** Bitte.

**Abg. Jacobi GRÜNE:** Ich hoffe, daß er sich nachher hierzu erklärt.

(Minister Mayer-Vorfelder: Ich sage es Ihnen nachher!)

Ich muß mich wirklich über dieses kulturpolitische Verständnis wundern: Die Regierung als Spekulant, erst kaufen, dann verkaufen, und zwar mit möglichst hohem Spekulationsgewinn.

Da möchte ich einmal die Gegenfrage stellen: Was wäre denn gewesen, wenn Spöri keine solche Werbung gemacht hätte und es jetzt keinen solchen finanziellen Erfolg gegeben hätte? Was wäre gewesen, wenn es einen Verlust gegeben hätte? Rein theoretisch die Frage: Was wäre gewesen, wenn es einen Verlust gegeben hätte? Hätten Sie sich dann auch hingestellt und gesagt?: Prima, Frau Unger-Soyka, Herr Spöri, das ist genau das, was wir wollten. Das Land hat Verantwortung übernommen, jetzt ist es leider etwas in die Hose gegangen, aber es macht ja nichts!

Das ist ein kulturpolitisches Verständnis — der Staat als Spekulant, als Händler, als Käufer und Verkäufer —, über das ich mich wirklich wundern muß. Wir haben ein anderes kulturpolitisches Verständnis.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Straub:** Herr Abg. Jacobi, gestatten Sie auch eine Zwischenfrage . . .

**Abg. Jacobi GRÜNE:** Nein, jetzt nicht.

**Stellv. Präsident Straub:** . . . des Herrn Abg. Wieser?

**Abg. Jacobi GRÜNE:** Nein, nachher ja.

(Unruhe)

Wir haben ein anderes kulturpolitisches Verständnis.

Ich meine, Herr Kollege Oettinger, wenn der Wahlkampf- rauch, der jetzt schon aufsteigt, verzogen ist, haben auch Sie ein anderes kulturpolitisches Verständnis.

(Jacobi)

Ich sage zum Schluß noch einmal: Die Arbeitsteilung kann nicht sein: Das Kunstministerium ist für die globale Minderausgabe und für die Sparpolitik zuständig, und die CDU ist zuständig für maximalistische Forderungen ohne finanzpolitische Deckung. Das ist politisch unanständig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiesswetter.

**Abg. Kiesswetter FDP/DVP:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Am 5. Oktober 1995 hat in Baden-Baden die Versteigerung der von der SPD als „Fürstennippes“ bezeichneten Kunst- und Kulturgegenstände des Markgrafen von Baden begonnen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das haben wir gelesen!)

Die CDU will sich nun in dieser Aktuellen Debatte mit dem Umgang mit Kunst- und Kulturgütern in Baden-Württemberg befassen, obwohl sie selbst in der Regierung sitzt und die jetzige Situation mit zu verantworten hat.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: So ist es!)

Nachdem das Vorhaben des Markgrafen, sich von einem Teil seiner Besitztümer zu trennen, um seine finanzielle Situation zu bereinigen, bekannt wurde, war es von ihm richtig, daß er den gesamten zu veräußernden Bestand dem Land Baden-Württemberg für 80 Millionen DM angeboten hat.

„Keine Mark dem Markgrafen“ war unisono die Haltung der SPD-Verantwortlichen, sowohl von Minister Spöri, der zuständigen Ministerin, Frau Unger-Soyka, als auch vom Fraktionsvorsitzenden Maurer. Einen verschuldeten Grafen zu sanieren komme für die SPD nicht in Frage.

Wer die Weigerung des Ankaufs von Kulturgut, das für die Geschichte und für die Kunst- und Kulturgeschichte unseres Landes von höchster Bedeutung ist, mit dem Ruf begründet: „keine Mark für den Markgrafen“, der beweist ein in der Tat katastrophales Bildungs- und Kulturbanausentum.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Er beweist, daß er einen Ankauf nicht vom Wert der Sache, sondern von seiner Wertschätzung des Eigentümers der Sache abhängig macht. Er beweist, daß er nicht im geringsten versteht, worum es geht bzw. gegangen wäre.

(Abg. Drexler SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Aufgrund der riesigen Verluste durch beide Weltkriege ist es dringend notwendig, wenigstens die noch erhaltenen Kunstschätze möglichst im Lande zu halten und der hier wohnenden Bevölkerung sowie den Besuchern zugänglich zu machen. Hierüber hätte die Landesregierung Überlegungen anstellen müssen, ob und wie sie diese Schätze finanzieren kann.

(Abg. Drexler SPD: Hat sie doch gemacht!)

Die Möglichkeit, eine vor allem als Ensemble einmalige Sammlung nicht nur dem Land zu erhalten, sondern eben als Ensemble beieinanderzuhalten, wurde leichtfertig vertan.

(Beifall des Abg. Kurz CDU)

Es gab hierzu nicht nur Stimmen, sondern auch Unterstützungsangebote von seiten der Kulturstiftung der Länder und der Landesmuseen.

(Abg. Schrempp SPD: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Man spottete über „Fürstennippes“. Wer hat Ihnen überhaupt gesagt, daß das „Fürstennippes“ ist? Oder ist das Ihre innere Haltung?

(Abg. Drexler SPD: Wer hat denn das gesagt? – Abg. Brigitte Wimmer SPD: Haben Sie sich große Teile schon einmal angeschaut? Da ist sehr viel Kitsch dabei!)

– So habe ich es gelesen. Es wurde hier auch schon öfter zitiert, daß Sie das als „Fürstennippes“ bezeichnet haben. Das war Ihre grundsätzliche Haltung.

Man spottete über „Fürstennippes“ und feiert heute den Erwerb bzw. die Ersteigerung von Einzelstücken, deren Bedeutung und kultureller Wert in sich unbestreitbar ist, die jedoch gegenüber dem Ensemble nur eine Minimallösung darstellen.

Meine Damen und Herren, es geht nicht um kleinliches Hinterherrechnen und darum, versäumten Möglichkeiten nachzutruern. Daran beteilige ich mich ausdrücklich nicht. Es geht auch nicht darum, den Zwiespalt zu leugnen, in dem wir uns befinden, wenn es um die kulturpolitische Aufgabe der Sicherung wertvoller Kunst- und Kulturgüter und deren Finanzierung einerseits und um die Nichterpreßbarkeit des Landes andererseits geht.

(Abg. Schrempp SPD: Wollen Sie auch noch das Schloß kaufen?)

Die Töne des Markgrafen in dieser Richtung sind nicht zu entschuldigen. Es geht um die peinliche Borniertheit der SPD im vorhinein, und es geht um das Versagen des SPDgeführten Ministeriums und der Landesregierung in dieser kulturpolitisch und kulturgeschichtlich bedeutenden Angelegenheit.

(Abg. Drexler SPD: So ein Quatsch!)

Bereits nach dem Hin und Her um den Ankauf der Fürstenberg-Handschriften hatte die FDP/DVP vorgeschlagen, eine Stiftung ins Leben zu rufen, die sich ausschließlich dem Erhalt von baden-württembergischen Kulturgütern widmen soll. Die Bereitschaft der Industrie, der kunstinteressierten Bevölkerung, sonstiger öffentlicher Einrichtungen und des Landes hätte es ermöglicht, eine solche Stiftung zu gründen. Diese hätte sich jetzt aktiv für den Kauf der Sammlung einsetzen können. Sie hätte zudem den nötigen Kunstsachverstand gehabt und auch wirtschaftlich sinnvoll handeln können.

(Abg. Drexler SPD: Wieviel hätten Sie denn ausgegeben wollen?)

(Kiesswetter)

Eine in dieser Form private Einrichtung ist fähiger als eine schwerfällige, von der SPD beeinflusste Landesregierung.

Ich hoffe, daß die Landesregierung aus diesem Versagen gelernt hat und endlich eine solche Stiftung ins Leben ruft sowie die nötigen Sponsoren und Mäzene findet, damit in Zukunft derartige Fehlentscheidungen vermieden werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP — Abg. Wintruff SPD: Die FDP als Wohltäter!)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Ministerin Unger-Soyka.

**Ministerin für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst Brigitte Unger-Soyka:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben vieles gehört, und vieles war einfach von der Sache her nicht richtig. Das liegt vielleicht auch daran, daß es sich um eine sehr komplizierte Materie handelt und daß man schon ganz genau Bescheid wissen muß, wenn man verschiedene Argumente auflistet.

Wie war eigentlich der Ablauf? Im Spätjahr 1994 kam das Angebot von seiten des markgräflichen Hauses von Baden. Aber dieses Angebot war in einer Liste aufgeschlüsselt, von der niemand so genau wußte, was sich hinter den einzelnen Nummern und Namen verbirgt. Dieses Angebot kam auch nicht an die Landesregierung, sondern wurde uns von der Presse übermittelt, gleich mit einem Ultimatum versehen: Wenn das Land nicht 80 bis 100 Millionen DM ausgibt, dann zieht der Markgraf bis nach Kanada. So gab es dann in Wochenabständen neue Informationen. Das Fürstenhaus hat sich mit dieser Verhaltensweise keinen großen Dienst erwiesen. Es wäre sicherlich sinnvoll gewesen, in anderer Art und Weise schon im Vorfeld miteinander zu reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dann wurde die Summe von 100 Millionen DM genannt. Das ist der Betrag, den der Markgraf benötigt, um seine Bankschulden so weit zu reduzieren, daß er seine Güter weiterhin einigermaßen ordentlich bewirtschaften kann.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Wie ist es da mit dem Steuergeheimnis?)

20 Millionen DM hätte das Baden-Badener Schloß gekostet, bleiben 80 Millionen DM für das übrig, was auf den Listen stand.

Jetzt eine Information — da bitte ich Sie wirklich, zuzuhören, auch Sie, Herr Oettinger —:

(Abg. Oettinger CDU: Bin hier!)

Das ominöse Angebot von 80 Millionen DM, das hier mehrfach erwähnt wurde, beinhaltete nicht die wichtigen Kunstschätze, die wir jetzt gekauft haben, sondern nur einen Teil.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Da war kein Strigel-Altar dabei, da war kein Schaffner-Altar dabei, da waren keine Stifter-Scheiben dabei. Es enthielt viele Dinge, die für das Land kultur- und landespolitisch völlig uninteressant waren. Deswegen habe ich mich in dieser Zeit, in der viele die Schlagzeilen zu dieser Thematik gesucht haben,

(Abg. Oettinger CDU: Sie meinen Spöri! — Gegenruf des Abg. Schrempp SPD: Oettinger!)

an den Diskussionen nicht mit irgendwelchen Spekulationen beteiligt, wieviel Geld ich ausgeben würde oder nicht. Vielmehr habe ich mich mit Fachleuten zusammengesetzt.

(Abg. Oettinger CDU: Spöri!)

Ich habe die Listen durchgesehen und die Museumsdirektoren, die Fachleute gefragt: Was ist wichtig für Baden-Württemberg, und was ist für uns nicht wichtig? Um diese sachliche Entscheidung ging es mir. Diese sachliche Entscheidung war übrigens durch einstimmige Kabinettsbeschlüsse getragen.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN — Zurufe von der SPD: Aha! — Minister Mayer-Vorfelder: Ich komme noch! — Abg. Gaßmann SPD: War der Mayer-Vorfelder nicht da?)

— Ich kann es Ihnen vorlesen, Herr Mayer-Vorfelder. — Nach diesen Beschlüssen war ganz klar, daß die Ressorts nach sachlichen und fachlichen Kriterien zu entscheiden haben. Das war ganz wichtig.

(Abg. Zeller SPD: War der MV auch dabei?)

Was haben wir dann als erstes gemacht? Das Wirtschaftsministerium hat zu Recht ein Verbringungsverbot ausgesprochen, weil die Gefahr bestand, daß verschiedene Dinge aus dem Schloß herausgenommen würden, bevor man überhaupt einen Überblick bekam.

Dazu muß ich noch sagen, daß dies von seiten des markgräflichen Hauses sehr ungeschickt lief. Es hat Wochen gedauert — Wochen! —, bis die Experten in sämtliche Zimmer hineinschauen durften. Es war ein mühsamer Kampf, überhaupt einen Überblick zu bekommen.

Die Museumsdirektoren haben über Wochen hinweg in kunstgeschichtlichen Beschreibungen nachgeschlagen, weil sie nur die Titel der Kunstwerke vor sich hatten. Bis sie sie endlich einmal zu sehen bekamen, vergingen wiederum Wochen. Auch das war eine ziemliche Ungeschicklichkeit. Das hätte man wirklich anders regeln können.

(Abg. Meyer CDU: Aber manche waren nie dort und haben geurteilt!)

— Ich habe mir die Sachen über Katalog und Beschreibungen ganz genau angeschaut.

(Zuruf der Abg. Ursula Lazarus CDU)

Ich glaube, es spielt überhaupt keine Rolle, ob ich das „live“ betrachte oder nicht.

(Zurufe von der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP)

Ich habe mich von Herrn Professor Siebenmorgen und von Herrn Professor Himmelein informieren lassen, und das war mir Information genug. Aufgrund dieser Information haben wir jetzt eingekauft.

(Zurufe von der CDU — Gegenrufe von der SPD — Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Straub:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Oettinger?

**Ministerin für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst Brigitte Unger-Soyka:** Nein, ich möchte die Vorgänge jetzt so schildern, wie sie waren. Sie können gern zum Schluß — —

(Abg. Oettinger CDU: Der Katalog kam doch erst im August!)

— Ich kann Ihnen zeigen, wieviel Stöße von Papier und Fotografien ich im Vorfeld gesehen habe, bevor der Katalog je eine Druckerei gesehen hat.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Herr Wirtschaftsminister Spöri hat ein Verbringungsverbot ausgesprochen, und das war richtig. Dann bekam ich über den Kabinettsbeschuß den Auftrag, das Gesetz zum Schutz deutschen Kulturguts gegen Abwanderung anzuwenden. Daraufhin haben wir uns die Dinge angeschaut. Wir haben gesagt: Es gibt sieben Gegenstände, die aufgrund des Urteils von Experten von solch nationaler Bedeutung sind, daß sie nicht ins Ausland verkauft werden dürfen. Das ist ein mühsames Verfahren. Wir haben dieses Verfahren im Kunstministerium in ganz kurzer Zeit und mit großer Aufmerksamkeit und Präzision durchgeführt. Wir haben zu den sieben bisher bestehenden Kunstgegenständen auf der Liste weitere sieben hinzugefügt. Sieben plus sieben sind 14 Kunstgegenstände auf der Liste der national schützenswerten Kulturgüter. Davon haben wir inzwischen elf gekauft. Zwei hat der Markgraf in Privatbesitz zurückgenommen, und einen Kunstgegenstand, den Schaffner-Altar, haben wir als Leihgabe in unserem Verkaufspaket bekommen. Das war schon einmal ein ganz wichtiger Schritt, den wir von seiten des Kunstministeriums durchgeführt haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN — Zuruf des Ministers Mayer-Vorfelder)

Dann haben wir geschaut: Das heißt, wir haben nicht, Herr Mayer-Vorfelder, über eine Summe geredet, sondern wir haben gefragt: Was ist wichtig, und was kostet es?

(Abg. Ursula Lazarus CDU: Sie haben gar nicht geschaut! Sie haben nie geschaut!)

Beim ersten Paket, das das Kunstministerium angekauft hat, kamen wir auf die Gesamtsumme von 17 Millionen DM.

Über den Kabinettsbeschuß hatte ich auch den Auftrag, zu schauen,

(Abg. Ursula Lazarus CDU: Sie haben aber nicht geschaut! — Zuruf des Abg. Schöffler SPD)

welche Drittmittel sich einwerben lassen. Da waren wir durchaus erfolgreich. Es gibt Zusagen von seiten der Kulturstiftung der Länder.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

— Ich würde einfach gern weiterreden. — Wir haben Drittmittel eingeworben. Es wird Geld geben von seiten der Kulturstiftung der Länder. Da findet im Oktober die Plenarsitzung statt. Von dort brauche ich den endgültigen Beschluß.

Es gibt aber einen Vorabbeschluß über so eine Art Vorkonferenz über 5 Millionen DM. Ferner wird es über das Bundesinnenministerium Geld geben, und dann wird auch die Siemens-Kulturstiftung hier etwas beisteuern.

Ich erlaube mir jetzt, bei diesem Gesamtpaket von 45 Millionen DM, das das Land insgesamt aufgekauft hat, auch Ihren Teil zu erwähnen, Herr Kollege Mayer-Vorfelder.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Sie haben aus Ihrem Ankaufsetat für 10 Millionen DM angekauft, und Sie haben Sponsorengelder in Höhe von 3,7 Millionen DM eingeworben. Das ist meine Information. Das heißt, insgesamt haben wir mit Sponsorengeldern, Drittmitteln und auch dem, was das Finanzministerium gemacht hat, zirka 15 Millionen DM Drittmittel eingeworben, und das bei einem Volumen im Wert von 45 Millionen DM.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Ich denke, das ist ein sehr geschickter Deal.

Ich will Ihnen einmal einen anderen Deal nennen, den wir vor knapp drei Jahren gemacht haben: die Fürstenbergischen Handschriften. Da haben wir für 48 Millionen DM angekauft. Auch das war ein Notkauf, weil uns da ein Fürstenhaus im Grunde genommen genauso überrumpelt hat wie nun bei dieser Geschichte. Dafür haben wir nur 1,5 Millionen DM von der Kulturstiftung der Länder bekommen. Da haben wir dann eine Spielbank gegründet, um diese Dinge im Lauf der Zeit irgendwie finanzieren zu können.

(Minister Mayer-Vorfelder: Das war einfacher!)

Diese 48 Millionen DM werden uns über Jahre hinweg im Landeshaushalt belasten.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Bei dem zweiten Kauf — bei Max von Baden — haben wir die Abwicklung nüchterner und sinnvoller gemacht. Wir haben gesagt, es gehe nicht an, daß sich ein Land erpressen lasse.

(Beifall eines Abgeordneten der SPD — Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Vielmehr müßten wir schauen, was wichtig ist, wo man noch Geld einwerben könne und wie man die Dinge vernünftig und so regeln könne, daß wir für ein Minimum an Geld ein Maximum an Kunstgegenständen erhielten. Das ist meine Linie als Kunstministerin gewesen. Etwas anderes haben Sie übrigens nie gehört.

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Ich habe dann am 3. Juli einen Vertrag mit dem Vertreter des Markgrafen unterschrieben, bei dem ausgewählte Objekte aus der Kunstammer und aus sonstigem Kulturgut zum Preis von 17 Millionen DM angekauft wurden. Ich muß dazu noch einmal sagen: Im Moment sind auf dieser Auktion zirka 25 000 Artikel angeboten. Die Kunstammer umfaßt zirka 300 Artikel. Ich sage das nur, weil die Zahlen hier vorhin etwas wirr durcheinandergeringen. Ich will noch einmal

(Ministerin Brigitte Unger-Soyka)

die Relationen zeigen. Von diesen 300 haben wir zirka 100 Objekte ausgewählt, die nach Aussagen des Hauptexperten, des Professors Siebenmorgen vom Badischen Landesmuseum,

(Zuruf der Abg. Ursula Lazarus CDU)

einen repräsentativen Querschnitt über die Kunstkammer geben.

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Das ist ganz wichtig: Sie geben einen repräsentativen Querschnitt dessen, was den Ensemblecharakter der Kunstkammer ausmacht.

Weiter wurden rund 80 besondere Objekte aus dem Bereich des Kulturguts mitgekauft. Außerdem haben wir in diesem Paket von 17 Millionen DM eine sehr kostbare Leihgabe bekommen, nämlich die Altarbilder von Martin Schaffner. Das ist, wie gesagt, eine Leihgabe und demzufolge nicht Besitz des Landes.

(Abg. Sieber CDU: Besitz ja, aber kein Eigentum!)

Aber es ist eine Leihgabe, die wir in den staatlichen Museen ausstellen können.

Weiter gibt es Schenkungen von zirka 60 Objekten. Auch die befanden sich in meinem Paket. Das sind Geschenke, die weniger von ihrem Geldwert her eine hohe Bedeutung haben, die aber vom emotionalen Wert her eine Bedeutung haben. Es sind nämlich überwiegend Geschenke von badischen Städten, die diese in früheren Jahrhunderten an das Fürstenhaus Baden gemacht haben. Die bekommen diese Städte jetzt wieder zurück.

(Zuruf der Abg. Ursula Lazarus CDU)

Das ist ein sinnvolles Vorgehen und durchaus auch eine noble Geste des Fürstenhauses. Das will ich ehrlichkeitshalber schon dazusagen.

Und dann habe ich gesagt: Es gibt ein Stück, das von über großer Bedeutung ist, und das ist der Strigel-Altar. Der Strigel-Altar wurde ursprünglich für 18 Millionen DM angeboten. Dann wurde er von uns auf 15 Millionen DM heruntergehandelt. Weil ich gesagt habe, daß für mich die Option, den Strigel-Altar kaufen zu können, sowie das Paket von 17 Millionen DM ein Gesamtpaket bildeten, habe ich die 15 Millionen DM noch einmal um 3 Millionen DM heruntergehandelt und gesagt, bis zum 15. September werde die Landesregierung mitteilen, ob sie den Strigel-Altar kaufe oder nicht.

In der Zwischenzeit haben wir versucht, Sponsoren zu finden. Für so ein großes Werk ist das schwierig. Denn Sponsoren wollen offensichtlich eher Dinge, von denen sie sagen können, diese hätten sie gesponsert, als zum Kauf von fünf Altarbildern beitragen.

Ich habe dem Kabinett in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause am 11. September vorgeschlagen, diesen Strigel-Altar zu kaufen. Das Kabinett war einstimmig der Meinung, daß diese Dinge so geregelt werden müssen. Das war der gesamte Ablauf dieses sogenannten Ankaufs.

(Zurufe von der SPD, u. a.: Aha! – Abg. Gaßmann SPD: Da war Herr Mayer-Vorfelder da!)

Ich will noch einmal sagen: Bei diesem sogenannten 80-Millionen-DM-Angebot gab es viele Dinge, die keiner der Museumsdirektoren auch nur einmal angeschaut hat. Die waren uninteressant, die waren nicht von Bedeutung. Das heißt, man mußte ganz genau schauen, um was es geht. Nach dem ersten Angebot wurden ja auch die Türen anderer Besitztümer des Markgrafen geöffnet, und deswegen sind jetzt wesentlich mehr Dinge in der Auktion, als in dem ursprünglichen 80-Millionen-DM-Angebot enthalten waren.

(Abg. Weimer SPD: Aha!)

Der erwähnten Variante, man hätte für 80 Millionen DM kaufen können, widerspricht das, was ich als fachlich richtig ansehe. Ich muß aber noch ein Wort darüber verlieren. Die Vorstellung, daß das Land zum Auktionator für ein Fürstenhaus wird und vielleicht der Ministerpräsident „zum ersten, zum zweiten und zum dritten“ sagt oder wie auch immer man sich das vorzustellen hat,

(Heiterkeit – Abg. Zeller SPD: Abenteuerlich! – Abg. Dr. Caroli SPD: Haarsträubend!)

ist, muß ich etwas süffisant sagen, wirklich abenteuerlich. Das ist abenteuerlich.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Gemessen an der Tatsache, daß wir hier von seiten des Landes in einer Zeit, wo das Geld sehr knapp ist und wo von uns zu Recht jeder Pfennig dreimal umgedreht werden muß, 45 Millionen DM ausgeben, ist es ein beachtlicher Erfolg, und zwar nicht nur mein Erfolg, sondern in der Tat ein Erfolg, den wir aufgrund des Beschlusses im Kabinett gemeinsam ermöglicht haben. Herr Mayer-Vorfelder hat mit dem Finanzministerium seinen Beitrag dazu geleistet. Auch der Kollege von Trotha hat mit dem Wissenschaftsministerium durch einen Ankauf für 2,5 Millionen DM seinen Teil beigetragen.

(Abg. Weimer SPD: Und Dr. Spöri?)

– Dr. Spöri hat das alles mitgetragen. Es gab im Kabinett keine einzige Gegenstimme, Herr Wieser. Das bitte ich zu bedenken. Am Anfang haben viele anders gesprochen. An dieser Diskussion habe ich mich aber nicht beteiligt, weil ich als Fachministerin nach fachlichen Kriterien entscheiden muß. Am Anfang sind so viele Sprüche durch die Landespresse geschwirrt, daß die Dinge, gemessen an dem, was es ursprünglich auch an Falschinformationen gab, ziemlich gleich verteilt waren, weil wir alle gar nicht so genau Bescheid wußten. Denn das Fürstenhaus ließ uns wirklich erst recht spät hinter die Kulissen sehen.

Ich muß einfach noch einmal sagen: Ich kann Ihre Situation, Herr Oettinger, ganz gut verstehen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Der Markgraf und Herr Graf verhalten sich da ganz ähnlich!)

Sie äußerten sich in den letzten Wochen ja sehr häufig zum Thema „Kunst und Kulturpolitik“, weil Sie in der Tat in

(Ministerin Brigitte Unger-Soyka)

dieser Legislaturperiode von seiten der CDU überhaupt nichts eingebracht haben.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Jetzt geraten Sie in die Situation, daß kurz vor dem Wahlkampf irgendwelche Vorschläge gemacht werden müssen. Ich spreche Herrn Oettinger an.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Herr Sieber, Sie haben viele Dinge mitgetragen. Aber solche neuen Vorschläge zu machen, von wegen Einsetzung eines Generalintendanten und dafür einfach 1 Million DM lockerzumachen – –

(Abg. Sieber CDU: Das ist abenteuerlich, Frau Ministerin! Unglaublich! Das ist abenteuerlich, was Sie da sagen!)

Oder es geht Ihnen um die Einführung eines Opernballs. Also wenn das für Sie speziell Kunst und Kulturpolitik bedeuten soll – –

(Abg. Sieber CDU: Das weiß doch jeder, daß das abenteuerlich ist! Mein Gott!)

In diese Reihe sortiere ich auch diesen Vorschlag ein, das Land sollte sich als Auktionator betätigen. Ich muß schon sagen: Da muß Ihnen wirklich etwas anderes einfallen.

Wir haben große Probleme; die Kommunaltheater rutschen ab. Das wissen wir alle. Wir haben die große Verpflichtung, nicht nur kunstpolitisch die Dinge zu sichern, sondern wir müssen auch entscheiden, was noch vertretbar ist. Ich finde, es ist ein Erfolg für diese Landesregierung, daß wir für diese 45 Millionen DM keine zusätzlichen Mittel gebraucht haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben diese Mittel aus Ankaufstöpfen und aus bestehenden Mitteln finanziert. Das heißt, wir brauchen keine zusätzliche Spielbank oder eine Überziehung unserer sonstigen Haushaltsposten. Das ist ganz wichtig, und so verantwortlich haben sich alle drei Ministerien verhalten. Keines hat hier irgend etwas gefordert, was nicht in seinen Töpfen drin war.

Jetzt noch eine kurze Replik zu dem, was Sie gesagt haben. Ich war etwas erstaunt über Ihre Lobeshymnen auf diese Kulturgüter. Sie sind doch die Fraktion, die bei jeder Haushaltsberatung den Ankaufstopf des Kunstministeriums per Antrag auf Null herunterfahren will, und jetzt loben Sie diese Kulturgüter. Das paßt doch irgendwie nicht ganz zusammen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU und den Republikanern)

Zum Schluß möchte ich einfach noch einmal sagen: Wir sind neue Wege gegangen. Wir haben nicht einfach eine pauschale Summe zur Verfügung gestellt, sondern wir haben überlegt, was wir brauchen, was das kostet und wie wir es finanzieren können. Das ist verantwortungsbewußt, das ist fachgerecht, und dabei ist nirgendwo ein Schaden entstanden. Im Gegenteil, wir haben zum Wohle unseres Landes die wichtigsten Gegenstände gesichert.

(Anhaltender Beifall bei der SPD sowie Beifall bei den GRÜNEN)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bütikofer.

(Abg. Wieser CDU: Liest der jetzt das Telefonbuch vor?)

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da vorhin auch in diesen heiligen Hallen die etwas abstruse Idee geäußert worden ist, das Land hätte sich als Auktionator dieser Gegenstände betätigen sollen, möchte ich Ihnen § 63 Abs. 1 und 2 der Landeshaushaltsordnung vorlesen.

Absatz 1 heißt:

Vermögensgegenstände sollen nur erworben werden, soweit sie zur Erfüllung der Aufgaben des Landes in absehbarer Zeit erforderlich sind.

Absatz 2 heißt:

Vermögensgegenstände dürfen nur veräußert werden, wenn sie zur Erfüllung der Aufgaben des Landes in absehbarer Zeit nicht benötigt werden.

Wenn man die Absätze 1 und 2 zusammennimmt, kommt man zu dem Ergebnis: Wäre Frau Unger-Soyka pflichtvergessenerweise dem Vorschlag von Ihnen, Herr Oettinger, gefolgt, hätte sie gegen die Landeshaushaltsordnung verstoßen müssen. Gott sei Dank hat sie das nicht getan.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Stellv. Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, das Wort erteile ich jetzt Herrn Abg. Oettinger.

(Abg. Teßmer SPD: Mach es nicht noch kaputter!  
– Zurufe von der SPD: Jetzt geht's los!)

**Abg. Oettinger CDU:** Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! „Badische Neueste Nachrichten“ vom 29. August, Museumsdirektor Siebenmorgen wörtlich: „Ich hoffe, daß jetzt vielen Leuten die Augen aufgehen, um welche Schätze es da überhaupt geht.“

(Abg. Sieber CDU: Sperrmüll! Um Sperrmüll geht es doch angeblich!)

Ich glaube, er hat Frau Unger-Soyka gemeint.

(Unruhe)

Der von Ihnen, Frau Ministerin, zitierte Museumsdirektor wirft den Verantwortlichen in der Politik in Stuttgart vor: „Sie haben nicht gewußt, um welche Schätze es sich dabei handelt.“ Und dann Siebenmorgen wörtlich weiter: „Man hätte erst über die Dinge diskutieren sollen, nachdem das ganze Inventar gesichtet worden ist.“ Sie haben sich diese Mühe nie gemacht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Meyer CDU: So ist es!)

(Oettinger)

Kollege Bütikofer, mir geht es nicht um die Auktion des Landes. Das ist auch nicht unser Vorschlag gewesen.

(Abg. Drexler SPD: Natürlich! Sie haben es vorher doch gesagt! — Weitere Zurufe)

— Das ist nicht unser Vorschlag gewesen.

(Abg. Schrempp SPD: In Ihrer ersten Rede haben Sie doch diesen Vorschlag gemacht! — Abg. Meyer CDU: Herr Schrempp ist auch so ein Kunstsachverständiger!)

Kollege Bütikofer, mir geht es um folgendes: Wenn das Land ein Vorkaufsrecht hat, wenn die Museumsdirektoren die Stücke besichtigen, dann müßten wir in den Verhandlungen erreichen, daß alles, was uns werthaltig ist, vor einer Versteigerung gekauft wird, damit nicht Museumsdirektoren unwürdig an Versteigerungen teilnehmen müssen.

(Beifall bei der CDU — Widerspruch bei der SPD — Abg. Drexler SPD: Wer hat das Geld gegeben? Finanzen?)

Es ist doch unzweifelhaft so, daß diese Museumsdirektoren zu mehr Ankauf geraten haben,

(Abg. Drexler SPD: Als Geld da war!)

mit fachlicher Kompetenz, und daß wir von der deutschen Kulturstiftung und vom Angebot der Museumsdirektoren, alle Ankaufsmittel 1995 und 1996 einzusetzen, ideologiebedingt keinen Gebrauch gemacht haben.

Dann zitiere ich eine Sozialdemokratin, die Frau Regierungspräsidentin. Die Frau Regierungspräsidentin ist die einzige, die hier innerhalb der SPD mit klugen und nüchternen Betrachtungen herausragt.

(Abg. Weimer SPD: Ach!)

Sie hat nämlich

(Abg. Drexler SPD: Geld zur Verfügung gestellt?)

an den Versteigerungstagen teilgenommen und lobt die Herren Siebenmorgen und Himmelein und den Direktor des Reiß-Museums, der auch Mannheimer ist, aber sonst mit Nagel hoffentlich nichts gemeinsam hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Abg. Nagel SPD: Herr Oettinger, pfui!)

Sie lobt die Herren Direktoren und sagt: Wir sind ihre Fangemeinde. Ich halte es für schlichtweg unmöglich, daß in diesem Land Museumsdirektoren etwas nachträglich in der Versteigerung zu überhöhten Preisen erwerben müssen, was wir vorher zu nüchternen Schätzpreisen hätten erwerben können,

(Abg. Schrempp SPD: Ist doch gar nicht wahr!)

wenn nicht der „Fürstennippes“ von Spöri alles überlagert hätte.

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich dem Herrn Finanzminister.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Zurück, du rettetest den Freund nicht mehr! — Abg. Schrempp SPD: Hoffentlich ist er besser als der Oettinger! — Abg. Maurer SPD: So rette das eigene Leben!)

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will noch ein paar Anmerkungen machen, vielleicht auch dieses und jenes noch ein Stück zurechtrücken. Ich glaube, ich muß das auch tun, weil insbesondere durch den Redebeitrag von Herrn Nagel der Anschein erweckt worden ist, als ob ich hier auf der einen Seite — das ist ja auch vom Abgeordneten der Grünen gesagt worden — Blut, Schweiß und Tränen verkünden würde und auf der anderen Seite die Spenderhosen anhätte, wenn es darum geht, bestimmte Gegenstände zu erwerben.

Ich möchte das nicht nur deshalb zurechtrücken, Herr Nagel, weil natürlich all die Dinge, die Sie aufgezählt haben, mit diesen Beträgen eh nicht hätten finanziert werden können — so leicht will ich es mir nicht machen —, sondern weil wir eine bestimmte Rechtslage zwar nicht gesetzlich fixiert, aber durch die Beschlüsse des Landtags festgeschrieben haben: daß Toto-Lotto-Mittel eben nicht beliebig gekürzt werden können, sondern daß diese Mittel für die Bereiche verwendet werden müssen, für die sie nach dem Aufteilungsschlüssel vorgesehen sind, also zu einem bestimmten Teil für den Sport und zu einem bestimmten Teil für die Kunst.

Insofern sind die 50 Millionen DM, die Frau Kollegin Unger-Soyka in ihrem Etat 1995/96 hat — es ist ja unbestritten, daß diese 50 Millionen DM drin sind —, zweckgebunden. Wenn wir globale Minderausgaben festlegen, dann sind diese Mittel ausgenommen, weil eben die Toto-Lotto-Mittel gebunden sind und nicht irgendwo für andere Zwecke verwendet werden können.

Man kann natürlich trefflich über diese Frage streiten; ich halte das aber für gut. Ich halte auch die Symbiose zwischen Kultur und Sport in der Zweckbindung der Mittel für gut. Gäbe es diese nicht, wären die Mittel schon längst für irgendwelche anderen Dinge verbraucht. Deswegen ist es gut, daß man einen Teil der Mittel für den Sport und einen anderen Teil für die Kunst hat. Das war die erste Bemerkung.

Deshalb ist all das, was man zu der Frage gesagt hat, wieso der Finanzminister dazu komme, hier den Großzügigen zu mimen, auf der anderen Seite aber von den Sparzwängen des Haushalts zu reden, nicht ganz gerechtfertigt.

Die zweite Bemerkung, die ich machen möchte — und ich glaube, da braucht man sich gar nicht aufzuregen —: Daß die CDU und die SPD eine unterschiedliche Auffassung vertreten, wenn es um solche Objekte geht — weniger wegen der Objekte, mehr wegen der Herkunft —,

(Beifall des Abg. Kiesswetter FDP/DVP)

liegt an der unterschiedlichen Betrachtung der Geschichte. Wenn da eben nicht hintendran das markgräfliche Haus gestanden wäre und wenn hinter den Handschriften damals nicht Fürstenberg gestanden wäre, wären wahrscheinlich

(Minister Mayer-Vorfelder)

Konsenslösungen viel einfacher möglich gewesen. Nur weil eben ehemals regierende Häuser Kunstsammlungen, wie immer sie zustande gekommen sein mochten, zur Auktion bringen wollen und das Land dann in seiner Verantwortung sagt, es wolle diese Sammlungen für das Land erhalten, spielt die Herkunft eine Rolle.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Für Sie doch auch!)

Ich sage ohne Zorn und Eifer: Das liegt an den unterschiedlichen Herkünften der Parteien.

Es ist schon köstlich, wenn man die Geschichte liest: Als die Fürsten 1919 abdanken mußten, gab es in Baden eine sozialdemokratische Regierung. Diese sozialdemokratische Regierung hat staatliches und privates Eigentum in sehr großzügiger Weise aufgeteilt und hat dem markgräflichen Haus all das zugestanden, was an Mobiliar in allen Schlössern war. Das markgräfliche Haus hat das alles dann auch mitgenommen und die Schlösser ausgeräumt.

Wie es eben die Geschichte manchmal will, kommt nun hinterher diese Frage, die wir heute diskutieren, und die Ururenkel dieser Sozialdemokratie haben jetzt eine andere Vorstellung davon.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie können doch das alte Lied: „Die Enkel fechten's besser aus“! — Heiterkeit bei der CDU)

— Ja, die Enkel!

Ich habe in den persönlichen Diskussionen mit dem Kollegen Spöri immer wieder gesagt — und das ist der Unterschied in der Betrachtungsweise; das soll man doch ganz locker anerkennen —: Wir können nicht die Enteignungsdebatte des Jahres 1919, die dann in einem Plebiszit entschieden worden ist, jetzt weiterführen.

(Abg. Weimer SPD: Das ist unstrittig!)

Ich habe — das ist meine persönliche Wertung — in dieser ganzen Diskussion, die gelaufen ist, immer mehr das Gefühl bekommen, daß im Endergebnis diese Enteignungsdebatte geführt wird und daß man wieder zu dem zurückkehrt, was 1919 gelaufen ist, was man damals vielleicht hätte anders machen können.

Was nun das Kulturgut selbst angeht, ist sicherlich richtig, was die Frau Kollegin Unger-Soyka sagt: daß wesentliche Stücke aus diesem Kunstkabinett und auch wesentliche Stücke, die außerhalb des Kunstkabinetts waren wie der Strigel-Altar und die erwähnten Scheiben und zum Beispiel auch die ganzen Teppiche, gekauft worden sind. Es waren ja über 100 Teppiche, die aus dem Mannheimer Schloß entfernt worden sind. Es ist köstlich, wie die Geschichte auch hier so spielt: Wären sie dort geblieben, wären sie nicht mehr vorhanden, weil das Schloß ausgebrannt ist. Man hat wesentliche Stücke gekauft.

Ich will sagen, worin ich den Fehler sehe. Auch das sage ich ganz leidenschaftslos. Denn wenn man von einer unterschiedlichen Betrachtungsweise der Geschichte herkommt, dann ist es in einer Koalition natürlich nicht immer ganz einfach, einen Kompromiß herbeizuführen, insbesondere wenn die Ausgangspunkte unterschiedlich waren. Der Wirt-

schaftsminister hat gesagt, es sei Fürstennippes. Das war die Lösung Null. Mein Vorschlag war, das ganze Kunstkabinett zu kaufen.

Deshalb ist es, Frau Kollegin Unger-Soyka, wenn man von einstimmigen Beschlüssen redet, richtig und auch nicht ganz richtig.

(Unruhe bei der SPD)

— Es gibt halt solche Grauzonen.

(Anhaltende Unruhe bei der SPD)

Herr Puchta, wenn ich Ihnen ins Gesicht sehe, steigt schon wieder mein Adrenalinpiegel. Deshalb schaue ich nicht mehr zu Ihnen hin, damit ich relativ normal bleibe.

Wenn ich einem Kabinettsbeschuß zustimme, weil in der Koalition nicht mehr gehen kann, dann ist es ganz selbstverständlich, daß ich meine Grundmeinung nicht ändere, sondern es lieber hätte, wenn man das Ganze ankaufen würde. Das ist doch klar, das ist doch logisch. Deshalb ist das wahr und nicht wahr, was hier gesagt wird.

(Anhaltende Zurufe, u. a. Abg. Drexler SPD und Abg. Dr. Puchta SPD: Sonst heißt es immer: Zwei und zwei ist vier!)

— Jetzt rufen Sie, Herr Drexler, doch nicht immer so dazwischen. Sie wissen doch ganz genau, wie die Dinge in der Koalition laufen. Entweder kommst du zu einem Kompromiß, oder du kommst zu gar nichts. Da ist mir in einer solchen Situation, in der wir uns befinden, ein Kompromiß immer lieber als gar nichts.

(Abg. Schrempf SPD: Also haben Sie zugestimmt?)

— Natürlich habe ich zugestimmt, daß man die Dinge ankaufte; aber ich habe auch deutlich gemacht, daß ich weitaus lieber mehr gehabt hätte. Das ist doch vollkommen klar.

(Abg. Schrempf SPD: Sie wollen immer mehr! Das ist klar!)

Jetzt will ich Ihnen noch einmal sagen, weshalb.

Den Satz habe ich vorhin nicht ganz vollendet. Der Fehler, den ich sehe, ist — und deshalb ist das, was gemacht worden ist, wirklich kein Meisterstück einer Regierung —,

(Abg. Zeller SPD: Alles zu kaufen wäre ein Meisterstück gewesen?)

daß die Häuser auf der Arbeitsebene nicht in offener Weise miteinander kooperiert haben.

(Abg. Oettinger CDU: Hört, hört!)

Hätte dies auf der Arbeitsebene des Kunstministeriums und des Finanzministeriums stattgefunden, hätten wir eindeutig viele Dinge günstiger bekommen können.

Ich halte es für schlecht, wenn hinterher ein Museumsdirektor ein Schachbrett für 280 000 DM ersteigert, das man vorher in einer sinnvollen Kooperation ohne Maulkorb für die Museumsdirektoren wahrscheinlich für ein paar tausend

(Minister Mayer-Vorfelder)

Mark hätte erwerben können. Ich halte es für schlecht, wenn Meißner Porzellan mit einem Anschlagswert von 120 000 DM aufgrund der mangelnden Zusammenarbeit nicht erworben werden kann und es hinterher für 1,2 Millionen DM versteigert wird. Das sind Dinge, die wir hätten besser machen können. Das ist überhaupt keine Frage. Wir hätten dann auch manche Objekte aus dem Versteigerungskatalog herausbekommen können. Denn weil wir getrennt verhandelt haben, haben wir zum Beispiel erreicht, daß wir zirka 100 Gegenstände in diesem Katalog mit einem Sternchen versehen konnten, die wir dann zum Anschlagspreis kaufen konnten, sobald wir die Sponsorengelder erworben hatten. Insofern sind hier wirklich Dinge ein Stück weit versäumt worden, die man hätte besser machen können, da diese Sache im Kunstministerium zur Chefsache erklärt worden ist und nur von der Spitze des Hauses bearbeitet worden ist.

Die Museumsdirektoren, alle zusammen, haben erklärt, daß sie damit einverstanden sind – es ist hier zum ersten Mal passiert, daß badische und württembergische Interessen nicht gegeneinander ausgespielt worden sind –, daß der gesamte Etat für diese beiden Jahre von 50 Millionen DM zweckgebunden, wie ich gesagt habe, verwendet wird, um diese Kunstgegenstände für die badische Seite zu erwerben. Das habe ich als etwas immerhin nicht Uninteressantes angesehen.

Mein Vorschlag war, das ganze Kunstkabinett zu kaufen. Natürlich hat Frau Kollegin Unger-Soyka recht, wenn sie sagt: Es ist bei der Fülle der Gegenstände ungeheuer schwierig gewesen, das richtig auszusortieren. Die Meinung meines Hauses, meine persönliche Meinung war: Man kauft das Kunstkabinett in toto. Das hätte nicht 80 Millionen DM gekostet, das ist klar, weil andere Bereiche dabei waren, sondern das wären etwa 95 Millionen DM gewesen. Das ganze Kunstkabinett wären 80 Millionen DM gewesen.

(Zuruf von der SPD: Mit welchem Geld?)

Mein Vorschlag war: Man kauft das für 80 Millionen DM. Im übrigen hat die Kulturstiftung der Länder verbindlich erklärt, daß sie, wenn wir es für 80 Millionen DM kaufen würden, mit ihrem ganzen Jahresetat von 15 Millionen DM dabei wäre. Am Schluß war sie nur noch mit 3 Millionen DM dabei, weil wir von dem Angebot keinen Gebrauch machen konnten.

So können wir eine Fülle von Rechnungen aufmachen, wo ich der Meinung bin, es wäre besser gewesen und es hätte besser gehandelt werden können.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Zwischen 15 und 95 Millionen DM ist noch ein gewisses Loch!)

Meine Meinung war: Man kauft das auf, läßt es in Ruhe durch die Museumsdirektoren sichten und gibt das weg, was man nicht für wertvoll genug hält, um es in den Museen auszustellen. Ich war unten und habe mir das dort angeschaut. Da waren natürlich manche Sachen darunter, die ich selber nicht hätte haben wollen. Da besteht doch gar kein Zweifel. Aber jetzt kommt's – und da liegt der Herr Bütikofer natürlich wieder einmal auf der falschen Seite –:

(Abg. Maurer SPD: Was hätten wir jetzt mit den Sachen gemacht, die Sie selber nicht haben wollten?)

Diese Gegenstände hätte Sotheby's für uns versteigert. Die hätten genauso die Preise erzielt, die sie jetzt bei der Versteigerung erzielen.

(Abg. Sieber CDU: Ganz einfach!)

Ich mache doch jetzt auch gar nicht die Rechnung auf, was man da genau erzielt hätte und welche Gegenstände das dann gewesen wären. Nur ist es halt nicht richtig, wenn Herr Bütikofer hier die Landeshaushaltsordnung zitiert und sagt, das sei nicht zulässig.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ja!)

Das ist zulässig. Das hat auch der Rechnungshof bestätigt, daß das zulässig gewesen wäre.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Bütikofer, da hast du nicht Bescheid gewußt!)

Du darfst das nur nicht gewerbsmäßig betreiben. Wir betreiben das ja nicht gewerbsmäßig.

(Abg. Maurer SPD: Wer weiß, was da noch kommt! – Heiterkeit)

– Herr Maurer, ich weiß nicht, was dann los wäre, wenn Sie an die Regierung kämen. Das kann ich allerdings nicht beurteilen.

(Abg. Weimer SPD: Wieviel solche Kerle haben wir denn noch in Baden-Württemberg?)

Wenn wir an der Regierung bleiben – was wir ja anstreben und wofür wir auch streiten –, dann wird das nicht passieren.

Im übrigen ist das auch gar nichts Ungewöhnliches. Über Versteigerer werden auch ständig Dienstaufträge des Landes versteigert, und zwar in großem Umfang. Wenn Sie recht hätten, dürften wir das auch nicht.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das geht voll an der Sache vorbei!)

Das ist nicht der Punkt, um den es letzten Endes geht.

(Zurufe der Abg. Drexler und Weimer SPD)

Lassen Sie mich noch einmal sagen: Wir haben, seit ich Finanzminister bin, zwei Dinge erlebt, die zu Auseinandersetzungen geführt haben. Das eine war der Erwerb der Fürstenberg-Handschriften. Das zweite war diese Frage des Erwerbs des Kunstkabinetts. Ich persönlich wage die Behauptung – ich bin auch nicht der absolute Prognostiker –: Wenn man einmal in 10 oder 15 Jahren fragt,

(Abg. Mogg SPD: Der nächste Adlige kommt bestimmt! – Abg. Drexler SPD: Es kommt noch mehr!)

(Minister Mayer-Vorfelder)

was wir hier eigentlich gemacht haben, dann wird der Erwerb dieser beiden Dinge bestimmt zu den herausragenden Ereignissen zählen. Davon bin ich felsenfest überzeugt,

(Abg. Oettinger CDU: Sehr richtig! – Abg. Drexler SPD: Fragen Sie einmal, warum das so ist!)

und zwar deshalb, weil wir hier etwas gemacht haben, was in die Zukunft hineinreicht,

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist kein gutes Urteil über Ihre sonstige Politik!)

weil wir hier etwas gemacht haben, was kulturelles Erbe in diesem Land bewahrt. Das ist dann vielleicht vergessen, aber heute nicht.

Die Debatte ist geführt worden, weil wir unsere Lektion zu lernen haben, auch wenn wir unterschiedliche Positionen vertreten,

(Abg. Zeller SPD: Der nächste Fehler!)

daß wir zumindest das Verfahren optimieren müssen,

(Abg. Oettinger CDU: Sehr richtig! – Zuruf von der SPD: Das Geld muß dasein!)

um mit demselben Geld erheblich mehr erwerben zu können. Das ist für mich die Lehre aus der Geschichte.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vielleicht kommt noch einmal – in der Zeit dieser Koalition wahrscheinlich nicht mehr – eine Gelegenheit, daß wieder irgendein Fürstenhaus irgend etwas zu veräußern hat. Dann werden wir die Debatte hier in diesem Hause wieder führen, und dann sollten wir uns an die Lektion aus dieser Geschichte erinnern.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Aber alle! – Abg. Drexler SPD: 30 Millionen DM haben bei der Rechnung gefehlt!)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Ministerin Unger-Soyka.

**Ministerin für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst Brigitte Unger-Soyka:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mir geht es einfach darum, die Dinge möglichst nüchtern zu betrachten und zu schauen, wie es wirklich war.

Herr Kollege Mayer-Vorfelder, den ersten Ankauf des Finanzministeriums hat das Kunstministerium aus der Zeitung erfahren.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Ich gebe gerne zu, daß die Zusammenarbeit immer beide Seiten betrifft,

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

und da kann es sicherlich Verbesserungsmöglichkeiten geben.

(Abg. Schöffler SPD: Hört, hört!)

Aber wenn Sie das schon so dezidiert sagen: Es war Ihre Seite, die uns nicht informiert hat; erst hinterher begann die Zusammenarbeit.

(Abg. Schöffler SPD: Hört, hört!)

Wie gesagt: Hier gibt es sicherlich auch von meiner Seite einiges zu verbessern, was die Zusammenarbeit anbelangt, aber Sie haben das erwähnt, und ich habe darauf geantwortet.

Sie haben auch gesagt, die Kulturstiftung der Länder wäre bereit gewesen, 15 Millionen DM, den kompletten Ankaufsetat, für den Ankauf in Höhe von 80 Millionen DM bereitzustellen. Dazu kann ich nur sagen: Ich bin Mitglied dieser Kulturstiftung und vertrete das Bundesland bei den Plenarsitzungen der Kulturstiftung. Bei der Kulturstiftung werden die Beschlüsse nur einstimmig gefaßt. Es ist völlig unvorstellbar, daß ein einstimmiger Beschluß für 15 Millionen DM zustande gekommen wäre. Das war eine eigenmächtige Äußerung des Generalsekretärs der Kulturstiftung der Länder,

(Zuruf des Abg. Zeller SPD – Abg. Weimer SPD: Eines Badeners!)

die ihm nicht zustand. Ich sage das in aller Öffentlichkeit und in aller Deutlichkeit.

(Abg. Drexler SPD: Also kein Beschluß!)

Sie haben davon geredet, man hätte die Kunstkammer ankaufen müssen. Ich gebe gerne zu, daß es schwierig ist mit diesen Begrifflichkeiten. Diese 80 Millionen DM waren der Kaufpreis für das gesamte Inventar des Schlosses, das uns angeboten wurde. Ein Teil davon war die Kunstkammer. Die Kunstkammer ist eine willkürlich zusammengestellte Privatsammlung des Markgrafen. So wird sie definiert. Und in dieser willkürlich zusammengesetzten Privatsammlung des Markgrafen gibt es Wertvolles und weniger Wertvolles. Auch im sonstigen Inventar des Schlosses gibt es Wertvolles und weniger Wertvolles. Deswegen noch einmal: Diese 80 Millionen DM wären es nicht gewesen. Auch die Kunstkammer allein hätte vieles geboten, was niemand gewollt hätte und was auch niemand braucht.

Ich will noch ein Wort zum Thema Professor Siebenmorgen sagen, der ein Schachbrett ersteigert hat.

(Abg. Weimer SPD: Kann der jetzt besser Schach spielen?)

Dieses Schachbrett stand nie und nimmer auf der Wunschliste des Herrn Professor Siebenmorgen und war übrigens auch nie in der Ankaufsliste angeboten. Das ist auch ein Punkt, den ich vorhin erwähnt habe: Die Ankaufsliste, die uns zum Schluß angeboten wurde, differiert beträchtlich von dem, was im Katalog ist, weil irgendwelche Gegenstände noch gefunden und aufgemacht wurden. Man kann diese Listen nicht einfach vergleichen und sagen, das und jenes hätte man noch kaufen müssen. Herr Siebenmorgen hat dieses Schachbrett entdeckt und Sponsorenmittel bekommen, teilweise über die Aktion, die mit Hilfe der Regierungspräsidentin gemacht wurde, und er hat in der Auktion gesteigert. Er hat nicht für das Land gesteigert, sondern er hat diesen Gegenstand mit freiwilligen Sponsorenmitteln, die nachträglich eingeworben wurden, noch erworben.

(Ministerin Brigitte Unger-Soyka)

(Abg. Drexler SPD: Aha! – Abg. Maurer SPD zur CDU: Was erzählt ihr eigentlich?)

Ich muß Sie, Herr Finanzminister, auch leider korrigieren. Ich hätte wahnsinnig gern 50 Millionen DM für Ankäufe zur Verfügung. Ich habe aber keine 50 Millionen DM zur Verfügung.

(Abg. Schöffler SPD: Wie glaubwürdig ist der Herr Minister?)

Ich habe in einem Topf 21 Millionen DM und im anderen Topf 23 Millionen DM. Das sind zusammen 44 Millionen DM. Ich sage das nur, weil es mir darum geht, die Sachlage darzustellen und manches richtigzustellen.

Dann kann ich mich noch – und damit will ich schließen – an ein Wort unseres gemeinsamen Ministerpräsidenten erinnern, der spontan gesagt hat, 80 Millionen DM kämen überhaupt nicht in Frage.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Abg. Schöffler SPD: Hört, hört! Ist der Ministerpräsident bei der CDU?)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Brechtken.

(Unruhe)

**Staatssekretär Brechtken:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich mache es verhältnismäßig kurz.

(Unruhe – Abg. Maurer SPD: Man soll am Boden Liegende nicht treten! – Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Aber bitte, wenn jemand angesprochen wird, wird er auch entsprechend antworten dürfen. Das bin ich ja dem Hohen Hause schuldig.

(Zurufe von der CDU: Herr Spöri!)

– Ich bin Vertreter des Wirtschaftsministeriums und trage die Entscheidung des Wirtschaftsministeriums vollinhaltlich mit, und deshalb nehme ich dazu Stellung.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Sehr gut, Herr Kollege!)

Erste Bemerkung, weil ich Wert darauf lege, daß man immer klarlegt, um was es präzise geht: Herr Oettinger, Sie sind mit der Bemerkung eingestiegen, das Land solle sich als Auktionator betätigen. Das war das Wollen, das Sie geäußert haben.

(Zurufe der Abg. Schöffler SPD und Bütikofer GRÜNE)

Dann hat Ihnen – übrigens zu Recht; ich habe das schon herausgeholt gehabt – Herr Kollege Bütikofer die Haushaltsordnung entgegeng gehalten.

Jetzt versucht der Herr Finanzminister, die Kurve zu kriegen, indem er nichts anderes sagt als: Wir entscheiden, was angekauft wird, und das andere geht in die Auktion von Sotheby's. Genau das haben wir gemacht, und was bleibt übrig? Ein Streit – und den führen wir –, in welchem Um-

fang man ankauft oder nicht, was anzukaufen verantwortlich ist und was nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Also bitte nichts vernebeln.

Frau Ministerin hat ja vorhin Zahlen genannt; ich möchte es nur noch einmal klarmachen. Es ging in der Diskussion vor allem um die Kunstammer. Über 100 Objekte sind gekauft worden; insgesamt waren es 300. Wir streiten also ehrlicherweise um 200 Objekte. Alle Beteiligten haben gesagt: Von diesen 200 ist eine ganze Menge ohne weiteres verzichtbar. Also ist der Streit relativ klein, und er wird hier in einer Aktuellen Debatte aufgeblasen. Dafür habe ich, mit Verlaub, kein Verständnis.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Ich komme zu einem zweiten Punkt, den Sie angesprochen haben, Herr Finanzminister. Ich möchte, daß auch das klar ist. Ich sage das jetzt als Sozialdemokrat, nicht als Vertreter des Wirtschaftsministeriums, weil Sie die Sozialdemokratie angesprochen haben.

Für mich hat die Frage, woher das Kulturgut kommt, eine völlig untergeordnete Bedeutung.

(Abg. Drexler SPD: Für mich auch!)

Ich komme gleich zu dem Satz, mit dem Sie sich so wunderbar zum Kronzeugen gemacht haben. Es geht doch um folgende Situation: Es hat jemand eine Sammlung, und er bietet diese Sammlung dem Land mit folgender Überlegung an – das war ja eine Aussage, die meiner Ansicht nach an der Grenze des Erpresserischen war; ich sage das jetzt nicht strafrechtlich, sondern im Sinne der politischen Wertung –:

(Abg. Weimer SPD: Moralisch!)

Ich habe soundso viele wertvolle Stücke in einer gesamten Sammlung, und ihr nehmt die gesamte Sammlung; dann kriegt ihr auf diese Weise auch die wertvollen Stücke. Man zwingt also sozusagen die öffentliche Hand dazu, wertvolle Stücke dadurch zu sichern, daß man vieles andere dazu nimmt, was eigentlich von der Gesamtlage her nicht verantwortbar ist.

Daraus resultiert der Satz „Keine Mark für den Markgrafen“. Dieser Satz war richtig, zu ihm stehen wir, weil er nämlich vernünftig ist, weil er nichts anderes sagt, als daß es nicht um die Sanierung eines Eigentümers geht, sondern unsere Aufgabe die Sicherung von Kulturgut ist, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN – Abg. Oettinger CDU: Unstreitig! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Wo ist der Dissens?)

Jetzt haben wir einen dritten Punkt, nämlich die Frage: Was haben wir denn getan, zum Beispiel das Wirtschaftsministerium, wo es zuständig war? Das sage ich jetzt gleich, und da habe ich eine Bitte an Sie, Herr Kollege. Unsere erste Aufgabe war, erst einmal alles vorläufig zu sichern, damit überhaupt ein Prozeß der Auswahl in Gang kommen konnte.

(Staatssekretär Brechtken)

Darüber hinaus haben wir gesagt: Alles, was denkmalrechtlich zu schützen ist, werden wir denkmalrechtlich schützen. Das war vor allem das Schloß, sozusagen die festverbundenen Einrichtungen, und es war die Gemäldegalerie. Einen entsprechenden Erlaß haben wir ergehen lassen.

Dagegen hat das Fürstenhaus Widerspruch erhoben. Was mußten wir dann machen? Dann mußten wir den Sofortvollzug anordnen, um die Gemäldegalerie zu sichern, und es ist Klage angekündigt. Wenn es den Herren von der CDU so sehr um die Frage des Kulturguts geht, dann erwarte ich jetzt, daß sie auch öffentlich klarmachen, daß sie auf der Seite des Wirtschaftsministeriums stehen, wenn es um die Sicherung des Schlosses und des Interieurs geht; dann erwarte ich, daß wir da auch rechtlich von Ihnen unterstützt werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Da werden wir jetzt einen Prozeß führen müssen.

(Minister Mayer-Vorfelder: Führt ihn doch!)

Da erwarte ich ein klares Wort. — Hervorragend. Dann sind wir uns wenigstens in dem Punkt einig.

(Minister Mayer-Vorfelder: Ihr werdet noch mehr Prozesse führen müssen! Wollen wir hoffen, daß ihr den gewinnt!)

Jetzt kommt der nächste Punkt, die Frage der Auswahl. Was ist jeweils auswählbar? Der Begriff „Nippes“ ist schon ein paar mal gefallen. Ich fand ihn hervorragend, weil er zur Schärfung in der Darstellung dient. Herr Mayer-Vorfelder, Sie können doch nicht gegen diesen Begriff argumentieren, wenn Sie gerade auf den Vortrag der Frau Ministerin, es seien insgesamt 25 000 Objekte gewesen, erwidert haben, viele von denen wollten nicht einmal Sie. Was hat denn „Nippes“ geheißen? In diesem Zusammenhang hieß es: Wir haben das Wertvolle herauszusuchen, und alles andere geht auf den Markt.

(Minister Mayer-Vorfelder: Nein, nein!)

Mehr haben wir nicht als Aufgabe.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollten alles aufkaufen; das ist der entscheidende Unterschied.

(Minister Mayer-Vorfelder: Herr Brechtken, gestatten Sie mal eine Frage?)

Dies war zugegebenermaßen ein Kampfbegriff im Sinne einer Schärfung des Bewußtseins dafür, was notwendig ist, daß wir die Verantwortung haben, das zu kaufen, was notwendig ist, und nicht das andere, das auf den Kunstmarkt geht.

(Minister Mayer-Vorfelder: Nein, Herr Brechtken! Sie waren im Kabinett! Sie wissen ganz genau, daß das Wort „Fürstennippes“ zu einem Zeitpunkt gefallen ist, wo noch gar niemand gewußt hat, was alles drin ist! — Abg. Dr. Reinhart CDU: Jetzt kommt's raus!)

— Entschuldigung, das ist übrigens auch so eine Legende. Die kann ich zerstören als jemand, der im Ministerium arbeitet. Natürlich kannten wir nicht von Anfang an den hundertprozentigen Umfang. Aber es gab jede Menge verfügbarer Unterlagen über das, was dort vorhanden ist.

Im übrigen: Wir mußten das erst einmal systematisch sichern. Der Markgraf wollte uns gar nicht hineinlassen. Das wollten wir dann erzwingen. Dann hat es plötzlich funktioniert. Wir hätten dies auch rechtlich, notfalls sozusagen unter unmittelbarer Gewalt, durchgesetzt.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Was ist jetzt in der ganzen Geschichte passiert?

(Zuruf des Ministers Mayer-Vorfelder)

— Nein, nein, Herr Mayer-Vorfelder, bitte. Das hat die Kunstministerin auch gerade dargestellt. Es ist doch naiv, zu glauben, daß in einem Bundesstaat dieser Größe mit 16 Bundesländern mit unterschiedlichen Interessen ein Bundesland den gesamten Etat erhält. Sie standen vor der Entscheidung: Wenn wir von der Kunstkommission alles kaufen, müssen wir auf den Strigel-Altar verzichten. Das ist zum Beispiel eine Entscheidung. Die Kunstministerin hat aus meiner Sicht kulturhistorisch richtig entschieden, den Strigel-Altar zu kaufen, weil er eines der wertvollsten Stücke ist.

(Minister Mayer-Vorfelder: Etwas anderes dürfen Sie hier jetzt auch nicht zu Ihrer Parteifreundin sagen!)

— Nein, nein. Ich habe auch eine eigene Meinung. Ich finde, da ist eine Linie gefahren worden, die das Wichtigste gesichert hat.

(Minister Mayer-Vorfelder: Herr Brechtken, waren Sie einmal unten und haben sich angeschaut, was nicht von uns gekauft worden ist? Da sind Sachen darunter, mein lieber Scholli! — Zuruf des Abg. Drexler SPD)

— Ja, natürlich. — Jetzt kommt der nächste Punkt.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt kommt der Zaster!)

Was ich wirklich für abenteuerlich halte, ist Ihr Ansatzpunkt unter der Überschrift: „Wie gehen wir eigentlich an die Geschichte heran?“ Was machen wir denn? Wir machen Haushaltsplanberatungen bei enger werdenden Spielräumen. Wir haben insgesamt zu wenig Geld, um all die Wünsche zu befriedigen, die wir gern befriedigen würden.

Im Rahmen der ersten Prioritätensetzung legen wir fest, was in die einzelnen Bereiche fließt, völlig unabhängig von der technischen Frage, ob das festgelegt ist oder nicht. Damit will ich mich nicht auseinandersetzen. Als ehemaliger Finanzausschußvorsitzender habe ich eine sehr dezidierte Meinung. Ich bin mittlerweile Vertreter des Sports und bin natürlich ganz froh über die Zweckbindung. Aber haushalts- und finanzwirtschaftlich — das muß ich Ihnen ehrlich sagen — gibt es dafür keine Begründung. Die gibt es für mich als Destinatär, aber hauswirtschaftlich gibt es sie nicht.

(Zuruf des Ministers Mayer-Vorfelder)

(Staatssekretär Brechtken)

Jetzt haben wir einen bestimmten Kunstetat. Sie haben im Rahmen Ihrer Prioritätensetzung Ihre Möglichkeiten zum Aufkauf von Schlössern. Die Kunstministerin hat einen Aufkaufetat. Was bringen wir denn damit zum Ausdruck? Daß wir sagen: Wir nehmen unsere Verpflichtung, Kulturerbe anzukaufen, im Rahmen eines Gesamten wahr. All die vielen anderen Aufgaben müssen ja auch berücksichtigt werden. Deshalb war es völlig vernünftig, die Linie zu fahren: Ja zur Sicherung von Kulturerbe, aber eingepaßt in die Gesamtverantwortlichkeit.

Die These „Kunst gegen Grombire“ ist nämlich völlig falsch, Herr Mayer-Vorfelder. Ich halte „Kunst über alles“ aber genauso für falsch. Es geht um das richtige Verhältnis. Es geht um das Einbinden in eine Gesamtaufgabe des Staates.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Kunst- und Kultursicherung ist eine wichtige Aufgabe, aber andere Aufgaben sind auch wichtig. Dies hat uns das Parlament vorgegeben. Unsere Linie war, im Rahmen dessen das zu tun, was notwendig ist.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Bütikofer und Jacobi GRÜNE)

Im übrigen: Was mich bei der ganzen Frage auch ein Stück weit kunstpolitisch umtreibt – ich will mich jetzt nicht in Dinge einmischen,

(Abg. Oettinger CDU: Ah ja!)

aber ich bin ja auch Parlamentarier –, ist schon die Frage: Haben hier nicht manche einen verengten Blick über den Teil der Kultur unseres Volkes? Mir ist das Fürstenhaus wichtig. Mir ist die Kenntnis von den damaligen Lebensumständen wichtig. Mir ist auch die Erhaltung wichtiger Gegenstände wichtig. Aber haben wir nicht auch anderes? Besteht für uns nicht auch die Notwendigkeit des Ankaufs moderner Kunst? Besteht für uns nicht auch die Notwendigkeit des Ankaufs in anderen Bereichen? Haben wir nicht etwa auch die Sozialgeschichte zu dokumentieren? Dort klemmt es überall. Wenn wir an einer Stelle alles für einen Bereich ausgeben, werden wir im anderen Bereich über kurz oder lang keine Ausgaben mehr machen können.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jacobi GRÜNE  
– Zuruf des Ministers Mayer-Vorfelder)

Es geht hier auch um die Frage einer Gewichtung im Gesamten.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD – Heiterkeit bei der SPD)

Nur noch einen Gedanken.

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Ich bin sehr wohl ein großer Anhänger dessen, was Sie zum Schluß gesagt haben. Wir haben nämlich die Aufgabe, unser Kulturerbe zu sichern. Aber ich möchte hier auch einmal einen altmodischen Gedanken einbringen. Ich wundere mich, daß er eigentlich nie ernsthaft diskutiert worden ist. Wir reden hier ständig vom Verkaufen. Wir reden hier ständig von

jemandem, der Kunstgegenstände über einen langen historischen Weg geerbt oder sie übernommen hat.

(Zurufe von der SPD)

– Das will ich jetzt gar nicht werten. Dafür kann man den jetzigen Markgrafen gegebenenfalls gar nicht verantwortlich machen.

(Zuruf des Abg. Schrempp SPD)

Wir haben auf der anderen Seite Mäzene aus der Wirtschaft, die Museen aufgebaut haben und sie der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen, die Großartiges leisten. Warum ist eigentlich bei uns noch nie jemand auf die Idee gekommen,

(Zuruf und Beifall des Abg. Dr. Weingärtner SPD)

auch einmal über die Frage zu diskutieren, was für eine Aufgabe das Fürstenhaus hätte, von sich aus ohne Verkauf wichtige Kulturgüter, etwa den Strigel-Altar, der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen?

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN  
– Minister Mayer-Vorfelder: Und wenn er es nicht macht?)

– Ja, gut. Deshalb haben wir ja handeln müssen. Aber, Herr Mayer-Vorfelder, nachdem Sie hier die Frage der Gegnerschaft angesprochen haben, muß ich sagen: Es ist schon eine Frage, ob wir nicht gemeinsam eine Aufgabe haben, auch denen klarzumachen, daß sie auch eine Verpflichtung gegenüber dem Gesamten haben

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und nicht alles mit Geldwert aufzuwiegen ist.

(Zuruf des Abg. Schöffler SPD)

Es war richtig, einen klaren Riegel vorzuschieben. Wir sind nicht erpressbar. Aber wir werden die Verantwortung für das Kulturerbe wahrnehmen. Genau dies werden wir auch weiterhin tun.

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Deshalb, glaube ich, ist das Ergebnis, das erzielt worden ist, ein positives Ergebnis.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN – Abg. Oettinger CDU: Oje! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

**Stellv. Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Ich rufe Punkt 14 der Tagesordnung auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 11/6369 – zu**

**a) dem Antrag der Fraktion GRÜNE – Änderung der Geschäftsordnung des Landtags – Drucksache 11/5559**

(Stellv. Präsident Straub)

**b) dem Antrag der Fraktion GRÜNE – Änderung der Geschäftsordnung des Landtags; hier: Gutachterliche Äußerungen des Rechnungshofs – Drucksache 11/5911**

Berichterstatter: Abg. Kiesecker

– Ich stelle Zustimmung zu der Beschlußempfehlung fest.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ich hätte ja gern noch einmal gesprochen!)

Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 24. Juni 1994 – Erfolgreiche Behörden; eine empirische Untersuchung über Erfolgsmerkmale – Drucksachen 11/4257, 11/6175**

Berichterstatter: Abg. List

– Ich stelle Zustimmung zu der Beschlußempfehlung fest.

Ich rufe **Punkt 16** der Tagesordnung auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. März 1995 – Mangelnde Steuergerechtigkeit und Vollzugsdefizite in der baden-württembergischen Finanzverwaltung – Drucksachen 11/5742, 11/6176**

Berichterstatter: Abg. Keitel

– Ich stelle Zustimmung zu der Beschlußempfehlung fest.

Ich rufe **Punkt 17** der Tagesordnung auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 19. Dezember 1994 – Denkschrift 1992 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1990 (Nr. 11) – Kapitel 1419 Universität Hohenheim; Versuchsstationen der Universität Hohenheim – Drucksachen 11/5196, 11/6177**

Berichterstatter: Abg. Schöttle

– Ich stelle Zustimmung zu der Beschlußempfehlung fest.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Tagesordnung angelangt.

Die nächste, die 74. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg findet morgen, Donnerstag, 12. Oktober 1995, um 9.30 Uhr statt. Die Tagesordnung hierfür liegt auf.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

**Schluß: 20.48 Uhr**

## Vorschlag

der Fraktion der CDU

### Umbesetzungen im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung

Ausschuß	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ausschuß für Wissenschaft und Forschung	ordentl. Mitglied stellv. Mitglied	Stächele Oettinger	Dr. Marianne Schultz-Hector Stächele

11. 10. 95

Günther H. Oettinger und Fraktion